

Waldschutzvorhaben im Rahmen der Klimapolitik und die Rechte indigener Völker



Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie e.V.

IMPRESSUM

Copyright

© INFOE e.V.

Herausgeber:

INFOE – Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie e.V.
Melchiorstr. 3
50670 Köln

infoe@infoe.de

www.infoe.de

Bildnachweise:

Christian Erni, IWGIA: Titelfoto und Seiten 13, 54, 58, 75 und 121; Forest Carbon Group: Seite 102; Forest Peoples Programme: Seite 35; Bärbel Henneberger: Seite 104; OroVerde: Seite 46; Sine Panayanon: Seite 119; Sabine Schielmann: Seiten 7, 70 und 83.

Verantwortlich und Redaktion:

Sabine Schielmann

Autorinnen und Autoren:

Sabine Schielmann, Minnie Degawan, Elke Falley-Rothkopf, Bärbel Henneberger, Klaus Mantzel, Ursula Nolte

Layout:

www.peerneumann.com

Hinweis:

Diese Publikation basiert auf drei Teilstudien und sechs Fallstudien, die in 2012 u. a. mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) erstellt wurden.

Köln, Dezember 2013

Gefördert durch:

**Brot
für die Welt**

Brot für die Welt –
Evangelischer
Entwicklungsdienst

MISEREOR
IHR HILFSWERK

Gefördert durch die:

 STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Die Herausgeber sind für die Inhalte allein verantwortlich

Danksagung

Diese Studie ist das Ergebnis einer gemeinschaftlichen Recherche, die ohne den Einsatz, die Erfahrungen und den Beitrag verschiedener Personen nicht möglich gewesen wäre. Besonders bedanken möchten wir uns bei den Autoren¹ der Fallstudien für ihre ausdauernde Recherche und die Zusammenstellung der komplexen Beispiele: Bärbel Henneberger, Patrick Kipalu, Ann Loreto Tamayo, Klaus Mantzel, Tatiana Mendoza Salamanca, Samuel Nnah und Ursula Nolte. Wir danken Minnie Degawan sehr für ihren wichtigen und inspirierenden Beitrag zur freien, vorherigen und informierten Zustimmung indigener Völker. Großer Dank geht außerdem an unsere indigenen Kollegen und Kollegen vom Asia Indigenous Peoples Pact (AIPP), der Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica (COICA) und Tebtebba, unseren Kollegen der internationalen Nichtregierungsorganisationen Forest Peoples Programme und IWGIA sowie v. a. an unsere Kollegen und Partner in Deutschland, insbesondere die Organisationen, die in der Arbeitsgruppe „Waldschutz und Indigene“ vertreten sind: Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz (ARA), Brot für Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst, das Klima-Bündnis, Misereor, Naturschutzbund Deutschland (NABU), die Tropenwaldstiftung OroVerde, urgewald und der WWF Deutschland. Sie haben die Recherche durch ihre langjährigen Erfahrungen, Informationen und Kontakte zu den Projekten unterstützt und Entwürfe der Studie kommentiert. Vielmals bedanken wir uns auch bei Elke Falley-Rothkopf für die zusammengefassten Übersetzungen einiger Fallstudien.

Weiterhin danken wir den Förderern dieser Studie und des Projekts ‚Waldklimaschutzvorhaben und die Rechte Indigener Völker‘ für die finanzielle Unterstützung.

Die Herausgeber und die Autoren sind für die Inhalte allein verantwortlich. Diese spiegeln nicht unbedingt die Sicht der Förderinstitutionen, der Durchführungsorganisationen oder der Projektverantwortlichen wider.

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichten wir im weiteren Verlauf der Studie auf die Nennung der männlichen und weiblichen Form. Diese Schreibweise bezieht jedoch ausdrücklich beide Geschlechter mit ein.

06	Zusammenfassung
<hr/>	
08	Einleitung
10	Ziel, Methodik und Aufbau der Studie
<hr/>	
14	1. Deutsches Engagement im internationalen Waldklimaschutz
14	1.1. Ansätze und Schwerpunkte
18	1.2. Finanzielle Förderung
22	1.3. Menschenrechte und soziale Standards
<hr/>	
30	2. Das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC)
30	2.1. FPIC in der deutschen EZ und im Rahmen von REDD+
31	2.2. Das Wesen von FPIC aus indigener Sicht (Minnie Degawan)
34	2.3. Zusammenfassung der wesentlichen Elemente von FPIC
<hr/>	
36	3. Betrachtung von Waldklimaschutzvorhaben
36	3.1. Vorbemerkungen und allgemeine Beobachtungen
41	3.2. Zusammenfassung der Ergebnisse anhand von sechs Prinzipien
41	3.2.1. Anerkennung fundamentaler Rechte und Berücksichtigung von nationalen und internationalen Rechtsstandards und Schutzbestimmungen (safeguards) als Grundvoraussetzung
42	3.2.2. Umfassende und wirksame Partizipation in allen Stadien und Prozessen
43	3.2.3. Einhaltung des Rechts auf Konsultationen und die freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC - free prior and informed consent)
48	3.2.4. Gewährleistung von Rechten auf Land, Territorien und Ressourcen und deren Nutzung
50	3.2.5. Erhalt und Förderung von Biodiversität, traditionellen Lebensweisen und nachhaltiger Entwicklung
51	3.2.6. Transparentes und gerechtes Benefitsharing
<hr/>	
55	4. Empfehlungen

57	5.Rechtsbasierte und traditionelle Ansätze für einen nachhaltigen Waldklimaschutz
61	5.1. Partizipative und gemeinschaftliche Waldbewirtschaftung
63	5.2. Gemeinschaftsbasiertes REDD+ und REDD+ Indígena Amazónico
68	5.3. Bio-cultural Community Protocols
72	5.4. Indigenous and Community Conserved Areas
74	5.5. Wanderfeldbau
78	5.6. Zusammenfassung wesentlicher Eigenschaften der Ansätze und Konzepte

82 **Schlussbemerkung**

84 **Literaturverzeichnis**

91 **Anhänge**

91	A.1. Elemente von FPIC
92	A.2. Leitfaden für die Analyse von Waldklimaschutzvorhaben
98	A.3. Zusammenfassungen der Fallstudien
99	A.3.1. Demokratische Republik Kongo: Auswirkungen der Beteiligung eines deutschen Unternehmens auf indigene Völker und lokale Gemeinschaften im Mai-Ndombe REDD+ Projekt
103	A.3.2. Ecuador: Herausforderungen in der Umsetzung des Sociobosque Programms
107	A.3.3. Honduras : Freie, vorherige und informierte Zustimmung im nationalen REDD-Vorbereitungsprozess
110	A.3.4. Kamerun: Entwaldung, REDD und der Takamanda Nationalpark
113	A.3.5. Laos: FPIC bei REDD: Erste Erfahrungen mit der Umsetzung aus dem CliPAD Projekt
115	A.3.6. Philippinen: Nationale Gesetzgebung und die Durchführung von FPIC im ForClimPanay Projekt
120	A.3.7. Vietnam: Beteiligung und Rechte indigener und lokaler Gemeinschaften in Aufforstungsmaßnahmen der KfW-Entwicklungsbank seit 1995
126	Literatur Fallstudienzusammenfassung
	A.4. Projektliste elektronisch auf www.infoe.de

128 **Abkürzungen**

Zusammenfassung

Deutsche Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen sowie privatwirtschaftliche Unternehmen gehören zu den größten Förderern im internationalen Waldklimaschutz.² Gleichzeitig hat sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit seit 2011 explizit einem Menschenrechtsansatz verschrieben, der auch für Akteure außerhalb der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit Orientierung bieten soll. Dieser Menschenrechtsansatz beinhaltet die ausdrückliche Respektierung der Rechte indigener Völker und ihre Einbeziehung in alle Vorhaben, die sie, ihre Gebiete und Lebensweisen betreffen. Nimmt man diese richtungsweisenden Aspekte zusammen, so lässt sich daraus eine besondere Verantwortung deutscher Institutionen für eine wirksame Beteiligung und Anerkennung der Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften im Rahmen von Waldklimaschutzvorhaben ableiten. Anhand der Betrachtung von politischen und rechtlichen Grundvoraussetzungen, von Projektberichten und Programmbeschreibungen und der Zusammenstellung von Erfahrungen aus der Praxis in Bezug auf sechs Prinzipien eines menschenrechtsorientierten, nachhaltigen und effektiven Waldklimaschutzes, wird dargestellt, inwieweit dieser Verantwortung bereits Rechnung getragen wird und wo die Schwierigkeiten und Herausforderungen hierbei liegen.

In diesem Zusammenhang möchte INFOE mit der vorliegenden Studie einerseits einen ersten Überblick über das Engagement deutscher Akteure im internationalen Waldklimaschutz geben, ohne hierbei Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Andererseits leistet die Studie einen Beitrag zu Diskussionen und Entwicklungen auf deutscher und internationaler Ebene in Bezug auf die praktische Ausgestaltung und Umsetzung eines Menschenrechtsansatzes im internationalen Waldklimaschutz, einschließlich REDD+.³ Neben der Betrachtung von Waldklimaschutzvorhaben mit deutscher Unterstützung werden hierzu außerdem rechtsbasierte und traditionelle Ansätze eines nachhaltigen Wald- und Klimaschutzes und der nachhaltigen Nutzung von Wäldern betrachtet und ihre wesentlichen Merkmale herausgestellt. Zentrale Frage hierbei ist, welches Potential explizit rechtsbasierte Ansätze, gemeinschaftliche sowie traditionelle Waldschutz- und Waldnutzungsmodelle für einen umfassenden, holistischen und effektiven Wald- und Klimaschutz haben.

Basierend auf der Überzeugung, dass die Anerkennung indigener Völker als Rechtsträger⁴ wesentlich für einen nachhaltigen und effektiven Wald- und Klimaschutz ist und entsprechende Vorhaben von den Konzepten und dem Erfahrungswissen indigener und lokaler Waldbewohner ausgehend partizipativ entwickelt werden müssen, geht die Studie folgenden Fragen nach:

1. Wie werden indigene Völker und lokale Gemeinschaften in Waldklimaschutzvorhaben, die von deutschen Institutionen gefördert und/oder durchgeführt werden, einbezogen und ihre Rechte berücksichtigt?
2. Welche Erfahrungen aus Waldklimaschutzvorhaben bieten Orientierung für die Berücksichtigung und praktische Umsetzung des Rechts indigener Völker auf freie, vorherige und informierte Zustimmung?

²Die Begriffe ‚Waldklimaschutz‘ bzw. ‚Waldklimaschutzvorhaben‘ beziehen sich auf den Waldschutz und Waldschutzmaßnahmen, die explizit auch dem Klimaschutz dienen sollen bzw. im Rahmen der Klimapolitik diskutiert, entwickelt und durchgeführt werden.

³Vereinfacht ausgedrückt ist das Prinzip von REDD, dass walddreiche Entwicklungs- und Schwellenländer ihre Wälder erhalten und so Treibhausgasemissionen reduzieren und dafür von Industrieländern finanziell belohnt oder „kompensiert“ werden. Das „plus“ erweitert das ursprüngliche Konzept, indem nachhaltiges Waldmanagement und der Erhalt der Kohlenstoffsenken explizit aufgenommen werden (REDD+ Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation plus the conservation and sustainable use of forests and the enhancement of carbon stocks in developing countries). Diese Erweiterung geht einher mit Regeln für die Umwelt- und Sozialverträglichkeit von REDD-Maßnahmen, den sogenannten „Safeguards“, die bei den Klimaverhandlungen 2010 in Cancun international vereinbart wurden.

3. Worin liegen die Unterschiede in Bezug auf Beteiligung und die Berücksichtigung von Rechten zwischen REDD+ und relevanten Maßnahmen einerseits und rechtsbasierten Ansätzen und traditionellen Konzepten des Waldklimaschutzes andererseits?

Geleitet von der Suche nach Erfahrungen in der Umsetzung des Menschenrechtsansatzes in u. a. von deutschen Institutionen geförderten Waldklimaschutzvorhaben, ergeben die Betrachtungen, dass diese Erfahrungen noch recht bescheiden sind. Dies bedeutet, dass bei der Konzeption und Durchführung der Projekte selten eine explizite Verknüpfung und systematische Umsetzung des Menschenrechtsansatzes erkennbar ist. Dies mag an der fehlenden Transparenz der Projektbeschreibungen liegen und ohne nähere Informationen können nur Vermutungen angestellt werden. Die betrachteten Projekte nehmen alle Bezug auf die Beteiligung der lokalen Waldbewohner und die Notwendigkeit der Anerkennung und Gewährleistung ihrer Rechte. Konkrete Ausführungen dazu, wie dies im Ansatz und der Praxis der Projekte umgesetzt wird, finden sich jedoch eher selten. Dies bedeutet, dass obwohl das Verständnis und der Respekt für das Wissen und die Erfahrungen indigener Völker und lokaler Gemeinschaften in Bezug auf den Erhalt der biologischen Vielfalt von Wäldern und den Klimaschutz ständig wächst, es doch wenige Waldklimaschutzvorhaben zu geben scheint, die das Wissen und die Rechte der lokalen Waldbewohner zum fundamentalen Ausgangspunkt machen, von dem aus Projekte mit den Waldbewohnern gemeinsam konzipiert werden. Dies wiederum ist der explizite Ausgangspunkt rechtsbasierter Ansätze, die einen Fokus auf den traditionellen Land- und Nutzungsrechten, den traditionellen Nutzungspraktiken und der selbstbestimmten Verwaltung und Entwicklung durch indigene und lokale Gemeinschaften für einen effektiven Waldschutz - und damit auch Klimaschutz - legen.

Diese Studie wurde in einem Zeitraum von 20 Monaten im Wesentlichen als Desk-Top Studie von Deutschland aus erarbeitet. Ergänzt wurden die Informationen aus dem Internet durch persönliche Gespräche und Telefoninterviews mit Vertretern der Durchführungsorganisationen, Projektverantwortlichen und anderen indigenen oder Nichtregierungsorganisationen, die in den jeweiligen Projektgebieten tätig sind. Im Rahmen der Recherche wurden acht (8) der insgesamt 55 betrachteten Projekte für detailliertere Fallstudien ausgewählt. Hierbei wurden für drei Fallstudien auch lokale Recherchen und Befragungen von Gemeinschaften, die an den jeweiligen Projekten beteiligt sind, durchgeführt. Die Liste der 55 betrachteten Projekte ist elektronisch auf der Webseite des INFOE veröffentlicht ebenso wie die 8 Fallstudien.



El bajo chirripo, Costa Rica, Foto ©Sabine Schielmann

Weltweit ist das Leben von etwa einer Milliarde Menschen unmittelbar vom Wald abhängig. In tropischen Regenwäldern leben ungefähr 300 Millionen Menschen, hiervon gehören circa 50 Millionen Menschen zu den indigenen Völkern. Sie zeichnen sich u. a. durch eine eng mit dem Wald verbundene Lebensweise aus, die nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht auf den Produkten des Waldes basiert, sondern insbesondere auch im kulturellen, religiösen und spirituellen Bereich den Wald und seine Elemente ganzheitlich einbezieht. Waldschutz ist für sie eine Frage des Überlebens und des Fortbestehens ihrer kulturellen Identität.

Die nachhaltige Nutzung und der Schutz der Wälder, insbesondere der tropischen Regenwälder, sind zentral für Klimaschutz und Armutsbekämpfung. Die Abholzung von Wäldern, die Umwandlung von artenreichem Primärwald in Plantagen oder Flächen für die Agrarwirtschaft hingegen gehören zu den Ursachen von klimaschädlichen Treibhausgasemissionen. Etwa 17 - 20 % der globalen Treibhausgasemissionen entstehen durch Entwaldung. Dies hat nicht nur besorgniserregende Auswirkungen für das Weltklima und die biologische Vielfalt, sondern es geht damit auch der Lebens- und Wirtschaftsraum vieler indigener Völker und lokaler Gemeinschaften verloren. Die Zerstörung des Waldes bedeutet für sie den Verlust ihrer Lebensgrundlagen, da sie u. a. für ihre Nahrung und Medizinpflanzen vom Wald abhängig sind und ihre kulturelle Identität unzertrennlich mit dem Wald verbunden ist.

Die enge Verbundenheit indigener und lokaler Waldbewohner mit dem Wald äußert sich u. a. in einer ressourcenschonenden und kohlenstoffarmen Lebensweise sowie einem reichen Wissens- und Erfahrungsschatz in Bezug auf den Wald als bedeutendem Ökosystem mit einer Vielzahl an „Leistungen“ für Mensch und Umwelt. Hieraus lässt sich auch ableiten, warum indigene Völker und lokale Gemeinschaften für den Schutz und die nachhaltige Nutzung von Wäldern eine so entscheidende Rolle spielen, haben sie doch erheblich zur Vielfalt und dem Erhalt heute noch existierender Waldgebiete beigetragen. Und selbst in Fällen, in denen indigene Lebensweisen nicht in allen Aspekten dem Nachhaltigkeitsprinzip entsprechen, zieht der Verlust ihres Lebensraumes neue Wirtschaftsformen und Verhaltensweisen nach sich, die in der Regel weitaus schädlicher für das Ökosystem Wald sind als die traditionellen.

Der Waldschutz ist aufgrund seiner Bedeutung für den Klimaschutz seit 2007 auch ein wichtiges Thema bei den UN-Klimaverhandlungen. Dort wird seitdem ein Mechanismus zur *Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern einschließlich der Erhaltung und nachhaltigen Bewirtschaftung von Wäldern und der Verbesserung der forstlichen Kohlenstoffvorräte in den Entwicklungsländern*, kurz REDD+ genannt, diskutiert. Wegen ihrer zentralen Rolle für den Waldschutz, sind indigene Völker und lokale Gemeinschaften (wiederum) in das Blickfeld der Diskussionen um REDD+ gerückt. Verständnis und Anerkennung der Rolle indigener Völker und anderer Waldbewohner und ihres Wissens spiegeln sich daher auch in den relevanten Beschlüssen der Vertragsstaatenkonferenzen der Klimarahmenkonvention wieder. So wurden auf der 16. Vertragsstaatenkonferenz im Jahr 2010, im mexikanischen Cancún, u. a. Schutzbestimmungen (safeguards) für die Umsetzung von REDD+ Aktivitäten verabschiedet, die den Respekt für das Wissen und die Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften sowie ihre volle und wirksame Beteiligung beinhalten.⁵

⁵(FCCC/CP/2010/7/Add.1) Decision 1/CP.16: The Cancun Agreements, Appendix 1:

2) [...] (c) Respect for the knowledge and rights of indigenous peoples and members of local communities, by taking into account relevant international obligations, national circumstances and laws, and noting that the United Nations General Assembly has adopted the United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples;

(d) The full and effective participation of relevant stakeholders, in particular indigenous peoples and local communities, in the actions referred to in paragraphs 70 and 72 of this decision; [...]

Wesentliche Elemente von REDD+ als einem Mechanismus für den Wald- und Klimaschutz wurden bei den letzten UN-Klimaverhandlungen in Warschau im November 2013 beschlossen, jedoch bleiben viele Bestimmungen recht unverbindlich sowie manche Fragen u. a. zum Finanzierungsmechanismus weiterhin offen. Von den verschiedenen Akteuren und Interessengruppen wird REDD+ unterschiedlich verstanden und bewertet und kontrovers diskutiert: Für die Einen gilt REDD+ als ein entscheidender Anreiz für den Walderhalt und damit auch den Erhalt der biologischen Vielfalt und den Lebensraum von indigenen und lokalen Waldbewohnern. Andere legen den Schwerpunkt auf den Wald als Kohlenstoffspeicher und REDD+ als einem Offset-Mechanismus.⁶ Kritiker betonen die Gefahr, dass REDD+ und die damit verbundenen Diskussionen um seine Ausgestaltung als einem scheinbar innovativen Mechanismus von der notwendigen Reduzierung von Emissionen in den Industrienationen und der ernsthaften Beschäftigung mit den Treibern von Entwaldung ablenken. Wieder andere sehen in REDD+ eine Bevorteilung derjenigen, die in Waldgebieten der Entwicklungsländer ansonsten den Wald in großem Maßstab ausgebeutet oder zerstört hätten, wie beispielsweise die (staatlich unterstützte) Holz- oder Agrarindustrie. Für viele indigene und lokale Waldbewohner bedeutet REDD+ eine Möglichkeit der Anerkennung und Wertschätzung ihrer bisherigen und aktuellen Leistungen für den Waldschutz. Eine Reihe von indigenen und lokalen Waldbewohnern haben aber bereits negative Erfahrungen mit REDD-Pilotprojekten und auch Prozessen zur Entwicklung nationaler REDD-Strategien gemacht, die beispielsweise Nutzungseinschränkungen in ihren traditionellen Waldgebieten und die Missachtung ihrer Rechte auf Partizipation und Konsultation mit sich brachten.

Grundsätzlich haben die Diskussionen um REDD+ die Frage der Rechte indigener Völker im Zusammenhang mit Waldschutz höher auf die Agenda internationaler Verhandlungen und nationaler Prozesse zum Wald- und Klimaschutz gesetzt. Es gibt kaum Akteure oder VerhandlungsteilnehmerInnen, die nicht die Bedeutung der Beteiligung und der Berücksichtigung der Rechte von indigenen und lokalen Waldbewohnern für einen nachhaltigen Waldschutz unterstreichen. In der praktischen Umsetzung von Waldklimaschutzvorhaben gestalten sich eine wirksame und volle Beteiligung von indigenen und lokalen Waldbewohnern und die Respektierung ihrer Rechte jedoch oft sehr komplex. REDD+ als mögliches Instrument, das im Rahmen von zahlreichen Pilotprojekten bereits getestet bzw. vorbereitet wird, ist mit finanziellen und anderen Anreizen und Leistungen, die oft an enge zeitliche Vorgaben gekoppelt sind, verbunden. Dies kann auch dazu führen, dass partizipative Prozesse und eine umfassende Berücksichtigung der Rechte indigener und lokaler Waldbewohner übergangen oder verkürzt werden. Schwierigkeiten und Probleme in der praktischen Umsetzung von REDD+ Maßnahmen haben bei einigen Politikern, Entscheidungsträgern, Projektentwicklern, Durchführungsorganisationen, Naturschutzorganisationen sowie Unternehmen dazu geführt, sich zunehmend intensiver mit sozialen und Menschenrechtsfragen auseinanderzusetzen und diese bei der Projektkonzeption mehr zu bedenken.

Dies betrifft auch Waldklimaschutzvorhaben und REDD+ Maßnahmen, die mit Mitteln aus Deutschland finanziert werden. Die deutsche Regierung sowie deutsche Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen gehören zu den wichtigsten Förderern von Vorhaben zum Wald- und Klimaschutz in walddreichen Entwicklungsländern. Sie setzen sich dabei grundsätzlich für einen

>>>>

⁶ Offset-Mechanismus meint auf Deutsch einen Mechanismus zur Klimakompensation und gilt als ein Instrument zum Klimaschutz, bei dem durch bestimmte Aktivitäten verursachte Treibhausgasemissionen - die an einem Ort der Welt nicht vermieden werden - durch Einsparungen von Treibhausgasemissionen oder der Speicherung in Kohlenstoffsinken an einem anderen Ort der Welt ausgeglichen werden. Zu diesem Zweck dienen Klimaschutz-Projekte. Das sind u. a. Projekte, die der Atmosphäre Treibhausgase dauerhaft entziehen und in Kohlenstoffsinken speichern, beispielsweise durch Aufforstung oder vermiedene Entwaldung. Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Klimakompensation>



nachhaltigen Waldschutz mit hohen sozialen Standards ein. Verbindliche Grundlage für die bilaterale Zusammenarbeit, die einen wichtigen Bestandteil der Betrachtungen dieser Studie ausmacht, bildet hierbei u. a. das im April 2011 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) verabschiedete Strategiepapier „Menschenrechte in der deutschen Entwicklungspolitik“. In diesem Konzept für einen Menschenrechtsansatz in der Entwicklungszusammenarbeit stellen indigene Völker eine der zentralen Zielgruppen dar, die direkt in sie betreffende Vorhaben einbezogen werden müssen und deren freie, vorherige und informierte Zustimmung bei sie betreffenden Planungen notwendig ist.

Jedoch werden die Kernelemente und Prinzipien dieses Menschenrechtsansatzes in Vorhaben zum Waldschutz im Rahmen der Klimapolitik und REDD+ Pilotprojekten noch nicht systematisch umgesetzt. Nicht immer werden höchste soziale Standards eingehalten und so kommt es bei einigen Projekten zu sozialen Schwierigkeiten in der Umsetzung. Positive und negative Lernerfahrungen sind wichtig und wegweisend, um die Umsetzung des Menschenrechtsansatzes weiter zu entwickeln. Solche Erfahrungen, mit spezifischem Augenmerk auf der Berücksichtigung der Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften und ihrer Einbeziehung in die verschiedenen Stadien der Vorhaben, wurden bisher noch kaum zusammengetragen und analysiert. Das Anliegen der vorliegenden Studie ist es deshalb, Informationen zu diesen Fragen zusammenzustellen und die Zusammenhänge zwischen politischen und praktischen Ansätzen im Waldklimaschutz und der Rechts- und Lebenssituation indigener Völker und lokaler Gemeinschaften herauszustellen.

Ziel, Methodik und Aufbau der Studie

Mit dieser Studie reagiert INFOE auch auf das Ergebnis einer informellen Umfrage, die Ende 2011 unter Kollegen anderer Nichtregierungsorganisationen, die sich mit Fragen der Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften und/oder Waldschutz und REDD+ beschäftigen, durchgeführt wurde und die einen Bedarf an einer Übersicht über das deutsche Engagement im Bereich Waldklimaschutz und REDD+ äußerten. Die Erarbeitung der Studie war Teil eines INFOE-Projekts, dessen übergeordnetes Ziel die Förderung der wirksamen Beteiligung indigener Völker und Gemeinschaften und die Einhaltung ihrer Rechte, insbesondere des Rechts auf freie, vorherige und informierte Zustimmung, im Rahmen von Waldschutzmaßnahmen ist.⁷ In diesem Zusammenhang soll die Studie einen Beitrag leisten zu Diskussionen und Entwicklungen, die in Deutschland sowie auf internationaler Ebene stattfinden bezüglich der praktischen Ausgestaltung und Umsetzung eines Menschenrechtsansatzes im internationalen Waldklimaschutz.⁸

INFOE möchte mit dieser Studie keine abschließende Bewertung von REDD+ abgeben, sondern Stellung beziehen auf Seiten lokaler und insbesondere indigener Gemeinschaften, die in Waldschutzvorhaben (für den Klimaschutz) involviert bzw. von solchen betroffen sind. Es scheint allerdings zweifelhaft, dass REDD+ im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen zu einem wirksamen Mechanismus zur Reduktion von CO₂ Emissionen und damit zum Klimaschutz entwickelt werden kann, der gleichzeitig dem Walderhalt und den

⁷ Das Projekt wurde gefördert durch Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst und Misereor und in 2012 teilweise auch durch das FEB-Programm des BMZ und die Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW.

⁸ Hier sind die besonders in 2012 vorangebrachten Prozesse zur Erarbeitung von sozialen und menschenrechtlichen Standards und 'safeguards' sowie von Richtlinien zu FPIC im Rahmen von UN-REDD, der FCPF sowie der Internationalen Klimaschutzinitiative des BMU zu nennen.

⁹ Der Unterschied zwischen REDD und *redd* wird folgendermaßen verstanden: „*We distinguish reduced emissions from deforestation and forest degradation (in small letters) from REDD (in capital letters). The former is the practice done by indigenous peoples and other forest peoples in defending their forests from deforesters and practicing their traditional forest management systems which are strictly regulated by customary laws. REDD is the official programme being negotiated at the UNFCCC.*“ Vicky Tauli-Corpus in der Einleitung zu Tebtebba Foundation (2010) *Indigenous Peoples, Forests & REDD Plus: Sustaining & Enhancing Forests Through Traditional Resource Management* S. vii

Rechten und Lebenssituationen indigener Völker gerecht wird. Jedoch können ernsthafte Maßnahmen zur Verminderung von Emissionen aus Entwaldung und der Degradierung von Wäldern einschließlich der Erhaltung und nachhaltigen Bewirtschaftung von Wäldern - die u. a. redd-Maßnahmen genannt werden⁹ - unter bestimmten Voraussetzungen und rechtsbasierten Prinzipien folgend in kleinen Schritten längst notwendige Veränderungen erwirken.

Ausgehend von der Überzeugung, dass die Anerkennung indigener Völker als Rechtsträger wesentlich für einen nachhaltigen und effektiven Wald- und Klimaschutz ist und entsprechende Vorhaben von den Konzepten und dem Erfahrungswissen indigener und lokaler Waldbewohner ausgehend partizipativ entwickelt werden müssen, geht die Studie folgenden Fragen nach:

1. Wie werden indigene Völker und lokale Gemeinschaften in Waldklimaschutzvorhaben, die von deutschen Institutionen gefördert und/oder durchgeführt werden, einbezogen und ihre Rechte berücksichtigt?
2. Welche Erfahrungen aus Waldklimaschutzvorhaben bieten Orientierung für die Berücksichtigung und praktische Umsetzung des Rechts indigener Völker auf freie, vorherige und informierte Zustimmung?
3. Worin liegen die Unterschiede in Bezug auf Beteiligung und die Berücksichtigung von Rechten zwischen REDD+ und relevanten Maßnahmen einerseits und rechtsbasierten Ansätzen und traditionellen Konzepten des Waldklimaschutzes andererseits?

Die gesamte Studie wurde in einem Zeitraum von 20 Monaten zunächst in drei Teilen erarbeitet, die jeweils eine der oben genannten Fragen behandelten und nach einer Überarbeitung in einer Studie zusammengefügt wurden. Die Recherche wurde zunächst als Desktop-Recherche durchgeführt. Hierbei wurden Materialien von Institutionen und Akteuren, die internationale Waldklimaschutzprojekte durchführen und/oder fördern, und ergänzende Informationen aus dem Internet im Hinblick auf die ersten beiden Fragen betrachtet.¹⁰ Zusätzlich wurden Informationen bei den Durchführungsorganisationen, indigenen Organisationen in den Projektgebieten und Kollegen deutscher NROs angefragt, wenn die im Internet verfügbaren Materialien nicht die gesuchten Informationen enthielten.¹¹ Hier ist zu bemerken, dass nach den ersten 4 Monaten der Recherche deutlich wurde, dass zu kaum einem der bis dahin für die Betrachtung zusammengestellten 30 Projekte bzw. Vorhaben aussagekräftige Informationen zu Fragen der Partizipation indigener Gemeinschaften und der Umsetzung von FPIC im Internet zugänglich waren. Daher wurde in etwa 60 % der Fälle versucht, weitere Informationen durch die Kontaktaufnahme mit Projektverantwortlichen oder Involvierten einzuholen. Jedoch war auch dies nicht in allen Fällen erfolgreich.¹²

>>>>

¹⁰ Detailliertere Informationen zur Vorgehensweise bei der Betrachtung und Analyse der Waldklimaschutzprojekte finden sich in Kapitel 3.

¹¹ Hierzu wurden u. a. folgende Organisationen kontaktiert: AIPP - Asia Indigenous Peoples Pact, ARA - Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz, COICA - Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica, GIZ - Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, KfW Entwicklungsbank, Misereor, NABU - Naturschutzbund Deutschland, OroVerde, Tetebba - Indigenous Peoples' International Centre for Policy Research and Education, der WWF Deutschland und die Zoologische Gesellschaft Frankfurt.

¹² Im Anhang (nur elektronisch) findet sich die Liste und Kurzzusammenfassungen der mittlerweile 55 betrachteten Projekte, die farblich gekennzeichnet sind, um zu verdeutlichen, welche Projektzusammenfassungen sich nur auf Informationen aus dem Internet beziehen und welche auch Informationen, die auf Anfragen hin bereitgestellt wurden, enthalten, einschließlich der genutzten Kontakte.



Die Projekte, die zur Betrachtung im Hinblick auf Partizipation und Erfahrungen zu FPIC ausgewählt wurden, können folgenden Kategorien zugeordnet werden:

- a. Projekte der „REDD-Readiness“ mit Fokus auf Beratung, Erhebung von Basisdaten, REDD-Strategien und Kapazitätsaufbau.
- b. Projekte zur Förderung von Wald- und Landnutzungsplanung und zur Einrichtung, Erhaltung und Verwaltung von Schutzgebieten, die in vielen Fällen schon einige Zeit bestehen und mitunter nun durch eine „Klima-, Kohlenstoff- bzw. REDD-Komponente“ ergänzt werden.
- c. Projekte nach dem Prinzip der „Zahlungen für Umweltleistungen“ (PES), die auch Aufforstungsprojekte oder vertraglichen Waldschutz beinhalten können.

Es handelt sich darüber hinaus um (im Jahr 2012) laufende oder erst kürzlich abgeschlossene Projekte, die folgende Maßnahmen für den Waldklimaschutz beinhalten können: Aufforstung; Wiederbewaldung; nachhaltige Waldwirtschaft; Wald-Schutzgebiete; kommunale Waldschutzprogramme; Zahlungen für Umweltdienstleistungen im Waldsektor; Aufbau von Kapazitäten, Monitoring und Evaluierung im Hinblick auf Strategien; gute Regierungsführung im Waldsektor und nationale REDD+ Strategien. Acht (8) der insgesamt 55 betrachteten Projekte wurden für detailliertere Fallstudien ausgewählt. Dabei wurden jeweils 2 Projekte aus den oben genannten drei Kategorien ausgewählt, außerdem ein FPIC-Pilotprojekt sowie ein Projekt aus dem Privatsektor.

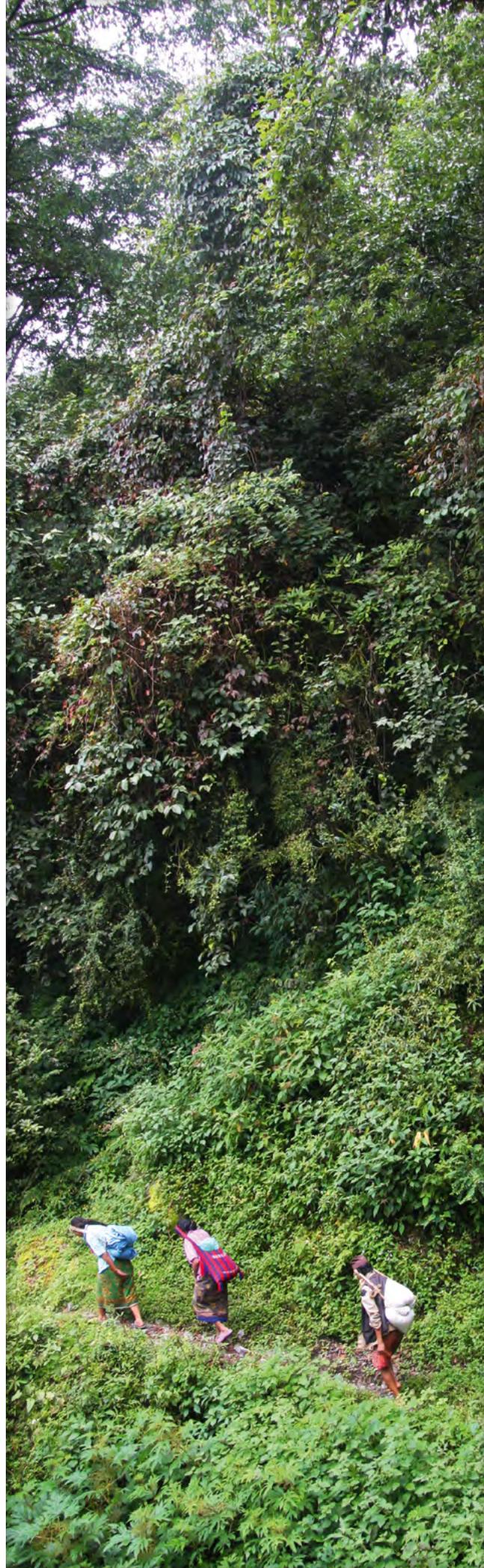
Der dritten Frage schließlich wurde im Rahmen einer Zusammenstellung von rechtsbasierten Ansätzen und traditionellen Konzepten des Wald- Klimaschutzes nachgegangen. Auch diese Informationen wurden über eine Internetrecherche eingeholt und durch Informationen von Organisationen, die sich mit diesen Ansätzen beschäftigen, ergänzt. Einige Ansätze werden durch kurze praktische Beispiele veranschaulicht.

Im folgenden Kapitel 1 werden nach dem Versuch eines kurzen Überblicks über das politische, institutionelle und finanzielle Engagement deutscher Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen im internationalen Waldklimaschutz¹³, die rechtlichen und sozialen Standards, die diesem Engagement zu Grunde liegen, dargestellt. Im Kapitel 2 wird ein spezieller Blick auf das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung gerichtet. Daran anschließend folgen in Kapitel 3 die Betrachtung der Waldklimaschutzvorhaben und die Zusammenstellung der Ergebnisse dieser Betrachtung anhand von sechs Prinzipien. Auf diese Ergebnisse aufbauend werden in Kapitel 4 Empfehlungen für einen Menschenrechtsansatz im Rahmen partizipativer, nachhaltiger und effektiver Waldschutzmaßnahmen formuliert. Im darauf folgenden Kapitel 5 werden rechtsbasierte Ansätze und traditionelle Konzepte für den Wald- und Klimaschutz vorgestellt und teilweise anhand von Beispielen illustriert. Die wesentlichen Merkmale dieser Ansätze und Konzepte werden tabellarisch zusammengefasst. Im Rahmen einer Schlussbemerkung wird versucht, Schnittstellen und Unterschiede zwischen diesen Ansätzen und den

¹³ Dieser Abschnitt stützt sich zu einem großen Teil auf Informationen aus der Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Thilo Hoppe, Ute Koczy, Dr. Hermann E. Ott, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/10590 zur Finanzierung des Waldschutzes durch REDD+ und die Stärkung und Einhaltung von Schutzklauseln. Deutscher Bundestag Drucksache 17/10739 17. Im Folgenden kurz „Antwort Kleine Anfrage“ genannt.

Ergebnissen bzgl. der Sichtbarkeit und Umsetzung eines Menschenrechtsansatzes aus den vorher betrachteten Waldklimaschutzvorhaben kurz darzustellen. Im Anhang findet sich eine Übersicht über die Projekte, die im Rahmen der Studie betrachtet wurden, die Prinzipien und Leitfragen, die zur Orientierung bei der Betrachtung dienen sollten, die Zusammenfassungen von 7 der 8 Fallstudien sowie eine gegliederte Literaturliste. Die Tabelle mit den Kurzzusammenfassungen der 55 Projekte sowie die vollständigen Fallstudien sind auf der INFOE Webseite einsehbar.

Helambu-Region, Nepal, Foto © Christian Erni, IWGIA



Ansätze und Schwerpunkte

Internationaler Waldklimaschutz ist ein zentrales Anliegen für die deutsche Entwicklungspolitik sowie für zahlreiche deutsche Nicht-Regierungsorganisationen und seit einigen Jahren auch ein Betätigungsfeld für Unternehmen. Ausgehend von der zentralen Bedeutung, die Wälder für die Menschen haben, wird nach nachhaltigen Wegen für den Waldschutz gesucht, welche wirtschaftliche Entwicklung und den Erhalt der Wälder miteinander vereinbaren. Die Förderung nachhaltiger Waldwirtschaft im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) soll daher sowohl der Armutsbekämpfung als auch dem Erhalt der ökologischen Ausgleichsfunktionen der Wälder dienen.¹⁴

Grundlage für die deutsche Entwicklungspolitik im Waldsektor bildet das 2002 verabschiedete Sektorkonzept „Wald und nachhaltige Entwicklung“. Darin werden folgende Schwerpunktfelder für die EZ im Waldsektor genannt: Die deutsche EZ nutzt zur Umsetzung von Maßnahmen in den genannten Feldern ein international abgestimmtes Instrument zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der Wälder, nämlich „nationale Waldprogramme“.

Schwerpunktfelder für die deutsche EZ im Waldsektor

- *„Unterstützung der Partnerländer bei der Erarbeitung und Umsetzung eines konsistenten Politikrahmens und der Entwicklung einer entsprechenden Institutionenlandschaft inklusive Konsultativ- und Beteiligungsmechanismen (z. B. im Rahmen nationaler Waldprogramme).“*
- *Förderung von Waldschutz, nachhaltiger Nutzung und standortgerechten Wiederaufforstungsmaßnahmen, Sekundärwaldbewirtschaftung, Regeneration von Ödland und degradierten Wäldern sowie Feuerbekämpfung.*
- *Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags und Handels mit illegal eingeschlagenem Holz und anderen illegal geernteten Waldprodukten, z. B. Wildtieren und Wildfleisch, Aufbau wirksamer Kontroll- und Sanktionsmechanismen (Law enforcement); Korruptionsbekämpfung.*
- *Förderung der Entwicklung von glaubwürdigen, unabhängigen Zertifizierungssystemen.*
- *Entwicklung von Finanzierungsstrategien für die nachhaltige Waldbewirtschaftung“*

(BMZ Sektorkonzept Wald und nachhaltige Entwicklung, 2002, Seite 6, ohne Hervorhebungen aus dem Original)

Das Konzept der ‚Nationalen Waldprogramme‘ wurde vom Intergovernmental Panel on Forests¹⁵ (IPF 1995-1997) definiert und kennzeichnet sich durch einen breit angelegten Dialogprozess mit der Beteiligung von Regierungsstellen, Waldnutzern, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor sowie durch einen ganzheitlichen und sektorübergreifenden Ansatz. *„Diese Programme sollen die*

¹⁴ BMZ Seite: www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/umwelt/wald/Deutscher_Beitrag/index.html
Zugriff am 7.12.2012

¹⁵ Der Intergovernmental Panel on Forests (IPF) war von der VN-Kommission zu Nachhaltiger Entwicklung (Commission on Sustainable Development - CSD) für zwei Jahre als Forum für Beratungen zur internationalen Waldpolitik geschaffen worden. Siehe www.un.org/esa/forests/ipf_iff.html

¹⁶ www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/umwelt/wald/Deutscher_Beitrag/index.html Zugriff am 7.12.2012

ökonomischen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen sichern, die eine nachhaltige Walderhaltung und -bewirtschaftung möglich machen.“¹⁶

Weitere wichtige Instrumente für den Waldschutz und die nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern sind die Einrichtung von Schutzgebieten bzw. Schutzzonen, die Kontrolle des illegalen Holzeinschlags, Feuerprävention, Landtitulierungen, Aufforstung und die Förderung kommunaler Waldbewirtschaftung.¹⁷

Das Engagement im internationalen Waldschutz, der auf einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz abzielt, baut auf den Erfahrungen der EZ im Waldsektor und insbesondere der Erarbeitung und Umsetzung von nationalen Waldprogrammen in Partnerländern auf. Auch dieses Engagement folgt den Grundsätzen einer armutsorientierten und partizipativen Waldbewirtschaftung. Auch hier gehören institutionelle und technische Beratung u. a. zu sozialen und Umweltstandards, die Förderung von nachhaltiger Waldbewirtschaftung, Schutzgebieten und Vertragswaldschutz sowie good governance zu den Schwerpunkten. Dies gilt auch für EZ-Programme zur Unterstützung und Beratung von Partnerländern bei der Entwicklung von nationalen REDD-Strategien.¹⁸ Hierbei wird insbesondere der Aufbau von nationalen Monitoringsystemen gefördert, da *„...funktionierende Informationssysteme die Grundlage für eine transparente und effiziente Waldpolitik sind“*.¹⁹

Schwerpunkte von REDD+ und verwandten Maßnahmen

„REDD+ bzw. REDD-relevante Maßnahmen werden in Anknüpfung an die Länderschwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit des BMZ und der klimapolitischen Aktivitäten des BMU vor allem in Brasilien, Indonesien, Vietnam, Laos, Peru, Ecuador und Mittelamerika gefördert. Bei REDD-Maßnahmen wird grundsätzlich eine Verknüpfung von Emissionsminderung mit entwicklungspolitischen Zielen verfolgt. Neben REDD+ verfügt die Bundesregierung über eine ganze Reihe von Instrumenten zur Förderung der biologischen Vielfalt (z. B. Schutzgebiete) und der nachhaltigen Waldwirtschaft, die nicht primär auf REDD+ gerichtet sind und stark auch in Ländern zur Anwendung kommen, in denen die Governance Bedingungen für ein nationales oder bundesstaatliches REDD+ Programm erst entstehen müssen.“

(Antwort Kleine Anfrage, S.22)

Die Förderung von REDD+ Maßnahmen im Rahmen der EZ folgt der grundsätzlichen Überzeugung, dass es sich bei REDD+ um ein innovatives Instrument handelt, das einen wichtigen Beitrag zur Milderung des Klimawandels leisten kann:

„REDD ist ein ergebnisbasierter Waldschutzmechanismus, der umfangreiche Treibhausgasreduktionen in Schwellen- und Entwicklungsländern anstrebt: REDD sieht Kompensationszahlungen für messbare und nachgewiesene CO₂- Emissionsminderungen vor. Damit wird dem in Wäldern gespeicherten Kohlenstoff ein ökonomischer Wert gegeben, und der Walderhalt somit in wirtschaftliche Entscheidungsprozesse einbezogen.“²⁰

>>>>

¹⁷KfW- Entwicklungsbank: Engagement der KfW Entwicklungsbank www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Sektoren/Naturressourcen-und-Tropenwald/Engagement-der-KfW-Entwicklungsbank/index.html

¹⁸ Deutscher Bundestag Drucksache 17/10739 17. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Thilo Hoppe, Ute Koczy, Dr. Hermann E. Ott, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/10590 zur Finanzierung des Waldschutzes durch REDD+ und die Stärkung und Einhaltung von Schutzklauseln, S. 6. Im Folgenden kurz „Antwort Kleine Anfrage“

¹⁹ Ibid. S.12

²⁰ BMZ (in Kooperation mit GIZ und KfW): REDD Early Movers (REM) - Pioniere des Waldschutzes belohnen. April 2012. S.3/4.

Dabei wird von Seiten des BMZ immer wieder unterstrichen, dass Kohlenstoffmessungen nicht im Vordergrund stehen, sondern der Entwicklungsaspekt. REDD+ Maßnahmen können nur erfolgreich sein, wenn sie die lokale Bevölkerung, insbesondere Indigene, entscheidend beteiligen und einen Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt und einer nachhaltigen Entwicklung leisten.²¹ Ein Engagement für REDD bedeutet daher auch eine verstärkte Beschäftigung mit zentralen Fragen der guten Regierungsführung und nach den Treibern von Entwaldung.²²

Auch im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) des BMU, welche eines der wichtigsten Förderinstrumente für Waldklimaschutzvorhaben der Bundesregierung darstellt, ist REDD+ ein wesentlicher Bereich. Hier liegt der Fokus insbesondere seit 2012 auf den im Folgenden dargestellten Maßnahmen. Diese beziehen wichtige Punkte, wie die Frage nach den Treibern der Entwaldung, ökologische und soziale Standards sowie den Ökosystem-Ansatz zum Erhalt von Wäldern mit ein, die ein umfassendes Verständnis von REDD+ erwarten lassen.

Schwerpunkte der IKI im Förderbereich III: Erhalt und nachhaltige Nutzung von natürlichen Kohlenstoffsenken / REDD+

„Der Schutz und die nachhaltige Nutzung von Wäldern und anderen Ökosystemen haben eine zentrale Bedeutung für die Minderung von Treibhausgasen. Schwerpunkt der Förderung sind Projekte zur Umsetzung nationaler REDD+-Strategien (Phase 2), die nationale Akteure auf einem ergebnisbasierten REDD+-Mechanismus (Phase 3) vorbereiten; dazu gehören insbesondere:

- *die Entwicklung, Anwendung und Kontrolle ökologischer und sozialer Standards („Safeguards“) mit Schwerpunkt auf die Einbindung von lokalen Gemeinden und indigenen Bevölkerungsgruppen*
- *die Entwicklung von effektiven, effizienten und gerechten nationalen Gewinnverteilungssystemen für REDD+*
- *Adressierung der Treiber der Entwaldung*
- *die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zum großflächigen ökologisch und sozial verträglichen Wiederaufbau von Waldökosystemen.“*

(BMU: Informationen zur Förderung von Vorhaben im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Stand: 31. Oktober 2012, S.4)

Ansatz und Schwerpunkte von Wald- und Naturschutzorganisationen

Zahlreiche deutsche Wald- und Naturschutzorganisationen engagieren sich seit Jahrzehnten im internationalen Waldschutz. Viele von ihnen in Tropenwaldgebieten, aber auch die borealen Wälder der nördlichen Hemisphäre finden entsprechende Beachtung. Geleitet ist dieses Engagement primär von Naturschutzziele und die Schwerpunkte liegen demnach auf dem

²¹ Siehe Antwort Kleine Anfrage,S.4; und BMZ (2011): Ready for Read, 2011, S. 10.

²² Gespräch mit Daniel Haas (damals Verantwortlicher für REDD im BMZ Referat 311 - Umwelt und nachhaltige Ressourcennutzung), 9.7.2012

Erhalt des Waldes als bedeutendem Ökosystem mit einer reichen Artenvielfalt und seiner nachhaltigen Nutzung. Dabei wird der Schutz von Wäldern bzw. Waldgebieten integriert mit Maßnahmen zur Förderung der nachhaltigen Nutzung der Waldressourcen, insbesondere auch der „Nicht-Holz-Produkte“ (NTFP - Non Timber Forest Products), um zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Waldbewohner beizutragen.

In den letzten Jahren haben einige Organisationen in diesem Bereich begonnen, den Schutz des Waldes als Kohlenstoffspeicher stärker in den Fokus zu rücken, u. a. auch bedingt durch entsprechende Förderschwerpunkte von Stiftungen und anderer Förderer im Bereich des internationalen Waldschutz.²³ Einige der Organisationen engagieren sich daher auch im Rahmen von REDD+ Projekten. Solche „REDD-Projekte“ bzw. Projekte mit einer Komponente, die explizit auch zur Verminderung von Emissionen beitragen sollen, bauen meist auf einem langjährigen Engagement im jeweiligen Gebiet und der bereits bestehenden Zusammenarbeit mit den indigenen und lokalen Waldbewohnern auf und werden häufig mit ihnen gemeinsam entwickelt.²⁴

Ansatz und Schwerpunkte im Bereich Wald-Investment

Mehr und mehr Unternehmen sowie auch private Investoren sehen den Wald und insbesondere den Tropenwald als ein potentiell lukratives Feld, in das ‚nachhaltig‘ investiert werden kann. Da gibt es Unternehmen, die in den Wald als Kohlenstoffspeicher investieren und Waldklimaprojekte zur Kompensierung von CO₂ Emissionen unterstützen. Hierbei werden beispielsweise Aufforstungs- oder Wiederaufforstungsprojekte, Nachhaltige Waldwirtschaft oder REDD+ Projekte gefördert, die dann unter Standards mit Emissionszertifikaten zertifiziert werden. Die Zertifikate werden meist auf dem freien Kohlenstoffmarkt gehandelt, wo Unternehmen und private Investoren die Zertifikate erwerben und damit die Treibhausgasemissionen ihres Unternehmens oder ihrer Produkte kompensieren können.²⁵ Daneben gibt es Waldfonds und andere Anlageprodukte, die „grüne Geldanlagen“ im Wald anbieten, *„da Bäume unabhängig von Wirtschafts- und Kapitalmarktentwicklungen wachsen und die globale Holznachfrage stetig steigt. Daraus resultieren hohe Rendite-Versprechen, die sowohl institutionelle Investoren als auch Privatanleger locken und obendrein ein grünes Gewissen verheißten“*.²⁶ Gemeinsam scheint den diversen Unternehmen, Anbietern und Geschäftsmodellen der Anspruch, durch die Inwertsetzung des Waldes einen nachhaltigen Beitrag zu seinem Erhalt - sowie auch zum Klimaschutz - leisten zu wollen und dabei sozial verträglich zu handeln.

²³ Hierzu gehören insbesondere die durch die IKI geschaffenen Finanzierungsmöglichkeiten und Förderschwerpunkte.

²⁴ Zu den Nichtregierungsorganisationen, die in diesem Bereich tätig sind, gehören u. a. der WWF Deutschland, der NABU - Naturschutzbund Deutschland, die ZGF - Zoologische Gesellschaft Frankfurt und OroVerde. Mit Mitarbeitern dieser Organisationen wurden im Juni und September 2013 Gespräche geführt, um ihre Ansätze im Bereich des Waldklimaschutzes kennenzulernen.

²⁵ Siehe OroVerde: Investieren in Waldklimaprojekte unter www.oroverde.de/fileadmin/user_upload/PDF/Wald_und_Klima/Broschuere_Leitlinien_red.pdf

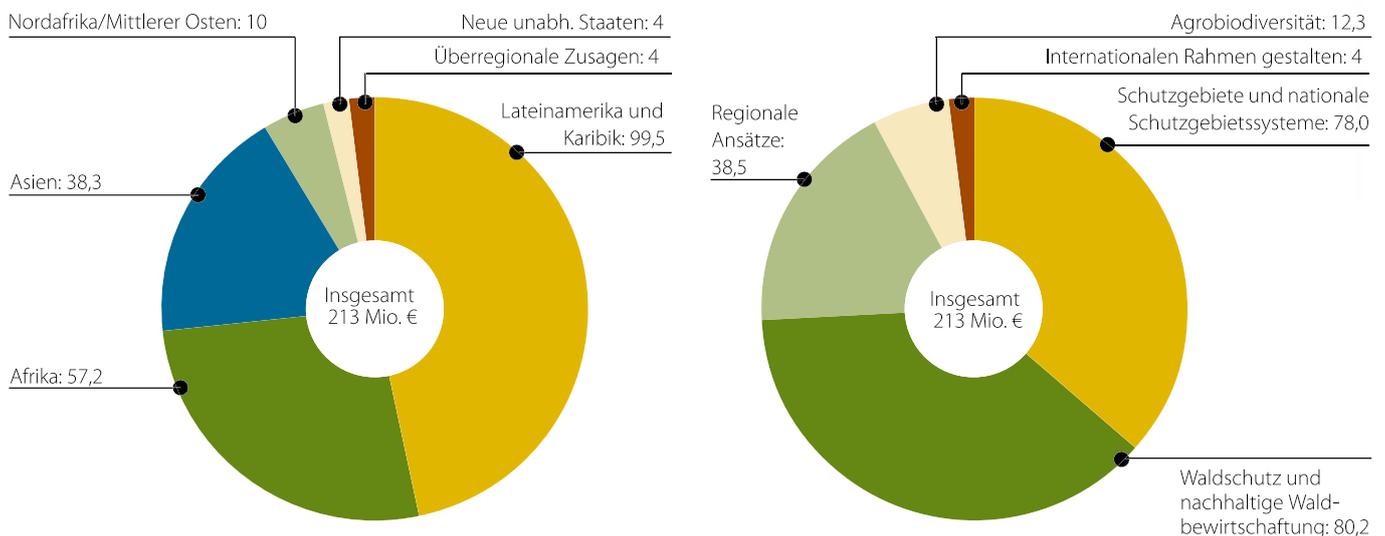
²⁶ Aus der Beschreibung des entsprechenden Projekts von OroVerde und dem Global Nature Fund, siehe unter www.globalnature.org/33472/PROJEKTE/Naturschutz-Biodiversitaet/Waldinvestments/02_vorlage.asp

Sowohl bei OroVerde sowie auch dem Global Nature Fund finden sich weitere Informationen zum Wald-Investment Bereich.

Wie bereits erwähnt, gehört Deutschland zu den größten Geldgebern nicht nur im Bereich des internationalen Waldschutzes sondern auch für den Erhalt der biologischen Vielfalt grundsätzlich sowie bei der internationalen Klimaschutzfinanzierung.

Einen Eindruck über den Anteil, den die Förderung von Waldschutz und nachhaltiger Waldbewirtschaftung im Rahmen der Förderung des Erhalts der biologischen Vielfalt ausmacht, vermittelt die folgende Grafik über bilaterale Zusagen für das Jahr 2009. Es wird deutlich, dass der Waldschutz im Rahmen der bilateralen Förderung zum Erhalt der biologischen Vielfalt, neben der Förderung von Schutzgebieten, den größten Anteil einnimmt.

Regionale Aufteilung der bilateralen Zusagen in Mio. €



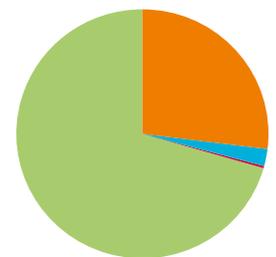
Grafik aus: BMZ (2010): Biodiversität – Schützen, nachhaltig nutzen, Gewinne gerecht verteilen – Bilanz des deutschen entwicklungspolitischen Engagements für biologische Vielfalt. S.2²⁷

²⁷ Siehe Publikation mit Grafik unter www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/themen_und_schwerpunkte/biodiversitaet/bilanz_biodiversitaet.pdf

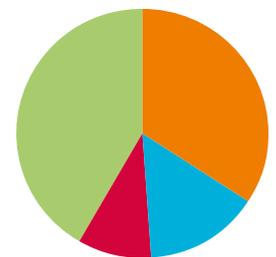
Grundsätzlich stellt die Einrichtung und Absicherung von Schutzgebieten im Rahmen der finanziellen Förderung das zentrale Instrument gegen Entwaldung und den Verlust der biologischen Vielfalt dar. Andererseits nimmt der Schutz von Waldgebieten im Rahmen der finanziellen Förderung von Schutzgebieten weltweit den größten Teil ein, wie die folgende Tabelle zeigt. Sie bezieht sich auf die finanzielle Förderung durch die KfW, die aktuell „[...] weltweit über 270 Naturschutzgebiete [unterstützt] - darunter 19 UNESCO Weltnaturerbebestätten - in 34 Ländern. Zusammengekommen werden in diesen Zonen knapp 676.000 km² natürliche Ökosysteme geschützt.“²⁸

Germany's direct investments (financial cooperation) in protected areas worldwide

	World	Africa	Asia	Europe	Latin America
Number of projects	59	22	9	8	20
Number of protected areas funded	270	37	11	15	207
Average area (km ²)	2,504	4,958	1,312	195	2,295
Total area (km ²)	676,096	183,474	14,432	2,939	475,249
forest (esp. tropical forest)	71.3%	48,605	14,432	1,767	417,388
steppe and savannah	18.2%	122,549	0	0	525
coasts and coral reefs	5.3%	12,000	0	0	23,838
highlands	4.3%	0	0	644	29,053
inland waters	0.7%	320	0	527	4,444
Project volume (€ million)	382.2	131.2	56.6	36.0	158.2



Total area (km²)



Project volume (€)

Abbildung aus: GIZ in Cooperation with KfW (Sept 2012): Committed to Bio-diversity. Seite 30

>>>>

²⁸ KfW- Entwicklungsbank: Engagement der KfW Entwicklungsbank, Siehe Fußnote 17. Zugriff am 10.12.2013

In einer jüngsten gemeinsamen Veröffentlichung der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der KfW Entwicklungsbank wurden Daten über die internationale Förderung von Maßnahmen zur Umsetzung der drei Ziele der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) durch das BMZ und das BMU zusammengetragen und in der folgenden Tabelle zusammengestellt.²⁹

Germany's international biodiversity finance: Sources and amounts of bi and multilateral funding in € million.

	2007	2008 (Baseline)	2009	2010	2011	2012 (planned)
BMZ bilateral*	115	159	183	225	307	370
BMZ multilateral**	10	10	13	37	22	25
BMZ total bi- & multilateral	125	169	196	262	329	395
BMU ICJ***	n/a	50	54	38	57	53
Total	125	219	250	300	386	448

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Additionality 2009 to 2012, as compared to Baseline Year 2008 (COP9 Announcement)****	n/a	n/a	31	81	167	229

Additional 2009 to 2012 = 508

* Including technical cooperation implemented through GIZ and financial cooperation implemented through KfW. The sums also include a specific amount of money provided each year to support cooperation with civil society and non-governmental organisations. Debt-swaps and funds that have been leveraged from international capital markets are not included in this list. For measuring the relevance of ODA with regard to biodiversity each project is being assessed whether its main focus and principle objective is to support at least one of the three objectives of the Convention on Biological Diversity (CBD) (protection and sustainable use of biodiversity and the fair sharing of benefits) and thus can strike Rio Marker BTR 2. Until the year 2011 only projects marked BTR 2 have been taken into account when internally assessing the increase of BMZ funding toward biodiversity. To take into account the concrete positive impact on biodiversity also of projects that have conservation of biodiversity as a significant but not as the main focus (BTR 1, for example a sustainable land management project) so called sectoral components are integrated into BTR 1 projects and will be monitored with a specific related indicator. This biodiversity sectoral component contributes 100 % to at least one of the three objectives of the CBD and will be accounted 100 % as a contribution towards biodiversity. The other components of the project are not reported as a contribution to Biodiversity. This methodology ensures that only that part of a project which clearly supports one of the objectives of the CBD is measured and reported. The percentage of the biodiversity sectoral component of the overall project might vary from project to project.

** Includes contributions to the Global Environment Facility's (GEF) biodiversity focal area and to the Forest Carbon Partnership Facility (FCPF).

*** The € 38 million for 2010 includes € 10 million in multilateral contributions to the Forest Carbon Partnership Facility (FCPF) under BMU's Fast Start Climate Finance.

**** The additional € 500 million between 2009 and 2012 announced by Chancellor Angela Merkel is calculated on a cumulative basis, adding each year's additional bilateral & multilateral funding as compared to the baseline year 2008.

Die Bundesregierung hat in den Jahren 2008 bis 2012 für Waldschutzprogramme insgesamt 904,74 Mio. Euro bereitgestellt bzw. im Rahmen von Regierungsverhandlungen verbindlich zugesagt.³⁰ Den überwiegenden Teil bilden dabei Mittel aus den Haushalten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU). Dazu kommen Mittel aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) sowie dem Sondervermögen des Bundes (Energie- und Klimafonds/EKF) und Mittel aus Umschuldungen (Debt-for-Nature Swaps).³¹ „Der Anteil der bilateral zugesagten Mittel betrug 812,99 Mio. €, dies entspricht 89,8 %. Der Anteil der multilateralen Mittel betrug 92,75 Mio. €, dies entspricht 10,2 %.“³²

Wie hoch der Anteil der Förderung von speziellen REDD+ Maßnahmen hierbei ist, lässt sich nicht genau sagen, da es im Rahmen des gesamten Tropenwaldportfolios keine klare Abgrenzung zwischen REDD+ Maßnahmen einerseits und Maßnahmen zum Waldschutz und nachhaltiger Waldbewirtschaftung andererseits gibt.³³ Maßnahmen aus dem einen Bereich können immer auch Aspekte aus dem anderen Maßnahmenbereich enthalten bzw. deren Zielen dienen. Außerdem stellen Maßnahmen zum Waldschutz auch ohne eine explizite REDD+ Komponente dennoch klimawirksame Maßnahmen dar, denn der Schutz und die Stärkung von Ökosystemen sind immer auch für die Anpassung an klimatische Veränderungen bedeutsam.³⁴ Dies spiegelt sich auch in den Förderbereichen der IKI wieder, die seit 2012 vier Bereiche umfassen. Hierbei beinhaltet der Bereich zum Erhalt und der nachhaltigen Nutzung von Kohlenstoffsenken/REDD+ auch den „[...] großflächigen ökologisch und sozial verträglichen Wiederaufbau von Waldökosystemen.“³⁵

Die IKI ist eines der zentralen Förderinstrumente der Bundesregierung für den Waldschutz zur Erreichung von Klimaschutzzielen. Sie verwendet seit 2008 von den ihr jährlich zur Verfügung stehenden 120 Mio. €, die im zunächst aus den Versteigerungserlösen des Emissionshandels stammten und nun aus den Mitteln des BMU, etwa 21 % zur Finanzierung von REDD+ Maßnahmen.³⁶ Die IKI ist ein wesentlicher Teil des deutschen Fast-Start-Beitrags. Andererseits fließt der Großteil der deutschen Fast-Start-Mittel im Bereich Waldschutz/REDD+ über IKI-Projekte ab. Die ‚Fast-Start-Zusage‘ wurde von den Industrieländern während des UN-Klimagipfels Ende 2009 gemacht. „Die Industrieländer versprochen für die Jahre 2010 bis 2012 insgesamt 30 Mrd. US-Dollar an neuen und zusätzlichen kurzfristigen Finanzhilfen für Klimaschutz und Anpassung an die klimatischen Veränderungen in den Entwicklungsländern. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte als deutschen Beitrag zu dieser Summe insgesamt 1,26 Mrd. Euro zu.“³⁷ Hiervon sind 350 Millionen für REDD+ bzw. Waldschutz Projekte vorgesehen. Bis September 2012 wurden bereits gut 232 Millionen eingesetzt.

>>>>

²⁹ Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH in Cooperation with KfW (September 2012): Committed to Biodiversity. Germany's International Cooperation to Implementing the Convention on Biological Diversity for Sustainable Development. www.bmz.de/en/publications/type_of_publication/special_publications/Biodiversity.pdf

³⁰ Antwort Kleine Anfrage, S. 9

³¹ Ibid. Und: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH in Cooperation with KfW (September 2012), Seite 10/11

³² Antwort Kleine Anfrage, S.10

³³ Ibid.

³⁴ Siehe bei Informationen zum Beitrag Deutschlands zur internationalen Klimafinanzierung unter <http://www.deutscheklimafinanzierung.de/was-ist-die-deutsche-klimafinanzierung/summen/> Zugriff am 18.12.2012

³⁵ BMU: Informationen zur Förderung von Vorhaben im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Stand: 31. Oktober 2012

www.bmu-klimaschutzinitiative.de/files/Informationen_zur_Foerderung_von_Vorhaben_im_Rahmen_der_IKI_1120.pdf

³⁶ BMU: Die internationale Klimaschutzinitiative www.international-climate-initiative.com/de/ueber-die-iki/foerderinstrument-iki/ Zugriff am 18.12.2013 The International Climate Initiative - Achievements to date. (Last updated: August 2012)

www.bmu-klimaschutzinitiative.de/files/2012-ICI-factsheets-flyer-all323_1135.pdf

³⁷ <http://www.deutscheklimafinanzierung.de/was-ist-die-deutsche-klimafinanzierung/summen/> Die Kritik von Oxfam u. a. in diesem Punkt ist, dass es sich um lediglich 150 Millionen „frisches Geld“ handelt, da „[...] 88 Prozent der Mittel zur Erfüllung der Zusage bereits vor dem UN-Klimagipfel in Kopenhagen zugesagt worden oder eingeplant gewesen [waren], zum Teil mehrere Jahre vorher.“ Ibid. Siehe zur weiteren Info auch www.faststartfinance.org

Ein weiteres Instrument zur Finanzierung von REDD+ und Walderhalt wurde Mitte 2012 mit dem Programm ‚REDD Early Mover‘ (REM) geschaffen, das aus dem Schwerpunkt „Wald und Biodiversität“ der deutschen EZ hervorgeht.³⁸ Mit REM will die Bundesregierung dazu beitragen, eine Finanzierungslücke im aktuellen REDD-Prozess zu schließen, indem leistungsorientiert Mittel für den internationalen Klimaschutz bereitgestellt werden: mit Anreizzahlungen und erfolgsbasierten Vergütungen werden diejenigen Länder gefördert, deren „[...] politische, institutionelle und technische Rahmenbedingungen für einen effizienten Waldschutz bereits so weit vorangeschritten sind, dass eine Vergütung von verlässlichen und dauerhaften Emissionsreduktionen möglich ist oder dass sie über großräumige sub-nationale oder landesweite Waldschutzprogramme verfügen, die das Potenzial haben, zügig zu ergebnisbasierten REDD-Emissionsreduktionsprogrammen weiterentwickelt zu werden. [...] REM wird aus Mitteln des Sondervermögens Energie- und Klimafonds (EKF) der Bundesregierung in Höhe von derzeit 32,5 Mio. EUR über sechs Jahre gefördert.“³⁹ Ein zu beachtender Punkt bei REM ist die vorgesehene Beteiligung von traditionellen Waldnutzern, wie z. B. indigener Völker, die über einen klaren Prozess des gerechten Vorteilsausgleiches stattfinden soll. Diese Prozesse werden mit den Partnerregierungen, die Konsultationsprozesse zu REDD+ durchführen, vereinbart.⁴⁰ Bisher wurde im Rahmen von REM mit Verhandlungen zur Unterstützung des Bundesstaates Acre in Brasilien begonnen.

Wie bereits erwähnt, fließen etwa 10 % der Mittel der Bundesregierung für den internationalen Waldschutz in multilaterale Fonds, Initiativen bzw. Vorhaben. Hierzu gehört insbesondere die bei der Weltbank angesiedelte Forest Carbon Partnership Facility (FCPF)⁴¹, deren größter Geldgeber Deutschland mit einem Beitrag von gut 84 Millionen Euro bis zum Jahr 2012 ist.⁴² Deutschland ist damit auch wesentlich an den Entscheidungsprozessen in Bezug auf die Förderung der REDD-Partnerländer der FCPF beteiligt. Zum anderen sind sowohl die GIZ als auch die KfW in mehreren Ländern als Durchführungsorganisationen an der Erarbeitung und Vorbereitung von nationalen REDD+ Strategien beteiligt. Aus diesem Engagement auf multilateraler Ebene resultieren zahlreiche Erfahrungen in Bezug auf die zentralen Fragen der vorliegenden Studie, die aber den Rahmen sprengen würden und deshalb hier nur in einzelnen Fällen angesprochen werden.⁴³

Menschenrechte und soziale Standards bei Waldschutzvorhaben

Die Menschenrechte, d.h. die Achtung, der Schutz und die Gewährleistung der Menschenrechte, spielen seit langer Zeit eine zentrale Rolle für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit. Seit 2011 hat sich die deutsche Entwicklungspolitik explizit dem Menschenrechtsansatz verschrieben, was im Konzept des BMZ „Menschenrechte in der deutschen Entwicklungspolitik“ vom April 2011 ausgeführt ist. Dies bedeutet eine systematische und strategische Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit an den Menschenrechten und einen „konsequente[n] Bezug auf menschenrechtliche Pflichten, Standards, Interpretationen und Prinzipien [...]“.⁴⁴ Der Menschenrechtsansatz in der Entwicklungszusammenarbeit geht über das Ziel der Einhaltung und Nicht-Verletzung von Menschenrechten hinaus, indem er anerkennt, dass die Erfüllung menschenrechtlicher Pflichten ein strategisches Instrument für effektive Entwicklungszusammenarbeit ist, ohne welches Ziele

³⁸ BMZ (in Kooperation mit GIZ und KfW): REDD Early Movers (REM) - Pioniere des Waldschutzes belohnen. April 2012 www.bmz.de/de/publikationen/themen/umwelt/Flyer_REDD_lang.pdf

³⁹ Antwort Kleine Anfrage Seite 8ff

⁴⁰ Antwort Kleine Anfrage S.6 Erfahrungen und Informationen zur Umsetzung dieses Punktes liegen bisher nicht vor.

⁴¹ Die FCPF, „Fazilität für Waldkohlenstoff Partnerschaft“, ist ein Instrument zur Finanzierung von REDD+ das 2007 gegründet wurde und unter der Leitung der Weltbank steht.

⁴² Antwort Kleine Anfrage Seite 5

⁴³ Siehe hierzu die Fallstudien zu Honduras, Mittelamerika und auch Kamerun.

⁴⁴ BMZ-Strategiepapier 4/2011: Menschenrechte in der deutschen Entwicklungspolitik. Konzept. S. 7 www.bmz.de/de/publikationen/themen/menschenrechte/Strategiepapier303_04_2011.pdf

wie Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung nicht erreicht werden können.⁴⁵ Die Strategie des BMZ zur Umsetzung des Menschenrechtsansatzes umfasst dabei zwei Richtungen, nämlich die Förderung spezifischer Menschenrechtsvorhaben einerseits und die Verankerung des Menschenrechtsansatzes als Querschnittsaufgabe in allen Sektoren der deutschen EZ andererseits.⁴⁶

Eines der zentralen Elemente des Menschenrechtsansatzes ist die Identifizierung von Rechteinhabern auf der einen und Pflichtenträgern auf der anderen Seite. Während die Pflichtenträger - meist die staatlichen Partner in der EZ - befähigt werden sollen, ihre menschenrechtlichen Pflichten zu erfüllen, sollen die Rechteinhaber dahingehend befähigt werden, ihre Rechte angemessen einzufordern. In Bezug auf die Pflichtenträger liegt dabei ein Schwerpunkt auf der Verbesserung von Governancestrukturen in den verschiedenen Politikbereichen.⁴⁷ Im Zusammenhang mit REDD+ Vorhaben bedeutet dies u. a. die Unterstützung bei der nationalen Strategieentwicklung zu REDD+. Hierbei wird wiederum besonderer „Wert auf inklusive Beteiligungsprozesse, gerechten Vorteilsausgleich (Benefitssharing) und soziale wie ökologische Schutzmaßnahmen [gelegt], was insbesondere den traditionellen Waldnutzern zugutekommt“.⁴⁸

Eine explizite Orientierung der EZ an menschenrechtlichen Standards bringt auch eine verstärkte Ausrichtung und Förderung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen, wie Frauen, behinderten und jungen Menschen oder indigenen Völkern mit sich. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Klimawandel, ländliche Entwicklung sowie Umwelt- und Waldschutz, da diese Gruppen hier besonders betroffen sind und daher ihre spezifischen Bedarfe und Rechte stärker in die Ausgestaltung von Vorhaben einbezogen werden müssen.⁴⁹ Eine konsequente Ausrichtung von Waldschutzvorhaben am Menschenrechtsansatz würde bedeuten, alle Projektplanungen mit den lokalen Waldbewohnern zusammen zu gestalten und mit der Analyse ihrer Gewohnheitsrechte auf ihr traditionelles Land, die Ressourcen und ihrer kulturellen Vorstellungen zu beginnen. Ein solcher Ansatz gründet in normativer Hinsicht auf internationalen Menschenrechtsstandards, zu denen in diesem Falle insbesondere auch die Erklärung der Vereinten Nationen zu den Rechten indigener Völker zählt und zielt in erster Linie auf den Schutz und die Gewährleistung der Rechte der Waldbewohner ab. Er folgt außerdem der Überzeugung, dass indigene Völker und lokale Gemeinschaften eine Schlüsselrolle für den Schutz und die Verwaltung von Wäldern spielen.⁵⁰

Grundsätzlich ist es schwierig, ein derart umfassendes Konzept systematisch in praktische Schritte auf der Projektebene umzusetzen. Als „Hilfestellung für die Umsetzung der Verpflichtung zur Prüfung menschenrechtlicher Wirkungen und Risiken“ wurde darum im Februar 2013 der *Leitfaden zur Berücksichtigung von menschenrechtlichen Standards und Prinzipien, einschl. Gender, bei der Erstellung von Programmvorschlügen der deutschen staatlichen Technischen und Finanziellen Zusammenarbeit* vom BMZ Menschenrechtsreferat herausgegeben. Der Leitfaden beschreibt menschenrechtliche Risikofelder einerseits und Ansatzpunkte für eine Stärkung der Menschenrechte andererseits und führt diese für verschiedene Schwerpunkte der EZ aus. Zur Vermeidung von Risiken werden jeweils entsprechende Maßnahmen vorgeschlagen. Ein wichtiges Risikofeld betrifft die Beeinträchtigung von Partizipationsrechten.

>>>>

⁴⁵ Leonardo A. Crippa & Gretchen Gordon (May, 2012) International Law Principles for REDD+: The Rights of Indigenous Peoples and the Legal Obligations of REDD+ Actors. Indian Law Resource Centre. S.7

⁴⁶ Siehe BMZ Strategiepapier 4/2011, S.3

⁴⁷ Leonardo A. Crippa & Gretchen Gordon (May, 2012) S.7 und BMZ Strategiepapier 4/2011, S.7 und 12

⁴⁸ Antwort Kleine Anfrage S.6

⁴⁹ Siehe BMZ Strategiepapier 4/2011, S. 12

⁵⁰ Rainforest Foundation Norway (2012) Rights-based rainforest protection. Why securing the rights of forest peoples is the right way to save the forest. S.5 www.regnskog.no/languages/english/_attachment/35434?_ts=13996420cd0

Hierbei wird hervorgehoben, dass indigene Völker Kollektivrechte haben, die u. a. folgende Rechte einschließen:

- „ *Recht auf Selbstbestimmung und politische Teilhabe,*
- *Recht, das kulturelle Erbe und traditionelles Wissen zu bewahren,*
- *Verfügungsrechte über gemeinsam verwaltetes Land und natürliche Ressourcen.*“⁵¹

Das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung leitet sich aus diesen Rechten ab und ist bei EZ-Vorhaben, die indigene Rechte berühren, zu beachten. In den weiteren Ausführungen zur Vermeidung von Risiken wird immer wieder auf die Anwendung von FPIC als einem Grundsatz hingewiesen. Hinweise zur weiteren Orientierung für diese Anwendung beschränken sich auf den entsprechenden Performance Standard der International Financial Corporation (IFC).⁵²

Neben dem sektorübergreifenden Menschenrechtsansatz gibt es eine Reihe von ergänzenden und konkretisierenden Sektorkonzepten und Strategiepapieren, die für die Zusammenarbeit mit indigenen Völkern und traditionellen Waldbewohnern und die Berücksichtigung ihrer Rechte im Rahmen von Waldschutzvorhaben relevant sind. Für die Zusammenarbeit mit indigenen Völkern ist insbesondere das *Konzept zur Entwicklungszusammenarbeit mit indigenen Völkern in Lateinamerika und der Karibik* von Bedeutung (Konzept 139). Bisher beschränkt sich das Konzept noch auf die Region Lateinamerika und Karibik, jedoch ist die Ausweitung der Strategie auf die Zusammenarbeit mit indigenen Völkern weltweit zurzeit in Arbeit. Im Rahmen der EZ mit indigenen Völkern Lateinamerikas und der Karibik nehmen die territorialen Rechte, der Zugang zu Land und Ressourcen und deren Nutzung sowie das Management natürlicher Ressourcen einen wichtigen Platz ein. Dies basiert auf der Erkenntnis, dass indigene Völker insbesondere dort, wo sie noch in unmittelbarer Nähe zu natürlichen Ressourcen und biologischer Vielfalt leben und wirtschaften, einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt leisten.⁵³

Zur Förderung der Umsetzung des Konzepts 139 sowie des übergeordneten Menschenrechtskonzepts und seiner für die Zusammenarbeit mit indigenen Völkern und Organisationen relevanten Komponenten arbeitet das *Programm zur Förderung indigener Organisationen in Lateinamerika* der GIZ (ProIndígena) zweigleisig: in Deutschland zielt die Arbeit auf ein Mainstreaming der indigenen Thematik in der EZ ab und in den Partnerländern auf die Zusammenarbeit mit indigenen Organisationen. Hierzu wurde von ProIndígena im April 2013 ein Leitfaden erstellt, der den BMZ Leitfaden zur Berücksichtigung der Menschenrechte auf die spezifischen kollektiven Rechte indigener Völker fokussiert, deren Beachtung unterstützt und Orientierung für die Berücksichtigung indigener Bedarfe im Programmzyklus bietet.⁵⁴

Aufbauend auf eine Verankerung der indigenen Thematik im politischen Dialog, d.h. in Regierungskonsultationen und -verhandlungen, die den Rahmen und die Schwerpunkte für die Zusammenarbeit mit den Partnerländern setzen, müssen indigene Völker und ihre Interessen in alle Phasen des Programmzyklus einbezogen werden. Dies bezieht sich auf alle Vorhaben,

⁵¹ BMZ (2013) Leitfaden zur Berücksichtigung von menschenrechtlichen Standards und Prinzipien, einschl. Gender, bei der Erstellung von Programmvorschlägen der deutschen staatlichen Technischen und Finanziellen Zusammenarbeit. S.3 <http://wikindigena.org/images/temp/4/43/20130513084414!phploGobO.pdf>

⁵² Siehe Anhang des BMZ Leitfadens. Der Performance Standard 7 und die dazugehörige Guidance Note 7 sind Teil des IFC Sustainability Framework, der seit Januar 2012 in Kraft ist und die Policy and Performance Standards on Environmental and Social Sustainability der IFC darlegt. www.ifc.org/wps/wcm/connect/b9dabc004a73e7a8a273fff998895a12/IFC_Sustainability_+Framework.pdf?MOD=AJPERES Weitere Handreichungen, die den Leitfaden konkretisieren sollen, sind beim BMZ und der GIZ in Arbeit.

⁵³ BMZ Konzept 139: Entwicklungszusammenarbeit mit indigenen Völkern in Lateinamerika und der Karibik. (2006). Seite 7

⁵⁴ GIZ : Leitfaden zur Verankerung der Zusammenarbeit mit indigenen Völkern in der deutschen TZ. Lateinamerika und Karibik. April 2013, S.2.

die indigene Völker „in ihren Lebensgrundlagen, -gewohnheiten, -kulturen, Überlebensstrategien und Sozialorganisationen, und insgesamt in der Ausübung ihrer Rechte beeinflussen“⁵⁵ und umfasst folgende Phasen: 1. Auftragsklärung und Vorbereitung; 2. Angebotserstellung und Akquisition; 3. Durchführung; und 4. Abschluss des Auftrags einschließlich Evaluierung. In den weiteren Ausführungen des Leitfadens wird detailliert beschrieben, welche Schritte in der jeweiligen Phase den entsprechenden etablierten Standards und Verfahren der GIZ folgend und mit dem spezifischen Bezug auf indigene Völker getan werden müssen, um sicherzustellen, dass die indigene Thematik angemessen berücksichtigt wird.

Im Zusammenhang mit Fragen zu Partizipation und Rechten im Bereich Waldschutz und nachhaltige Waldnutzung ist außerdem das BMZ Sektorkonzept „Wald und nachhaltige Entwicklung“ aus dem Jahr 2002 relevant. Die Ausführungen zu sozialen Mindeststandards in diesem Konzept beinhalten bereits Vorkehrungen für eine frühzeitige, informierte Beteiligung und gehen auf die fundamentale Frage der Land- und Nutzungsrechte ein:

Soziale Mindeststandards

„[...]“

• *Vorhaben, die die traditionelle Waldbevölkerung betreffen, sind unter Beteiligung der Betroffenen durchzuführen. Deshalb ist darauf zu achten, dass Informationen über das geplante Vorhaben (einschließlich Umweltwirkungen) vorab in einer für die betroffene Bevölkerung zugänglichen Form bereitgestellt werden. Bereits bei der Prüfung, aber auch in der Projektvorbereitung und den Durchführungsphasen, ist die effektive, informierte Beteiligung lokaler Bevölkerungsgruppen sicher zu stellen. Weitere Hinweise hierzu finden sich im BMZ-Konzept „partizipative Entwicklungszusammenarbeit“.*

„[...]“

• *Den traditionellen Land- und Nutzungsrechten indigener Völker sind entsprechend der Prinzipien der maßgeblichen ILO- und Menschenrechts-Konventionen besondere Beachtung zu schenken. Die vom BMZ geförderten Maßnahmen dürfen angestammte lokale Land- und Nutzungsrechte nicht beeinträchtigen; diese sind bei jeder Landnutzungsplanung auszuweisen. Es ist darauf hinzuwirken, dass diese Rechte von der Regierung abgesichert werden.“*

(BMZ (2002) Sektorkonzept Wald und nachhaltige Entwicklung, S. 13-14)

Der Menschenrechtsansatz sowie die genannten Konzepte und Strategiepapiere stützen sich auf internationale Menschenrechtsinstrumente und greifen zentrale Elemente daraus auf. Dies wurde u. a. bei der diesjährigen Sitzung des Experten-Mechanismus zu den Rechten Indigener Völker (EMRIP) der VN vom zuständigen Vertreter des BMZ für Menschenrechtsfragen und indigene Völker unterstrichen:

“With regard to German development cooperation, UNDRIP’s central concepts such as free prior and informed consent, self-determination, effective participation and the provision of culturally adequate services are included in the current Human Rights Strategy of the Federal Ministry for Economic

>>>>

⁵⁵ Ibid. S.5

Cooperation and Development. On this basis, the implementation of these central human rights of indigenous peoples is checked in every project under bilateral German official development cooperation at the operational level. ⁵⁶

Neben der von der VN-Generalversammlung 2007 verabschiedeten Erklärung zu den Rechten indigener Völker ist hier die ILO-Konvention Nr. 169 zu indigenen und in Stämmen lebenden Völkern in unabhängigen Staaten zu nennen, die von der Bundesregierung bisher allerdings noch nicht ratifiziert wurde. In Bezug auf die Entwicklungszusammenarbeit mit Indigenen Völkern im Bereich REDD+ hat die KfW im Jahr 2012 die wichtigsten Leitlinien wie folgt zusammengefasst:

„Die deutsche EZ stützt sich bei der Zusammenarbeit mit Indigenen auf internationale Vereinbarungen wie die ILO-Konvention 169 und die VN-Erklärung zu den Rechten indigener Völker. Sie unterstützt die Umsetzung von FPIC, in 2011 wurde dies im Konzept Menschenrechte in der deutschen Entwicklungspolitik festgeschrieben. Handlungsleitende Prinzipien sind zudem im Konzept für die Zusammenarbeit mit indigenen Völkern in Lateinamerika und der Karibik (2006) formuliert. Dazu gehören z. B.: Partizipation und Empowerment, Do-no-harm Prinzip, Free Prior Informed Consent, konkrete Verbesserungen der Lebensbedingungen, Sicherung traditioneller Landrechte, Beschäftigung von indigenem Fachpersonal, kulturell angepasste Kommunikationsmedien, Rechtsberatung und Konfliktlösung, konfliktsensibles Monitoring sowie die Zusammenarbeit mit Ethnologen.“ ⁵⁷

Das Menschenrechtskonzept ist für die Institutionen der staatlichen EZ verbindlich. Darüber hinaus haben die KfW-Entwicklungsbank und die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit zusätzlich eigene Richtlinien und Leitfäden entwickelt, die u. a. auch für Aufträge, Geschäfte und Projekte, die nicht mit finanziellen Mitteln der Bundesregierung durchgeführt werden, anzuwenden sind. Die KfW hat im Oktober 2012 „Nachhaltigkeitsleitsätze“ verabschiedet, in denen sie sich zum Konzept der nachhaltigen Entwicklung und dem ‚do-no-harm-Prinzip‘ bekennt. Zur Wahrung von Umwelt- und Sozialstandards orientiert sich die KfW an den existierenden Maßstäben der Weltbank-Gruppe, der ILO u. a. Die Nachhaltigkeitsleitsätze enthalten Vorkehrungen für den „Schutz vor Risiken für Umwelt und soziale Belange“ sowie Hinweise für Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen. Es wird außerdem explizit auf die „Wahrung besonderer Rechte indigener Bevölkerungen“ hingewiesen.⁵⁸ Vorhaben, die eine Bedrohung für die Umwelt oder soziale Belange darstellen, werden laut der Nachhaltigkeitsstrategie nicht finanziert. Zur Förderung und aktiven Unterstützung der Menschenrechte hat die KfW im Jahr 2008 eine spezielle „Erklärung zur Berücksichtigung der Menschenrechte in ihrer Geschäftstätigkeit“ abgegeben.⁵⁹ Diese bezieht sich auf die Achtung, den Schutz und die Gewährleistung der Menschenrechte, legt aber keinen Menschenrechtsansatz fest.

Die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) befindet sich zurzeit in einem Evaluierungsprozess, der auch die Erarbeitung von sozialen Schutzbestimmungen sowie die Forderung nach einem Management-System zur Vermeidung sozialer Risiken für bestimmte IKI-Projekte beinhalten soll. Dieser Evaluierungsprozess der IKI orientiert sich am BMZ Menschenrechtskonzept.⁶⁰ Bisher werden soziale Aspekte im Rahmen der thematischen Förderbereiche der

⁵⁶ German delegation, statement on item 6 – interactive dialogue. Contact person: Martin T. Ondrejka, Federal Ministry for Economic Cooperation and Development

⁵⁷ KfW (Februar 2012) REDD Fachdialog 3: REDD und Indigene Völker. S.3

⁵⁸ KfW- Entwicklungsbank (2012): Nachhaltigkeitsleitsätze der KfW Bankengruppe

⁵⁹ Siehe KfW (2008): Erklärung der KfW-Bankengruppe zur Berücksichtigung der Menschenrechte in ihrer Geschäftstätigkeit <https://www.kfw.de/nachhaltigkeit/migration/Menschenrechtserklärung.pdf>

⁶⁰ Antwort Kleine Anfrage, S. 14

IKI zwar beachtet, sie sind aber den vorrangigen Zielen des Klimaschutzes und dem Erhalt der Biodiversität untergeordnet.⁶¹ In den Förderrichtlinien werden indigene Völker und ihre Rechte wie folgt erwähnt:

„Speziell ist bei Vorhaben mit Flächenwirksamkeit bzw. mit Bezug zu natürlichen Ressourcen (i. d. R. in [Förder]-Bereichen II-IV) darzustellen, ob Rechte indigener Bevölkerungsgruppen und/oder lokaler Gemeinschaften betroffen sind und wie diese respektiert werden. Insbesondere ist darzustellen, wie mögliche Nutzungseinschränkungen für lokale und indigene Gemeinschaften vermieden, minimiert bzw. kompensiert werden und wie ein partizipatives Vorgehen gewährleistet wird. Ein Verweis auf ggf. angewandte internationale Standards ist hilfreich.“⁶²

Für Förderbereich III „Erhalt und nachhaltige Nutzung von natürlichen Kohlenstoffsinken/REDD+“ werden die Co-Benefits⁶³ als entscheidend gewertet und sollen deshalb bei Projektplanung, Monitoring und Berichterstattung besonders berücksichtigt werden. Es wird außerdem empfohlen, die entsprechenden Stakeholder bei der Überprüfung der Erreichung der Co-Benefits mit einzubeziehen.⁶⁴ Es werden dann aber im Rahmen der Projektbewilligung, der Durchführung und Evaluierung von IKI-Projekten diese Co-Benefits nicht detailliert und systematisch abgefragt bzw. beschränken sich die Anforderungen auf allgemeine und eher quantitative Angaben. Aus der Perspektive eines menschenrechtsbasierten Ansatzes erscheint es selbstverständlich, dass Projekte sogenannte Co-Benefits erzielen. Diese dürfen nie ein Ersatz für die Wahrung der Menschenrechte sein.

Grundsätzlich ist es der Anspruch des Menschenrechtskonzepts auch Orientierungshilfe für zivilgesellschaftliche Organisationen und die Privatwirtschaft zu sein. In der Praxis ist der Menschenrechtsansatz bei Organisationen, die im Bereich internationaler Natur-, Wald- und/oder Klimaschutz tätig sind, meist nur schwer vermittelbar und zum Teil gar nicht bekannt. Jedoch sind auch in diesem Bereich in jüngster Zeit Bemühungen zu erkennen, die auf eine verstärkte Berücksichtigung der Rechte von indigenen und lokalen Waldbewohnern hinarbeiten. So haben 2010 acht große internationale Naturschutzorganisationen die *Conservation Initiative on Human Rights* gegründet, um Menschenrechte in die Politik und Praxis der Naturschutzarbeit zu integrieren und diese im Hinblick auf die Rechte der betroffenen Bevölkerungsgruppen zu verbessern.⁶⁵ Die Initiative hat ein gemeinsames Rahmenpapier zu Menschenrechten unterzeichnet. Einige der Naturschutzorganisationen, die u. a. Projekte mit Finanzierung der IKI durchführen, haben eigene Menschenrechtsprinzipien oder Positionen verabschiedet, wie beispielsweise *BirdLife International*, dessen deutscher Partner der Naturschutzbund Deutschland-NABU ist.⁶⁶

Der *World Wildlife Fund*-WWF hat 2008 seine Grundsatzerklärung zu indigenen Völkern und Naturschutz überarbeitet, um neue Entwicklungen aufzugreifen, insbesondere einige Kernpunkte der 2007 verabschiedeten VN-Erklärung zu den Rechten indigener Völker.⁶⁷ Die in der Erklärung des WWF dargelegten Prinzipien der Zusammenarbeit mit indigenen Völkern beinhalten u. a. die explizite Anerkennung der Rechte indigener Völker auf Land, Territorien und Ressourcen, einschließlich ihrer Gewohnheitsrechte, das Recht, diese Länder und Ressourcen

>>>>

⁶¹ BMU: Informationen zur Förderung von Vorhaben im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Stand: 31. Oktober 2012

www.bmu-klimaschutzinitiative.de/files/Informationen_zur_Foerderung_von_Vorhaben_im_Rahmen_der_IKI_1120.pdf

⁶² Handreichung der IKI für Projektdurchführer : Hinweise zum Projektvorschlag und Monitoring von IKI-Projekten S.12

⁶³ Co-Benefits sind im Kontext der IKI-Projekte Beiträge zur nachhaltigen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und zur Verbesserung oder Bewahrung der Umweltqualität. Dies beinhaltet keinen Verweis auf Menschenrechte. Ibid. S.4

⁶⁴ Ibid. S.27, ⁶⁵ Siehe weitere Infos zur Initiative unter: www.conservation-rights.org,

⁶⁶ Siehe die BirdLife Position unter www.birdlife.org/downloads/science/Conservation-and-rights-BirdLife-Position.pdf

⁶⁷ www.conservationgateway.org/Documents/19_Indigenous_Peoples_and_conservation_WWF_Statement.pdf

zu kontrollieren, ihre kollektiven Rechte über ihr kulturelles und intellektuelles Erbe und das Recht, ihre eigenen Prioritäten und Strategien für die Entwicklung ihrer Länder, Territorien und Ressourcen zu bestimmen. Letzteres schließt das Recht indigener Völker ein, die Einholung ihrer freien, vorherigen und informierten Zustimmung von der Regierung einzufordern. In Bezug auf FPIC werden außerdem Aktivitäten beschrieben, die der WWF nicht fördert oder unterstützt, wenn die freie, vorherige und informierte Zustimmung von den betroffenen Gemeinschaften nicht erteilt wurde.⁶⁸ Der Grundsatzklärung des WWF ist nicht zu entnehmen, dass sich der WWF selbst in der Pflicht sieht, die freie, vorherige und informierte Zustimmung von Gemeinschaften, die in vom WWF durchgeführte Projekte involviert oder von diesen berührt sind, einzuholen. Im Zusammenhang mit REDD+ Vorhaben heißt es, dass FPIC auch im Hinblick auf die Rolle des WWF bei der Durchführung von Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau und beratender Tätigkeiten zur Entwicklung nationaler politischer Rahmenbedingungen für REDD relevant ist.⁶⁹

Das BMZ Menschenrechtskonzept stellt grundsätzlich fest, dass auch Privatunternehmen eine menschenrechtliche Verantwortung tragen, da sie mit ihren Aktivitäten Einfluss auf die Wahrnehmung der Menschenrechte nehmen.⁷⁰ Für das privatwirtschaftliche Engagement im Waldschutz sind hier vor allem zwei Ansätze relevant: Zum einen investieren Unternehmen in Waldklimaprojekte zur Kompensierung von CO₂-Emissionen. Damit Zertifikate generiert werden können, die dann meist auf dem freiwilligen Kohlenstoffmarkt gehandelt werden, müssen die Projekte anhand von Standards überprüft und zertifiziert werden. Hierzu gibt es zum einen Standards, nach denen Emissionszertifikate ausgestellt werden und zum anderen zusätzliche Standards, nach denen die Einhaltung ökologischer und sozialer Kriterien überprüft und zertifiziert wird. Die ‚Carbon Standards‘, welche in erster Linie auf die Ausstellung von Emissionszertifikaten abzielen, sind in Bezug auf soziale und menschenrechtliche Kriterien häufig schwach bzw. fehlen Kriterien zur Beteiligung der lokalen Bevölkerung und zur Klärung von rechtlichen Fragen oft ganz, wie dies beispielsweise beim Verified Carbon Standard (VCS) oder beim Verified Emissions Reduction Standard (VER+) des TÜV-Süd der Fall ist.⁷¹

Die zusätzlichen Standards, wie z. B. der Climate, Community and Biodiversity Standard (CCBS), stellen keine Emissionszertifikate aus, sondern sie zielen auf zusätzliche soziale und ökologische Wirkungen von Projekten ab. Eine solche „[...] Co-Zertifizierung erhöht die Attraktivität der [Emissions-] Zertifikate, denn sie garantiert besondere Projekteffekte, wie zum Beispiel eine nachhaltige lokale Entwicklung und/oder den Schutz seltener Tier- und Pflanzenarten.“⁷² Beim CCBS gibt es Anleitungen zur Einbeziehung verschiedener Bevölkerungsgruppen sowie zur Evaluierung und zum Monitoring von Auswirkungen auf die Lebensqualität der betroffenen Bevölkerungsgruppen, einschließlich indigener Völker. Diese Anleitungen waren bisher unter einem menschenrechtlichen Gesichtspunkt recht vage. Für Projekte mit einem außergewöhnlichen Nutzen für die lokalen Gemeinschaften und/oder die biologische Vielfalt gibt es eine Auszeichnung mit dem CCB „Gold Level“.⁷³ Ein Entwurf der dritten Überarbeitung der CCBS wurde im März 2013 herausgebracht, um die Kommentare von Anwendern der Standards einzuholen und insbesondere auch den Zugang für Projekte von Kleinbauern und

⁶⁸ Ibid.

⁶⁹ Siehe hierzu das vom WWF im Oktober 2011 herausgebrachte Dokument zu FPIC und REDD, das weitere Informationen zur Umsetzung des WWF von FPIC enthält. WWF 2011. Free, Prior, Informed Consent and REDD+: Guidelines and Resources. Siehe Seite 1.

⁷⁰ BMZ-Strategiepapier 4/2011: Menschenrechte in der deutschen Entwicklungspolitik. Konzept. S. 6

⁷¹ Siehe Hintergrunddokument von OroVerde und dem Global Nature Fund, „Klima- und Waldschutz für den privaten Sektor“ basierend auf folgender Quelle: Kunze, Britta (2010): Wie nachhaltig ist zertifizierter Waldklimaschutz? Ein Vergleich freiwilliger Standards für Waldklimaschutzprojekte hinsichtlich der Berücksichtigung zusätzlicher ökologischer und sozialer Leistungen im Regelwerk. Master Thesis im Studiengang „Regionalentwicklung und Naturschutz“, Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH), Fachbereich Landschaftsnutzung und Naturschutz. Eberswalde.

⁷² OroVerde: Investieren in Waldklimaprojekte, S. 12 unter

www.oroverde.de/fileadmin/user_upload/PDF/Wald_und_Klima/Broschuere_Leitlinien_red.pdf;

lokalen Gemeinschaften zu einer Kohlenstofffinanzierung zu erleichtern. Außerdem wurden die Kriterien für eine Auszeichnung mit dem „Gold Level“ verschärft. Die überarbeitete Version enthält u. a. stringenteren Ausführungen und Anforderungen in Bezug auf die Respektierung von Land- und Ressourcenrechten, den Gewohnheitsrechten indigener Völker sowie detailliertere Anweisungen in Bezug auf die Respektierung und Umsetzung des Rechts auf FPIC.⁷⁴ Ebenso wurden die Indikatoren, anhand derer die Respektierung dieser Rechte überprüft wird, deutlicher formuliert. Mit dieser dritten Überarbeitung wurde ein wichtiger Schritt getan für eine effektivere Berücksichtigung der Rechte indigener und lokaler Gemeinschaften in landbasierten Maßnahmen zum Erhalt des Kohlenstoffgehalts für den Klimaschutz, die eine Zertifizierung der Projekte mit dem CCBS in menschenrechtlicher Hinsicht effektiver und glaubwürdiger machen.

Für den Bereich der Waldfonds und anderer „Wald-Anlageprodukte“ gibt es bisher keine Mechanismen zur Überprüfung von sozialen, rechtlichen und ökologischen Mindeststandards. Daher ist es schwierig zu sagen, inwiefern indigene und lokale Gemeinschaften, die von solchen Projekten und dieser Art der Inwertsetzung des/ihres Waldes betroffen sind, berücksichtigt und einbezogen werden. OroVerde und der Global Nature Fund arbeiten zurzeit an einem Projekt, das Kriterien zur Bewertung der Waldfonds u. a. entworfen hat und nun anhand von Fallstudien, deren Umsetzung untersucht.⁷⁵

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass bei allen Akteuren, die im Bereich internationaler Waldschutz engagiert sind, soziale Fragen und die Entwicklung entsprechender Standards hoch im Kurs stehen, u. a. auch, weil es ohne die explizite und angemessene Einbeziehung der lokalen Waldbewohner meist keine Förderung für Waldklimaschutzprojekte gibt. So wurden auch auf der Ebene von UN-REDD⁷⁶ und der FCPF soziale Standards und Schutzklauseln erarbeitet, die im Hinblick auf indigene Völker und lokale Gemeinschaften zumindest gewährleisten sollen, dass kein Schaden angerichtet wird (Do-no-harm-Prinzip) und sich nach Möglichkeit Vorteile für sie aus den Projekten ergeben. Internationale Institutionen, die Standards oder Schutzklauseln für die Förderung und/oder Zertifizierung von Projekten entwickelt haben, verlangen Nachweise, dass Konsultationsprozesse durchgeführt wurden und eine Klärung von Nutzungsrechten stattgefunden hat.⁷⁷ Bei UN-REDD wird auch die Einhaltung des Rechts auf freie, vorherige und informierte Zustimmung abgefragt. Entsprechende Berichte, in denen diese Nachweise erbracht werden, sind bei diesen Institutionen öffentlich zugänglich. Für Projekte, die vom BMU über die IKI finanziert werden oder bilaterale Projekte des BMZ gibt es keine vergleichbaren öffentlich zugänglichen Berichte, die die entsprechenden Prozesse und die Umsetzung des Leitfadens zur Berücksichtigung der Menschenrechte nachvollziehbar beschreiben. Dieser Punkt wird bei der Betrachtung der Waldklimaschutzvorhaben noch einmal aufgegriffen. Das folgende Kapitel beschäftigt sich aber zunächst noch etwas eingehender mit dem Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung.

⁷³ Ibid. S.14. Anfang 2013 wurde das Bikin Tiger Carbon-Projekt der KfW und des WWF im letzten intakten Urwaldgebiet im russischen Fernen Osten mit dem CCBS zertifiziert und dessen Gold-Level (für außergewöhnliche Vorteile für die Biodiversität) ausgezeichnet. www.international-climate-initiative.com/de/nc/mediathek/newsarchiv/news-detailseite/article/bikin-tiger-carbon-projekt-unter-ji-und-ccb-zertifiziert/?cHash=a70f27e7b60519f67c1257d6e6fb1625⁷⁴ CCBA: Climate, Community & Biodiversity Standards, Draft Third Edition of the CCB Standards for Public Comment. 22nd March 2013. S.17

⁷⁵ Siehe Projektbeschreibung unter www.globalnature.org/33472/PROJEKTE/Naturschutz-Biodiversitaet/Waldinvestments/02_vorlage.asp

⁷⁶ UN-REDD ist ein Sonderprogramm der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Beteiligung von Entwicklungsländern an einem künftigen REDD-Mechanismus, das im September 2008 geschaffen wurde und gemeinsam von der FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations / Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der VN), UNDP (United Nations Development Programme / Entwicklungsprogramm der VN) und UNEP (United Nations Environment Programme / Umweltprogramm der VN) getragen wird. Siehe www.un-redd.org

⁷⁷ Dies ist beispielsweise im Rahmen der Erarbeitung von Readiness-Preparation Proposals für eine Förderung der Umsetzung eines nationalen Vorbereitungsplans auf REDD+ durch die FCPF oder für eine Zertifizierung unter den CCBS notwendig.

Das Menschenrechtskonzept des BMZ legt für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) fest, dass die freie, vorherige und informierte Zustimmung (free, prior and informed consent - FPIC) indigener Völker bei Planungen, die sie betreffen, notwendig ist.⁷⁸ Mit der Einhaltung des Rechts auf FPIC soll vermieden werden, dass Vorhaben negative Auswirkungen auf indigene Gemeinschaften haben, während die Vorhaben andererseits zur Verbesserung der Lebensbedingungen der betreffenden Gemeinschaften beitragen sollen. Das Recht indigener Völker auf FPIC ist damit ein verbindlicher Bestandteil der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und die Durchführungsorganisationen von Vorhaben sind verpflichtet, dies in der Praxis umzusetzen. Dies gilt insbesondere für die Institutionen der staatlichen EZ, wie die KfW-Entwicklungsbank und die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

Ausgehend von der Relevanz von FPIC für die deutsche EZ im Bereich der Zusammenarbeit mit indigenen Völkern wurde das Thema FPIC vom BMZ im Jahr 2012 als Jahresthema identifiziert. In 2012 und 2013 wurde das Thema in Arbeitskreisen, Veranstaltungen und Publikationen des BMZ und der GIZ, insbesondere des Programms ProIndígena, aufgegriffen und diskutiert. Im Juli 2012 veranstaltete die GIZ im Auftrag des BMZ ein Seminar, das sich mit politischen, juristischen und institutionellen Fragen hinsichtlich einer Ausgestaltung von FPIC im Rahmen der EZ beschäftigte.⁷⁹ Es wurden unterschiedliche Aspekte von FPIC thematisiert, anhand von konkreten Beispielen aus der Praxis diskutiert und in Arbeitsgruppen zu bestimmten Bereichen der EZ (u. a. REDD) bearbeitet. Zentrale Herausforderungen, die sich im Zusammenhang mit FPIC für die EZ ergeben, wurden identifiziert. Dazu gehören insbesondere Fragen zum Verfahren der Durchführung von FPIC-Prozessen, zur rechtlichen Verankerung in den Partnerländern, zum Umgang mit Interessenkonflikten in und zwischen indigenen Gemeinschaften, zur Repräsentativität indigener Vertreter in lokalen und/oder nationalen FPIC-Prozessen, zur Übernahme von Kosten, zum Umgang mit unterschiedlichen zeitlichen Vorstellungen und Vorgaben, zum Ausgleich der unzureichenden Verhandlungskapazitäten indigener Gemeinschaften gegenüber staatlichen u. a. Verhandlungspartnern und den existierenden ungleichen Machtverhältnissen. Nicht zuletzt wurde der Bedarf an einer systematischen Zusammenstellung und Aufbereitung von guten Beispielen und den gemachten Lernerfahrungen unterstrichen.⁸⁰ Die meisten dieser Fragen sind auch für die Betrachtung von Waldklimaschutzvorhaben zentral und werden im entsprechenden Kapitel 3 aufgegriffen.

Das Menschenrechtskonzept für die Entwicklungszusammenarbeit will für zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Institutionen eine Orientierungshilfe darstellen und folgerichtig sollten auch sie die Umsetzung des Rechts auf FPIC zu einem leitenden Prinzip ihrer Zusammenarbeit mit indigenen Völkern machen.⁸¹ Allerdings bemerkt die KfW in Bezug auf die Zusammenarbeit mit indigenen Völkern im Rahmen von REDD+-Vorhaben:

„Für die operative Umsetzung von FPIC gibt es jedoch keine konsolidierten Richtlinien und sowohl lokale REDD-Projektentwickler, als auch diejenigen Länder, die sich zur Einhaltung von FPIC verpflichtet haben, experimentieren noch mit unterschiedlichen Vorgehensweisen. Klar ist aber, dass

⁷⁸ BMZ-Strategiepapier 4/2011: Menschenrechte in der deutschen Entwicklungspolitik. S. 19

⁷⁹ BMZ/GIZ: Veranstaltungsdokumentation: Die Umsetzung des „Free, Prior and Informed Consent - FPIC“, in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Hindernis für die Entwicklung oder Instrument für die Prävention von Konflikten? 05. Juli 2012, GIZ, Eschborn. <http://www.giz.de/Themen/de/dokumente/giz2012-de-Veranstaltungsdokumentation.pdf>

⁸⁰ Ibid. S.7 und 12

*auch eine Zustimmungsverweigerung respektiert werden und einen Stopp bzw. Überarbeitung des anvisierten Projekts nach sich ziehen muss.*⁸²

Aufgrund der Komplexität von FPIC, insbesondere was die konkrete Umsetzung in der Praxis u. a. im Rahmen von REDD+ Maßnahmen betrifft, sind in jüngster Zeit mehrere Publikationen und Handbücher erschienen, die durch die Zusammenstellung von Prinzipien, Richtlinien, methodischen Vorgehensweisen und Lernerfahrungen versuchen, Orientierung zu geben. Im Zusammenhang mit REDD+ Vorhaben haben insbesondere das REDD Programm der Vereinten Nationen (UN-REDD) und auch die GIZ in Asien versucht, Prinzipien und Orientierungshilfen zur Umsetzung zu entwickeln. In Vietnam und Indonesien wurden Pilotprozesse zu FPIC im Rahmen von UN-REDD durchgeführt.⁸³ Der WWF hat im Oktober 2011 ein Arbeitspapier zu FPIC und REDD erstellt, das wesentliche Prinzipien, Leitlinien und 10 zentrale Elemente von FPIC im Rahmen von REDD+-Vorhaben übersichtlich zusammenfasst und weiterführende Quellen auflistet.⁸⁴

An dieser Stelle soll den erarbeiteten Prinzipien und Orientierungshilfen keine neuen hinzugefügt werden. Aus Sicht der Miskitu in Honduras, ist diesen Handreichungen und Leitlinien gemeinsam, dass sie das Thema FPIC aus der Sicht der Regierungen, Entwicklungsorganisationen oder privaten Unternehmen behandeln und nicht von den Bedarfen der Gemeinschaften ausgehen, um klar zu verstehen, was unter „Konsultation“ und „Zustimmung“ zu verstehen ist.⁸⁵ Im nächsten Abschnitt erfahren wir daher etwas über das Wesen von FPIC aus der Sicht einer indigenen Vertreterin. Daran anschließend fassen wir die für unsere weitere Betrachtung von Waldklimaschutzvorhaben relevanten Punkte und wesentlichen Elemente von FPIC zusammen.

Das Wesen von FPIC aus indigener Sicht

Von Minnie Degawan⁸⁶

FPIC ist zum jüngsten Lieblings-Safeguard vieler Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit geworden. Viele der jüngst, von Hilfs-, Finanzierungs- und Entwicklungshilfeinstitutionen entwickelten Safeguard-Strategien enthalten eine oder zwei Zeilen, die FPIC fordern. Dies steht in scharfem Kontrast zu der Situation vor noch zwei Jahrzehnten, wo die bloße Erwähnung von FPIC automatisch ablehnende Reaktionen von Regierungsvertretern auslöste. Daher ist es ein großer Sieg für indigene Völker, dass FPIC so populär geworden ist.

Aber was ist FPIC? Was ist der Grund, dass indigene Völker sich ständig auf ihr Recht auf FPIC berufen? Was beinhaltet es und schließlich und endlich: ist FPIC wirklich praktikabel?

FPIC ist ein Recht, dass auf der Anerkennung der Tatsache beruht, dass indigene Völker ihre

>>>>

⁸² KfW (Februar 2012) REDD Fachdialog 3: REDD und Indigene Völker. S.2

⁸³ Siehe hierzu die Literatur zu FPIC von UN-REDD in der Literaturliste. Zu den Aktivitäten der GIZ siehe u. a. die Publikationen von RECOFTC/GIZ und der GIZ sowie das Fallbeispiel aus Laos im Anhang. Im Rahmen des BMZ Konzepts zu Menschenrechten in der EZ sollen Themen wie FPIC konkretisiert und Handreichungen und Leitlinien im Checklistenformat erstellt werden, die nicht nur FPIC und Konsultationen abdecken, sondern die Teilhabe und Berücksichtigung Indigener von Beginn an bei der Planung neuer Vorhaben gewährleisten. Siehe BMZ/GIZ: Veranstaltungsdokumentation 2012, S.12.

Eine vom Permanenten Forum der VN zu indigenen Angelegenheiten Zusammenstellung der Elemente eines allgemeinen Verständnisses von FPIC findet sich im Anhang.

⁸⁴ WWF 2011. Free, Prior, Informed Consent and REDD+: Guidelines and Resources.

http://assets.worldwildlife.org/publications/363/files/original/14_Free_Prior_Informed_Consent_and_REDD_Guidelines_and_Resources.pdf?1345736553

⁸⁵ MASTA. 2012. Protocolo Biocultural del Pueblo Indígena Miskitu. El derecho al consentimiento libre, previo e informado en nuestro territorio de la Mosquitia Hondureña. S.40

⁸⁶ Minnie Degawan ist eine indigene Kankanaey-Igorot von der philippinischen Cordillera und seit langem Aktivistin für die Rechte indigener Völker. Ihr englischer Originalbeitrag wurde von Elke Falley-Rothkopf übersetzt.

Territorien gemeinschaftlich genutzt, bewirtschaftet und besessen haben. Es ist ein Kollektivrecht und wird als solches von der gesamten Gemeinschaft ausgeübt und nicht durch ein einzelnes Mitglied derselben. Es ist die Gemeinschaft, die ihre Zustimmung auf der lokalen Ebene erteilt oder verweigert.

FPIC ist also ein Prozess. Ein Prozess, der es indigenen Völkern ermöglicht, gleichberechtigt an der Entwicklung ihrer Territorien teilzuhaben. Es ist ein Mechanismus, mittels dessen indigene Völker diese Territorien verteidigen können.

Während es auf den ersten Blick überflüssig erscheinen mag, der Zustimmung "frei, vorherig und informiert" hinzuzufügen, weil Zustimmung immer aus freien Stücken gegeben sein sollte und vor jeder Aktivität, hat die Erfahrung indigene Völker gelehrt, diese Grundprinzipien ausdrücklich zu wiederholen.

"Frei" bedeutet, dass es keinen Druck gegenüber den Leuten geben sollte, sich für oder gegen etwas zu entscheiden. Dieser Druck kann manchmal sehr unterschwellig oder sanft sein, z. B. indem Vorteile wie eine geteerte Straße, Schulen oder Arbeitsplätze in Aussicht gestellt werden. Aber der Druck kann auch sehr massiv sein, wenn z. B. das Militär dazu verwendet wird, die Leute einzuschüchtern, damit sie "ja" sagen. "Frei" bedeutet auch, dass die Entscheidung von der Gemeinschaft auf ihrem Territorium herbeigeführt wird, anstatt dass lediglich ein paar Repräsentanten zu teuren Ferienanlagen geflogen oder gefahren werden, wo man sie dazu bringt zuzustimmen.

"Vorherig" bedeutet, dass die Gemeinschaft die Entscheidung trifft, wenn sich das Projekt noch in der Konzeptionsphase befindet, statt dass es bereits läuft und sich negative Konsequenzen bemerkt gemacht haben. In den meisten Fällen berufen sich die Befürworter darauf, dass schon so viel in das Projekt investiert worden ist, dass es einfach weitergeführt werden sollte, egal wie die Entscheidung der Gemeinde ausfällt. Im Idealfall nehmen die Gemeinden teil an der Konzeptions- und Entwurfsphase.

"Informiert" bedeutet, dass es ein Muss ist, dass die Gemeinschaft zu der richtigen Entscheidung auf der Grundlage vollständiger, in einer für die Gemeinschaft verständlichen Form erbrachten Information kommt. Informationen bezüglich möglicher (sowohl positiver wie negativer) Auswirkungen, der Finanzierungsquellen, involvierten Akteure, Beispiele ähnlicher Projekte sowie andere ähnliche Daten sollten den Gemeinschaften zur Verfügung gestellt werden. Manchmal benutzen die Leute High-tech-Medien, um die Gemeinschaften zu blenden, damit sie Projekten zustimmen, während tatsächlich die in solchen Präsentationen enthaltenen Informationen nichts mit dem anstehenden Projekt zu tun haben.

"Zustimmung" – bedeutet das Recht, ja oder nein oder auch nur "vielleicht" zu sagen. Dieser Prozess sollte nicht automatisch bedeuten, dass das Endergebnis ein "ja" sein wird. Selbst wenn die Gemeinde zu einer positiven Entscheidung gelangt ist, ist diese stets aufs Neue zu überprüfen, um zu sehen, ob die Gemeinde wirklich zufrieden mit dem Prozess ist oder vielleicht einige

Veränderungen unternommen werden sollten. Für den Fall eines “nein”, haben die Befürworter dies zu akzeptieren und sie sollten nicht versuchen, die Gemeinschaft zu nötigen, indem ständig neue Beratungen einberufen werden. Ein “vielleicht” bedeutet, dass einige Veränderungen beim Entwurf gemacht werden sollten, die Verbesserungen bedeuten könnten.

Die Zustimmung wird von der Gemeinschaft, nicht von Repräsentanten gegeben. Repräsentanten können gefragt werden, aber die Entscheidung ist von der gesamten Gemeinde zu treffen. Es ist auch eine Tatsache, dass Zustimmung nicht immer einstimmig ist, aber die Gemeinschaft wird wissen, wann im Rahmen ihrer eigenen Prozesse eine Entscheidung erreicht ist. Wenn eine solche Entscheidung von der Mehrheit getroffen wird, werden diejenigen, die damit nicht einverstanden sind, sich nicht heftig oder aktiv dagegen wehren, sodass sie zu einer Konsensentscheidung wird.

Zustimmung unterscheidet sich von der Konsultation – es ist eine Entscheidung, die in der Gemeinschaft erreicht wird und diese sollte respektiert und aufrechterhalten werden. Bei der Konsultation handelt es sich um einen Prozess, wo die Mitglieder der Gemeinschaft ihre Ansichten aussprechen, aber keine Entscheidung getroffen wird bzw., sollte dies doch der Fall sein, wird sie von den Befürwortern nicht unbedingt aufrechterhalten.

Es ist wichtig dass, wenn eine Entscheidung getroffen wurde, der gemeinschaftliche Prozess, einschließlich der Rituale eingehalten werden, die notwendig sind, um eine solche Entscheidung zu bekräftigen. Die Einhaltung solcher Prozesse stellt sicher, dass die Mitglieder der Gemeinschaft sich der Entscheidung bewusst sind und für sie die Verantwortung übernehmen. Deshalb ist es sehr wichtig, dass diese Entscheidungen bei den Gemeinschaften getroffen werden und nicht woanders. Es ist auch wichtig, dass die Befürworter und andere Akteure während solcher Aktivitäten anwesend sind. Schließlich und endlich ist der gesamte FPIC-Prozess eine Übung im Aufbau von Beziehungen, nicht nur zugunsten der indigenen Völker.

Viele würden sagen, dass FPIC ein komplexes, teures und deshalb nicht durchführbares Verfahren ist. Viele argumentieren, dass der indigene Entscheidungsfindungsprozess zu lange dauert und Projekte in unverantwortlicher Weise verzögert. Aber keinen FPIC-Prozess durchzuführen ist noch viel risikoreicher und auf lange Sicht teurer. Wieder andere fragen, wie man denn zu einem Konsens kommt, wenn allzu viele, und das auch noch mit verschiedenen Sprachen und Bedürfnissen, involviert sind? Deshalb ist es wichtig, eine detaillierte Studie der beteiligten Gemeinschaften zu machen, um in der Lage zu sein, die geeignete Methode zu finden. Es muss betont werden, dass es keine allgemeingültige Formel gibt, um einen erfolgreichen FPIC-Prozess durchzuführen. Da er an den Ort gebunden ist, muss er dem spezifischen Kontext der beteiligten Gemeinschaft angepasst sein.

FPIC ist ein Teil der Entwicklungsregulierungen geworden und die Herausforderung ist nun, seine Prinzipien vollständig zu implementieren, statt nach Abkürzungen für den Prozess Ausschau zu halten.

Für indigene Völker ist es ein wichtiger Fortschritt, dass FPIC als ein zentrales Instrument ihrer wirksamen Beteiligung und Mitsprache an Entwicklungsvorhaben in ihren Gebieten von den meisten Institutionen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, Projektentwicklern und Durchführungsorganisationen anerkannt wird. Insbesondere im Zusammenhang mit REDD+ Vorhaben hat FPIC Eingang in die Verhandlungen und die Erarbeitung von Schutzbestimmungen, sozialen und menschenrechtlichen Standards und von Handlungsanweisungen für die Zusammenarbeit mit indigenen Völkern bei der Durchführung von Projekten gefunden.

Entscheidend ist jedoch, ob diese Anerkennung und Berücksichtigung des Rechts auf FPIC einem rechtsbasierten Projektansatz und dem damit verbundenen prioritären Umgang mit den Interessen und Anliegen indigener Völker und Gemeinschaften als Rechtsinhabern entspringt. Wenn die Rechte indigener Völker im Rahmen von Waldklimaschutzprojekten umfassend berücksichtigt werden und ihre langfristige Sicherung ein zentraler Bestandteil des Projekts bzw. des grundsätzlichen Projektansatzes ist, kann dies eine nachhaltige Wirkung auf die Rechtssituation indigener Völker in ihren Ländern, auch über das jeweilige Projekt hinaus, haben. Diese Wirkung kann sich u. a. dann einstellen, wenn FPIC als wesentliches Prinzip zur Sicherung der fundamentalen individuellen und kollektiven Rechte indigener Völker, insbesondere dem Recht auf Selbstbestimmung, und ihrer wirksamen Beteiligung und Mitsprache als gleichberechtigte Partner im Projekt kontinuierlich umgesetzt wird.⁸⁷ Wenn allerdings Konsultationen und die Beteiligung der betroffenen Gemeinschaften vorrangig mit dem Ziel der Einholung der Zustimmung zu bestimmten Maßnahmen oder Elementen eines Projekts stattfinden, dann kann nicht von einer Anerkennung des Rechts auf FPIC und dessen Gewährleistung, wie sie in der Erklärung der Vereinten Nationen zu den Rechten indigener Völker dargelegt sind, gesprochen werden. Wenn FPIC zu einem Punkt auf einer Check-Liste zur Durchführung von Projekten reduziert wird, wird dies langfristig keine Vorteile bringen, weder für die Lebensbedingungen der betroffenen Gemeinschaften noch für das Projekt und seine Waldklimaschutzziele.

Für die folgende Betrachtung von Waldklimaschutzprojekten fassen wir an dieser Stelle einige wesentliche Eigenschaften und Elemente von FPIC zusammen:

- Die Rechte indigener Völker auf Konsultationen und FPIC sind fundamentale Menschenrechte. Diese sind eingebettet in einen Menschenrechtsansatz und verknüpft mit anderen fundamentalen Rechten zu sehen und zu gewährleisten, insbesondere dem Recht auf Selbstbestimmung und den Rechten auf Land, Territorien und Ressourcen. Die Durchführung von Konsultationen und FPIC-Prozessen sind entscheidende Rechtsmechanismen zur Absicherung anderer Rechte.
- Konsultationen mit indigenen Völkern müssen immer dann durchgeführt werden, wenn eine Entscheidung oder eine Maßnahme indigene Völker auf eine Art und Weise betrifft, wie sie andere Gruppen der Gesellschaft nicht erfahren oder empfinden.⁸⁸
- Das vorrangige Ziel von Konsultationen ist der Schutz der Menschenrechte der betroffenen Bevölkerung.⁸⁹ Das Ziel von FPIC-Prozessen ist nicht notwendigerweise die Zustimmung

⁸⁷ Dies gilt grundsätzlich für Projekte und Vorhaben und deren Wirkung auf die menschenrechtliche Situation der betroffenen Bevölkerungsgruppen, die entweder weiterreichende Wirkungen haben können oder aber nur projektspezifische Entwicklungen bewirken.

⁸⁸ (A/HRC/12/34). Report of the UN Special Rapporteur on the situation of human rights and fundamental freedoms of indigenous people, James Anaya on PROMOTION AND PROTECTION OF ALL HUMAN RIGHTS, CIVIL, POLITICAL, ECONOMIC, SOCIAL AND CULTURAL RIGHTS, INCLUDING THE RIGHT TO DEVELOPMENT. 15 July 2009

⁸⁹ GIZ (Hrsg.) (2013) Stärkung indigener Organisationen in Lateinamerika: Das Recht auf vorherige Konsultation: Rechtsnormen, Praxis und Konflikte in Lateinamerika. März 2013. S.19

- der betroffenen Gemeinschaften, sondern die Stärkung der indigenen Gemeinschaften, so dass sie eine selbstbestimmte und informierte Entscheidung für oder gegen ein Projekt, eine Maßnahme etc. treffen können. Dies beinhaltet das Recht auf Verweigerung der Zustimmung. So verstanden, handelt es sich bei der Umsetzung des Rechts auf FPIC um einen Prozess mit einem offenen Ergebnis, aus dem dann entsprechende Konsequenzen gezogen werden müssen.
- FPIC muss zum frühestmöglichen Zeitpunkt der Projektentwicklung beginnen. In Bezug auf REDD+ -Projekte und Maßnahmen sind FPIC Prozesse mindestens auf drei Ebenen der Zustimmung durchzuführen:
 - Zustimmung für die Besprechung einer Idee für ein REDD+ Projekt, das Land, Wald und Ressourcen von Gemeinschaften betrifft,
 - Zustimmung zur Teilnahme an der Entwicklung eines detaillierten projektplan, und
 - Zustimmung zur Durchführung des Projekts.⁹⁰
- Konsultationsprozesse zur Gewährleistung des Rechts auf FPIC werden mit den betroffenen Gemeinschaften gemeinsam entwickelt und geplant. Dies berücksichtigt die kulturellen Praktiken und gewohnheitsmäßigen Institutionen, Orte und Methoden zur selbstbestimmten Entscheidungsfindung und den dafür notwendigen Zeitrahmen.
- Die zur Verfügung gestellten Informationen müssen umfassend sein und sowohl mögliche positive als auch negative Auswirkungen eines Vorhabens aufzeigen, um die betroffenen Gemeinschaften in die Lage zu versetzen, eine freie und informierte Entscheidung zu treffen. In keinem Fall darf die Zustimmung durch einseitige Informationen, Verlockungen oder gar Versprechen herbeigeführt werden.



Gemeinde-Treffen in Kesenge, Mai Ndombe REDD-Projekt, DR Kongo, Foto © Forest Peoples Programme

⁹⁰ Anderson (2011). Free, Prior, and Informed Consent in REDD. S. 19

3. Betrachtung von Waldklimaschutzvorhaben

3.1. Vorbemerkungen und allgemeine Beobachtungen

Das Engagement deutscher Regierungs- und Nichtregierungsinstitutionen sowie privatwirtschaftlicher Unternehmen im internationalen Waldklimaschutz ist im internationalen Vergleich beachtlich. Mit einem solchen Engagement ist eine entsprechende Verantwortung verbunden, nicht nur im Hinblick auf die Effektivität der Waldschutzmaßnahmen für den Erhalt der biologischen Vielfalt und die nachhaltige Nutzung der Wälder und den Klimaschutz, sondern auch im Hinblick auf menschenrechtliche Verpflichtungen und die Einhaltung von sozialen Mindeststandards. Dies ist umso bedeutender, da sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit explizit dem Menschenrechtsansatz verschrieben hat. Wie dieser Ansatz in Waldschutzvorhaben, die indigene Völker und lokale Gemeinschaften betreffen, umgesetzt wird, soll nun betrachtet werden. Durch das Aufzeigen sowohl von positiven Erfahrungen und Beispielen als auch Schwierigkeiten soll herausgestellt werden, wo die Praxis im internationalen Waldklimaschutz dem Menschenrechtsansatz und den entsprechenden Vorkehrungen, die indigene Völker betreffen, bereits sehr nahe kommt und wo es Defizite und Probleme gibt. Denn,

„[A]uch bei von Deutschland geförderten REDD+-Maßnahmen erscheint die Partizipation der Bevölkerung nicht immer systematisch und nach transparenten und verbindlichen Kriterien zu erfolgen. Obwohl die Initiativen sowohl beim Bundesumweltministerium (BMU) als auch beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) angesiedelt sind, fehlt bislang eine klare Verknüpfung zu den vom BMZ entwickelten entwicklungspolitischen und menschenrechtlichen Leitlinien.“⁹¹

In der nun folgenden Betrachtung und ersten Auswertung von Waldschutzvorhaben, die mit deutschen Mitteln und/oder von deutschen Akteuren umgesetzt werden, wird der Frage nachgegangen, inwieweit indigene Völker und lokale Gemeinschaften in diesen Waldschutzvorhaben einbezogen und ihre Rechte berücksichtigt werden. Im Menschenrechtskonzept des BMZ werden im Zusammenhang mit dem Schutz der Rechte indigener Völker insbesondere die folgenden drei Aspekte hervorgehoben:

- Aktive Partizipation
- Direkte Einbindung in sie betreffende Entscheidungen
- Freie, vorherige und informierte Zustimmung bei sie betreffenden Planungen

Auf diese Aspekte konzentrieren sich die folgenden Betrachtungen. Grundsätzlich sehen wir indigene Völker dabei als Rechtsinhaber, die u. a. folgende Rechte innehaben: Recht auf Selbstbestimmung und freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC), Rechte auf Land, Territorien und Ressourcen und deren Nutzung, Recht auf kulturelles Erbe und traditionelles Wissen, und Gewohnheitsrechte. Zur Untersuchung der Projekte bzw. der Projektbeschreibungen und -berichte, wurde ein Katalog mit Orientierungsfragen entworfen, die sechs Prinzipien zugeordnet sind (siehe Anhang A.2). Diese Prinzipien greifen die oben genannten drei Aspekte

⁹¹ Antwort Kleine Anfrage S.2

des Menschenrechtskonzepts auf und orientieren sich u. a. an den sozialen und Umweltschutzbestimmungen für REDD+ (REDD+ Social and Environmental Standards) und den im Rahmen von UN-REDD entwickelten Prinzipien und Kriterien für FPIC.⁹² Die ihnen zugeordneten Fragen dienen dabei in erster Linie der Sensibilisierung für die zahlreichen Aspekte, die es bei der Betrachtung von Waldklimaschutzvorhaben, die einem Menschenrechtsansatz folgen und sowohl sozial als auch ökologisch verträglich, nachhaltig und effektiv sein wollen, zu bedenken gibt. In keinem Projektbeispiel wurde der Anspruch erhoben, allen diesen Fragen nachzugehen. Es wurden Waldschutzvorhaben untersucht, die meist in einem direkten Bezug zum Klimaschutz stehen und in dieser Hinsicht einen Beitrag leisten wollen und die außerdem indigene Völker und/oder lokale Gemeinschaften betreffen. Hierzu zählen laufende oder gerade abgeschlossene Projekte mit folgenden Schwerpunkten:

- a. Projekte der „REDD-Readiness“ mit Fokus auf Beratung, Erhebung von Basisdaten, REDD-Strategien und Kapazitätsaufbau.
- b. Projekte zur Förderung von Wald- und Landnutzungsplanung und zur Einrichtung, Erhaltung und Verwaltung von Schutzgebieten, die in vielen Fällen schon einige Zeit bestehen und mitunter nun durch eine „Klima-, CO₂- bzw. REDD-Komponente“ ergänzt werden.
- c. Projekte nach dem Prinzip der „Zahlungen für Umweltleistungen“ (Payments for Environmental Services, PES), die auch Aufforstungsprojekte oder vertraglichen Waldschutz beinhalten können.

Die Auswahl der Projekte orientiert sich an der Liste der über die IKI im Förderbereich III ‚Erhalt und nachhaltige Nutzung von natürlichen Kohlenstoffsenken / REDD+‘ geförderten Projekte sowie an der Liste der laufenden Biodiversitätsprojekte, die einen Schwerpunkt auf Wald haben.⁹³ Desweiteren wurden einige Projekte aus dem Privatsektor betrachtet, denen im Waldklimaschutzbereich Modellcharakter zugeschrieben wird. Eine Liste der analysierten Projekte bzw. deren Beschreibungen finden sich im elektronischen Anhang. Insgesamt wurden 55 Projekte zur Analyse zusammengetragen. Im Folgenden werden Beobachtungen und Ergebnisse bzgl. der sechs Prinzipien zusammengefasst. Daraus werden Empfehlungen für einen Menschenrechtsansatz im Rahmen partizipativer, nachhaltiger und effektiver Waldklimaschutzmaßnahmen abgeleitet.

Wie in der Einleitung erwähnt, wurde die Studie im Wesentlichen als Desk-top-Studie erarbeitet und stützt sich daher zu etwa 70 % auf die Recherche von Informationen, die über das Internet zugänglich sind. In diesem Zusammenhang ist auch die erste und zentrale Beobachtung von umfassender Bedeutung für die gesamte Studie zu machen:

- > Allein auf der Basis von über das Internet zugänglichen bzw. veröffentlichten Informationen der Projektträger ist es nicht möglich, aussagekräftige Folgerungen im Hinblick auf die Beteiligung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften und die Berücksichtigung ihrer

>>>>

⁹² Siehe REDD+ Social and Environmental Standards unter www.redd-standards.org, UNREDD/PB8/2012/V/1 UN-REDD Programme Social and Environmental Principles and Criteria UN-REDD PROGRAMME EIGHTH POLICY BOARD MEETING 25-26 March 2012 Asunción, Paraguay siehe unter www.un-redd.org/multiple_benefits_sepcc/tabid/54130/default.aspx und UN-REDD Programme. Guidelines on Free, Prior and Informed Consent. January 2013.

Unter: www.un-redd.org/Launch_of_FPIC_Guidelines/tabid/105976/Default.aspx

⁹³ Siehe IKI Projekte unter: www.international-climate-initiative.com/en/nc/projects/projects/ und die Biodiversitätsprojekte in Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH in Cooperation with KfW (September 2012): Committed to Biodiversity. Germany's International Cooperation to Implementing the Convention on Biological Diversity for Sustainable Development. Seite 49ff

Rechte zu schließen, da die Informationen in diesen Punkten durchweg sehr allgemein bleiben oder ganz fehlen.

Dies kann verschiedene Gründe haben:

- Die Beteiligung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften und die Berücksichtigung ihrer Rechte bilden keinen prioritären Bestandteil des Projekts und es wird entsprechend auch nicht/kaum darüber berichtet.
- Informationen zur Beteiligung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften und der Berücksichtigung ihrer Rechte liegen nicht aufbereitet vor, u. a. auch deshalb, weil dies in den Projektberichten für Auftrag- oder Geldgeber nicht gefordert wird.
- Manche Informationen zur Beteiligung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften und der Berücksichtigung ihrer Rechte werden in politisch sensiblen Situationen oder aufgrund von Spannungen zwischen der Regierung und der lokalen Bevölkerung zum Schutz betroffener Gemeinschaften oder Organisationen zurückgehalten.

Für die Betrachtung der meisten der Projekte war es daher notwendig, Hinweisen in den Projektdarstellungen folgend Sekundärliteratur zu identifizieren und heranzuziehen. Außerdem wurden bei etwa 60 % der Projekte Projektträger, -beteiligte oder auch nicht beteiligte Organisationen, die vor Ort tätig sind, für weitere Informationen angefragt und zum Teil persönlich befragt. Die direkten Anfragen waren teilweise schwierig und nicht immer erfolgreich. Auch dies hatte verschiedene Gründe:

INFOE ist als Organisation wenig bekannt und kein wissenschaftliches Institut mit renommiertem Namen. Anfragen wurden daher nicht prioritär behandelt oder gar nicht beantwortet.

- Anfragen, insbesondere für die erstellten acht Fallstudien, enthielten zum Teil keine ausreichenden Informationen zum Hintergrund der Fallstudie als Teil der Gesamtstudie und der übergeordneten Fragestellung und Ziele. Auf Anfragen, die in dieser Hinsicht ausführlicher waren und auch Informationen zu den Förderern der Studie und Fallstudien enthielten, wurde insbesondere von Projektverantwortlichen der GIZ und KfW zügiger reagiert.
- Projektberichte, welche die Fragen der Partizipation und der Berücksichtigung von Rechten der betroffenen Waldbewohner ausführlich behandeln, liegen selten öffentlich vor. Meist handelt es sich um interne Berichte, während diese Fragen dann in Projektbeschreibungen nur zusammenfassend öffentlich thematisiert werden. Im Falle der KfW beispielsweise liegen die ausführlichen Projektberichte bei den Verantwortlichen und den Consultants in den Projektländern und auch dort handelt es sich meist um interne Dokumente.

- Anfragen an indigene Organisationen konnten oft nicht beantwortet werden, da die kontaktierten Organisationen keine Kenntnis von den Projekten in ihren Ländern hatten und auch nach eigenen Bemühungen selten Kollegen identifizieren konnten, die in den jeweiligen Projektgebieten tätig sind und zu näheren Informationen hätten Zugang haben können.

Die genannten Gründe, in Verbindung mit den begrenzten Ressourcen des Projekts, sind bei der weiteren Lektüre zu den Ergebnissen der Recherche zu bedenken. Sie weisen auch darauf hin, warum es bisher kaum systematische Zusammenstellungen und aufbereitete Informationen zu den Fragen der Beteiligung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften und der Berücksichtigung ihrer Rechte gibt. Dies bezieht sich sowohl auf Vorhaben, die von der GIZ oder der KfW durchgeführt wurden und werden, als auch auf (andere) Projekte, die über die IKI gefördert werden sowie Projekte von Nichtregierungsorganisationen und privatwirtschaftlichen Unternehmen. In den meisten Fällen konzentriert sich die offizielle Berichterstattung auf eindrucksvolle Informationen und Fotos zum Fortgang des Projekts, den bisherigen Aktivitäten und erreichten Zielen, insbesondere im Hinblick auf die Erhaltung des Waldes und seinen Ökosystemleistungen. Informationen zur Beteiligung der lokalen Bevölkerung beschränken sich oft darauf, dass die Bevölkerung beteiligt wurde oder partizipatives Forstmanagement stattgefunden hat. In einigen Fällen wird erwähnt, dass Maßnahmen zum Capacity-Building, zur Arbeitsplatzbeschaffung, der Verbesserung der ökonomischen Situation und der Infrastruktur, Beratungstreffen oder Workshops durchgeführt wurden. In kaum einem Projektbeispiel jedoch werden ausführliche Berichte zu Art und Umfang, Methoden oder einzelnen Schritten der Beteiligung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften, insbesondere an Entscheidungsfindungsprozessen und bezgl. des Rechts auf freie, vorherige und informierte Zustimmung dargestellt. Dies bestätigt die Erkenntnisse des Diskussionspapiers von Germanwatch aus dem Jahr 2011 zu REDD+-Projekten mit deutscher Finanzierung:⁹⁴

„Als besorgniserregend erscheint, dass nur bei einem Viertel der Vorhaben relevante Interessensgruppen – insbesondere indigener Völker und der lokalen Bevölkerung – in die im Rahmen der REDDplus-Vorhaben anfallenden Konsultations- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden (für andere Vorhaben wird dies zumindest nicht explizit erwähnt). Ob dieses Bild der Wirklichkeit entspricht oder aufgrund nicht ausreichender Transparenz von Informationen fehlerhaft ist, lässt sich an dieser Stelle nicht sagen.“

In diesem Zusammenhang war auf der Webseite der IKI Folgendes zu lesen:

„Grundsätzlich setzt sich das BMU für größtmögliche Transparenz bei der Förderung von Projekten ein. So stellt es Informationen zu den IKI-Projekten auf der Webseite der Initiative zur Verfügung und ist im engen Dialog mit den Deutschen Botschaften vor Ort.“⁹⁵

>>>>

⁹⁴ Germanwatch analysierte 38 REDD+-Projekte, die über die IKI finanziert wurden/werden im Hinblick auf ihre ‚langfristige Effektivität‘. Lars Schmidt, Kristin Gerber und Pierre L. Ibisch (2011) Ein Rahmen für effektive Waldklimaschutzvorhaben. Germanwatch. S. 10/11. Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter: www.germanwatch.org/klima/redd11eff.htm

⁹⁵ www.bmu-klimaschutzinitiative.de/de/presse?p=1&d=410 Zugriff am 7.1.2013 Meldung im Zusammenhang mit dem Harapan-Projekt.

Dies kann nicht bestätigt werden, denn wenn man auf die vorhandenen Links auf den Seiten der Kurzbeschreibungen der IKI-Projekte klickt, wird man in fast allen Fällen auf die Startseite der durchführenden Organisationen geführt und muss dort dann meist mühsam nach dem entsprechenden Projekt suchen. Ausnahmen bilden z. B. der NABU und OroVerde, die zu ihren über die IKI geförderten Projekten eigene Webseiten haben, auf denen recht umfassend und aktuell über die jeweiligen Projekte berichtet wird. Auch bei von der GIZ durchgeführten IKI-Projekten in Indonesien wurden einzelne Ausnahmen gefunden.⁹⁶ In persönlichen Gesprächen oder telefonischen Interviews war es meist möglich ausführlichere Informationen zu erhalten. Diese Gespräche hatten darüber hinaus eine positive Wirkung im Hinblick auf eine vermehrte Aufmerksamkeit und Sensibilität von Projektverantwortlichen bzgl. der Interessen und Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften sowie für den Austausch zu mitunter unterschiedlichen Ansätzen, Schwerpunkten und Perspektiven.

Im Weiteren werden die vorläufigen Ergebnisse aus der Betrachtung der rund 50 Projekte⁹⁷ unter den folgenden sechs Prinzipien, die denen des Katalogs mit Orientierungsfragen zur Analyse der Projekte entsprechen, zusammengefasst:

- I. Anerkennung fundamentaler Rechte und Berücksichtigung von nationalen und internationalen Rechtsstandards und Schutzbestimmungen (safeguards) als Grundvoraussetzung
- II. Umfassende und wirksame Partizipation in allen Stadien und Prozessen
- III. Einhaltung des Rechts auf Konsultationen und die freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC - free prior and informed consent), Gewährleistung von Rechten auf Land, Territorien und Ressourcen und deren Nutzung
- IV. Erhalt und Förderung von Biodiversität, traditionellen Lebensweisen und nachhaltiger Entwicklung
- V. Transparentes und gerechtes/gleichberechtigtes Benefitsharing

⁹⁶ Diese betreffen in erster Linie das ForClima Projekt und das zu diesem gehörige Merang REDD Pilot Projekt (MRPP) zu dem auf der Projektwebseite www.forclime.org Informationen zur Projektkomponente „Community Development“ zu finden sind: <http://forclime.org/merang/CD%20Eng%20Jan11%5E.pdf>

⁹⁷ Siehe Liste der Projekte im elektronischen Anhang in der gekennzeichnet ist, welche Projektbeschreibungen bisher anhand welcher Quellen betrachtet wurden.

Anerkennung fundamentaler Rechte und Berücksichtigung von nationalen und internationalen Rechtsstandards und Schutzbestimmungen (safeguards) als Grundvoraussetzung.

In Bezug auf das Prinzip der Anerkennung fundamentaler Rechte und der Berücksichtigung von menschenrechtlichen und sozialen Standards ging es bei der Projektanalyse darum, etwas über das den Projekten zugrundeliegende Verständnis von der Bedeutung der Menschenrechte und sozialer Fragen in den Waldklimaschutzvorhaben zu erfahren. Nach der Darstellung der grundsätzlichen Orientierung der verschiedenen Institutionen an menschenrechtlichen Leitlinien und Standards im Kapitel 1.3, konzentrierte sich die Analyse darauf, ob und wenn ja, welche menschenrechtlichen und sozialen Standards **explizit** in den Projektbeschreibungen genannt werden, an denen sich der Ansatz, die Konzeption und die Durchführung des Projektes orientieren. In keinem Fall beinhalteten die Berichterstattungen und Informationen über die Projekte konkrete Bezugnahmen auf das BMZ-Menschenrechtskonzept oder die wenn vorhanden institutionseigene Indigenen-Politik. In einem Fall wird die Erklärung der Vereinten Nation über die Rechte indigener Völker (UNDRIP) erwähnt. In sechs der analysierten Projekte wird Bezug auf die ILO Konvention Nr. 169 genommen und in einem Fall auf die Konvention über die biologische Vielfalt, die den jeweiligen Projekten als grundsätzlicher Rahmen im Hinblick auf rechtliche Aspekte dienen ohne dass jedoch explizit Projektschritte an einzelnen Bestimmungen dieser Instrumente ausgerichtet werden. Wenn es sich um Offset-Projekte handelt, die für den Emissionshandel Zertifikate generieren sollen, dann werden die ‚Kohlenstoff-Standards‘ und mögliche ‚Co-Standards‘, nach denen das Projekt zertifiziert werden soll, genannt. Daraus lassen sich dann auch die menschenrechtlichen Kriterien sowie konkrete Bestimmungen zur Einbeziehung der lokalen Bevölkerung etc. ableiten, wenn diese Bestandteil der jeweiligen Standards sind. In den entsprechenden Berichten, die für die Zertifizierung eingereicht werden müssen, sind dann auch mehr oder weniger detaillierte Beschreibungen von Partizipations- und Konsultationsprozessen enthalten.

Den meisten Projektbeschreibungen ist nicht zu entnehmen, ob im Projekt bewusst der Menschenrechtsansatz gewählt und ihm entsprechend systematisch vorgegangen wurde.⁹⁸ Es gibt keine Informationen darüber, ob zu Beginn eines der Projekte die Pflichtenträger und Rechtsinhaber und deren für das Projekt relevante Pflichten und Rechte identifiziert wurden. In mehreren Fällen gibt es Angaben zur Erörterung und Berücksichtigung der Situation der Land- und Nutzungsrechte.⁹⁹

Zusammenfassend lässt sich beobachten, dass Menschenrechtsfragen in den Projektbeschreibungen der Projektträger meist nur am Rande thematisiert werden. Detailliertere Informationen sind nur in kritischen Berichten von Organisationen, die meist nicht unmittelbar in die Projekte involviert sind, enthalten. Diese kommen entgegen der offiziellen meist knappen und positiven Darstellungen von rechtlichen Aspekten in vielen Fällen zu der Feststellung, dass die Menschenrechte der betroffenen Gemeinschaften in der konkreten Projektpraxis nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt werden.¹⁰⁰ Hieraus lässt sich schließen, dass obwohl die offiziellen Projektberichte aus den vorher genannten Gründen die Projektpraxis nicht immer angemessen widerspiegeln, die ansonsten bekräftigte Beteiligung indigener und lokaler

>>>>

⁹⁸ Einzige Ausnahme bildet hier der Informationsflyer der GIZ zum ClipAD Projekt in Laos: ClipAD in brief: Piloting Free, Prior and Informed Consent in Laos. October 2011. (Siehe auch entsprechende Fallstudie).

⁹⁹ Diese werden im entsprechenden Abschnitt weiter unten behandelt.

¹⁰⁰ Dies bedeutet, dass sie hinter die Mindeststandards der VN-Erklärung über die Rechte indigener Völker sowie des BMZ Menschenrechtsansatzes zurückfallen. Es gibt eine Reihe solcher kritischer Berichte z. B. auf der Webseite von REDD-Monitor www.redd-monitor.org sowie von Forest Peoples Programme www.forestpeoples.org/, von denen sich einige auf die hier betrachteten Projekte beziehen.

Gemeinschaften und die Berücksichtigung ihrer Rechte nicht so umgesetzt wird, wie es aus kritischer und menschenrechtsbasierter Sicht erforderlich wäre. Insbesondere bei Projekten, die schon vor 2011 begonnen wurden und/oder deren Schwerpunkt auf den ökologischen oder CO₂-relevanten Aspekten des Waldschutzes oder der Kompensation von CO₂-Emissionen liegt, ist zu beobachten, dass Menschenrechtsfragen offenbar erst dann eingehender berücksichtigt werden, wenn es bereits zu Schwierigkeiten im Hinblick auf die Ausübung von Rechten gekommen ist oder wenn für eine weitere Förderung des Projekts, die explizite Beschäftigung mit menschenrechtlichen Risiken und Wirkungen verlangt wird. In diesen Fällen fand meist zu Beginn der Projekte keine ausreichende Analyse der Rechtssituation der betroffenen Gemeinschaften statt, weil ihr nicht genug Bedeutung zugemessen wurde oder dafür offensichtlich Zeit und/oder Sensibilität auf Seiten der Projektträger fehlten.¹⁰¹

Umfassende und wirksame Partizipation in allen Stadien und Prozessen

Praktisch alle Projektträger und Akteure in Waldklimaschutzvorhaben sprechen von der fundamentalen Bedeutung der Beteiligung der lokalen Bevölkerung für den Erfolg der Projekte, was sich durchweg in den Projektdarstellungen widerspiegelt. Die Informationen konzentrieren sich allerdings in den meisten Fällen auf kurze Beschreibungen von Maßnahmen zur Verbesserung der sozio-ökonomischen Situation der betroffenen lokalen Bevölkerung und zum Kapazitätsaufbau. In einigen Beispielen, insbesondere bei Schutzgebietsprojekten, gibt es Informationen zur Einbeziehung der lokalen Gemeinschaften in Bestandsaufnahmen, Mapping, Kartierung, Monitoring, Verwaltung etc. von Waldressourcen, bestimmten Flächen bzw. Gebieten und deren Nutzung, die meist mit entsprechenden Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau einhergehen. In einigen Projekten ist der Ansatz des ‚partizipativen Waldmanagements‘ ein zentraler Bestandteil, dessen schrittweise Umsetzung dann auch mehr oder weniger genau beschrieben wird.¹⁰²

In manchen Fällen gibt es Hinweise darauf, dass die betroffenen Gemeinschaften von Beginn des Projekts an einbezogen wurden und umfangreiche Konsultationsprozesse stattgefunden haben.¹⁰³ Es gibt dann allerdings keine weiteren Informationen über diese Konsultationsprozesse. Ausnahmen bilden Projekte, die einen Schwerpunkt auf die Förderung von indigenen Gemeinschaften und ihrer Einbeziehung oder von speziellen Komponenten zur Entwicklung der Gemeinschaften (community development) legen. Hier finden sich meist ausführlichere Beschreibungen des Prozesses der Konsultation und Einbeziehung der indigenen und lokalen Gemeinschaften.¹⁰⁴ Im Rahmen der Erarbeitung von nationalen REDD-Strategien wurden in einigen Ländern ‚Runde Tische‘ oder nationale REDD-Komitees gegründet, an denen zunehmend auch Vertreter indigener Völker und lokaler Gemeinschaften teilnehmen. Die Beteiligungsprozesse und die ihnen oftmals vorausgegangene Kritik und Schwierigkeiten werden in den Dokumenten der FCPF recht ausführlich dargestellt.¹⁰⁵

¹⁰¹ Dies gilt beispielsweise für die Projekte der Fallstudien zu Honduras, Kamerun und der Demokratischen Republik Kongo oder das Harapan-Projekt in Indonesien.

¹⁰² Dies gilt beispielsweise für die Projekte des NABU, von OroVerde und einzelne Schutzgebietsprojekte des WWF.

¹⁰³ Siehe beispielsweise das Putumayo Projekt des WWF (Projektliste) oder das Mai Ndombe REDD Projekt der Forest Carbon Group: www.forestcarbonpartnership.org/?id=47 Zu diesem Projektbeispiel liegen allerdings Informationen vor, die darauf hinweisen, dass keineswegs umfassende Konsultationsprozesse stattgefunden haben. Siehe FPP E-Newsletter: February 2013 unter <http://www.forestpeoples.org/en/newsletters/fpp-e-newsletter-february-2013> sowie die Fallstudie zum Projekt.

¹⁰⁴ Siehe beispielsweise das Merang REDD Pilot Projekt in Indonesien <http://forclime.org/merang/CD%20Eng%20Jan11%5E.pdf> oder das ForClimPanay-Projekt auf den Philippinen (siehe entsprechende Fallstudie).

¹⁰⁵ Zu nennen wären hier beispielsweise die Prozesse in DR Kongo oder Honduras. Weitere Informationen zu den Readiness Preparation Proposals der jeweiligen Länder, in denen diese Prozesse beschrieben werden, finden sich unter www.forestcarbonpartnership.org/

Grundsätzlich fehlen in fast allen Projektbeschreibungen detaillierte Informationen zur Beteiligung der betroffenen Gemeinschaften an der Projektkonzeption und wichtigen Entscheidungsprozessen. Daher muss davon ausgegangen werden, dass die Projektkonzeptionen in der Regel ohne Beteiligung der lokalen Bevölkerung stattfinden. Zu einigen wenigen Projekten waren Informationen zur Beteiligung der betroffenen Gemeinschaften an Entscheidungsprozessen unter Berücksichtigung von lokalen Strukturen, kulturellen und zeremoniellen Diskussionspraktiken und traditionellen Institutionen/Gremien erhältlich.¹⁰⁶

Darstellungen zum Verlauf der ersten Kontaktaufnahme, zu Prozessen der Stakeholder-Identifizierung, einer möglichen Stakeholder-Priorisierung, zu Genderfragen in Bezug auf die Beteiligung von Gemeinschaften konnten in den Projektbeschreibungen bzw. -berichten kaum gefunden werden. Aufgetretene soziale Schwierigkeiten und der Umgang damit werden in den Dokumenten der Projektträger selten thematisiert.¹⁰⁷

Im Gegensatz zu den eher unzureichenden Projektbeschreibungen und -dokumenten sind die Informationen zur Beteiligung indigener und lokaler Waldbewohner und zur Berücksichtigung ihrer Rechte, die in Gesprächen mit Projektverantwortlichen kommuniziert wurden, meist aufschlussreich und geben ein anderes Bild wieder. Im direkten Gespräch ist es durch Informationen über den zeitlichen, politischen und institutionellen Gesamtkontext der Zusammenarbeit, Querverbindungen zu oder Ergänzungen durch andere Projekte und den Umgang mit Schwierigkeiten in einem Projekt möglich, einen umfassenderen Einblick und Verständnis zu erhalten. Insgesamt gesehen, lässt sich bei den meisten Projekten nicht nachvollziehen, ob eine umfassende Partizipation in allen Stadien und Prozessen eines Projektes stattgefunden hat bzw. stattfindet, wenn man nur die schriftlich verfügbaren Informationen betrachtet. Die mangelnde Transparenz und Öffentlichkeit von Informationen hat hier zur Folge, dass möglicherweise ein falscher Eindruck von der Partizipation der betroffenen Gemeinschaften bzw. dem Fehlen derselben entsteht. Dadurch werden außerdem anderen Projektentwicklern und Akteuren wichtige Lernerfahrungen vorenthalten, die zu einer Verbesserung der Praxis der Einbeziehung der lokalen Bevölkerung in Waldklimaschutzvorhaben beitragen könnten.

Einhaltung des Rechts auf Konsultationen und die freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC - free prior and informed consent)

Die Respektierung des Rechts indigener Völker auf ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) bei allen Vorhaben, die indigene Gemeinschaften, ihre Kulturen, ihre Gebiete, Ressourcen und Lebensgrundlagen betreffen, ist für die meisten Projektträger und Durchführungsorganisationen ein fundamentales und mittlerweile fast selbstverständliches Prinzip. Jedoch finden sich außer bei Projekten, die eine explizite Komponente zur Verankerung und Umsetzung des Rechts auf freie, vorherige und informierte Zustimmung haben, keine Beschreibungen entsprechender Prozesse zur Umsetzung von FPIC.¹⁰⁸ Im Rahmen der vorliegenden Recherche wurden drei Projekte, bei denen FPIC und seine Umsetzung einen expliziten Bestandteil der Zusammenarbeit ausmachen, in Fallstudien genauer betrachtet.¹⁰⁹

>>>>

¹⁰⁶ Dies sind die Projekte des NABU in Äthiopien, das OroVerde Projekt in Guatemala, das WWF-Projekt in Russland und das ForClimPanay Projekt der GIZ auf den Philippinen.

¹⁰⁷ Eine Ausnahme bilden hier neuere Berichte des NABU zum Harapan-Projekt. Siehe unter NABU (2012) Das Harapan-Regenwaldprojekt auf Sumatra. www.nabu.de/downloads/info_harapan_regenwald.pdf

¹⁰⁸ Im Lacandón-Projekt von OroVerde finden Prozesse zur Gewährleistung von FPIC statt, die aber bisher noch nicht dokumentiert wurden. Außerdem gibt es Informationen zur Durchführung von Konsultationen u. a. zur Einholung von FPIC im Rahmen der Erarbeitung von nationalen REDD-Strategien von UN-REDD und FCPF-Partnerländern, die auch von Deutschland gefördert bzw. von der GIZ und KfW unterstützt werden. Hierzu gehören beispielsweise Honduras, Mittelamerika und Kamerun. Entsprechende Informationen finden sich in den jeweiligen UN-REDD und FCPF-Berichten.

¹⁰⁹ Dies sind die Fallstudien zu Erfahrungen mit FPIC in den Vorhaben in Honduras, Laos und den Philippinen.

Die Lernerfahrungen aus solchen (Pilot-)Projekten sind entscheidend, um FPIC und dessen Umsetzung von der Rhetorik in die Praxis zu führen. Leider ist auch hier die Berichterstattung nicht ausreichend transparent.

Die Umsetzung von FPIC in der Praxis als einem kontinuierlichen bzw. wiederkehrenden Prozess und fundamentalen Bestandteil einer respektvollen Zusammenarbeit mit indigenen Völkern und ihren Vertreter als gleichberechtigten Partnern stellt sich in den einzelnen Vorhaben und Projekten recht unterschiedlich dar. Zahlreiche Faktoren können die Umsetzung fördern oder behindern. Im Bericht eines Workshop der GIZ werden einige der Faktoren bzgl. FPIC im Zusammenhang mit REDD+ wie folgt gebündelt:

„[Im Umkehrschluss] sind es gesicherte Land- und Kohlenstoffrechte, klar geregelte Repräsentanz, klare und möglichst einfache Definition von FPIC und REDD Elemente, die sich förderlich auf die Umsetzung von FPIC und REDD auswirken.“¹¹⁰

In den drei betrachteten Fallbeispielen waren es vor allem folgende Faktoren, die bei der Umsetzung bzw. Umsetzbarkeit von FPIC eine Rolle spielten:

- Rechtliche Situation indigener Völker im Land: nationale Gesetzgebung, Landrechte
- Projektansatz: vorrangige Projektziele und Verständnis von der Rolle der betroffenen Gemeinschaften
- Zeiträume zur Identifizierung der potentiell betroffenen Gemeinschaften und ihrer repräsentativen Vertreter sowie für Konsultationsprozesse
- Eigenschaften von Konsultationstreffen
- Umfang, Inhalt und Art der Informationen, die den Gemeinschaften gegeben werden

Im Folgenden fassen wir die Beobachtungen zu diesen Faktoren zusammen:

Rechtliche Situation indigener Völker im Land: nationale Gesetzgebung, Landrechte

Von der Anerkennung der Rechte indigener Völker in ihren Ländern und der nationalen Gesetzgebung hängt zum einen die Haltung und Bereitschaft der nationalen Regierung zur Zusammenarbeit und Unterstützung im Hinblick auf die Beteiligung und Förderung indigener Gemeinschaften ab. Zum anderen kann dies offensichtlich die Einhaltung menschenrechtlicher Verpflichtungen im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit erleichtern und fördern. Wie das Fallbeispiel von den Philippinen zeigt, ist eine nationale Gesetzgebung zu den Rechten indigener Völker einschließlich Bestimmungen zum Recht auf FPIC ein wichtiger Schritt zur Anerkennung indigener Rechte und Interessen, aber nicht bereits eine Garantie für eine effektive

¹¹⁰ BMZ/GIZ (2012): Veranstaltungsdokumentation: Die Umsetzung des ‚Free, Prior and Informed Consent - FPIC,‘ in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, S.8

Berücksichtigung und Einhaltung des Rechts auf FPIC. Hierzu bedarf es u. a. der Verbesserung entsprechender Kapazitäten und Sensibilität sowohl auf Seiten nationaler Instanzen als auch auf Seiten der Durchführungsorganisationen zur effektiven Umsetzung der Bestimmungen sowie einem wirksamen Monitoring. Die im April 2012 überarbeiteten Leitlinien zu FPIC, die Bestandteil des Philippinischen Indigenous Peoples Rights Act (IPRA) sind, beziehen sich nun auch auf CO₂-Projekte, bleiben jedoch unklar, was REDD+ betrifft. REDD+ wird behandelt wie Bergbau-Projekte. Die überarbeiteten Leitlinien haben den Prozess zur Konsultation und Einholung von FPIC einerseits zwar in wichtigen Punkten verbessert aber andererseits auch derart verkompliziert, dass nun die Gefahr besteht, dass REDD+ Projekte und die damit verbundenen Anreize und Leistungen in nicht-indigene Gebiete abwandern, in denen sie leichter umzusetzen sind.¹¹¹

Eine schwierige politische Ausgangssituation im Projektland muss andererseits nicht zwangsläufig bedeuten, dass eine Gewährleistung des Rechts auf FPIC und die Durchführung von entsprechenden Prozessen unmöglich ist, wie die Erfahrungen aus dem Laosbeispiel zeigen. Im spezifischen Kontext eines sozialistischen Einheitsstaates wie Laos, der überdies die Existenz indigener Völker nicht anerkennt, ist die Umsetzung von FPIC wesentlich schwieriger als beispielsweise auf den Philippinen oder in Lateinamerika. In einem solchen Kontext sind die Unterstützung zu einer Verbesserung der ‚forest governance‘ und der Beteiligungs- und Entscheidungsmechanismen im Naturressourcenmanagement für die GIZ vorrangiges Projektziel. Im Fall des Projekts in Laos konnte über die aktuellen REDD+ Diskussionen auf internationaler Ebene Eingang gefunden werden, um an grundlegenden Governance-Themen und -Strukturen im Forstbereich gemeinsam mit der laotischen Regierung zu arbeiten. Dies muss im spezifischen Kontext von Laos als Fortschritt und Präzedenzfall gesehen werden.¹¹²In einer solch politisch schwierigen Situation besteht die Gefahr, dass das Recht auf FPIC nur im Rahmen eines Projekts und isoliert von anderen Rechten gewährleistet wird. Im Falle des CliPAD Projekts in Laos wird angestrebt, dass aus den Lernerfahrungen Leitlinien für die Umsetzung von FPIC in Laos auch im Rahmen anderer Projekte entwickelt werden. Es bleibt abzuwarten, welche Wirkungen der menschenrechtsbasierte Ansatz, der im CliPAD Projekt umgesetzt wird, im Hinblick auf die Anerkennung grundlegender Rechte der indigenen Bevölkerung von Laos, insbesondere auch von Land- und Nutzungsrechten, zeigen wird.¹¹³

Projektansatz: vorrangige Projektziele und Verständnis von der Rolle der betroffenen Gemeinschaften

Ein Waldklimaschutzvorhaben hat verständlicherweise primär den Wald- und Klimaschutz zum Ziel. Es ist jedoch für die Erreichung dieses Ziels entscheidend, ob die Rechte und Rolle der lokalen Waldbewohner nur formal behandelt werden oder ob die Respektierung und Gewährleistung von Rechten fundamentale Voraussetzungen und kontinuierliche Bestandteile eines Vorhabens darstellen. Wenn die Rolle indigener und lokaler Waldgemeinschaften auf die von Empfängern von („Entwicklungs-„)Leistungen beschränkt wird, wirkt sich dies auf die Art der Zusammenarbeit und damit den Erfolg und die Nachhaltigkeit der Maßnahmen aus.

>>>>

¹¹¹ Informationen von Dr. Bernd-Markus Liss, Principal Advisor, GIZ, Projekt ‚Climate relevant Modernization of Forest Policy and Piloting of REDD in the Philippines‘, in einer E-Mail an INFOE vom 20.8.2013. Siehe auch die Fallstudie zum ForClimPanay Projekt auf den Philippinen. Die GIZ hat im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit den Philippinen eine Reihe von Policy-Studien gefördert, darunter eine zur Analyse der Umsetzung der im Indigenous Peoples Rights Act (IPRA) enthaltenen Leitlinien zu FPIC. Siehe GIZ: Assessing Free and Prior, Informed Consent Implementation in the Philippines, A Policy Brief. April 2013

¹¹² Informationen von Georg Buchholz, Program Director, Sustainable Climate-friendly Management of the Environment and Natural Resources (SusCliME), Lao PDR in einer Mail an INFOE vom 8.9.2013. Siehe außerdem weitere Informationen und Quellenangaben in der Fallstudie zu FPIC in Laos.

¹¹³ Informationsflyer der GIZ: CliPAD in brief: Piloting Free, Prior and Informed Consent in Laos. October 2011

Häufig haben Akteure und Vorhaben der bilateralen oder auch privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit beratende und unterstützende Funktionen. In einigen Vorhaben bedeutet dies, dass Unterstützung und finanzielle und/oder materielle Leistungen denjenigen zuteil werden, die sich freiwillig an den entsprechenden Maßnahmen oder Programmen beteiligen und Leistungen zum Schutz des Waldes und seiner nachhaltigen Nutzung erbringen. Bei einigen dieser Maßnahmen und Vorhaben sehen die jeweiligen Akteure oder Projektträger keine Notwendigkeit, die freie, vorherige und informierte Zustimmung der potentiell betroffenen Gemeinschaften für die grundsätzliche Umsetzung der jeweiligen Vorhaben auf ihren Ländereien bzw. in ihren Gebieten und/oder mit ihren Ressourcen durchzuführen.¹¹⁴ Da es sich aber um Maßnahmen, Programme oder Vorhaben handelt, die die indigenen und lokalen Waldbewohner sicherlich in einer Weise betreffen, wie sie andere Gruppen der Gesellschaft nicht betreffen und Auswirkungen auf ihre kulturellen Praktiken, ihre Lebensweise und die traditionelle Nutzung ihrer Ländereien und Ressourcen haben, muss die freie und informierte Zustimmung für solche Vorhaben von den potentiell betroffenen bzw. teilnehmenden Gemeinschaften vor Beginn der jeweiligen Maßnahme in umfassenden Konsultationsprozessen eingeholt werden.

Zeiträume zur Identifizierung der potentiell betroffenen Gemeinschaften (stakeholder-mapping), ihrer repräsentativen Vertreter und für Konsultationsprozesse

Es ist immer wieder zu hören und zu lesen, dass Konsultations- und FPIC Prozesse viel Zeit brauchen, wenn sie angemessen durchgeführt und die Entscheidungsfindungsprozesse der betroffenen Gemeinschaften berücksichtigt werden. Dieser Zeitbedarf ist oft nicht mit den Vorgaben von Förderinstitutionen und Projektdurchführungsorganisationen vereinbar, wo bestimmte Fristen einzuhalten sind oder Budgets jahresgebunden ausgegeben werden müssen. Es hat sich andererseits gezeigt, dass eine Übereilung oder gar ein Überspringen dieser Prozesse und das Fehlen angemessener und umfassender Konsultationen der lokalen Waldbewohner

sowie der Respektierung ihres Rechts auf FPIC meist an anderer Stelle der Projekte zu Verzögerungen oder Schwierigkeiten führt, bis hin zur Undurchführbarkeit des Projekts.

Die Abkürzung von Konsultationsprozessen geht oft einher mit der Nicht-Berücksichtigung von Teilen der potentiell betroffenen und repräsentativen indigenen und lokalen Gemeinschaften oder Organisationen. Im Falle des Beispiels aus Honduras wurden hier Lernerfahrungen gezogen, die letztendlich positive Entwicklungen für die weitere Zusammenarbeit sowie die Beteiligung und Mitsprache indigener Völker nach sich zogen. Dieser Lernprozess machte es jedoch notwendig, den Projektverlauf zu unterbrechen und einige Schritte



Konsultationen im Rahmen des Lacandón Projekts, Guatemala, Foto© OroVerde

¹¹⁴ Dies betrifft insbesondere Vorhaben oder Maßnahmen für Zahlungen für Umweltdienstleistungen, Vertragswaldschutz oder den Offset von Kohlenstoffemissionen wie sie Gegenstand der Fallbeispiele aus DR Kongo, Ecuador und Vietnam sind (siehe entsprechende Fallstudien).

zurückzuzugehen.¹¹⁵ Wenn sich Projektdurchführungsorganisationen bemühen, Konsultations- und FPIC-Prozesse kulturell angemessen, umfassend und mit ausreichend Zeit durchzuführen, kann es passieren, dass sie mit Förderauflagen in Konflikt geraten bzw. eventuelle Nachteile riskieren, wie z. B. Verzögerungen im Ablauf, die als mangelnde Projektumsetzung gewertet werden, und dass sie die Kosten für diese Prozesse selbst tragen müssen.¹¹⁶

Eigenschaften von Konsultationstreffen

Die vorherigen Ausführungen weisen bereits auf wesentliche Punkte für angemessene, ernsthafte und ehrliche Konsultationen mit repräsentativen Vertretern indigener Völker und lokaler Gemeinschaften hin. Wichtige Grundvoraussetzungen sind demnach hierfür die Anerkennung fundamentaler Rechte und ausreichend Zeit. Daneben spielen Fragen zum Durchführungsort, der grundsätzlichen Zielsetzung und Methoden eine wichtige Rolle.

Die Frage wer an den Konsultationen teilnimmt, hängt davon ab, ob die betroffenen Gemeinschaften ihre jeweiligen Vertreter selbst wählen können und ausreichend Zeit für ihre eigenen Prozesse zur Wahl ihrer Vertreter zur Verfügung stehen. Entsprechende interkulturelle Kompetenz und Kenntnisse der lokalen Strukturen auf Seiten der Projektträger sind in diesem Zusammenhang wichtig, denn nicht immer sind Repräsentanten oder Institutionen, die für die Gemeinschaften sprechen oder diese vertreten auch die in und von den Gemeinschaften traditionell anerkannten und entsprechend kulturell legitimierte Vertreter. Dies ist für Außenstehende nicht immer erkennbar und erfordert ein sensibles Verhalten, um Konflikte und Misstrauen zu vermeiden.¹¹⁷

Grundsätzlich werden positive Erfahrungen gemacht, wenn Konsultationen und FPIC-Prozesse mit den betroffenen Gemeinschaften gemeinsam geplant werden. In manchen Fällen haben indigene Gemeinschaften oder Organisationen bereits Protokolle für das Vorgehen und die Durchführung solcher Prozesse erarbeitet.¹¹⁸ Wo dies nicht der Fall ist, sollten die Gemeinschaften darin befähigt und gestärkt werden, ihre eigene Vorgehensweise und Regeln zu entwickeln. Konsultationen- und FPIC-Prozesse sollten in einem ersten Schritt grundsätzlich der Frage nachgehen, ob die Gemeinschaften bereit sind an einem Konsultationsprozess teilzunehmen, der partizipativ entwickelt wird und ihre selbstbestimmte, informierte und freie Entscheidung bzgl. einer Maßnahme oder eines Vorhabens zum Ziel hat.

Umfang, Inhalt und Art der Informationen, die den Gemeinschaften gegeben werden

Informationen zu Waldklimaschutzvorhaben und insbesondere zu REDD+ als Mechanismus sind komplex und nicht leicht zu vermitteln. Daher ist es wichtig, aufbauend auf dem vorhandenen Wissen der von einem Projekt potentiell betroffenen Gemeinschaften - das zunächst identifiziert werden muss -, umfassende Informationen zu allen Projektetappen und -elementen mittels einer verständlichen Sprache und kulturell angemessenen Medien und Methoden mit ausreichend Zeit zur Reflektion und Entscheidungsfindung zur Verfügung zu stellen. Oft ist die für Konsultationen zur Verfügung stehende Zeit allerdings nicht ausreichend,

>>>>

¹¹⁵ Siehe Fallstudie zu Honduras.

¹¹⁶ Erfahrungen aus dem Projekt von OroVerde in Guatemala. Persönliche Kommunikation mit Dr. Elke Mannigel, Internationale Projektkoordination, OroVerde.

¹¹⁷ In den Fallbeispielen zu den Projekten auf den Philippinen und in Ecuador, werden Spannungen und unterschiedliche Perspektiven zur Repräsentativität indigener Gemeinschaften thematisiert.

¹¹⁸ Siehe das Fallbeispiel aus Honduras sowie die Ausführungen zu bio-kulturellen Gemeinschafts-Protokollen in Kapitel 5.

um alle betroffenen Gemeinschaften in kulturell sensibler Weise so zu informieren, dass sie die Sachverhalte, Bedeutungen und Implikationen von Maßnahmen ausreichend verstehen. Untersuchungen und Befragungen in einigen Projekten ergaben, dass Gemeinschaften und ihre Mitglieder trotz stattgefundener Konsultationen keine ausreichende Kenntnis der Projekte hatten und ihnen Umfang (zeitlich, finanziell, geographisch), Ziele und Elemente der Projekte nicht völlig verständlich waren.¹¹⁹

Informationen in Konsultationen sollen dabei objektiv und ausgewogen dargestellt werden und es muss von der vordergründigen Darstellung verlockender, finanzieller oder gar bestehender Anreize oder Vorteile abgesehen werden, um eine vorurteilsfreie Entscheidungsfindung zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist die Frage relevant, zu welchem Zeitpunkt im Projektverlauf welche Informationen zur Verfügung gestellt werden. Sollen alle Informationen aus Gründen der Transparenz zu Beginn komplett übermittelt werden, einschließlich Informationen über mögliche finanzielle Vorteile, die sich allerdings im Falle eines REDD-Offset-Projekts oder auch eines PES-Projekts eher langfristig einstellen? Oder werden damit falsche Vorstellungen erzeugt und Hoffnungen geweckt, die die Gemeinschaften in ihrer Entscheidungsfindung beeinflussen und auch zu Konflikten innerhalb und zwischen Gemeinschaften führen können? In einigen Projekten wurden die Gemeinschaften von Anfang an über konkrete Vorteile und Leistungen informiert, auch mit dem Ziel, ihnen zur Verbesserung ihrer Lebenssituation eine Beteiligung am Projekt anzubieten.¹²⁰

Wenn mögliche finanzielle und andere materielle Vorteile eines Projekts gleich zu Beginn dargelegt werden, so ist davon auszugehen, dass ein Projekt bereits bis zum angestrebten Ergebnis durchgeplant ist und Konsultationen dann durchgeführt werden, um die betroffenen Gemeinschaften über die Maßnahmen zu informieren und ihnen zu erklären, welche Optionen der Teilnahme ihnen zur Verfügung stehen. Bestenfalls werden sie dahingehend konsultiert wie die bereits geplanten Maßnahmen gemeinsam umgesetzt werden können. Solche Befragungen können nicht als umfassende, angemessene und vorherige Konsultationen bewertet werden, da sie in erster Linie deswegen durchgeführt werden, um die Zustimmung zu bereits beschlossenen Maßnahmen einzuholen und manchmal um diese zu legitimieren. Es muss davon ausgegangen werden, dass praktisch alle betrachteten Projekte mit Konsultationsprozessen erst dann begonnen haben, nachdem die einzelnen Maßnahmen bereits geplant waren, da es keine Projektbeschreibungen gibt, aus denen hervorgeht, dass ein Projekt von der Idee eines Projektes an gemeinsam mit den betroffenen Gemeinschaften konzipiert wurde. Ein Grund hierfür sind sicher auch die entsprechenden Defizite in den Förderinstrumenten, in denen vorherige Konsultationsprozesse nicht Bestandteil der finanziellen Förderung von Projekten sind.

Gewährleistung von Rechten auf Land, Territorien und Ressourcen und deren Nutzung

Damit Projektträger und Projekte die Rechte indigener Völker auf Land, Territorien und Ressourcen gewährleisten bzw. zu deren Förderung beitragen können, ist es notwendig, dass sie diese Rechte zunächst einmal anerkennen. Dies schließt entsprechende Gewohnheitsrechte

¹¹⁹ Hier sind folgende Projekte zu nennen: Mai Ndombe in DRK, SocioBosque in Ecuador und Takamanda in Kamerun.

¹²⁰ Dies betrifft u. a. das TNC Projekt in Bolivien, das Mai Ndombe Projekt in DRK, das Socio Bosque Projekt in Ecuador, das YUS Projekt in Papua Neuguinea und das ForClimPanay Projekt auf den Philippinen (siehe Projektliste und entsprechende Fallstudien).

ein, auch wenn diese in der nationalen Gesetzgebung nicht anerkannt sind sowie Rechte, diese Länder, Territorien und Ressourcen kollektiv zu nutzen, zu verwalten und zu kontrollieren. In den meisten Projekten wird explizit anerkannt, dass die Respektierung der Land- und Nutzungsrechte der lokalen Waldbewohner entscheidend ist für den nachhaltigen Schutz des Waldes und damit für die Erreichung des oder eines der Projektziele. Die Respektierung dieser Rechte und ihre Absicherung bedeutet dann, dass ein Prozess der Konsultation und Einholung der Zustimmung bzgl. der bestehenden, angestammten, angestrebten und eventuell zu klärenden Land- und Nutzungsrechte der betroffenen Gemeinschaften sowie bzgl. der vom Projekt betroffenen Ländereien, Territorien und Ressourcen und möglicher Veränderungen in der traditionellen bzw. gewohnheitsmäßigen Nutzung und Verwaltung derselben durchzuführen ist. Ob und wie diese Prozesse in der Projektpraxis umgesetzt werden, hängt einerseits von der nationalen Gesetzgebung in Bezug auf Rechte an und Nutzung von Land, Wald und Ressourcen ab. Andererseits wird dies auch von den Schwerpunkten der Projekte beeinflusst.

Zunächst einmal müssen natürlich alle Projekte im Rahmen der nationalen Gesetzgebung des Partnerlandes agieren und diese respektieren. Hier lässt sich feststellen, dass sich die rechtliche Ausgangslage in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich darstellt. Allgemein gesehen, verfügen indigene Völker und Gemeinschaften in vielen Ländern Lateinamerikas über Landtitel und Eigentumsrechte, wenngleich dies auch nicht immer bedeutet, dass diese Rechte auch respektiert werden. In den Ländern Afrikas und Asiens hingegen ist der Wald meist im Besitz des Staates und die indigenen und lokalen Gemeinschaften besitzen bestenfalls Nutzungsrechte. Ausgehend von der rechtlichen Rahmensituation wird insbesondere in der bilateralen EZ ein Schwerpunkt auf gute Regierungsführung und die Unterstützung von dezentralen Verwaltungsstrukturen im Waldsektor gelegt. In den meisten betrachteten Projekten der EZ in Asien sind daher auch die Förderung von Land- und Forstnutzungsplänen und die Schaffung langfristiger Nutzungsrechte für indigene und lokale Gemeinschaften ein zentraler Bestandteil.¹²¹ Solche Ansätze sind förderlich, um im Rahmen von Waldschutzvorhaben und REDD+-Pilotprojekten, die rechtliche Situation indigener und lokaler Gemeinschaften positiv zu beeinflussen, zu stärken oder gar zu verbessern.

Ansätze zur Schaffung von Grundbedingungen, die positive Veränderungen im Hinblick auf Land- und Nutzungsrechte indigener und lokaler Gemeinschaften bewirken können, gibt es auch im Mai Ndombe Projekt der Forest Carbon Group in DR Kongo und dem Harapan-Projekt in Indonesien. In beiden Ländern ist der Wald im Besitz des Staates, der Lizenzen zur Nutzung der Wälder meist an Holzfirmen oder Ölpalmpflanzanlagen-Unternehmen vergibt. In beiden Fällen haben die Projektträger in Verhandlungen mit den Regierungen neue Arten von Waldnutzungslizenzen geschaffen: Im Harapan-Projekt ist dies eine ‚Lizenz zur Ökosystemwiederherstellung‘ und im Mai Ndombe Projekt eine Waldschutz-Konzession, die es erlauben, den Wald zu nutzen ohne ihn abzuholzen. Die bestehenden Gewohnheits- und Nutzungsrechte der lokalen Bevölkerung bleiben im Beispiel aus DR Kongo bei solchen Konzessionen weiter bestehen und die Konzessionsbetreiber sind verpflichtet diese Rechte zu respektieren und entsprechende Vereinbarungen bzgl. der Landnutzung mit den lokalen Führungsinstitutionen zu treffen.¹²²

>>>>

¹²¹ Siehe u. a. die Projekte der EZ in Laos, den Philippinen und Vietnam.

¹²² http://eraecosystems.com/carbon_projects/community_conservation/ Zugriff im Mai 2013 www.forestcarbongroup.de/?id=47
www.csrwire.com/press_releases/36359-Wildlife-Works-Acquires-JV-Partner-s-Interest-in-Mai-Ndombe-Congo-Basin-s-First-and-Largest-REDD-Project

Aufbauend auf solchen Grundvoraussetzungen kann mit einem menschenrechtlichen Fokus auf eine langfristige Sicherung von Nutzungsrechten der lokalen Waldbewohner hingearbeitet werden.¹²³

Es lässt sich beobachten, dass in Projekten, in denen die Berücksichtigung und Förderung der Rechte der lokalen Waldbewohner einen erklärten Bestandteil bzw. ein angestrebtes Projektergebnis darstellen, Fragen der Land- und Nutzungsrechte deutlich mehr Beachtung finden, als in Projekten, in denen die existierende rechtliche Situation nur ein Faktor im Rahmen der Grundvoraussetzungen für das Projekt ist. Dies beeinflusst dann die Zusammenarbeit mit der lokalen Waldbewölkerung und somit auch die Nachhaltigkeit des Projekts, denn auf der Basis gesicherter Eigentums- und/oder Nutzungsrechte werden nicht nur das Interesse sondern auch die Möglichkeiten der lokalen Waldbewohner für einen effektiven und langfristigen Schutz des Waldes erhöht. Ein solcher Ansatz scheint Projekten zugrunde zu liegen, in denen die Überschreibung von Land oder das Erteilen oder Übertragen von Eigentums- oder Nutzungsrechten Bestandteil ist.¹²⁴ In diesem Zusammenhang muss allerdings unterschieden werden, ob es sich möglicherweise um eine zeitlich begrenzte Erteilung von Rechten handelt, die vertraglich im Rahmen von ‚Zahlungen für Umweltleistungen‘ verankert werden oder ob es sich um ein Projekt mit einem umfassenderen Menschenrechtsansatz handelt, bei dem die Sicherung und Förderung von Rechten und die Befähigung der Rechtsinhaber zur Ausübung ihrer Rechte ein wesentliches Ziel ausmachen und auch über das Projekt hinaus wirken.

Wenngleich auch kein vermeintlicher neuer Ansatz im Bereich Waldklimaschutz oder REDD+ alle Landrechtsfragen klären kann, ist es doch entscheidend, dass REDD+ und ähnliche Waldklimaschutzprojekte eventuell bestehende Konflikte nicht weiter verschärfen oder aus mangelnder Kenntnis von und Sensibilität gegenüber Landrechtsfragen neue Konflikte schaffen. Hierzu ist eine umfassende Analyse der bestehenden Land- und Nutzungsrechte und eventueller Ansprüche im Vorfeld des Projekts notwendig. Hierbei müssen auch die kollektiven Rechte und Gewohnheitsrechte indigener und lokaler Gemeinschaften respektiert werden.¹²⁵ Mit einem Ansatz und entsprechenden Maßnahmen kann schrittweise auf die Lösung von Konflikten und Klärung von Rechtsfragen hingearbeitet werden. Zu solchen Maßnahmen gehören beispielsweise das partizipative Kartieren und Demarkierung von Waldgebieten und Erfassung der Ressourcen, wie dies beispielsweise bei Projekten des WWF im Kongo gemacht wird.¹²⁶

Erhalt und Förderung von Biodiversität, traditionellen Lebensweisen und nachhaltiger Entwicklung

Informationen zur Erhaltung und Förderung der biologischen Vielfalt des Waldes und den traditionellen Lebensweisen der betroffenen Waldbewohner sind sehr gemischt. Bei Projekten von Naturschutzorganisationen, bei denen der Waldschutz im Vordergrund steht, wie dem NABU,

¹²³ Im Fall von Indonesien sind mit einem Gerichtsbeschluss, durch den im Juni 2013 die Rechte von Gemeinschaften an ihren gewohnheitsrechtlichen Wäldern (customary forests) anerkannt wurden, weitere wichtige Grundbedingungen geschaffen worden.

¹²⁴ Beispiele hierfür sind u. a. Projekte der bilateralen EZ in Madagaskar und Peru, das Projekt des NABU in Äthiopien, das OroVerde Projekt in Guatemala und das KfW/WWF Projekt in der Bikin-Region (siehe elektronische Projektliste für die Kurzbeschreibungen der Projekte).

¹²⁵ Einige Projekte sind in dieser Hinsicht, insbesondere in der Anfangsphase, offenbar nicht sensibel genug vorgegangen und haben zu Konflikten unter den Gemeinschaften geführt bzw. diese verstärkt: beispielsweise das Harapan-Projekt in Indonesien oder das SocioBosque Projekt in Ecuador.

¹²⁶ Die Maßnahmen haben einen Schwerpunkt auf der partizipativen Landnutzungskartierung, die mit Gemeinden in ihren gewohnheitsrechtlichen Gebieten durchgeführt werden. Gemäß der Informationen des WWF dienen sie der Anerkennung und der Achtung der Visionen und Prioritäten der Gemeinschaft in Bezug auf die Verwaltung und Nutzung des Landes und der natürlichen Ressourcen und stärken die Fähigkeiten der Gemeinden sich informiert an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. WWF Factsheet 2013: Strengthening Land Tenure through Participatory Land-use Mapping in the Democratic Republic of Congo. http://awsassets.panda.org/downloads/fin_ip_lac_tumba.pdf

WWF, OroVerde oder auch der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt (ZGF) sowie bei Projekten, die unter dem Förderbereich „Biodiversität“ der IKI gefördert werden, wird grundsätzlich detailliert auf die ökologischen Aspekte der Projekte, ihre Zielsetzungen und die erzielten Fortschritte beim Erhalt der biologischen Vielfalt eingegangen.¹²⁷ In diesem Zusammenhang werden das traditionelle Wissen und die Lebensweisen der lokalen Waldbewohner insbesondere im Rahmen von Schutzgebietsprojekten und der Verwaltung von Schutzgebieten erwähnt.

Die traditionellen Wald- und Landnutzungspraktiken indigener Völker und lokaler Gemeinschaften werden allerdings in manchen Fällen auch als nicht-nachhaltig und klimaschädlich gewertet.¹²⁸ Einerseits mag es aufgrund veränderter klimatischer und/oder demographischer Bedingungen notwendig sein, zum Erhalt des Waldes und für den Klimaschutz einige traditionelle Nutzungsweisen den veränderten Bedingungen anzupassen. Andererseits bedeuten REDD+ und Waldklimaschutzprojekte immer einen Eingriff in die traditionelle Lebensweise. Es kommt darauf an, ob Veränderungen und Anpassungen mit den betroffenen Gemeinschaften partizipativ und unter Berücksichtigung ihres Rechts auf FPIC entwickelt werden oder ob ihnen eine bereits vorher konzipierte Auswahl an Maßnahmen angeboten wird aus der sie wählen können. Weiterhin ist es entscheidend, dass sie umfassend und verständlich über die Möglichkeiten und die damit verbundenen Implikationen informiert werden. Dies ist aber nicht immer der Fall.¹²⁹ Außerdem ist es in diesem Zusammenhang wichtig, ob auch andere Treiber von Entwaldung entsprechend angegangen werden. Darüber gibt es wiederum keine konkreten Informationen.

In vielen REDD-Pilotprojekten oder Projekten der REDD-Readiness-Phase sowie bei Projekten, die auf die Generierung von Emissionszertifikaten ausgerichtet sind, stehen meist Aspekte der CO₂-Messung, der damit verbundenen Bestandsaufnahme der Waldressourcen und des Monitorings im Vordergrund. Bei dieser Art von Projekten, wird das traditionelle Wissen der lokalen Waldbewohner dann auch in diesem Kontext gewertet und mitunter einbezogen, z. Bsp. beim Mapping von Ressourcen etc. Bei jüngeren Projekten des WWF spielt auch die Frage nach Umfang und Messbarkeit des Beitrags indigener Gemeinschaften und ihres Wissens zum Erhalt des Waldes (und damit auch des Kohlenstoffgehalts) in der Phase der Bestandsaufnahme eine Rolle.¹³⁰

Transparentes und gerechtes Benefitsharing

Ausführungen zu Vereinbarungen über die Verteilung möglicher Gewinne oder gar der Ausarbeitung von Benefitsharing Abkommen mit den betroffenen Gemeinschaften hängen wiederum mit den Projektansätzen und -schwerpunkten zusammen. So gibt es im Rahmen von Projekten der ‚Zahlungen für Umweltleistungen‘ (PES Payment for Environmental Services - Projekten) Informationen zu den Zahlungsvereinbarungen und den zu erbringenden Leistungen, die mitunter recht detailliert sind.¹³¹ Eine Reihe von Projekten geht auf Maßnahmen und Leistungen zur Verbesserung der sozio-ökonomischen Situation und der Versorgung der indigenen und lokalen Gemeinschaften ein. Hier werden Maßnahmen wie Mikrokredit-Programme, die

>>>>

¹²⁷ Siehe Links zu Informationen und Projektbeschreibungen dieser Projekte in der elektronischen Projektliste.

¹²⁸ So wird beispielsweise in den Projekten in Kamerun und auf den Philippinen der Wanderfeldbau unter bestimmten Bedingungen als nicht-nachhaltig gewertet und es finden entsprechende Maßnahmen statt, um ihn durch andere Praktiken zu ersetzen. Siehe auch Kapitel 5.5.

¹²⁹ Im ForClimPanay Projekt sowie dem Mai Ndombe Projekt hatten nicht alle Gemeinschaften bzw. Gemeinschaftsmitglieder ein umfassendes Verständnis der Maßnahmen, die eingeführt wurden und der entsprechenden Veränderungen und Implikationen für ihre Praktiken der Waldnutzung obwohl Konsultationen und Bemühungen stattfanden, um die Gemeinschaften umfassend zu informieren. (Siehe entsprechende Fallstudien).

¹³⁰ Persönliche Kommunikation mit WWF Mitarbeitern beim Gespräch am 3.9.2013 in Berlin

¹³¹ Siehe beispielsweise die Fallstudien zum SocioBosque Projekt und zum ForClimPanay Projekt.

Schaffung von Arbeitsplätzen, alternativen Einkommensquellen und Märkten für Nicht-Holz-Produkte, der Bau von Schulen oder Krankenstationen oder Ausbildungsprogramme genannt.¹³² Ein Programmpunkt einiger Projekte ist die Förderung des Ökotourismus und dem damit verbundenen Aufbau von Kapazitäten und Infrastruktur der langfristige Vorteile für die lokale Bevölkerung bringen soll.

Bei Projekten, die einem PES-Ansatz oder Vertragswaldschutz folgen, sind die Leistungen häufig auf individuelle Empfänger zugeschnitten, d. h. individuelle Haushalte, private Landeigentümer oder Unternehmen. Im Programm SocioBosque in Ecuador können auch indigene Gemeinschaften Empfänger von Leistungen sein. Dies ist eine wichtige Grundvoraussetzung zur Anerkennung ihrer kollektiven Rechte. Bei den Aufforstungsprojekten der KfW in Vietnam werden die teilnehmenden Haushalte mit Leistungen zu Beginn des Projekts unterstützt wie u. a. der Bereitstellung von Setzlingen sowie mit sogenannten grünen Sparbüchern, auf denen ein Gehalt für die ersten drei Jahre angelegt wird. Hiervon erhalten die Empfänger jährliche Zahlungen, die an die Erbringung von Leistungen zur Aufforstung und zum Schutz und Erhalt der Bäume und des Waldes gekoppelt sind. Das Projekt hat auch eine Komponente zur Förderung des gemeinschaftlichen Waldschutzes. Leider liegen hier noch keine ausreichenden Informationen vor, um einen Vergleich mit den Vorteilen und Erfahrungen individueller Empfänger zu ermöglichen.¹³³

Im Rahmen der REDD-Projekte der EZ gibt es noch keine ergebnisbasierten Kompensationszahlungen und damit verbundene Erfahrungen zum Vorteilsausgleich. Auch beim REDD-Early-Mover Programm, wo ein gerechter Vorteilsausgleich über Konsultationsprozesse mit den Partnerregierungen gewährleistet werden soll, liegen diesbezüglich noch keine Erfahrungen vor.¹³⁴ Beispiel-Projekte aus dem Privatsektor beinhalten eine Beteiligung der betroffenen Gemeinschaften an den Einnahmen aus den CO₂-Emissionsminderungszertifikaten und/oder an gezielten Maßnahmen zur Unterstützung zur Vermarktung von Waldprodukten. In manchen Fällen werden lokale Fonds eingerichtet, die von Gremien verwaltet werden, die von den Gemeinschaftsmitgliedern bzw. Dorfbewohnern gewählt oder ernannt wurden, und die dann über die Investitionen entscheiden.¹³⁵

Aufbauend auf einer Untersuchung zu Erfahrungen mit Benefitsharing-Systemen im Forstsektor und mit finanzieller Förderung durch die IKI, unterstützt die IUCN (International Union for the Conservation of Nature) zurzeit partizipative Prozesse zur Klärung der Bedingungen für gerechte und effiziente Benefitsharing-Mechanismen im REDD+ Bereich. Hierbei wird ein spezielles Augenmerk auf die Integration von Prinzipien gelegt, die zur Armutsminderung in den betroffenen Bevölkerungsgruppen beitragen. Es wird anerkannt, dass erfolgreiche Mechanismen zur Verteilung von Vorteilen eng verknüpft sind mit der Klärung von Land- und Kohlenstoffrechten. In der genannten Untersuchung von IUCN wurden folgende Erfahrungen für den REDD+ Bereich zusammengestellt.¹³⁶

¹³² Derartige Leistungen sind Bestandteil beispielsweise des Mai Ndombe REDD-Projekts, des OroVerde Projekts, des NABU-Projekts in Äthiopien.

¹³³ Design of a REDD Compliant Benefit Distribution System for Viet Nam, UN-REDD PROGRAMME, January, 2010. S. 47f. Erste Evaluierungen der Community-Forestry Komponente der KfW Projekte finden im Januar 2014 statt. Information von KfW Mitarbeitern im Telefongespräch vom 4.12.2013.

¹³⁴ Antwort Kleine Anfrage S.22 und S.6

¹³⁵ Siehe das Mai Ndombe Projekt der Forest Carbon Group: www.forestcarbongroup.de/?id=47. Auch im Bikin-Tiger Projekt des WWF verwalten und entscheiden die Dorfgremien über die Verwendung der Gelder aus dem Erlös der NTFP sowie dem zu erwartenden Verkauf von Emissionszertifikaten (siehe Infos unter den Links in der elektronischen Projektliste).

Table A: Lessons for benefit sharing under REDD-plus from review of experiences

Benefit sharing area reviewed	Lessons for benefit sharing under REDD-plus
Forest conservation and management types:	
Integrated Conservation and Development Projects (ICDPs)	<ul style="list-style-type: none"> - Key stakeholders for benefit sharing need to be more carefully identified - Links between incentives, benefits and actions is often too loose - Criteria for benefit sharing could include cost, compliance, need and residency - Embezzlement and elite capture are often major problems - ICDPs take on too many things – lesson for REDD-plus?
Payment for forest Environmental Services (PES)	<ul style="list-style-type: none"> - Links between incentives, benefits and actions stronger than for ICDPs - PES is usually not targeting the poor, one reason is high transaction costs - Flexible tenure arrangements and up-front payments may improve benefit sharing
CDM & voluntary carbon markets	<ul style="list-style-type: none"> - Sustainable development concerns under CDM are left to countries - Standards in voluntary markets for social issues may be useful - Front-loaded payment schedule is important for poor participants - Taxation of carbon credits can be redistributed for benefit sharing purposes
Community Forest Management (CFM)	<ul style="list-style-type: none"> - Vertical benefit sharing is often specified in regulations, horizontal benefit sharing is often decided locally - Government procedures for CFM are often cumbersome and benefits are low - Clear and stable government rules on benefit sharing are important for incentives - The inclusion of marginal groups makes benefit sharing more fair and transparent
Production forestry	<ul style="list-style-type: none"> - Sensitization and training is needed before receiving monetary benefits - Transparency and accountability problems at different levels
Other areas and sectors:	
Extractive industries	<ul style="list-style-type: none"> - Appropriate benefit sharing can induce cooperation also in difficult situations - Dedicated benefit sharing systems are needed if existing systems are dysfunctional
Infrastructure project safeguards	<ul style="list-style-type: none"> - Available guidelines may be useful for benefit sharing under REDD-plus - Monetary compensation systems may create local problems

Tabelle aus IUCN (2009): REDD-plus and Benefitsharing. Experiences in forest conservation and other resource management sectors. S. 5

Wie dieser Übersicht zu entnehmen ist, sind die Vorteile für ärmere und marginalisierte Bevölkerungsgruppen in Projekten, denen ein PES-Ansatz zugrunde liegt oder die auf ein Offset von Emissionen abzielen gering. Dies bestätigt Beobachtungen aus Projekten im Bereich PES (Ecuador) oder anderen Formen eines vertraglich geregelten Waldschutz (Vietnam), die aufzeigen, dass indigene Haushalte oder Gemeinschaften bei Zahlungen pro Hektar geschütztem Land bzw. Wald oder der Vergabe von Waldflächen gegenüber wirtschaftlich und/oder rechtlich besser gestellten Bevölkerungsgruppen oder Landeigentümern mit individuellen Nutzungsrechten meist im Nachteil sind.¹³⁷

>>>>

¹³⁶ www.iucn.org/about/work/programmes/forest/fp_our_work/fp_our_work_thematic/redd/iucns_approach_to_redd_plus/_redd_bring_benefit_sharing_forest_dependent_communities/

IUCN (2009): REDD-plus and Benefitsharing. Experiences in forest conservation and other resource management sectors. S. 5
http://cmsdata.iucn.org/downloads/benefit_sharing_english.pdf

¹³⁷ Siehe Accra Caucus Report (2010): Realising rights, protecting forests: An Alternative Vision for Reducing Deforestation. Case studies from the Accra Caucus June 2010. S.15 www.rainforestfoundationuk.org/files/Accra_Report_English.pdf und www.biodiversidadla.org/Principal/Secciones/Documentos/Sobre_RED-D_y_el_programa_sociobosque für Ecuador und UN-REDD: Lessons Learned Viet Nam UN-REDD Programme, Phase 1, June 2012 www.theredddesk.org/sites/default/files/resources/pdf/2012/lessons_learned_un_redd_vn_phase_1_final_1604.pdf S.18 für Vietnam sowie die entsprechenden Fallstudien.

3.2.6.



Gebiet der Hmong, Nord-Vietnam,
Foto © Christian Erni, IWGIA

Vor dem Hintergrund der Ausführungen zu den menschenrechtlichen Standards und Ansätzen in Kapitel 1 und 2 und der Betrachtung von Waldklimaschutzprojekten in Kapitel 3 werden folgende Empfehlungen, zur Förderung der Umsetzung eines menschenrechtsbasierten, nachhaltigen und effektiven Waldklimaschutz formuliert:

- > Zur Überwindung der Diskrepanz zwischen Projektpraxis und Berichterstattung im Hinblick auf die Beteiligung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften und die Berücksichtigung ihrer Rechte muss die Berichterstattung, insbesondere zu den Projekten der bilateralen Zusammenarbeit, transparenter und differenzierter werden. Wenn der Einbindung der lokalen Waldbevölkerung und der Berücksichtigung ihrer Rechte in der Projektpraxis tatsächlich die Bedeutung beigemessen wird, die in Gesprächen zu den Projekten kommuniziert wird, dann sollte sich dies auch in der offiziellen und öffentlich zugänglichen Berichterstattung widerspiegeln. Diese sollte umfassendere Informationen, einschließlich zu möglichen aufgetretenen Schwierigkeiten und Problemen, beinhalten, die einerseits zur Multiplikation positiver Erfahrungen und andererseits zur Vermeidung von Risiken oder Konflikten beitragen können. Entsprechende Kapazitäten und Ressourcen für eine angemessene und sensible Öffentlichkeitsarbeit auf Seiten der Projektträger sollten vorhanden sein bzw. geschaffen werden. Diese Transparenz erfordert, im Sinne von FPIC, dann auch die gleichgestellte, selbstbestimmte und als solche identifizierbare Mitwirkung indigener bzw. lokaler Vertreter an dieser Berichterstattung.
- > Eine systematischere Ausrichtung sämtlicher Vorhaben am Menschenrechtsansatz und insbesondere dem BMZ Menschenrechtskonzept würde Risiken in Bezug auf die Berücksichtigung, den Schutz und die Gewährleistung von Menschenrechten verstärkt vorbeugen. Wenn Menschenrechten eine Priorität eingeräumt und deren Beachtung verbindlich eingefordert wird, hat dies Vorteile für die gesamte Projektdurchführung und trägt zur Zielerreichung von nachhaltigen Waldklimaschutzprojekten bei.
- > Zur Förderung einer deutlicheren Ausrichtung von Waldklimaschutzvorhaben am BMZ Menschenrechtskonzept sowie dessen Umsetzung im Rahmen der Vorhaben sollten systematisierte Handlungsleitlinien erarbeitet und deren Umsetzung verbindlich abgefragt sowie von unabhängigen Parteien evaluiert werden. Hierbei ist auf Synergien mit bereits bestehenden Handreichungen zu achten, um die Umsetzung nicht unnötig zu komplizieren und zu bürokratisieren sondern sie zielführend und praktikabel zu erleichtern. Hierzu bedarf es mitunter auch einer vermehrten Koordination unter den mit Waldklimaschutzvorhaben beschäftigten Referaten, Sektor- und Ländervorhaben der GIZ und der KfW sowie zwischen den relevanten Referaten des BMZ und BMU. Nichtregierungsorganisationen sollten mit ihren Erfahrungen und Expertisen in diese Prozesse einbezogen werden.
- > Ein menschenrechtsbasierter Ansatz in der Zusammenarbeit erkennt die lokalen Waldbewohner als Rechtsinhaber an. Ein solcher Ansatz sieht die Waldbewohner nicht als Schwierigkeit oder Hindernis für eine nachhaltige Entwicklung sondern als gleichberechtigte Partner, die mit ihrem traditionellen Wissen vom Wald eine maßgebliche Rolle für die Erreichung globaler Waldklimaschutzziele spielen. Daher müssen sie in wirksamer und selbstbestimmter Weise in Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

>>>>

- > Für eine angemessene und umfassende Beteiligung indigener und lokaler Gemeinschaften bedarf es ausreichend Zeit und der notwendigen Kapazitäten und Ressourcen zur Durchführung von „Multi-Stakeholder“- , Konsultations-, FPIC und Entscheidungsfindungs-Prozessen. Diese sollten sich nicht nur an anerkannten und erprobten nationalen und internationalen Standards und Leitlinien orientieren, sondern insbesondere auch an den Dynamiken, Vorstellungen und Prioritäten der betroffenen Gemeinschaften in Bezug auf solche Prozesse und Vorgehensweisen.
- > In den Vorgaben und Verfahrensanweisungen zur Beurteilung von Projektanträgen, der Vorprüfung von Vorhaben sowie Orientierungsphasen zu Projektbeginn und der weiteren Konzeption, Planung und Durchführung von Projekten sind die vorgenannten Aspekte und Prozesse angemessen zu berücksichtigen. Ausreichend Zeit und Ressourcen sind hierfür einzuräumen bzw. zur Verfügung zu stellen, einschließlich zur Identifizierung von Interessensgruppen und deren selbstgewählter Vertreter, für den eventuell notwendigen Kapazitätsaufbau und die Lösung von möglichen Konflikten.
- > Umfassende und wirksame Konsultationen der Betroffenen sind nur möglich, wenn diese auch an Orten in erreichbarer Nähe der betroffenen Gemeinschaften mit ihren selbstgewählten Vertreter stattfinden. Das Ziel von Konsultationen muss die Befähigung der Waldbewohner zur Beteiligung an Entscheidungsprozessen und Projektmaßnahmen als gleichberechtigten Partnern sein. Dementsprechend werden mittels respektvoller und partizipativer Methoden gemeinschaftliche, freiwillige und selbstbestimmte Entscheidungsfindungsprozesse gefördert und deren Ergebnisse voll anerkannt und umgesetzt.
- > Aufbauend auf dem vorhandenen Wissen der von einem Projekt potentiell betroffenen Gemeinschaften, müssen umfassende Informationen zu allen Projektetappen und -elementen mittels einer verständlichen Sprache und kulturell angemessenen Medien mit ausreichend Zeit zur Reflektion und Entscheidungsfindung zur Verfügung stehen. Die Informationen sollen dabei objektiv dargestellt werden und es muss von der vordergründigen Darstellung verlockender, finanzieller oder gar bestechender Anreize oder Vorteile abgesehen werden, um eine vorurteilsfreie Entscheidungsfindung zu ermöglichen.
- > Die rechtliche Situation indigener Völker in ihrem Land muss vor Projektbeginn gründlich analysiert werden und die umfassende Förderung ihrer Rechte sollte einen entsprechenden Schwerpunkt im Rahmen des Projekts einnehmen. Nur dann kann auch das Recht auf FPIC gewährleistet und ausgeübt und die damit verknüpften langfristigen Projektziele erreicht werden.
- > Im Zusammenhang mit den Möglichkeiten und Risiken von REDD+ als einem Mechanismus für den Waldklimaschutz wird darauf hingewiesen, dass ein solcher Mechanismus nun nicht bereits lange bestehende Konflikte um Landrechte lösen kann. Entscheidend ist jedoch die grundsätzliche Ausrichtung eines solchen Mechanismus. Denn wenngleich kein vermeintlich neuer Ansatz im Waldklimaschutz nun plötzlich alle Landrechtsfragen klären kann, so muss vermieden werden, dass Maßnahmen neue Konflikte schaffen oder bereits bestehende Konflikte verschärfen. Mit einem Ansatz für redd, der den Schutz und die Gewährleistung von Menschenrechten als gleichwertiges Ziel erklärt, das untrennbar mit den Zielen zum Schutz des Waldes und des Klimas verbunden ist, und entsprechenden Maßnahmen, kann schrittweise auf die Lösung von Konflikten und Klärung von Rechtsfragen hingearbeitet werden.

In den vorangegangenen Kapiteln wurden Waldklimaschutzvorhaben, die von deutschen Institutionen gefördert und/oder durchgeführt werden, dahingehend betrachtet, wie indigene Völker und lokale Gemeinschaften in diesen Vorhaben einbezogen und ihre Rechte berücksichtigt werden, mit einem speziellen Blick auf das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC). Geleitet wurden diese Betrachtungen von der Suche nach Erfahrungen im Hinblick auf die Umsetzung des Menschenrechtsansatzes in der Entwicklungszusammenarbeit. Eine erste Einschätzung ergibt, dass diese Erfahrungen noch recht bescheiden sind. Dies bedeutet, dass bei der Konzeption und Durchführung der Projekte selten eine explizite Verknüpfung und systematische Umsetzung des Menschenrechtsansatzes erkennbar ist. Dies mag an der fehlenden Transparenz der Projektbeschreibungen liegen und ohne nähere Informationen können nur Vermutungen angestellt werden. Die betrachteten Projekte nehmen alle Bezug auf die Beteiligung der lokalen Waldbewohner und die Notwendigkeit der Anerkennung und Gewährleistung ihrer Rechte. Konkrete Ausführungen dazu, wie dies im Ansatz und der Praxis der Projekte umgesetzt wird, finden sich jedoch eher selten.

Hier setzt nun die Betrachtung von rechtsbasierten und traditionellen Ansätzen zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern und dem Wald- und Klimaschutz an. Es wird dabei der Frage nachgegangen, welches Potential explizit rechtsbasierte Ansätze, gemeinschaftliche und traditionelle Waldschutz- und Waldnutzungsmodelle für einen umfassenden, holistischen und effektiven Wald- und Klimaschutz haben. Wenngleich das Verständnis und der Respekt für das Wissen und die Erfahrungen indigener Völker und lokaler Gemeinschaften in Bezug auf den Erhalt der biologischen Vielfalt und den Klimaschutz ständig wächst, so scheint es doch wenige Waldklimaschutzvorhaben zu geben, die das Wissen und die Rechte der lokalen Waldbewohner zum fundamentalen Ausgangspunkt machen, von dem aus Projekte mit den Waldbewohnern gemeinsam konzipiert werden. Bei den im Folgenden betrachteten Ansätzen handelt es sich in dieser Hinsicht um Alternativen.

Rechtsbasierter Waldschutz setzt bei den Gewohnheitsrechten der indigenen und lokalen Waldbewohner auf ihre traditionellen Gebiete, Ressourcen und Kulturen an. Ein solcher Ansatz wurzelt in normativer Hinsicht in den internationalen Menschenrechtsstandards und zielt auf der operativen Ebene auf die Förderung und den Schutz der Menschenrechte ab.¹³⁸ Er baut außerdem auf der Anerkennung der zentralen Rolle indigener Völker und lokaler Gemeinschaften für die Verwaltung und den Schutz von Wäldern auf. Ein wesentlicher Bestandteil eines rechtsbasierten Waldschutzes ist die Verpflichtung von Staaten, ihre Politik und Strategien zur Verwaltung von Wäldern derart umzusetzen, dass die Einhaltung von menschenrechtlichen Standards gewährleistet ist. Ein solcher Umsetzungsprozess sollte transparent, partizipativ und nicht diskriminierend sein.¹³⁹

Rechtsbasierten Ansätzen wird das Potential zugeschrieben, Entwicklung, Naturschutz und Menschenrechte so zusammenführen zu können, dass positive Synergien und eine verbesserte Verwaltung natürlicher Ressourcen ermöglicht werden, welche den Erfolg von Wald- und Naturschutzmaßnahmen erhöhen.¹⁴⁰ Sie stellen einen innovativen Denkansatz dar, wie rechtliche und politische Instrumente genutzt werden können, so dass die Verknüpfung von Naturschutz

>>>>

¹³⁸ Rainforest Foundation Norway (2012), S.15

¹³⁹ Ibid. S.16

¹⁴⁰ Greiber, Thomas (Ed.) 2009. Conservation with Justice. A Rights-based Approach. IUCN, Gland, Switzerland. S.5

und Menschenrechten deutlicher anerkannt und gestärkt wird, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Allerdings stehen rechtsbasierte Ansätze auch Herausforderungen gegenüber, die ihre weitere Entwicklung und breite Umsetzung bisher erschwert haben:

- Obwohl alle Staaten als Mitglieder der Vereinten Nationen die menschenrechtliche Verpflichtung haben, international festgelegte Menschenrechtsstandards sowie Umweltstandards einzuhalten, engagieren sich nicht alle Staaten gleichermaßen in der langfristigen und nachhaltigen Umsetzung dieser Standards;
- Nichtregierungsakteure und der Privatsektor sehen sich meist noch weniger in der Pflicht, entsprechende Standards einzuhalten;
- Rechtsbasierte Ansätze stellen relativ neue Konzepte dar und es gibt noch keine einheitliche Definition, was darunter zu verstehen ist. Diese fehlende Klarheit erschwert ein gemeinsames Verständnis und die Erarbeitung von praktischen Leitlinien für eine Umsetzung von rechtsbasierten Ansätzen;
- Trotz bestehender internationaler und nationaler rechtlicher und politischer Instrumente zum Schutz der Menschenrechte der unterschiedlichen Interessengruppen im Bereich des Wald- und Naturschutzes, sind sich einige Interessengruppen, darunter insbesondere indigene Völker und lokale Gemeinschaften, ihrer Rechte und Möglichkeiten, diese einzufordern häufig nicht bewusst.¹⁴¹



Karen Frau im Wanderfeldbaufeld, Thailand,
Foto © Christian Erni, IWGIA

Wie erwähnt, gibt es keine Definition für rechtsbasierte Ansätze, sondern zahlreiche Beispiele mit unterschiedlicher Ausgangsbasis und Schwerpunkten aus Projekten und Erfahrungen verschiedener Träger und Akteure. Hierzu gehören beispielsweise der gemeinschaftliche Waldschutz, bio-kulturelle Protokolle von Gemeinschaften, Co-Management-Modelle für den Naturschutz, traditionelle und gewohnheitsrechtliche Land- und Waldnutzungsmodelle, gemeinschaftsbasierte Ansätze für redd+ u.a.¹⁴²

Trotz fehlender Definitionen lassen sich aber einige zentrale Eigenschaften und Elemente von rechtsbasierten Ansätzen herausstellen:

¹⁴¹ Ibid. S.6f und IUCN Rights Based Approach to Conservation Portal: Implementing a Rights-Based Approach to Conservation in Honduras <https://community.iucn.org/rba1/projects/Pages/Implementing%20a%20Rights-Based%20Approach%20to%20Conservation%20in%20Honduras.aspx>

¹⁴² Das Zentrum für Umweltrecht (Environmental Law Centre-(ELC) von IUCN hat ein Internetportal zur Förderung von rechtsbasierten Ansätzen im Naturschutz entwickelt, auf dem Beispiele und Informationen gesammelt und ausgetauscht werden. Hier finden sich einige Beispiele für rechtsbasierte Ansätze im Bereich Waldschutz und REDD+ : <https://community.iucn.org/rba1/projects/default.aspx> Zugriff am 2.11.2013

Zentrale Elemente rechtsbasierter Ansätze im Waldschutz

Grundprinzip

Die Erhaltung von natürlichen Ressourcen und biologischer Vielfalt und der Schutz der Menschenrechte stehen in einer untrennbaren Wechselbeziehung zueinander: Ohne eine intakte Umwelt und ökologische Lebensgrundlagen können Menschen, insbesondere indigene Völker und lokale Gemeinschaften, deren Überleben unmittelbar von den natürlichen Ressourcen abhängt, ihre fundamentalen Menschenrechte nicht ausüben. Ohne den Schutz und die Gewährleistung der Rechte der indigenen und lokalen Wald- und Landbewohner können Wälder und andere Ökosysteme und ihre biologische Vielfalt nicht effektiv geschützt und nachhaltig genutzt werden. (Greiber (Ed), S.5)

Rechtsbasis

Rechtsbasierte Ansätze fördern die Verpflichtung von Staaten und nicht-staatlichen Akteuren, die in Politik und Projekten für den Natur-, Wald- und Klimaschutz involviert bzw. engagiert sind, die international und national garantierten substantiellen und prozeduralen Rechte aller potentiell betroffenen Personen und Bevölkerungsgruppen zu schützen und zu gewährleisten. (Ibid., S. viii) Die (potentiell) beteiligten Interessengruppen stehen in einem Verhältnis von Pflichtenträgern einerseits und Rechtsinhabern andererseits zueinander. Die lokalen und indigenen Gemeinschaften sind als die primären Rechtsinhaber zu sehen während die Regierungen sowie Nicht-Regierungsakteure die Pflichtenträger darstellen. Jedoch sind diese Rollen nicht starr und werden in ihrer Beziehung zueinander, d. h. entsprechend ihrer jeweiligen Pflichten und Rechte gegenüber der anderen Gruppe definiert. So sind dörfliche Führungsinstanzen Pflichtenträger gegenüber den Dorfbewohnern, aber auch Rechtsträger gegenüber der nationalen Regierung. Lokale und zentrale Regierungsinstanzen wiederum sind Pflichtenträger gegenüber ihren Wählern, aber auch Rechtsträger im Hinblick auf eine globale Klimagerechtigkeit. (IUCN Rights Based Approach to Conservation Portal: REDD and Rights in Tanzania)

Gewohnheitsrechte, Land- und Nutzungsrechte

Die Anerkennung, Identifizierung, Definition und gegebenenfalls Klärung von Eigentums- und Nutzungsrechten an Land, Wald und Ressourcen, insbesondere der gewohnheitsrechtlichen und kollektiven Rechte indigener und lokaler Gemeinschaften, bilden die fundamentale Ausgangsbasis für einen rechtsbasierten Ansatz im Waldschutz. Auf der Basis langfristig gesicherter Eigentums- und/oder Nutzungsrechte werden die lokalen Waldbewohner im Rahmen eines partizipativen Ansatzes entscheidend in die Verwaltung der Waldressourcen eingebunden, um so eine nachhaltige Waldnutzung und den Erhalt des Waldes zu gewährleisten. Dadurch werden die Waldbewohner außerdem in ihrer Position gegenüber anderen Interessengruppen gestärkt und in die Lage versetzt, selbstbestimmt und selbstbewusst ihre Rechte einzufordern und ihre natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. (Greiber (Ed), S.67ff; Rainforest Foundation Norway, S. 22f)

Traditionelle Verwaltung von Ressourcen und indigenes Wissen

Ein rechtsbasierter Ansatz im Waldschutz erkennt die Wechselbeziehung zwischen biologischer und kultureller Vielfalt und damit die fundamentale Bedeutung des Wissens und der traditionellen Nutzungspraktiken indigener und lokaler Gemeinschaften für den Erhalt der biologischen Vielfalt von Wäldern an. Sie nutzt diese als Basis für die gemeinsame Entwicklung von Schutz- und nachhaltigen Nutzungspraktiken. Dies beinhaltet, dass die Gemeinschaften eine entscheidende Rolle bei der Verwaltung und Kontrolle der Ressourcen spielen und gegebenenfalls in dieser Rolle gestärkt und/oder befähigt werden.

Partizipation, Konsultation und demokratische Entwicklung

„Ein zentrales Element in rechtsbasierten Ansätzen ist die wirksame Beteiligung der lokalen Waldnutzer an der langfristigen Verwaltung der Waldressourcen. Dies ist untrennbar verbunden mit einer demokratischen Entwicklung im Allgemeinen und dem Recht auf Information und Konsultation im Besonderen.“ (Rainforest Foundation Norway, S.26) Dies beinhaltet das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung. Rechtsbasierter Waldschutz dient als Instrument zur Stärkung der Waldbewohner, das es ihnen ermöglicht externe Entscheidungen, die sie betreffen, zu beeinflussen und die Kontrolle über ihre eigene Entwicklung zu übernehmen. (Ibid. S.27)

Konfliktlösung

Ein weiteres wesentliches Element ist das Aufbauen von Vertrauen und das Abbauen bzw. Überwinden von Machtgefällen, diskriminierenden Haltungen oder kompetierenden Ansprüchen. Hierzu müssen die Rechte und Interessen aller berücksichtigt werden und Mechanismen und entsprechende Ressourcen zur Lösung eventueller Konflikte zur Verfügung stehen bzw. erarbeitet werden.



Zur Umsetzung von rechtsbasierten Ansätzen im Waldschutzbereich hat das Zentrum für Umweltrecht der IUCN in 2009 eine Anleitung für eine schrittweise Vorgehensweise herausgebracht. Diese umfasst die folgenden Schritte und Unterschritte, die für den Waldschutz jeweils konkretisiert werden:

Schrittweise Umsetzung eines rechtsbasierten Ansatzes

1. Durchführung einer Situationsanalyse

- Aktion 1.1: Identifizierung von den Wald und seine Nutzung betreffenden laufenden Aktionen/Vorhaben, Interessengruppen und ihren Rollen
- Aktion 1.2: Identifizierung geltender Rechte, Ansprüche und Pflichten
- Aktion 1.3: Identifizierung der möglichen Auswirkungen des geplanten Projekts
- Aktion 1.4: Identifizierung potenzieller Konfliktlösungsmechanismen

2. Bereitstellung von Informationen

- Aktion 2.1: Zusammenstellen, Veröffentlichen und Verbreiten von Informationen in einer verständlichen und leicht zugänglichen Weise
- Aktion 2.2: Verbreitung spezifischer Informationen im Hinblick auf Landrechte, Ansprüche und Pflichten potentiell betroffener Personen und Gruppen

3. Gewährleistung von Teilnahme

- Aktion 3.1: Durchführung von Konsultationen
- Aktion 3.2: Einholung und Förderung der freien, vorherigen und informierten Zustimmung
- Aktion 3.3: Bereitstellung und Nutzung von Konfliktlösungsmechanismen zur Sicherung von Rechten

4. Treffen von informierten und überdachten Entscheidungen

5. Überwachung und Auswertung der Anwendung eines rechtsbasierten Ansatzes

Quelle: Greiber (Ed),2009, S.74ff

Im Folgenden werden nun sechs rechtsbasierte Ansätze vorgestellt und zum Teil durch kurze Beispiele aus der Projektpraxis veranschaulicht. Dabei handelt es sich nicht um sechs unterschiedliche und voneinander trennbare Ansätze. Vielmehr stellen diese Ansätze Beispiele für unterschiedliche Ursprungsformen, Schwerpunkte und Umsetzungsmöglichkeiten von rechtsbasierten Ansätzen dar auf der Basis der gemeinsamen Charakteristika, so wie sie vorher beschrieben wurden. Das Spektrum umfasst dabei Formen der gemeinschaftlichen Waldnutzung oder partizipativer Waldverwaltung, indigene und/oder gemeinschaftsbasierte *redd+* Ansätze, bio-kulturelle Gemeinschaftsprotokolle, von indigenen und lokalen Gemeinschaften verwaltete Schutzgebiete und Wanderfeldbau als einer traditionellen Form der nachhaltigen Land- und Waldnutzung.

Die wesentlichen Eigenschaften der einzelnen Ansätze bzw. Beispiele für einen rechtsbasierten Ansatz werden dann in einer Tabelle zusammengefasst. Diese Zusammenfassung orientiert sich an den Prinzipien, die in Kapitel 3 der Betrachtung von Waldklimaschutzvorhaben zugrunde gelegt wurden. Dies soll einen Vergleich zwischen den Erfahrungen aus den Vorhaben und entsprechenden Ansätze in Kapitel 3 bzw. der Projektliste mit den hier dargestellten rechtsbasierten Ansätzen erleichtern.

Die Bezeichnungen „partizipative Waldbewirtschaftung“ oder „gemeinschaftliche Waldbewirtschaftung“ scheinen häufig synonym verwendet zu werden.¹⁴³ Im Zusammenhang mit rechtsbasierten Ansätzen des Waldschutzes scheint es jedoch sinnvoll zwischen den unterschiedlichen Bezeichnungen und entsprechenden Konzepten und Interpretationen zu differenzieren. Die FAO beschreibt die partizipative Waldwirtschaft wie folgt.

„Participatory forestry refers to processes and mechanisms which enable people with a direct stake in forest resources to be part of decision-making in all aspects of forest management, including policy formulation processes.“¹⁴⁴

Grundsätzlich kann unter einer partizipativen Waldbewirtschaftung eine Waldwirtschaft verstanden werden, an der die Gemeinschaften teilnehmen. Dies bedeutet, dass Gemeinschaften Wälder verwalten können, die ihre eigenen sind oder die dem Staat gehören, der den Gemeinschaften Nutzungsrechte eingeräumt hat. Oder aber die Gemeinschaften verwalten den Wald gewissermaßen treuhänderisch für die Regierung oder für ein Unternehmen, welche die Eigentumsrechte am Wald besitzen. Dies kann im Rahmen von vertraglichen Regelungen erfolgen oder auch in Form einer gemeinsamen Verwaltung durch Regierung und Gemeinschaften (joint management).¹⁴⁵

In Tansania beispielsweise gibt es zwei rechtlich anerkannte Formen von partizipativer Waldverwaltung (Participatory Forest Management PFM): Community Based Forest Management (CBFM) und Joint Forest Management (JFM). Unter CBFM können Gemeinden Waldreservate auf ihrem Gemeindeland ausweisen. Bäume sind in der Regel im Besitz eines Gemeinderats, einer Gruppe oder einer Einzelperson und werden von diesen verwaltet. Die Kosten und Leistungen der Verwaltung und Nutzung werden vom Eigentümer getragen. Die Rolle der zentralen Regierung ist hierbei minimal. CBFM hat gezeigt, dass es wirksam sein kann für die Erhaltung der Wälder, aber seine wirtschaftlichen Vorteile für die Gemeindemitglieder, insbesondere die Ärmsten, war begrenzt. JFM findet sich normalerweise auf ‚Reservats-Land‘, das der zentralen oder lokalen Regierung gehört. Gemeinschaften treten in Kosten-Nutzen-Verteilungs-Abkommen mit der Regierung und anderen Waldbesitzern. JFM Reservate stehen erheblichen Herausforderungen bei der Formalisierung gegenüber, die zu einem großen Teil auf mangelnder Klarheit und unzulänglicher Vorteile für die Gemeinschaft im Vergleich zu ihrem Beitrag zur Verwaltung der Waldes basieren.¹⁴⁶

Die „gemeinschaftliche Waldbewirtschaftung“ oder auch die „gemeinschaftsbasierte Waldbewirtschaftung“ können als Formen der partizipativen Waldbewirtschaftung gesehen werden. Es scheint jedoch angebracht, zwischen a) Modellen der partizipativen Waldbewirtschaftung, bei der die Gemeinschaften zwar beteiligt sind, dies aber nicht notwendigerweise in entscheidenden Funktionen und ihre traditionellen Praktiken und Wissen zwar aufgegriffen, aber durch die Einführung neuer Elemente auch teilweise ersetzt werden; b) Modellen der gemeinschaftlichen

>>>>

¹⁴³ So werden die englischen Bezeichnungen Community Forestry, Community(-based) forest management und Participatory Forest Management scheinbar synonym verwendet, um ähnliche Formen der partizipativen oder gemeinschaftlichen Waldbewirtschaftung zu umschreiben (siehe auch Accra Caucus Report (2010): Realising rights, protecting forests: An Alternative Vision for Reducing Deforestation. Case studies from the Accra Caucus June 2010).

¹⁴⁴ Siehe unter www.fao.org/forestry/participatory/en/ Zugriff am 26.11.2013

¹⁴⁵ IWGIA, AIPP 2011: Understanding Community-Based REDD, S.164f

¹⁴⁶ Ein von Norwegen unterstütztes Projekt, das von der Tanzania Forest Conservation Group (TFCG), MJUMITA (einem nationalen Netzwerk von Gemeindegruppen, die im partizipativen Waldmanagement involviert sind) sowie weiteren Partnern getragen wird, arbeitet seit 2009 an der Verbesserung des PFM durch Aktivitäten auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene, mit dem Ziel, Respekt und Schutz der Rechte der beteiligten Gemeinden und Einzelpersonen zu gewährleisten. Damit soll der Weg geebnet werden für eine auf PFM aufbauende Umsetzung von REDD+ in Tanzania, das zur weiteren Stärkung der Rechte, insbesondere der ärmsten Gruppen, beiträgt. Siehe IUCN Rights Based Approach to Conservation Portal: REDD and Rights in Tanzania. Eines im Rahmen dieser Studie der betrachteten Projekte bei dem partizipatives Waldmanagement eine zentrale Rolle spielt, ist das NABU Projekt in Äthiopien. (Siehe elektronische Projektliste).

Waldbewirtschaftung, die über Jahrzehnte von indigenen und lokalen Gemeinschaften selbst entwickelt und getragen wurden und c) der gemeinschaftsbasierten Waldbewirtschaftung, bei denen die Gemeinschaften die Eigentümer des Waldes sind, zu unterscheiden.

Community Forestry - Gemeinschaftliche Waldbewirtschaftung

Schon lange bevor die Gemeinschaftliche Waldbewirtschaftung in den späten 1970er Jahren in Süd-Ostasien und Afrika Gegenstand von Studien und der Politik wurde, haben Gemeinden ihre Wälder gemeinschaftlich bewirtschaftet und verwaltet. Schätzungsweise werden heute etwa 25 % der Wälder in Entwicklungsländern von indigenen und lokalen Gemeinschaften verwaltet.¹⁴⁷ Die Erfahrungen mit der gemeinschaftlichen Forstverwaltung im Hinblick auf ihr Potential für effektiven, nachhaltigen und gerechten Waldschutz sind durchweg positiv. Sie wird außerdem mit einer höheren Kapazität zur Bindung von Kohlenstoff sowie größeren Vorteilen für die Sicherung des Lebensunterhaltes der Gemeinschaften verbunden.¹⁴⁸

Sehr allgemein ausgedrückt, bezieht sich die gemeinschaftliche Waldwirtschaft auf Aktivitäten von Gemeinschaften, deren Ziel die nachhaltige Nutzung von Wäldern ist. Sie kann außerdem als eine Art der Waldwirtschaft gesehen werden, bei der die lokalen Gemeinschaften als die besten Verwalter des Waldes gelten.¹⁴⁹ Wie bei anderen hier vorgestellten Ansätzen auch, gibt es nicht ein Modell gemeinschaftlicher Waldbewirtschaftung sondern eine Vielfalt an Modellen, die geprägt ist von der kulturellen und biologischen Vielfalt der Orte, an denen gemeinschaftliche Waldwirtschaft und -verwaltung praktiziert werden. Allen Modellen ist jedoch gemeinsam, dass sie über rein technische Aspekte der Waldnutzung hinausgehen und soziale, kulturelle, spirituelle sowie politische Aspekte integrieren. Weiterhin verbindet alle Modelle die Grundvoraussetzung, dass die legitimen Autoritäten die notwendige Autonomie und Souveränität besitzen müssen, um Entscheidungen im Hinblick auf die Kontrolle, die Nutzung und die Verwaltung der Ressourcen der Gemeinschaft treffen zu können, mit dem Ziel, die Bedürfnisse ihrer Mitglieder zu befriedigen.¹⁵⁰

Das Wesentliche bei der gemeinschaftlichen Waldbewirtschaftung ist es das Recht der Gemeinschaften auf Zugang und Kontrolle über ihre Waldressourcen zu gewährleisten. Dies gilt für Gemeinschaften, die im Wald leben, aber insbesondere auch für die Gemeinschaften, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und spirituellen Bedürfnisse vom Wald abhängen. Weiterhin muss die gemeinschaftliche Waldwirtschaft nachhaltig sein, so dass auch die zukünftigen Generationen ihre Bedürfnisse erfüllen können.¹⁵¹ Das World Rainforest Movement nennt drei Prinzipien für die gemeinschaftliche Waldbewirtschaftung:

- Die Rechte und Verantwortlichkeiten für Waldressourcen sollten klar sein, sicher und dauerhaft.
- Wälder sollten in angemessener Weise verwaltet werden, so dass sie Nutzen und Mehrwert liefern können.

¹⁴⁷ Accra Caucus Report (2010): Realising rights, protecting forests: An Alternative Vision for Reducing Deforestation.

Case studies from the Accra Caucus June 2010, S.31 http://www.rainforestfoundationuk.org/files/Accra_Report_English.pdf

¹⁴⁸ Ibid. S.32

¹⁴⁹ IWGIA, AIPP 2011: Understanding Community-Based REDD. S.164

¹⁵⁰ World Rainforest Movement (2004) : COMMUNITY FORESTS: equity, use and conservation S.25

http://wrm.org.uy/wp-content/uploads/2013/04/Community_Forests_Equity_use_and_conservation.pdf

¹⁵¹ Ibid. S.17

- Waldressourcen sollten in gutem Zustand übergeben werden, um ihre Zukunftsfähigkeit zu gewährleisten.¹⁵²

Die gemeinschaftliche Waldbewirtschaftung verfolgt dabei zwei Ziele: den Erhalt des Waldes und die Verbesserung des Lebensunterhaltes und des Wohlergehens der Waldbewohner. Die Rechte der Waldbewohner werden dabei zumindest zu einem gewissen Teil anerkannt. Dies bedeutet jedoch nicht notwendigerweise, dass die Gemeinschaften als Eigentümer anerkannt werden, sondern sie können auch nur Nutzungsrechte oder Verwaltungsfunktionen innehaben.¹⁵³

Ein Beispiel für die komplexe und starke Beziehung indigener Gemeinschaften zum Wald und der darin angelegten kulturellen und gewohnheitsrechtlich organisierten Praktiken zur gemeinschaftlichen und nachhaltigen Nutzung des Waldes ist der „Wald des verlorenen Kindes“ im Gebiet der Loita Maasai im Süden Kenias. Das 330 km² große Waldgebiet ist traditionell Eigentum der Loita Maasai, die den Wald und seine Ressourcen gemäß ihrer gewohnheitsrechtlichen Regeln gemeinschaftlich nutzen. Eine Vielzahl von Regeln, Tabus und kulturellen Praktiken haben den Wald und seine Vielfalt erhalten, so dass er beispielsweise in extremen Dürrezeiten als Weidegebiet genutzt werden konnte, um Verluste zu mindern. Die Bedeutung des Gewohnheitsrechts wird im formalen Recht des kenianischen Staates zwar anerkannt, aber nur so lange es keine Konflikte zwischen beiden gibt. In der Praxis wurde die gewohnheitsrechtliche Verwaltung des Waldes jedoch vom Staat umgewandelt und ist der lokalen Behörde des Narok County Council (NCC) unterstellt worden, der im Auftrag der Regierung den Wald treuhänderisch für die Loita verwaltet. Da der NCC 1993 das betreffende Waldgebiet zu einem Naturschutzgebiet erklären und zur Touristenattraktion machen wollte, kam es zum Konflikt mit den Loita Maasai. Diese kämpften mit einer Fülle an Strategien und unter Nutzung verschiedener nationaler und internationaler Rechtsinstrumente gegen die Forderungen des NCC bis dieser schließlich im August 2002 seine frühere Entscheidung, den Wald in ein Naturschutzgebiet umwandeln zu wollen, aufgab.¹⁵⁴

Im Vergleich zur „gemeinschaftlichen Waldbewirtschaftung“ wird im Zusammenhang mit indigenen Völkern die Bezeichnung „gemeinschaftsbasiertes Waldmanagement“ (community-based forest management) bevorzugt, da dies eine deutlichere Betonung auf die Gemeinschaften als der Basis des Waldmanagements legt. Die Gemeinschaften werden außerdem als Rechtsträger anerkannt, d.h. als Eigentümer des Waldes.¹⁵⁵

Gemeinschaftsbasiertes REDD+ und REDD+ Indígena Amazónico

Das Verständnis von einer gemeinschaftsbasierten Waldbewirtschaftung, bei der die indigenen und lokalen Gemeinschaften als Rechtsträger und Eigentümer des Waldes gesehen werden, liegt auch dem Ansatz eines „Gemeinschaftsbasierten REDD+“ zugrunde. Projekte mit einem solchen Ansatz legen den Schwerpunkt auf die Stärkung der Gemeinschaften und ihrer Autorität als Eigentümer und Verwalter des Waldes und seiner Ressourcen. Beim gemeinschaftsbasierten REDD+ stehen die Rechte und das Wohlergehen der Gemeinschaften und die damit verbunde-

>>>>

¹⁵² Ibid. S.17 (Übersetzung INFOE)

¹⁵³ IWGIA, AIPP 2011: Understanding Community-Based REDD. S.165

¹⁵⁴ Tebtebba Foundation (2010) Indigenous Peoples, Forests & REDD Plus: Sustaining & Enhancing Forests Through Traditional Resource Management

¹⁵⁵ IWGIA, AIPP 2011: Understanding Community-Based REDD. S.165

ne Erhaltung von Wäldern und Biodiversität an erster Stelle. Erst an zweiter Stelle kommen die Vermeidung von Kohlenstoffemissionen und die Verbesserung der Kohlenstoffaufnahme durch Wälder. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Kohlenstoff unwichtig wäre, denn sonst bräuhete man nicht von gemeinschaftsbasiertem REDD+ zu sprechen.¹⁵⁶

Die wesentlichen Prinzipien eines gemeinschaftsbasierten REDD+ sind:

- FPIC der beteiligten Gemeinschaften wird eingeholt, wenn das jeweilige Projekt nicht von ihnen selbst eingeleitet wurde;
- Die Notwendigkeit, das Recht der Gemeinschaften auf Land und Ressourcen sicherzustellen, wird angemessen berücksichtigt;
- Es wird sichergestellt, dass die Gemeinschaften das Recht haben, ihre eigene gemeinschaftliche Forstverwaltung auszuüben oder zumindest umfassend und wirksam an der Entscheidungsfindung in Bezug auf die Verwaltung und die Erhaltung ihrer Wälder beteiligt werden;
- Es wird auf indigenem Wissen und Praktiken aufgebaut und diese werden gestärkt;
- Das Recht der Gemeinschaften auf ihre traditionellen Formen des Lebensunterhalts und Systeme der Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen wird respektiert;
- Die Erhaltung der natürlichen Wälder und der biologischen Vielfalt wird sichergestellt;
- Die gerechte Aufteilung der Vorteile aus REDD + in der Gemeinschaft wird gewährleistet;
- Auf die volle und aktive Teilnahme von Frauen bei allen Aktivitäten wird geachtet.¹⁵⁷

Eine noch deutlichere Ausrichtung auf die Rechte und an den eigenen Konzepten der indigenen Gemeinschaften stellt das Indigene REDD+ Amazoniens dar. REDD+ Indígena Amazónico (RIA) ist ein Vorschlag des Dachverbands indigener Organisationen des Amazonasbeckens, COICA (Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica)¹⁵⁸. Trotz seines Namens ist RIA im eigentlichen Sinne kein REDD-Konzept, sondern eher ein politisches Programm, das auf der Basis des Erhalts der traditionellen Lebensweisen der indigenen Völker Amazoniens und dem Schutz ihrer Territorien weit über das bloße Ziel der Reduktion von Emissionen aufgrund von Entwaldung und Degradation hinausgeht.¹⁵⁹ Es setzt dabei sowohl auf

¹⁵⁷ Ibid. S.20f

¹⁵⁶ Ibid. S.23

¹⁵⁸ Die COICA, mit Sitz in Quito, Ecuador, vertritt seit 1984 die indigenen Organisationen des Amazonasbeckens, das Hauptquartier befindet sich in Quito. Mitglieder der COICA sind jeweils die indigenen Organisationen der Amazonasgebiete der neun Länder Brasilien (COIAB), Bolivien (CIDOB), Ecuador (CONFENIAE, seit kurzem zu GONAOE umbenannt), Kolumbien (OPIAC), Perú (AIDSESP), Guyana (APA), Französisch Guyana (FOAG), Surinam (OIS) und Venezuela (ORPIA). Ihr Ziel ist es, „politische Leitlinien zu definieren, und Vorschläge auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene der indigenen Völker und Organisationen zu erarbeiten, um die Rechte der indigenen Völker mittels Koordination, Dialog und Absprachen mit den öffentlichen und privaten Akteuren und der internationalen Kooperation zu schützen und zu praktizieren“. <http://coica.org.ec/index.php/es/quienes-somos/que-es-coica>

¹⁵⁹ Im Zusammenhang mit RIA ist es angebracht von *redd* zu sprechen, wie Vicky Tauli-Corpus in der Einleitung zu Tebtebba Foundation (2010) *Indigenous Peoples, Forests & REDD Plus: Sustaining & Enhancing Forests Through Traditional Resource Management* ausführte: „*We distinguish reduced emissions from deforestation and forest degradation (in small letters) from REDD (in capital letters). The former is the practice done by indigenous peoples and other forest peoples in defending their forests from deforesters and practicing their traditional forest management systems which are strictly regulated by customary laws. REDD is the official programme being negotiated at the UNFCCC. S.“ vii*

¹⁶⁰ Sofern nicht anders vermerkt, im Folgenden basierend auf dem Dokument: COICAPlanIndigenousREDDOctober2012.pdf, Publikation COICA Broschüre: *redd+indígena – Gestión holística de Territorios de Vida Plena* und der Präsentation von A. Ribeira Calderón bei der Tagung des INFOE in Schwerte 12-14. Oktober 2012,

traditioneller, indigen-territorialer wie auch auf internationaler und akademischer Ebene an.¹⁶⁰

Im Rahmen der Diskussionen zu indigener Partizipation und Schutzklauseln bei REDD+ Projekten in Amazonien, entstand die Idee, ein "eigenes" REDD+-ähnliches Programm zu erarbeiten. Hauptanliegen von Redd+ Indígena Amazónico ist es, einen Beitrag zu den globalen Minderungs- und Adaptationsstrategien zum Klimawandel zu leisten, und dabei die Ökosystemfunktionen des Bioms Amazonien zu stärken¹⁶¹. Der Ansatz wird auch als Manejo Holístico de Territorios de Vida Plena de Pueblos Indígenas (Holistische Bewirtschaftung der indigenen Territorien des erfüllten Lebens) bezeichnet.

Entwickelt wird RIA in der COICA seit 2008 in Zusammenarbeit mit internationalen NRO, darunter das deutsche Klima-Bündnis¹⁶² und die technische Leitung des WWF Norwegen. Die COICA trat auf der COP 15 der UNFCCC in Kopenhagen mit einem ersten Entwurf einer politischen Stellungnahme zu Klimawandel und REDD im Jahr 2009 an die Öffentlichkeit. Die Interamerikanische Entwicklungsbank unterstützt das Konzept und seit 2011 ist von akademischer Seite u. a. auch die US-amerikanische Universität Yale involviert.¹⁶³ RIA wurde auch auf der COP18 und 19 der UNFCCC in Doha und Warschau vorgestellt, wo die Delegierten der COICA auf Pressekonferenzen sprachen, Side-Events zum Thema durchführten und einen permanenten Informationsstand betreuten.

REDD+ Indígena Amazónico hat das Ziel mit REDD+ Projekten die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, will dies aber mit einer differenzierteren Strategie erreichen¹⁶⁴: So soll zuerst ein "Plan de Vida", ein sogenannter Lebensplan langfristig etabliert werden, welcher die Rolle von REDD+ definieren wird. Auch sollen als Bedingung erst die Territorien legal abgesichert werden und früh Schutzklauseln und Indikatoren entwickelt werden. Das Territorium soll dann "holistisch" bewirtschaftet werden, Themen wie Minderung und Adaption des Klimawandels und auch Biodiversität integrierend. Neben der Kohlenstoffspeicherung in den Wäldern sollen noch 24 weitere Ökosystemfunktionen in Wert gesetzt werden.

Es gibt drei wesentliche Achsen des Konzepts:

- Mit der ganzheitlichen Verwaltung der indigenen Territorien auf der Grundlage der „planes de vida plena“ („Pläne für ein erfülltes Leben“) der einzelnen Völker sowie der rechtlichen Absicherung ihrer Territorien sollen die Ökosystem-Funktionen des Amazonasgebiets gestärkt und bewahrt werden.
- Auf globaler, internationaler Ebene soll mit einem Wandel in den Wirtschaftssystemen für eine Reduktion der Treibhausgasemissionen gesorgt werden und die bestehenden Kompensationsmechanismen (wie REDD, PES) angepasst bzw. neu definiert werden.
- Außerdem werden als Haupttriebkraft der Entwaldung und Degradation der Wälder Amazoniens der Bergbau, Rohstoffförderung (insbesondere Erdöl und Erdgas), Agrarindustrie, die expansive Viehwirtschaft, und infrastrukturelle (z. B. Straßen wie im Rahmen

>>>>

¹⁶¹ COICA (2012): REDD+ INDIGENA AMAZONICO: Implementando experiencias piloto. Quito 15p.

¹⁶² Telefonat ElkeFalley- Rothkopf mit Thomas Brose, Klima-Bündnis, 13.9.2012

¹⁶³ www.ecosystemmarketplace.com/pages/dynamic/article.page.php?page_id=8759§ion=home

¹⁶⁴ Powerpoint Präsentation: Redd+ Indígena Amazónico: Avances y Perspectivas, gehalten von Roberto Espinoza, 18 Juni 2013, gehalten im Rahmen des Workshops "Pilotos Redd+ Indígena: Estrategias y Financiación" in Quito

von IIRSA¹⁶⁵) und Energiegroßprojekte wie Staudämme identifiziert, sodass hier Moratorien und Überarbeitungen der Vorhaben verlangt werden.

Grundlegend wird in RIA die vorherige, freie und informierte sowie verbindliche Beratung UND Zustimmung der indigenen Gemeinschaften für sämtliche politische Maßnahmen, Strategien und Projekte, die sie und ihre Territorien betreffen, gefordert. Mit RIA werden die jeweiligen nationalstaatlichen Rechtsgrundlagen berücksichtigt, um so die Teilnahme der indigenen Gruppen an Entscheidungsprozessen sicherzustellen und wo nötig einzufordern. Auf der Grundlage der im Rahmen der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker, der ILO Konvention Nr. 169 sowie der Rechtsprechung des Interamerikanischen Gerichtshof werden „early safeguards“ definiert, um sicherzustellen, dass Politik und öffentliche Gelder, territoriale Sicherheit sowie das Recht auf FPIC gewährleisten. Ihre Einhaltung soll überwacht werden. Für die Fälle, in denen „carbon cowboys“ versucht haben und versuchen, sich unter dem Deckmäntelchen eines REDD-Projekts Zugang zu indigenen Territorien zu erschleichen und betrügerisch zu bereichern, soll ein Strafsystem entwickelt und durchgesetzt werden.

Von den Einzelstaaten und der internationalen Zusammenarbeit wird die Anerkennung des Beitrags der indigenen Gemeinschaften am so wesentlichen Erhalt der Wälder Amazoniens verlangt. Zur Feststellung dieses Beitrags der Bedeutung indigener Lebensweisen für den Erhalt der Wälder sollen Studien, auch von indigenen Fachkräften und Akademikern, finanziert werden.

Die Kosten für die ganzheitliche Verwaltung, das Monitoring und die Ermittlung der Ergebnisse sollen aus zahlreichen Quellen gedeckt werden. Zum einen durch öffentliche Gelder aus den nationalen Haushalten, der internationalen Zusammenarbeit und unabhängig vom Handel mit Emissionszertifikaten. Eingeplant sind Darlehen, Spenden und treuhänderische Fonds, wie sie z. B. die COICA hat, auf der Basis von Fonds zur Anpassung und Milderung des Klimawandels, speziellen Steuern zum Beispiel entsprechend dem ökologischen Fußabdruck von Firmen, bilaterale und multilaterale Programme zu Abmilderung und Anpassung an den Klimawandel.

Für die Weiterentwicklung des Konzeptes sind die folgenden Schritte notwendig: die Angleichung von REDD+ Indígena Amazónico an die nationalen REDD+-Strategien in den jeweiligen Ländern und die Entwicklung bzw. Einarbeitung von Safeguards. Redd+ Indígena soll in zunächst 5 Ländern (Brasilien, Peru, Ecuador, Kolumbien und Bolivien) in Pilotprojekten implementiert werden. Peru und Kolumbien sind die am weitesten vorangeschrittenen, für das Pilotprojekt in Ecuador liegt ein Plan de Vida Plena vor.

Pilotprojekt CMARI Kolumbien

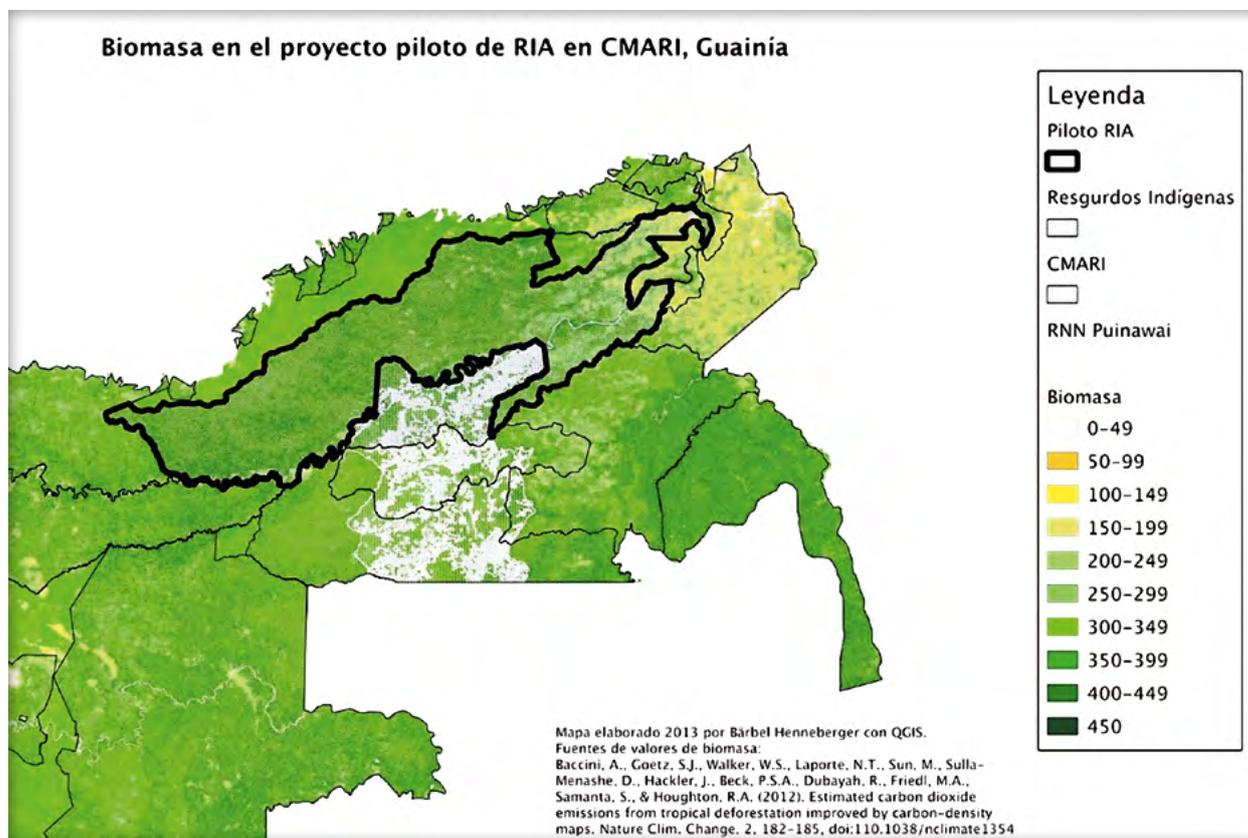
Im Jahr 2012 entschieden sich die indigenen Organisationen in Kolumbien für das indigene Territorium (genannt „resguardo“ in Kolumbien) Cuenca Media y Alta del Río Inírida – CMA-RI, als REDD+ Indígena Pilotprojekt. Im Department Guainía gelegen, erstreckt es sich über 2.762.500 Hektar verschiedener Arten von tropischem Primärwald, entlang des Flusses Río In-

¹⁶⁵ IIRSA - die Initiative für die Integration von regionaler Infrastruktur in Süd-Amerika, ist ein Entwicklungsplan zur Vernetzung der Wirtschaften südamerikanischer Länder mittels Transport-, Energie- und Telekommunikationsprojekten.

írida. Von allen angedachten Gebieten Amazonasweit, in welchen man RIA Pilotprojekte entwickeln wollte, ist dieses Gebiet flächenmäßig das Größte. Wie alle RIA-Pilotprojekte, befindet sich das Projekt erst in den Anfängen der Planung, im Laufe der nächsten zwei Jahre wird mit dem Beginn der Durchführung gerechnet.

Bedroht sind die Wälder vor allem durch näher rückende Agrargrenzen und Goldsucher. Innerhalb des Resguardo leben ca. 1641 Personen, organisiert in 305 Familien und 17 Gemeinden. Ein Teil des Resguardo überlappt sich allerdings mit dem Naturreservat Puinawai, und da in Kolumbien die legalen Fragen zu Administration in diesen Gebieten nicht geklärt sind, entschied man sich, den überlappten Teil auszusparen. Das Projekt kann bei der lokalen Bevölkerung mit einer breiten Akzeptanz rechnen. Auch wurden in den letzten Jahren von den regionalen Organisationen OPIAC und ASOCRIGUA (Asociación del Consejo Regional Indígena del Guainía) mehrere informative Workshops und auch erste Konsultationen zum Thema durchgeführt.

Auch andere von der COICA durchgeführte Projekte zu den Themen REDD+ und Klimawandel legten ihren regionalen Schwerpunkt nun auf das Department Guainía, um somit die Möglichkeiten zu erweitern, die lokale Bevölkerung zu relevanten Themen zu informieren und fortzubilden, beispielsweise das Projekt "El Cambio Climático y los Pueblos Indígenas del Amazonas", Convenio Regional COICA/BID No. ATN/OC-12611-RG. Momentan werden vorherige Studien im Resguardo CMARI durchgeführt, um so Referenzwerte zu schaffen. Auch wurde bereits im Rahmen des genannten Projektes eine Biomassenkarte des Pilotprojektes CMARI erstellt, basierend auf Biomassemessungen in Amazonischen Wäldern, welche zum Teil auch von der COICA durchgeführt werden.



B. Henneberger (2013): Biomasse im Pilotprojekt RIA in CMARI, Guainía.

Schwarz umrandet das Gebiet des Pilotprojektes, weiss schraffiert das Puinawai Naturreservat. Die Karte entstand im Rahmen eines Workshops im Oktober 2013, in Lima Peru, die kartografischen Daten zur Biomasse stammen von Baccini, A. et al (2012): Estimated carbon dioxide emissions from tropical deforestation improved by carbon-density maps. In *Nature Climate Change* 2.5. 182-185.

Indigene Völker und viele lokale Gemeinschaften haben ihre eigenen Protokolle, Verfahren, Regeln und Vorschriften, die ihre Wechselbeziehungen innerhalb und zwischen den Gemeinschaften und mit den Territorien und Gebieten, in denen sie leben, regulieren. Diese „Protokolle“ bieten Orientierung für die Mitglieder der Gemeinschaften über ihre Rechte, Pflichten und ein angemessenes Verhalten und stärken den Zusammenhalt der Gemeinschaften. Indigene Völker und lokale Gemeinschaften sind zunehmend mit externen Akteuren in Kontakt, die ihre Gebräuche und Führungsstrukturen nicht verstehen, weil diese in einer Weise kodifiziert sind, die spezifisch für jede Gemeinschaft, ihre Kultur und ihren Lebensort ist. Wenn solche Gemeinschaftsprotokolle nicht beachtet werden, sei es absichtlich oder unabsichtlich, dann kann dies zu sozialen Konflikten und negativen Auswirkungen auf die Umwelt führen.¹⁶⁶

Um dieses Problem anzugehen, haben Indigene Völker und lokale Gemeinschaften begonnen, ihre Protokolle in Formen, die auch von anderen verstanden werden können, zu dokumentieren und zu entwickeln. Solche „biokulturellen Gemeinschaftsprotokolle“ wurden zunächst im Kontext der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) im Zusammenhang mit dem Zugang zu traditionellem Wissen und genetischen Ressourcen entwickelt. Biokulturelle Gemeinschaftsprotokolle sind von indigenen und lokalen Gemeinschaften selbst erarbeitete Verfahrensanweisungen, welche die Verhandlungen zwischen den Gemeinschaften und staatlichen Stellen, Unternehmen, Wissenschaftlern, Naturschutzorganisationen u. a. Interessengruppen in Bezug auf den Zugang und die Verwendung des Wissens und der Ressourcen der Gemeinschaften regeln. Sie werden genutzt, um sicherzustellen, dass externe Akteure die Gewohnheitsrechte, Werte und Entscheidungsprozesse indigener und lokaler Gemeinschaften respektieren, insbesondere was die Verwaltung ihrer Territorien und Gebiete betrifft. Sie sind ein Instrument, um die Gemeinschaften in ihrer Position als Rechtsinhaber und ihre Verhandlungsfähigkeiten zu stärken, ihre Rechte und Pflichten zu sichern und ihre gebräuchliche traditionelle Lebensweise und Bewahrung ihrer Gebiete zu erhalten.¹⁶⁷

Der Entwicklungsprozess eines biokulturellen Gemeinschaftsprotokolls geht einher mit einem Konsultationsprozess innerhalb der Gemeinschaft oder zwischen Gemeinschaften, in dem diese ihre zentralen ökologischen, kulturellen und spirituellen Werte und Gewohnheitsrechte in Bezug auf ihr traditionelles Wissen und ihre Ressourcen skizzieren. Auf dieser Grundlage werden klare und transparente Regeln und Bedingungen für den Zugang zu diesem Wissen und den Ressourcen bestimmt. Dieser Prozess bedeutet eine Reflektion der Gemeinschaft über die Verknüpfungen zwischen ihrer Kultur, den Gewohnheitsrechten und ihrer Praktiken zur Nutzung und Verwaltung ihrer natürlichen Ressourcen und kann Schritte wie das Kartieren ihres Gebietes, ihrer Ressourcen und das Aufzeichnen der damit verbundenen Praktiken, die Auswertung ihres Regierungs-Systems oder die Überprüfung von gemeinschaftlichen Entwicklungsplänen beinhalten. Weiterhin bedeutet der Prozess auch eine rechtliche Stärkung der Gemeinschaft zur Förderung der Kenntnis der Gemeinschaften von ihren Rechten und von nationalen und internationalen Rechtsinstrumenten und Abkommen, die Aspekte ihres Lebens betreffen, wie beispielsweise das Nagoya Protokoll über den Zugang zu genetischen Ressourcen und den gerechten Ausgleich der Vorteile, die aus ihrem Nutzen entstehen oder Regelungen zu REDD oder Zahlungen für Umweltleistungen (PES).¹⁶⁸

¹⁶⁶ Holly Shrumm and Harry Jonas (eds), 2012. *Biocultural Community Protocols: A Toolkit for Community Facilitators*. Natural Justice: Cape Town. S. 8

¹⁶⁷ Ibid. Und Kabir Bavikatte & Harry Jonas (Ed.) 2009: *Bio-Cultural Community Protocols. A Community Approach to Ensuring the Integrity of Environmental Law and Policy*. UNEP, Natural Justice. S. 9

Natural Justice (2013): *REDD Community Protocols: A Community Approach to Ensuring the Local Integrity of REDD*

¹⁶⁸ Kabir Bavikatte & Harry Jonas (Ed.) 2009: *Bio-Cultural Community Protocols. A Community Approach to Ensuring the Integrity of Environmental Law and Policy*. UNEP, Natural Justice. S. 9

Grundsätzliche Charakteristika biokultureller Gemeinschafts-Protokolle sind:

- Sie werden von einer selbst-definierten Gemeinschaft mit einer engen Verbindung zu einem bestimmten Gebiet oder Territorium, das die Grundlage ihrer Identität, Kultur, Sprache und Lebensform ausmacht, erarbeitet und beschlossen;
- Sie werden dokumentiert, entwickelt und in einer partizipativen Weise von dieser Gemeinschaft angewandt, gegebenenfalls mit der Unterstützung von vertrauenswürdigen und seit langem bestehenden Organisationen;
- Sie sollen eine angemessene Anerkennung und Unterstützung der den Gemeinschaften eigenen gebräuchlichen Lebensweise und die Bewahrung ihrer Gebiete oder Territorien fördern;
- Sie basieren auf den Werten, Standards, Verfahren, Rechte und Verantwortlichkeiten wie sie im Gewohnheitsrecht und in nationalen und internationalen Gesetzen und Richtlinien festgelegt sind.¹⁶⁹

Biokulturelle Gemeinschaftsprotokolle beinhalten im Wesentlichen folgende Informationen für andere Interessengruppen:

- *„wer die Gemeinschaft ist;*
- *das Ausmaß ihrer Territorien und Details ihrer Ressourcen;*
- *Details ihrer traditionellen Führung und Strukturen;*
- *wie ihr Wissen, ihre Innovationen und Praktiken die biologische Vielfalt in ihren Gebieten erhalten haben;*
- *die Wechselwirkungen zwischen ihrer Kultur, Spiritualität, Gewohnheitsrecht, ihrem traditionellen Wissen und der biologischen Vielfalt;*
- *die Faktoren, von denen ihre Lebensweisen abhängt;*
- *die Herausforderungen, die sich ihnen stellen; und*
- *ihre Pläne für eine kulturell-sensible endogene Entwicklung.*¹⁷⁰

Im Zusammenhang mit Waldklimaschutz und REDD+ Vorhaben kann die Entwicklung von Gemeinschaftsprotokollen die Gemeinschaften darin unterstützen, sich auf REDD-Vorhaben und Angebote vorzubereiten und in den Verhandlungen zum Schutz und der Nutzung ihrer Wälder, ihre Rechte zu behaupten und ihre Lebensweisen zu erhalten.¹⁷¹ Im Kontext von

>>>>

¹⁶⁹ Holly Shrumm and Harry Jonas (editors), 2012. *Biocultural Community Protocols: A Toolkit for Community Facilitators*. Natural Justice: Cape Town. S.14

¹⁷⁰ Natural Justice (2013): *REDD Community Protocols: A Community Approach to Ensuring the Local Integrity of REDD*

¹⁷¹ Kabir Bavikatte & Harry Jonas (Ed.) 2009: *Bio-Cultural Community Protocols. A Community Approach to Ensuring the Integrity of Environmental Law and Policy*. UNEP, Natural Justice. S.47

REDD+ und ähnlichen Waldklimaschutzvorhaben dienen die Gemeinschaftsprotokolle dazu, folgende Rechte der Gemeinschaften zu gewährleisten: das Recht...

- ... ihre traditionelle/ gebräuchliche Lebensweise beizubehalten;
- ... ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung einzufordern vor jeder möglichen Nutzung der Waldressourcen;
- ... in die Ausarbeitung von REDD-Projekten entscheidend involviert zu werden; und
- ... REDD-Projekte zu überwachen und zu evaluieren.¹⁷²

Waldklimaschutzvorhaben und REDD+ Projekte, die einem gemeinschafts- und rechtsbasierten Ansatz folgen und einen partizipativen Prozess zur Entwicklung von Gemeinschaftsprotokollen unterstützen, haben ein größeres Potential positive Wirkungen für den Schutz und die Gewährleistung der Rechte und Kulturen der Waldbewohner und den Erhalt des Waldes und seiner biologischen Vielfalt zu erzielen. Im Folgenden werden die Grundprinzipien bio-kultureller Gemeinschaftsprotokolle noch einmal zusammengefasst um danach ein Beispiel aus Honduras zu betrachten.



Parque de la Papa, Indigenes Bio-Kulturerbe-Gebiet, Provinz Písaq-Cusco; Peru, Foto ©Sabine Schielmann

¹⁷² Natural Justice (2013): REDD Community Protocols: A Community Approach to Ensuring the Local Integrity of REDD

The development of a bona fide biocultural community protocol (or other community-based instrument for engaging external actors) ...

...is a community endeavour that:

- ✓ Is endogenous
- ✓ Is empowering
- ✓ Is based on communities' values and procedures, while including the fullest and most effective participation of community members
- ✓ Promotes intra- and inter community dialogue, and intergenerational discussions
- ✓ Fosters consideration of the interlinkages between social, economic and spiritual wellbeing
- ✓ Explores the diversity of knowledge and skills in the community
- ✓ Draws on the communities' own resources and resilience
- ✓ Further develops community collaboration on useful methodologies

...and focuses on and integrates:

- ✓ The values and customs relating to their collective biocultural heritage
- ✓ Current strengths, challenges and future plans
- ✓ Their rights at the international and national levels that support their ways of life and their corresponding duties
- ✓ Messages to specific agencies about how they intend to ...

...to produce a protocol that is:

- ✓ Value laden
- ✓ Presented in a form that is most appropriate for the community while effectively communicating their key points to the relevant authorities / bodies ...

...towards:

- ✓ Establishing the community's/ies' rights and duties relating to their stewardship of their collective biocultural heritage
- ✓ Respect for and realization of procedural and substantive rights and responsibilities
- ✓ Increasing their agency
- ✓ Improving access to information, participation and/or justice
- ✓ Improving dialogue with other communities or outside agencies
- ✓ Further developing flexibility and adaptability
- ✓ Promoting local social, environmental and economic equity ...

...and where outsiders assist a community with any aspects of developing a protocol, they should engage the community with:

- ✓ Honesty
- ✓ Integrity
- ✓ Transparency
- ✓ Respect
- ✓ Social and cultural sensitivity to local processes and time-frames.

Box 6: Guiding principles for the development and use of biocultural community protocols

Quelle: Holly Shrumm and Harry Jonas (editors), 2012. Biocultural Community Protocols: A Toolkit for Community Facilitators. Natural Justice: Cape Town. S. 21

Im Oktober 2012 hat das indigene Volk der *Miskitu*, das in der Provinz *La Mosquitia* in Honduras lebt, sein „Bio-Kulturelles Protokoll“ verabschiedet. Entwickelt wurde das Protokoll unter der Federführung der indigenen Organisation MASTA (Mosquitia Asla Takanka-Unidad de la Mosquitia), die das Volk der Miskitu repräsentiert, als Antwort auf die mangelhafte Umsetzung der ILO Konvention Nr.169, die von der Regierung von Honduras im Jahr 1995 ratifiziert wurde.¹⁷³ Das Protokoll soll in erster Linie der schlechten Praxis von Konsultationsprozessen und der fehlenden Berücksichtigung von FPIC in der Vergangenheit ein Ende machen und zielt daher im Wesentlichen auf die Gewährleistung des Rechts auf FPIC der Miskitu ab. MASTA und die Miskitu betonen, dass es sich bei dem Protokoll und dem Prozess, den seine Erarbeitung beinhaltet, nicht um den letzten Schritt ihrer Absichten im Hinblick auf die Gewährleistung ihrer Rechte, insbesondere des Rechts auf FPIC, sondern um eine im Prozess befindliche Arbeit handelt.

Die Provinz La Mosquitia ist reich an natürlichen Ressourcen und daher ist das Interesse externer Akteure an der Ausbeutung und dem Abbau derselben vorherbestimmt. Mit dem Protokoll legen die Miskitu die genauen Schritte fest, nach denen staatliche Institutionen, Unternehmen und andere Akteure vorzugehen haben, wenn sie Aktivitäten planen, die potentiell Auswirkungen auf das Territorium der Miskitu, d. h. La Mosquitia haben. Das Protokoll enthält Informationen zur Geschichte der Provinz La Mosquitia und der Miskitu, ihrer sozialen und politischen Organisation, ihrem Weltbild und ihrer Praktiken zur Ressourcennutzung sowie den großen Problemen, mit denen sie sich konfrontiert sehen.¹⁷⁴

Das Protokoll ist ein methodologisches Werkzeug, welches die Verhandlungen in La Mosquitia im Zusammenhang mit Projekten und Entscheidungen, welche die indigenen Gemeinschaften und ihre natürlichen Ressourcen betreffen, erleichtern soll. Der im Protokoll dargelegte Prozess für die Gewährung des Rechts auf FPIC und die Einholung der Zustimmung besitzt Modellcharakter nicht nur für bzw. in Honduras. Er wird nun auch im Prozess der Erarbeitung der nationalen REDD-Strategie von Honduras aufgenommen. Insbesondere nachdem es in diesem nationalen Prozess, der von der FCPF und auch der GIZ unterstützt wurde und wird, zunächst versäumt wurde zentrale indigene Organisationen zu konsultieren und deren Zustimmung einzuholen, werden die im Protokoll der Miskitu dargelegten Schritte für FPIC nun auch im Rahmen des von der FCPF geförderten nationalen REDD-Prozess eingefordert.¹⁷⁵

ICCAs - Indigenous and Community Conserved Areas

Seit Jahrtausenden haben indigene Völker und lokale Gemeinschaften basierend auf unterschiedlichen Nutzungsformen Wälder und andere Ökosysteme verwaltet und geschützt. Einige Kriterien erfüllend (siehe weiter unten) werden viele dieser Gebiete auf der internationalen Ebene, insbesondere im Zusammenhang mit der Arbeit zu Schutzgebieten, als ‚von indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften geschützte Territorien oder Gebiete‘ oder ‚indigene und gemeinschaftlich geschützte Gebiete‘ (Indigenous and Community Conserved Areas - ICCAs) bezeichnet. Dies stellt allerdings eine verkürzte Bezeichnung für die Vielfalt der Bezeichnungen

¹⁷³ Der Prozess der Erarbeitung des Protokolls wurde u. a. technisch von der IUCN und Natural Justice und finanziell vom BMZ unterstützt. Siehe MASTA (2012) S. 2

¹⁷⁴ Protocolo biocultural del pueblo „miskitu“. Tageszeitung La Tribuna Domingo 11 de noviembre, 2012, Reportaje por Ramón Wilberto Nuila Coto www.latribuna.hn/2012/11/11/protocolo-biocultural-del-pueblo-indigena-miskitu/ und MASTA (2012) Protocolo Biocultural del Pueblo Indígena Miskitu. El derecho al consentimiento libre, previo e informado en nuestro territorio de la Mosquitia Hondureña http://naturaljustice.org/wp-content/uploads/pdf/Protocolo_Miskitu.pdf

¹⁷⁵ Siehe Fallstudie Honduras.

und den dahinter stehenden Formen von „indigenen und lokalen gemeinschaftlichen Schutzgebieten“ dar.¹⁷⁶

ICCAs werden von der International Union for the Conservation of Nature - IUCN definiert als:

*“natural and/or modified ecosystems, containing significant biodiversity values, ecological benefits and cultural values, voluntarily conserved by indigenous peoples and local communities, both sedentary and mobile, through customary laws or other effective means”.*¹⁷⁷

Es werden drei wesentliche Kriterien von ICCAs genannt:

- Ein klar definiertes indigenes Volk oder eine klar definierte lokale Gemeinschaft besitzt eine enge und tiefgehende Verbindung mit einem klar definierten Ort (Territorium, Gebiet oder Habitat einer Art).
- Das Volk oder die Gemeinschaft ist der Hauptakteur bei der Entscheidungsfindung im Zusammenhang mit diesem Ort und hat de facto und / oder de jure die Kapazitäten, Vorschriften zu entwickeln und durchzusetzen.
- Die Entscheidungen und Anstrengungen des Volkes oder der Gemeinschaft führen zur Erhaltung der Artenvielfalt, der ökologischen Funktionen und den damit verbundenen kulturellen Werten, unabhängig von ursprünglichen oder primären Motivationen.¹⁷⁸

ICCAs können - von der Regierung und/oder der IUCN gemäß ihren jeweiligen Kriterien anerkannte - Schutzgebiete sein. Sie müssen es aber nicht bzw. können es in manchen Fällen aufgrund fehlender Erfüllung von Kriterien nicht sein. Auf internationaler Ebene, z. B. im Rahmen der Konvention über die biologische Vielfalt, werden sie dennoch als „andere effektive Gebietsbasierte Schutzmaßnahmen“ anerkannt.¹⁷⁹ Die Gründe und Motivationen für solche Schutzgebiete oder Schutzmaßnahmen sind zahlreich und reichen vom Erhalt der Nahrungsquellen und Wasserscheiden, über religiöse und kulturelle Beweggründe bis zum Erhalt von Wildtieren und der Generierung ökologischer Vorteile. Auch die Institutionen, die ICCAs leiten, sind vielfältig. Zu ihnen zählen traditionelle, indigene und gemeinschaftliche Institutionen, die ihre Regeln und Formen des Schutzes im Wesentlichen beibehalten haben und solche, die ihre tradierten Regeln etc. im Rahmen aktueller Entwicklungen wiederbeleben. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie lokale Rechtsinhaber repräsentieren und dass ihre Wurzeln im traditionellen Wissen und Fähigkeiten liegen. Ein weiterer gemeinsamer Aspekt ist ihr kollektiver Charakter, denn ICCAs sind Ausdruck und Ergebnis gemeinschaftlicher lokaler Anstrengungen zum Schutz bestimmter Gebiete und ihrer Ressourcen.¹⁸⁰

>>>>

¹⁷⁶ Kothari, Ashish with Corrigan, Colleen, Jonas, Harry, Neumann, Aurélie, and Shrumm, Holly. (eds). 2012. Recognising and Supporting Territories and Areas Conserved By Indigenous Peoples And Local Communities: Global Overview and National Case Studies. Secretariat of the Convention on Biological Diversity, ICCA Consortium, Kalpavriksh, and Natural Justice, Montreal, Canada. Technical Series no. 64, S.16 www.cbd.int/doc/publications/cbd-ts-64-en.pdf

¹⁷⁷ Ibid. S.16

¹⁷⁸ Grazia Borrini-Feyerabend, Nigel Dudley, Barbara Lassen, Neema Pathak and Trevor Sandwith (Draft version July 2012) Governance of Protected Areas: From understanding to action. GIZ, IUCN, CEESP, WCPA ICCA Consortium—with Secretariat of the Convention on Biological Diversity. S.59 www.cbd.int/pa/doc/draft-governance-pa-2012-07-en.pdf

¹⁷⁹ Kothari et al., S.17

¹⁸⁰ Borrini-Feyerabend et al., S. 59

In Bezug auf Waldschutz und Waldschutzgebiete wurde in einer Studie festgestellt, dass von indigenen Gemeinschaften verwaltete und geschützte Gebiete die größte Effektivität für den Erhalt von Wäldern bei einer nachhaltigen Nutzung erreichen.¹⁸¹

Wanderfeldbau

Eine der ältesten Anbaumethoden der Menschheit ist der Wanderfeldbau auch Wanderwirtschaft, Landwechselwirtschaft, Rotationsfeldbau oder Brandrodungsfeldbau genannt. Er ist vor allem in den Hochlandregionen der Tropen und Subtropen verbreitet.

Gemäß IWGIA und AIPP ist diese Form der Landnutzung charakterisiert durch:

- den Wechsel zwischen einer kurzen Anbau- und einer langen Regenerationsphase
- dem regelmäßigen, meist zyklischen Umzug der Felder
- dem Entfernen der Brachenvegetation, was oft - aber nicht immer - mit Hilfe von Feuer geschieht, daher Brandrodung¹⁸²

Für indigene Völker, die den Wanderfeldbau praktizieren, ist dieser nicht bloß eine Nutzungsform, sondern ein integraler Bestandteil ihrer Lebensweise und Kultur, der mit sozialen, politischen, kulturellen und spirituellen Traditionen verknüpft ist. Der Wanderfeldbau ist eng mit dem Waldmanagement und biologischer Vielfalt verbunden und trägt sowohl zum Erhalt des Waldes als auch der biologischen Vielfalt bei.¹⁸³

Der Wanderfeldbau wird hier als eine land- und waldwirtschaftliche Nutzungsform, die zum Wald- und Klimaschutz beiträgt, betrachtet, entgegen der noch vielfach verbreiteten Meinung, dass er Entwaldung und Klimawandel verursacht. Die Vorurteile gegenüber dem Wanderfeldbau haben sich trotz wissenschaftlicher Forschungen, die das Gegenteil belegen, gehalten und so wird der Wanderfeldbau auf internationaler Ebene und insbesondere von Regierungen asiatischer Länder als einer der Haupttreiber von Entwaldung verbannt und zum Teil verboten. FAO, UNDP und UNEP sind sich aber einig, dass die Haupttreiber von Entwaldung und damit von Treibhausgasemissionen in Asien die Intensivierung der Landwirtschaft und großflächige industrielle Plantagenwirtschaft sind. Gemäß der FAO verursacht Wanderfeldbau *per se* keine Entwaldung sondern lediglich eine Modifizierung des Waldes.¹⁸⁴

Während auch in afrikanischen Ländern, wie beispielsweise Kamerun, der Wanderfeldbau von bis zu 80 % der ländlichen Bevölkerung praktiziert wird, so muss bei einer Beurteilung des Beitrags dieser Praxis zur Entwaldung und zum Klimawandel berücksichtigt werden, dass es sich beim Wanderfeldbau um einen zeitlich begrenzten Vegetationsverlust handelt und dass Bra-

¹⁸¹ Zitiert in: Rainforest Foundation Norway (2012) Rights-based rainforest protection. Why securing the rights of forest peoples is the right way to save the forest. S.23 www.regnskog.no/languages/english/_attachment/35434?_ts=13996420cd0

Ein Beispiel der Unterstützung von ICCAs in der DR Kongo durch die deutsche EZ sollte hier vorgestellt werden, es konnten aber keine Informationen gefunden werden.

¹⁸² AIPP, IWGIA, IKAP (2009) Shifting Cultivation And Climate Change www.iwgia.org/iwgia_files_publications_files/514_Briefing_paper_shifting_cultivation_final.pdf

¹⁸³ E/C.19/2012/8 Permanent Forum on Indigenous Issues: Study on shifting cultivation and the socio-cultural integrity of indigenous peoples. 24 Februar 2012. S.3

¹⁸⁴ AIPP and IWGIA (2012): Drivers of Deforestation? Facts to be considered regarding the impact of shifting cultivation in Asia. S.4 www.iwgia.org/iwgia_files_publications_files/0576_Drivers_of_deforestation.pdf

chen für die Bindung von Kohlenstoff von Bedeutung sind.¹⁸⁵ Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass bei der Brandrodung durch den Einsatz von Feuer und durch die Zersetzung pflanzlichen Materials während der Vorbereitung der Felder CO₂ freigesetzt wird. Jedoch besteht ein großer Unterschied zwischen dem Wanderfeldbau und intensiveren Praktiken der industriellen Landwirtschaft, die den Regenwald dauerhaft zerstören und damit auch seine Artenvielfalt und die Nachhaltigkeit der Ressourcen, von denen die Waldgesellschaften abhängen. Insgesamt werden durch den Wanderfeldbau erheblich größere Mengen CO₂ gebunden als freigesetzt, vor allem durch die jungen Brachwälder.¹⁸⁶

Der Wanderfeldbau hat im Vergleich zu anderen Formen der landwirtschaftlichen Nutzung in Tropenwäldern, die größten Kapazitäten zur CO₂-Sequestrierung, wie u. a. Studien aus Thailand, welche die traditionellen Wirtschaftspraktiken des indigenen Volks der Karen u. a. im Hinblick auf Ernährungssicherheit und ihre Kapazität zur Bindung von Kohlenstoff untersuchten, belegen.¹⁸⁷ Damitsollte auch der Position und Politik der thailändischen Regierung entgegengewirkt werden, die die indigenen Hochlandbewohner als Eindringlinge betrachtet und ihre „rückständige“ und „zerstörerische“ Wirtschaftsweise für Entwaldung und Treibhausgasemissionen verantwortlich macht.¹⁸⁸

In einer von der Northern Development Foundation (NDF) und der Huay Hin Lad Gemeinschaft durchgeführten Recherche wurden drei Dörfer der Huay Hin Lad Gemeinschaft im Wieng Pa Pao Bezirk, in der Provinz Chiang Rai im Norden Thailands untersucht. Das Gebiet ist hügelig, die Dörfer liegen an Hängen.

Traditionell setzt sich das System der Karen zusammen aus Landwechselwirtschaft, Agroforstwirtschaft und gemeinschaftlicher Wald- und Landbewirtschaftung (community forest management -CFM). Im System der Karen wird das Land nur für 1 Jahr in Kultur genommen, danach regeneriert der Wald auf diesem Stück für 6-10 Jahren, erst nach dieser Zeit der Brache wird das Stück erneut kultiviert. Nur ca. 10 % der zur Verfügung stehenden Gesamtanbaufläche werden jährlich für die Landwirtschaft genutzt. Pro Familie sind es ca. 0,64-0,8 ha Land.¹⁸⁹



Gemeinde Hin Lad Nai, Thailand, Foto © Christian Erni, IWGIA



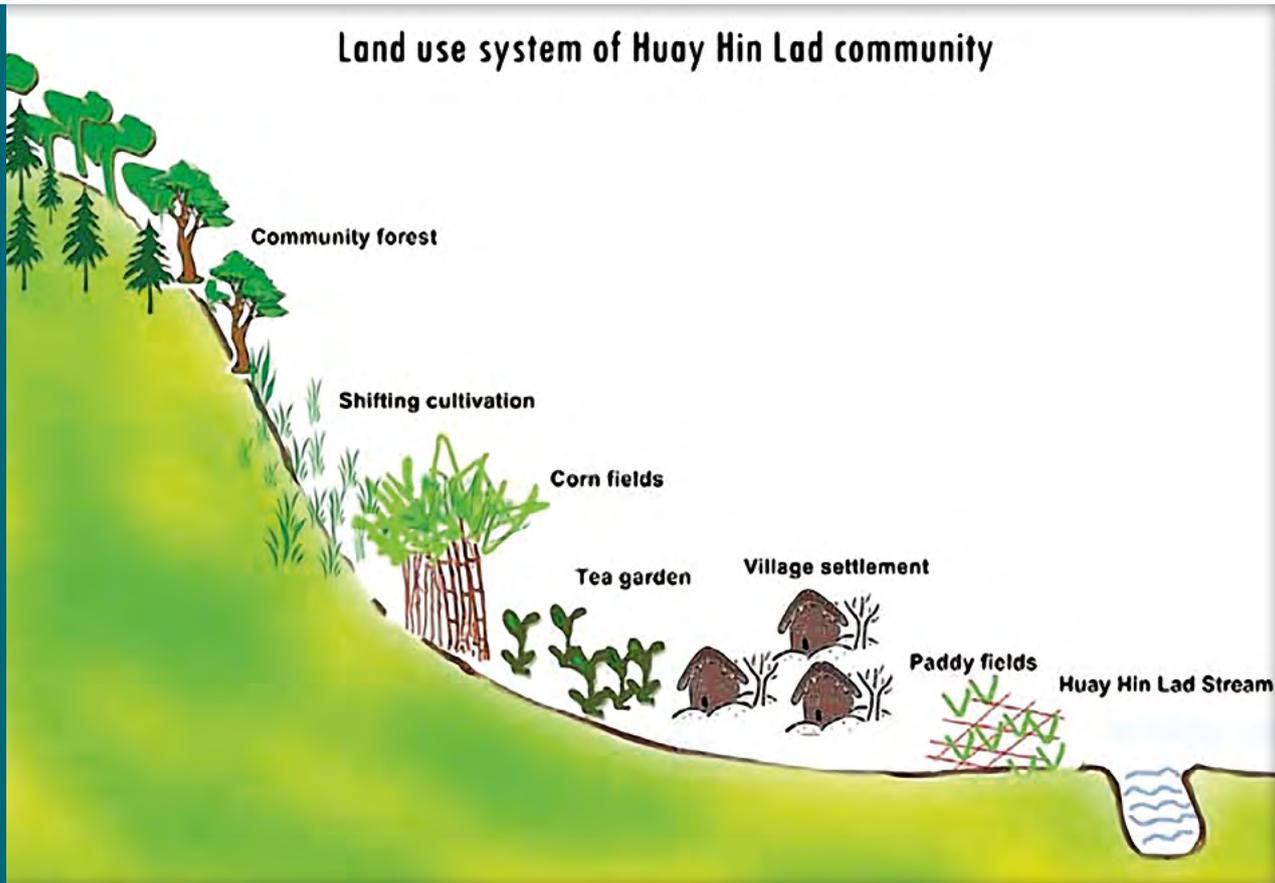
¹⁸⁵ [www.forestcarbonpartnership.org/sites/forestcarbonpartnership.org/files/Documents/PDF/Feb2013/Cameroon final R-PP-English-January 2013.pdf](http://www.forestcarbonpartnership.org/sites/forestcarbonpartnership.org/files/Documents/PDF/Feb2013/Cameroon%20final%20R-PP-English-January%202013.pdf) S.38

¹⁸⁶ AIPP and IWGIA (2012) S.6 und Fallstudie Kamerun S. 2

¹⁸⁷ AIPP, IWGIA and NDF (2011) Climate Change, Trees and Livelihood: A Case Study on the Carbon Footprint of a Karen Community in Northern Thailand. www.iwgia.org/iwgia_files_publications_files/0510_Karen_Community_Carbon_Footprint.pdf

¹⁸⁸ Ibid. S.5

¹⁸⁹ Ibid. S.10



Quelle: AIPP, IWGIA and NDF (2011) Climate Change, Trees and Livelihood: A Case Study on the Carbon Footprint of a Karen Community in Northern Thailand. S. 7

Im Huay Hin Lad Bezirk stammen in den 3 untersuchten Weilern im Durchschnitt 92 % der Nahrungsmittel aus der lokalen Eigenproduktion bzw. von den natürlichen Ressourcen der Haushalte. Die restlichen 8 % stammen von Märkten außerhalb des Bezirks. Von den Grundnahrungsmitteln Reis, Wurzeln und Gemüse kommen 53 % von Nassfeldern, 34 % aus der Landwechselwirtschaft und der Rest aus dem Wald und den Teeplantagen. Vergleichende Untersuchungen haben gezeigt, dass der Energieverbrauch der Karen erheblich geringer ist als der von städtischen Gemeinden in Thailand. Energie wird benötigt v. a. zum Kochen und zum Heizen während der kalten Jahreszeit. Es gibt keine Anbindung an das öffentliche Elektrizitätsnetz, aber es gibt einige wenige Solarpaneele zur Stromerzeugung. Gekocht wird v. a. mit Brennholz, das im Wald als trockene Äste und Stämme gesammelt wird, pro Kopf sind es im Jahr ca. 2 Kubikmeter. Pro Familie kommen jährlich ca. 1 Kubikmeter Bauholz dazu. Das Konsumverhalten der Gemeinschaft liegt weit unter der Tragfähigkeit ihres Ökosystems, ihr ökologischer Fußabdruck ist somit sehr klein und nachhaltig. Im Vergleich dazu ist der ökologische Fußabdruck eines Thai durchschnittlich drei bis viermal so groß wie in der Huan Hin Lad Gemeinschaft.¹⁹⁰

¹⁹⁰ Ibid. S.16ff

In Bezug auf die Treibhausgasemissionen ist zu sagen, dass Landwirtschaft grundsätzlich immer auch zu Treibhausgasen führt. Es sind im einzelnen Methan (CH_4) durch Nassreisfelder, Stickstoffoxid (NO_2) durch die Anwendung von chemischem Dünger und Kohlendioxid (CO_2) durch Feuer. Diese Gase werden durch die Vegetation aber wieder resorbiert. Wälder haben vor allem in der Regenerierungsphase eine hohe Kapazität zum Abbinden von CO_2 , denn im Wachstum bauen Pflanzen CO_2 in atomaren Kohlenstoff um, einen der Hauptbausteine für pflanzliches Gewebe. Es ist genau dieses CO_2 das dann durch Feuer oder Verrottung wieder freigesetzt wird. Hinzu kommt noch das Alter der Brache: ist sie erst ein Jahr alt kann sie ca. 12 Tonnen CO_2 pro Hektar binden, im Alter von 10 Jahren sind es 152 Tonnen CO_2 pro Hektar. Im Bezirk Huay Hin Lad entstehen durch die Nassreisfelder 0,8 Tonnen CH_4 und durch chemische Hilfsmittel beim Getreideanbau 0,1 Tonnen NO_2 . Jährlich verursacht der Bezirk 2.042,46 Tonnen CO_2 durch seine Landwirtschaft, davon entfallen 1.745,33 Tonnen CO_2 auf die Brandrodung von Reisfelder und 249,33 Tonnen CO_2 auf die Brandrodung von Getreidefeldern.

Wendet man die üblichen Standardberechnungen an, ist der gesamte Wald der drei Weiler mit einer Größe von ca. 319,68 ha in der Lage 661.372 Tonnen zu binden. Die landwirtschaftlich genutzten Flächen und das Weideland binden weitere 59.255 Tonnen CO_2 . D. h. im Bezirk Huay Hin Lad werden durch CFM und Landwirtschaft insgesamt 720.627 Tonnen CO_2 gebunden. Subtrahiert man davon die Emission von 2.042,46 Tonnen CO_2 können insgesamt 718.584,54 Tonnen CO_2 gebunden werden, die nicht von den Karen verursacht werden. Damit ist eindeutig bewiesen, dass die Vorteile der Landwechselwirtschaft im Kampf gegen den Klimawandel nicht übersehen werden können. Betrachtet man die oberirdischen CO_2 Speicher im Vergleich zeigt sich, dass insbesondere die langen Brachen vorteilhaft sind.¹⁹¹

Im Rahmen von Diskussionen zum Klimaschutz und den Treibern von Entwaldung muss also eine differenziertere und holistischere Betrachtung des Wanderfeldbaus stattfinden, die dessen potentiellen Beitrag zum Wald- und Klimaschutz mit Hilfe unabhängiger Studien erörtert. Dabei sollte auch beachtet werden, dass verschiedenste Formen des Wanderfeldbaus aufgrund der großen Diversität der natürlichen Gegebenheiten existieren. Gerade deshalb ist es wichtig, die traditionellen Systeme basierend auf den langjährigen Erfahrungen der jeweiligen Gruppe zu respektieren.

>>>>

¹⁹¹ Ibid. S. 20ff

	Rechtsbasierte Ansätze allgemein	Community Forestry/ Gemeinschaftliche Forstwirtschaft	Gemeinschaftsbasiertes REDD und REDD+ Indígena Amazónico
Grundsätzliche Rechtsbasis / Rechtsverständnis	<ul style="list-style-type: none"> - Setzt bei den Gewohnheitsrechten der indigenen und lokalen Waldbewohner auf ihre traditionellen Gebiete, Ressourcen und Kulturen an. - Wurzelt in normativer Hinsicht in den internationalen Menschenrechtsstandards und zielt auf der operativen Ebene auf die Förderung und den Schutz der Menschenrechte ab. - Identifikation von Pflichtenträgern einerseits und Rechtsinhabern andererseits; Die lokalen und indigenen Gemeinschaften sind als die primären Rechtsinhaber zu sehen.¹⁹² 	<p>Grundvoraussetzung ist die Autonomie und Souveränität der legitimen Autoritäten der Forstgemeinschaften zur Kontrolle und Verwaltung der Waldressourcen zum Wohle der Gemeinschaft.</p>	<p>Basierend auf den in der VN Erklärung anerkannten Rechten indigener Völker stehen an erster Stelle die Rechte der Gemeinschaften.</p> <p>Soziale und ökologische Schutzbestimmungen auf Basis der internationalen Vereinbarungen über indigene Rechte;</p> <p>Entwicklung von Informationssystem zu und Lösung von Konflikten betreffend Einhaltung der Schutzbestimmungen;</p>
Partizipation und Entscheidungs- findung FPIC	<p>Zentral ist die wirksame Beteiligung der lokalen Waldbewohner an der langfristigen Verwaltung der Waldressourcen. Dies ist untrennbar verbunden mit einer demokratischen Entwicklung im Allgemeinen und dem Recht auf Information und Konsultation im Besonderen.¹⁹³</p> <p>Dies beinhaltet das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung.</p> <p>Instrument zur Stärkung der Waldbewohner, das es ihnen ermöglicht externe Entscheidungen, die sie betreffen, zu beeinflussen und die Kontrolle über ihre eigene Entwicklung zu übernehmen.¹⁹⁴</p>	<p>Kontrolle und Bewirtschaftung der Wälder werden von der Zentralregierung auf Institutionen kommunaler Ebene übertragen.</p> <p>Förderung von guter Regierungsführung, Verantwortlichkeit und Gendergleichberechtigung.</p> <p>In den meisten Fällen organisieren und regulieren sich die Gemeinden selbst. So praktizieren die lokalen Gemeinschaften partizipative Entscheidungsprozesse, betreiben Vorteilsausgleich und setzen Rechenschaftsmechanismen ein. Dörfliche Forstverwaltungs-Gremien werden in den Generalversammlungen der Dörfer gewählt und sind verantwortlich dafür, sicherzustellen, dass der Wald zum Vorteil der ganzen Gemeinschaft bewirtschaftet wird.</p> <p>Wenn Gremienmitglieder ihre Macht missbrauchen, werden sie vom Gremium ausgeschlossen, bestraft oder sogar verhaftet.</p> <p>Geschlechtergleichberechtigung kann gefördert werden, indem sichergestellt wird, dass Frauen auf allen Ebenen und bei allen Aktivitäten beteiligt werden.¹⁹⁵</p>	<p>Die Lebens-Pläne werden an lokale Gegebenheiten angepasst und in Zusammenarbeit mit den Basis-organisationen erarbeitet.</p> <p>Indigene Beteiligung in Entscheidungsprozessen, Mesas Redd+ Indígena, in Dialog mit Zivilgesellschaft;</p> <p>Partizipation, Konsultation und FPIC sind Bedingung; Veto-Recht ist vorgesehen;</p>
Land- und Nutzungsrechte	<p>Die Anerkennung, Identifizierung, Definition und gegebenenfalls Klärung von Eigentums- und Nutzungsrechten an Land, Wald und Ressourcen, insbesondere der gewohnheitsrechtlichen und kollektiven Rechte indigener und lokaler Gemeinschaften, bilden die fundamentale Ausgangsbasis.</p> <p>Waldbewohner werden in ihrer Position gegenüber anderen Interessengruppen gestärkt und in die Lage versetzt, selbstbestimmt und selbstbewusst ihre Rechte einzufordern und ihre natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen.¹⁹⁶</p>	<p>Die Übertragung von Kontrolle und Verwaltung auf Gemeindeebene beinhaltet manchmal Übertragung legaler Rechte; oder das Land bleibt im Besitz des Staates während die Gemeinschaften den Wald im Rahmen von Verwaltungsplänen nutzen.¹⁹⁷ Zentral ist das Konzept des gemeinschaftlichen Eigentums. Die Gemeinschaft ist dabei weniger „Besitzer“ des Waldes sondern vielmehr „Hüter“ mit entsprechenden Pflichten und Rechten.</p> <p>Grundvoraussetzung hierfür sind gesicherte Land- und/oder Nutzungsrechte¹⁹⁸</p>	<p>Gemeinschaften sind Eigentümer des Waldes und seiner Ressourcen.</p> <p>Erarbeitung der „Planes de Vida Plena“ als Managementpläne, die die Sicherung von Territorien (z. B. durch die Ausweisung und legale Anerkennung von neuen, oder Demarkierung von bestehenden Territorien) angepasst an die Bedingungen des jeweiligen Landes beinhaltet.</p>

<p>Biodiversität, traditionelle Lebensweisen, Nachhaltigkeit</p>	<p>Anerkennung der Wechselbeziehung zwischen biologischer und kultureller Vielfalt und der fundamentalen Bedeutung des Wissens und der traditionellen Nutzungspraktiken indigener und lokaler Gemeinschaften für den Erhalt der biologischen Vielfalt von Wäldern an.</p> <p>Dies ist Basis für die gemeinsame Entwicklung von Schutz- und nachhaltigen Nutzungspraktiken. Dies beinhaltet, dass die Gemeinschaften eine entscheidende Rolle bei der Verwaltung und Kontrolle der Ressourcen spielen und gegebenenfalls in dieser Rolle gestärkt und/oder befähigt werden.</p>	<p>Gemeinschaften haben ein starkes Interesse am Erhalt ihrer Wälder und der nachhaltigen Nutzung seiner Produkte und Dienstleistungen wie den Schutz von Wasserscheiden und neuerdings auch Ökotourismus. Sie verfügen über lokales Wissen, das es ihnen ermöglicht, spezielle Praktiken angepasst an bestimmte Orte anzuwenden.</p> <p>Gemeinschaften erhalten den Wald und fördern die Kohlenstoffvorräte.¹⁹⁹</p>	<p>Drei Hauptziele</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Stärkung der Ökosystemfunktionen des Bioms Amazonien auf Basis der holistischen Handhabung der indigenen Territorien. Hierbei geht es um die Gesamtheit der Umweltdienstleistungen, nicht nur Kohlenstoffspeicherung. 2) Reduzierung des globalen ökologischen Fußabdrucks 3) Reduzierung und Kontrolle der Verursacher von Entwaldung und Degradation (drivers of deforestation and degradation) <ul style="list-style-type: none"> • Bergbau • expansive Viehwirtschaft • Agroindustrie • Siedler • Staudammgroßprojekte • infrastrukturelle Großprojekte
<p>Benefitsharing</p>	<p>Im Rahmen eines rechtsbasierten Ansatzes ergibt sich, dass auf der Grundlage einer umfassenden Anerkennung und Gewährleistung von Rechten und maximaler Beteiligung der Waldbewohner insbesondere an Verwaltung und Kontrolle der Waldressourcen ein gerechtes Benefitsharing stattfindet und entsprechende Regelungen partizipativ, transparent und im Bemühen Machtgefälle abzubauen, erarbeitet werden.</p>	<p>Gemeinschaftliche Forstwirtschaft leistet einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung. Sie schafft Einkommensquellen sowohl in Form direkter finanzieller Erträge als auch durch eine Diversifizierung der Quellen des Lebensunterhaltes basierend auf den Produkten und Leistungen des Waldes.²⁰⁰</p> <p>Vertikales Benefitsharing ist oft in Regelungen dargelegt, horizontales Benefitsharing wird lokal entschieden.</p> <p>Regierungsverfahren für CFM sind häufig schwerfällig und die Vorteile gering.</p> <p>Klare und stabile Regeln der Regierung sind wichtig um Anreize zu schaffen.²⁰¹</p>	<p>Von Beginn und im Rahmen der Pläne zum erfüllten Leben, Leistungen und Gewinne an die indigenen Gemeinschaften bei voller Gewährleistung der territorialen, politischen, verwaltungsmäßigen, technischen Kontrolle und der geistigen Eigentumsrechte der betroffenen indigenen Gemeinschaften.</p> <p>Vertragspartner können keine Kohlenstoffzertifikate handeln oder diese zur Kompensation für ihre Verpflichtungen zur Reduzierung von Treibhausgasen verwenden.</p> <p>Direkte, faire, offene Verteilung der Einkünfte oder Gewinne unter der Kontrolle der Gemeinschaften;</p> <p>nationale oder subnationale Regierungsgelder unter Kontrolle durch die Zivilgesellschaft</p>



¹⁹² Rainforest Foundation Norway (2012), S.15

¹⁹³ Rainforest Foundation Norway (2012), S.26

¹⁹⁴ Rainforest Foundation Norway (2012) S. 26f

¹⁹⁵ Accra Caucus Report 2010, S. 31-32

¹⁹⁶ (Greiber (Ed), S.67ff; Rainforest Foundation Norway, S. 22f

¹⁹⁷ Accra Caucus Report 2010, S. 31

¹⁹⁸ World Rainforest Movement, S.25

¹⁹⁹ Accra Caucus Report S.32

²⁰⁰ Accra Caucus Report, S.32

²⁰¹ IUCN (2009): S.5

	Biokulturelle Gemeinschaftsprotokolle	ICCA's	Wanderfeldbau
Grundsätzliche Rechtsbasis / Rechtsverständnis	<p>Basis bilden die Werte, Standards, Rechte, Verfahren und Verantwortlichkeiten der Gemeinschaften wie sie im Gewohnheitsrecht und in nationalen und Gesetzen und Richtlinien festgelegt sind.²⁰²</p> <p>Protokolle sind ein Weg für Gemeinschaften, ihre Kapazitäten zur lokalen Umsetzung internationaler und nationaler Umweltgesetzen zu erhöhen.²⁰³</p>	<p>Grundlage für ICCAs ist eine Rechtsprechung und Politik, die das Eigentum oder die „Hüter-Rechte“ der indigenen Völker über ihre traditionellen Territorien, einschließlich der natürlichen Ressourcen und kulturellen Systeme, anerkennt, basieren auf der Verknüpfung zwischen starken indigenen Rechten und Menschenrechtsbestimmungen einerseits und guter Regierungsführung und Verwaltung von Ländereien, Territorien und natürlichen Ressourcen andererseits.²⁰⁴</p>	<p>Insbesondere 7 Artikel der UNDRIP nennen zentrale Rechte für indigene Gemeinschaften, die Wanderfeldbau betreiben.²⁰⁵</p>
Partizipation und Entscheidungs- findung FPIC	<p>Entwicklungsprozess der Protokolle ist ein kollektiver Konsultationsprozess in der Gemeinschaft oder zwischen Gemeinschaften, in dem diese ihre zentralen ökologischen, kulturellen, spirituellen Werte und Gewohnheitsrechte in Bezug auf ihr traditionelles Wissen und ihre Ressourcen skizzieren. Auf dieser Grundlage werden klare und transparente Regeln und Bedingungen für den Zugang und die Verwendung von Wissen und Ressourcen geschaffen, einschließlich klarer Schritte für die Gewährleistung und Einholung von FPIC.²⁰⁶</p>	<p>Das Volk oder die Gemeinschaft ist Hauptakteur bei der Entscheidungsfindung und deren Umsetzung. Andere Rechteinhaber oder Interessensgruppen können als Partner fungieren, z. B. wenn Land im Besitz des Staates ist, aber die lokalen Entscheidungen und Verwaltungsanstrengungen sind vorherrschend.²⁰⁷</p> <p>Indigene Territorien werden meist von traditionellen Institutionen basierend auf Gewohnheitsrecht geleitet, wie z. B. Ältestenrat, Clanchefs, Konföderationen etc.; in einigen Fällen werden moderne Institutionen geschaffen, um auf aktuelle Bedingungen zu reagieren, wie z. B. der Notwendigkeit, spezielle Gremien oder Versammlungsformen für die Verwaltung bestimmter Schutzeinheiten innerhalb des Territoriums zu gründen. Häufig leiten Dorfversammlungen ICCAs auch in nicht-indigenen lokalen Gemeinschaften.²⁰⁸</p>	<p>Gemeinschaften, die Wanderfeldbau betreiben, haben meist kollektive und konsensuale Formen der politischen Entscheidungsfindung</p> <p>und sozialen Streitbeilegung sowie der gemeinschaftlichen Zusammenarbeit.²⁰⁹</p>
Land- und Nutzungsrechte	<p>Basis bildet Gewohnheitsrecht und traditionelle und gewohnheitsrechtliche Nutzung der Länder und Ressourcen. Das Land, die damit verbundene traditionelle Nutzung, traditionelles Wissen, kulturelle Praktiken, heilige Orte u. a. werden mit Hilfe von GPS und GIS Technologien von der Gemeinschaft aufgezeichnet und dokumentiert. Darauf aufbauend werden nationale und internationale Gesetze und Instrumente genutzt, um Rechte der Gemeinschaften zu fördern und einzufordern.²¹⁰</p>	<p>Verwaltungsautorität und Verantwortung liegt bei indigenen Völkern und/oder lokalen Gemeinschaften mittels verschiedener Formen von gewohnheitsrechtlichen oder rechtlichen, formellen oder informellen, Institutionen und Regeln.²¹¹</p>	<p>Rechte auf Nutzung und Zugang zu ausreichend bewaldeten Flächen sind Grundvoraussetzung, sonst kann es zur Verkürzung der Brachezeiten kommen, die sich negativ auf die Biodiversität und den Klimaschutz auswirken.</p> <p>Kollektive und im allgemeinen demokratische</p> <p>Entscheidungs- und Konsensfindung über die Verteilung der Felder und die gemeinsame Nutzung von landwirtschaftlichen</p> <p>Produkten.²¹² Regeln für Zugang, Nutzung und Verteilung der Ressourcen.</p>

<p>Biodiversität, traditionelle Lebensweisen, Nachhaltigkeit</p>	<p>Anerkennung und Unterstützung der den Gemeinschaften eigenen gebräuchlichen Lebensweise und die Bewahrung ihrer Gebiete oder Territorien sind zentral.²¹³</p> <p>Gemeinschaft beschreibt und bestimmt die Regeln, nach denen sich ihre Mitglieder insbesondere zur Erhaltung und der nachhaltigen Nutzung des Waldes zu verhalten haben.</p>	<p>Die Entscheidungen und Anstrengungen von indigenem Volk/lokaler Gemeinschaft führen zum Schutz von Habitaten, Arten, gentischer Vielfalt, Umweltleistungen und damit verbundenen kulturellen Werten,</p> <p>auch wenn die bewussten Ziele der Verwaltung nicht ausschließlich auf Naturschutz ausgerichtet sind.²¹⁴</p> <p>ICCAs schaffen die Basis für das sozio-kulturelle, wirtschaftliche, politische, geistige und körperliche Wohlbefinden der indigenen Völker und lokalen Gemeinschaften. Sie schützen kritische Ökosysteme und bedrohte Arten. Sie pflegen wesentliche Funktionen des Ökosystems, wie Wasser-Sicherheit, Bodenschutz und Wartung von Gen-Pools, einschließlich der entscheidenden Speicherung von Kohlenstoff.²¹⁵</p>	<p>Trägt nicht nur zum Erhalt sondern zur Förderung der Biodiversität bei, insbesondere der genetischen Vielfalt in der Landwirtschaft. Sekundärwälder erhöhen die Artenvielfalt u. a. aufgrund der unterschiedlichen Altersstufen sowie der Flächen unberührten bzw. geschützten Waldes. Spirituelle Traditionen beinhalten Tabus, die fragile Ökosysteme schützen, vor Entwaldung und Erosion bewahren. Wenn die traditionellen Praktiken gestört, begrenzt oder verboten werden, kommt es zum Verlust von Netzwerken zum Austausch von Setzlingen, Samen, Wissen und Erfahrungen und damit auch der biologischen Vielfalt und der Anpassungsmöglichkeiten an den Klimawandel.²¹⁶</p>
<p>Benefitsharing</p>	<p>Protokolle beinhalten klare Regeln und Vorgaben für eine gerechte Vorteilsaufteilung. Diese werden von der Gemeinschaft bestimmt und überwacht.</p>	<p>ICCAs schaffen sichere und nachhaltige Grundlagen für den Lebensunterhalt, mittels Beschäftigungen in einer Reihe von Tätigkeitsfeldern, sowohl subsistenzorientiert als auch Einkommen schaffend, einschließlich Waldnutzung, Handwerk, Tourismus u. a.²¹⁷</p>	<p>Sicherheits-Netzwerke beinhalten den Transfer von überschüssigen landwirtschaftlichen</p> <p>Produkten aus Familien mit relativ größeren Ernten für Familien mit bescheideneren Ernten.²¹⁸</p> <p>Vorteile und ihre Aufteilung gemeinschaftlich geregelt, um Ernährungssicherheit zu gewährleisten.</p>



²⁰² Holly Shrumm and Harry Jonas (editors), 2012. S. 14

²⁰³ Kabir Bavikatte & Harry Jonas (Ed.) 2009. S.9

²⁰⁴ Kothari et al., S.82

²⁰⁵ Permanent Forum S.10

²⁰⁶ Kabir Bavikatte & Harry Jonas (Ed.) 2009. S.9f

²⁰⁷ Kothari et al. , S.17

²⁰⁸ Kothari et al. S.20

²⁰⁹ Permanent Forum, S.6

²¹⁰ Natural Justice (2013): REDD Community Protocols: A Community Approach to Ensuring the Local Integrity of REDD

²¹¹ Borrini-Feyerabend et al., S.55

²¹² Permanent Forum S.6 und 9ff

²¹³ Holly Shrumm and Harry Jonas (editors), 2012. S. 14

²¹⁴ Kothari S.17

²¹⁵ Kothari et al. S.24

²¹⁶ AIPP, IWGIA, IKAP (2009) S.5; Permanent Forum S.9

²¹⁷ Kothari et al. ,S.24

²¹⁸ Permanent Forum. S.6

Schlussbemerkungen

Waldklimaschutzvorhaben haben das Ziel, den Wald mit seiner biologischen Vielfalt und seinen Ökosystemleistungen zu erhalten, das Klima zu schützen und gleichzeitig zur Bekämpfung der Armut unter den Bürgern walddreicher Staaten, insbesondere den indigenen und lokalen Waldbewohnern, beizutragen. Zur Erreichung dieser Ziele verfolgt die EZ einen Menschenrechtsansatz, da sie nur so einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten kann.²¹⁹ Nichtregierungsorganisationen, die sich im Natur- und Waldschutz engagieren, beschäftigen sich seit einigen Jahren verstärkt mit Menschenrechtsfragen und einem Menschenrechtsansatz in der Naturschutzarbeit. Nun ist die Erkenntnis nicht neu, dass nachhaltiger Umwelt-, Natur- oder Waldschutz Hand in Hand gehen muss mit dem Schutz und der Gewährleistung der Menschenrechte der lokalen und indigenen Bewohner in den betreffenden Gebieten, ist dies ja bereits in der Deklaration von Rio 1992 angelegt. Bei den konkreten Bemühungen zur Entwicklung und Umsetzung eines Menschenrechtsansatzes in der EZ und dem Naturschutzbereich handelt es sich jedoch um jüngere Entwicklungen. Dies mag erklären, warum nun, mehr als zwei Jahre nach der Verabschiedung des BMZ Strategiepapiers, die praktische und systematische Umsetzung dieses Ansatzes noch nicht erkenn- bzw. nachvollziehbar ist. Zumindest wird von außen und über die Projektbeschreibungen nicht deutlich, dass sich vom Ansatz her in den letzten Jahren etwas geändert hat und die Menschenrechte, wenngleich sie immer schon wichtig waren, nun sowohl eine erklärte Priorität als auch eine Querschnittsaufgabe der gesamten EZ darstellen. Ein Grund hierfür ist sicher, dass die Berichterstattung in diesem Punkt nicht umfassend, detailliert und transparent genug ist und die bereits gemachten Erfahrungen nicht angemessen kommuniziert werden.²²⁰

Auf der anderen Seite sind explizit rechtsbasierte Ansätze noch relativ neue Konzepte. Da es bisher noch keine einheitliche Definition für ‚rechtsbasierte Ansätze‘ gibt, liegen die Erfahrungen aus unterschiedlichen Umsetzungsformen oder Pilotprojekten, die sich hier hinzu zählen lassen, noch nicht systematisch aufbereitet vor. Außerdem handelt es sich meist um sehr spezifische Erfahrungen bzw. Projekte, die Schritt für Schritt im jeweiligen rechtlichen, politischen, kulturellen und ökologischen Kontext auf lokaler Ebene vorgehen. Dadurch fehlt es an vergleichenden Studien und einer Zusammenführung der Erkenntnisse, um eine größere Breitenwirkung erzielen zu können. Möglicherweise liegen die konkreten praktischen Erfahrungen, die mit der Umsetzung des Menschenrechtsansatzes durch die EZ und ebenso durch Nichtregierungsakteure gemacht werden, gar nicht so weit weg von den Erfahrungen aus der Umsetzung verschiedener rechtsbasierter Ansätze. Um dies aber beurteilen zu können, müssen diese Erfahrungen einerseits besser kommuniziert und andererseits mehr systematisiert werden. Dann kann auch ein Austausch über „Best Practices“ stattfinden, der für die Förderung von rechtsbasierten bzw. Menschenrechtsansätzen dringend notwendig wäre.

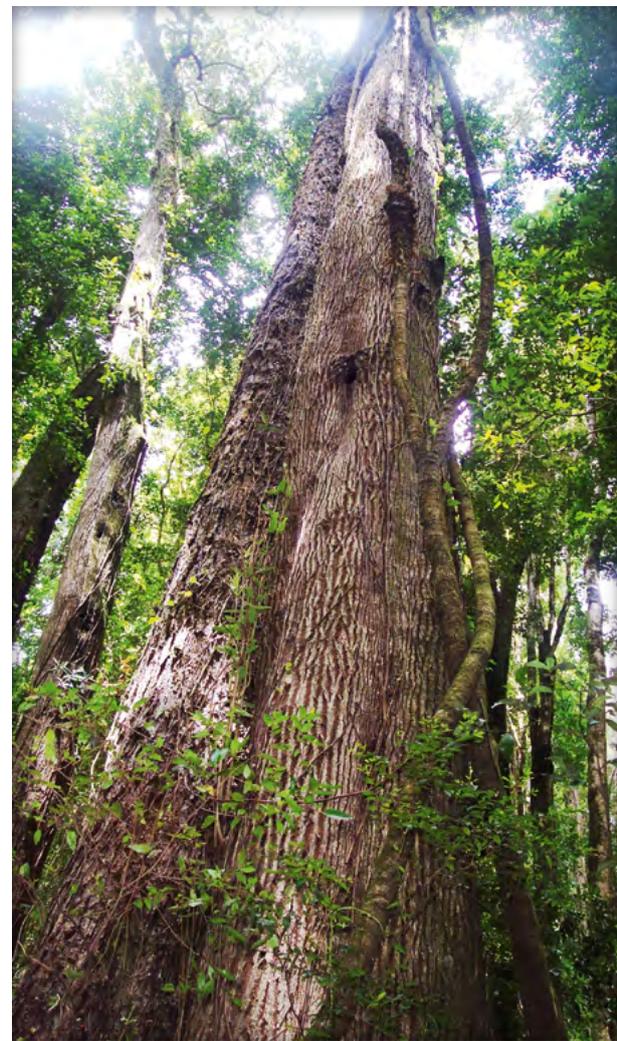
Trotz möglicher Gemeinsamkeiten in der praktischen Umsetzung des Menschenrechtsansatzes in der deutschen internationalen Zusammenarbeit einerseits und rechtsbasierter Ansätze andererseits muss klar herausgestellt werden, dass ein wesentlicher Unterschied im Stellenwert, der

²¹⁹ BMZ-Strategiepapier 4/2011. S.3

²²⁰ An dieser Stelle soll noch erwähnt werden, dass sich das BMZ um mehr Transparenz und eine umfassende und aktuelle Darstellung und Erläuterung der entwicklungspolitischen Leistungen der Bundesregierung bemüht. Dies dient der Information der Öffentlichkeit und des Parlaments über die Verwendung öffentlicher Mittel und soll darüber hinaus auch helfen, die Wirksamkeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit weiter zu erhöhen. Hierzu hat das BMZ im Dezember 2012 nationale Umsetzungspläne für Transparenzstandards entsprechend der Internationalen Initiative für mehr Transparenz in der Entwicklungshilfe (International Aid Transparency Initiative - IATI) veröffentlicht. www.bmz.de/de/was_wir_machen/wege/transparenz-fuer-mehr-Wirksamkeit/index.html Ebenso ist die KfW um mehr Transparenz bemüht. „Seit dem 28. November 2013 ist das *Transparenzportal der KfW online*, das ebenfalls eine *Projektdatenbank* enthält. Hierin stellt die KfW Projektinformationen nach einem einheitlichen Raster zur Verfügung. Dies beinhaltet neben einer Projektbeschreibung, Angaben zu Sektoren und Schwerpunkten sowie Projektpartnern auch detailliertere Angaben zur Finanzierungsart und -zusammensetzung. [...] Noch ist es zu früh, um die Qualität der bereitgestellten Informationen aus zivilgesellschaftlicher Sicht zu bewerten, da sich das *Transparenzportal* noch im Aufbau befindet. In jedem Fall ist es ein wichtiger Schritt hin zu mehr Transparenz in der Entwicklungszusammenarbeit der KfW.“ Siehe Artikel von Christine Lottje und Lili Fuhr unter <http://klima-der-gerechtigkeit.boellblog.org/2014/01/08/mehr-transparenz-in-der-klimafinanzierung-nun-auch-bei-der-kfw/>

den Menschenrechten bzw. menschenrechtlichen Fragen bereits bei der Projektkonzeption begemessen wird, liegt. So findet bei den meisten betrachteten Projekten der EZ und von Unternehmen sowie auch bei Projekten von Naturschutzorganisationen, die Projektkonzeption ohne die Betroffenen bzw. die Zielgruppe sowie ohne ausreichend Zeit für die Analyse der potentiellen Interessengruppen, ihrer Rechte, Pflichten, Ansprüche und möglicher Konflikte diesbezüglich statt.²²¹ Im Unterschied hierzu beginnen Projekte mit einem rechtsbasierten Ansatz bei und mit den indigenen und lokalen Waldbewohnern und ihren Rechten, ihrem Wissen und ihren Erfahrungen und werden auf der Basis der effektiven Anerkennung und entsprechenden Förderung dieser Rechte, dieses Wissens und dieser Erfahrungen von den Waldbewohnern selbst oder gemeinsam mit ihnen entwickelt. Sie orientieren sich außerdem in der weiteren Umsetzung an der Dynamik der betroffenen Gemeinschaften, ihren Anliegen, Vorstellungen und Entscheidungen und sind dabei kontinuierlich darum bemüht, ihre rechtliche Position und Kapazitäten zu stärken. Nun liegt es in der Natur von Projekten der bilateralen Zusammenarbeit oder auch von großmaßstäblichen Projekten des Privatsektors, dass diese auf der Ebene der Regierungen als den primären Projektpartnern beginnen und die Zusammenarbeit auf der lokalen Ebene erst dann beginnt, wenn die Rahmenbedingungen durch politische Dialoge bzw. Regierungskonsultationen etc. geschaffen wurden. Nichtsdestotrotz scheint es möglich, sowohl auf Regierungsebene beratend tätig zu sein als auch auf der lokalen Ebene rechtsbasierte Ansätze in der direkten Zusammenarbeit mit den Gemeinschaften umzusetzen bzw. sie bei ihren eigenen Ansätzen und Bemühungen zu unterstützen, wie die Fallbeispiele aus Honduras oder auch Laos nahe legen. Hier taucht die Frage auf, warum es von diesen Formen der Zusammenarbeit scheinbar so wenige Beispiele gibt? Minnie Degawan sagte kürzlich: „*It is not so difficult or complicated because it is about establishing respectful relationships between equal partners.*“²²²

Die Betrachtungen im Rahmen dieser Studie haben gezeigt, dass noch ein recht großer Handlungsbedarf besteht, um den Menschenrechtsansatz in der EZ und einen rechtsbasierten Waldklimaschutz umfassender und systematischer umzusetzen und damit das Potential dieser Ansätze für einen effektiven, nachhaltigen und gerechten Wald- und Klimaschutz zu erhöhen. Zudem sollten die Erfahrungen hieraus vermehrt und besser kommuniziert werden. Ein Beitrag hierzu soll mit dieser Studie geleistet werden.



Reservat eines temperierten Regenwald, Rucamanque, Chile, Foto ©Sabine Schielmann, INFOE

²²¹ Dieser Eindruck beruht in erster Linie, wie bereits erwähnt, auf der Betrachtung der Projekte anhand der öffentlich zugänglichen Projektinformationen sowie der ergänzenden Gespräche bzw. Interviews.

²²² Minnie Degawan während ihrer Teilnahme an der Tagung des INFOE und der Evangelischen Akademie Villigst in Schwerte vom 8. bis 10. November 2013.

Literaturverzeichnis

Literatur Kapitel 1 bis 4

Allgemein

- Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Thilo Hoppe, Ute Koczy, Dr. Hermann E. Ott, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/10590 zur Finanzierung des Waldschutzes durch REDD+ und die Stärkung und Einhaltung von Schutzklauseln. Deutscher Bundestag Drucksache 17/10739 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/107/1710739.pdf>
- BMU: Informationen zur Förderung von Vorhaben im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Stand: 31. Oktober 2012 www.international-climate-initiative.com/fileadmin/Dokumente/Informationen_zur_Foerderung_von_Vorhaben_im_Rahmen_der_IKI_1120.pdf
- BMU: Die internationale Klimaschutzinitiative www.international-climate-initiative.com/de/ueber-die-iki/foerderinstrument-iki/ Zugriff am 10.12.2013
- BMZ (2013) Leitfaden zur Berücksichtigung von menschenrechtlichen Standards und Prinzipien, einschl. Gender, bei der Erstellung von Programmvorschlügen der deutschen staatlichen Technischen und Finanziellen Zusammenarbeit. BMZ Referat 204. 6.02.2013 <http://wikindigena.org/images/temp/4/43/20130513084414!phpIoGobO.pdf>
- BMZ Seite: Deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Waldsektor www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/umwelt/wald/Deutscher_Beitrag/index.html
- BMZ (in Kooperation mit GIZ und KfW): REDD Early Movers (REM) - Pioniere des Waldschutzes belohnen. April 2012. www.bmz.de/de/publikationen/themen/umwelt/Flyer_REDD_lang.pdf
- BMZ-Strategiepapier 4/2011: Menschenrechte in der deutschen Entwicklungspolitik www.bmz.de/de/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier303_04_2011.pdf
- BMZ: Ready for Read, 2011. www.bmz.de/de/publikationen/themen/klimaschutz/Materialie213_Informationsbroschuere_00_2011.pdf
- BMZ (2010): Biodiversität Schützen, nachhaltig nutzen, Gewinne gerecht verteilen. Bilanz des deutschen entwicklungspolitischen Engagements für biologische Vielfalt. www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/themen_und_schwerpunkte/biodiversitaet/bilanz_biodiversitaet.pdf
- BMZ Konzept 139: Entwicklungszusammenarbeit mit indigenen Völkern in Lateinamerika und der Karibik. (2006). www.bmz.de/de/publikationen/reihen/strategiepapiere/Konzept139.pdf
- BMZ (2002) Sektorkonzept Wald und nachhaltige Entwicklung

- CCBA: Climate, Community & Biodiversity Standards, Draft Third Edition of the CCB Standards for Public Comment. 22nd March 2013. www.climate-standards.org/ccb-standards/ccb-standards-revision/
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH in Cooperation with KfW (September 2012): Committed to Biodiversity. Germany's International Cooperation to Implementing the Convention on Biological Diversity for Sustainable Development. www.bmz.de/en/publications/type_of_publication/special_publications/Biodiversity.pdf
- GIZ, (2013) : Leitfaden zur Verankerung der Zusammenarbeit mit indigenen Völkern in der deutschen TZ. Lateinamerika und Karibik. Regionalabteilung Südamerika OE 2400, Koordinationsstelle Indigene Völker in Lateinamerika und der Karibik (KIVLAK). April 2013. <http://wikindigena.org/images/f/f2/Leitfaden-IV-und-TZ-2013.pdf>
- IKI: Handreichung der IKI für Projektdurchführer : Erläuterung 1: Hinweise zum Projektvorschlag und Monitoring von IKI-Projekten . Information vom Programmbüro der IKI : programmbuero@programmbuero-klima.de
- International Finance Corporation (2012): IFC Sustainability Framework: Policy and Performance Standards on Environmental and Social Sustainability Access to Information Policy Effective January 1, 2012 www.ifc.org/wps/wcm/connect/b9dadb004a73e7a8a273fff998895a12/IFC_Sustainability_+Framework.pdf?MOD=AJPERES
- IUCN (2009): REDD-plus and Benefitsharing. Experiences in forest conservation and other resource management sectors. http://cmsdata.iucn.org/downloads/benefit_sharing_english.pdf
- KfW (Februar 2012) REDD Fachdialog 3: REDD und Indigene Völker. www.kfw-entwicklungsbank.de/migration/Entwicklungsbank-Startseite/Entwicklungsfinanzierung/Sektoren/Naturressourcen-und-Tropenwald/REDD-Fachdialog-3-REDD-und-Indigene-Völker.pdf
- KfW- Entwicklungsbank (2012): Nachhaltigkeitsleitsätze der KfW Bankengruppe www.kfw.de/Download-Center/Konzernthemen/Nachhaltigkeit/Nachhaltigkeitsleitsätze_Oktober_2012.pdf
- KfW (2008): Erklärung der KfW-Bankengruppe zur Berücksichtigung der Menschenrechte in ihrer Geschäftstätigkeit <https://www.kfw.de/nachhaltigkeit/migration/Menschenrechtserklärung.pdf>
- KfW- Entwicklungsbank: Engagement der KfW Entwicklungsbank www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Sektoren/Naturressourcen-und-Tropenwald/Engagement-der-KfW-Entwicklungsbank/index.html
- KfW-Waldbroschüre (2010): Waldschutz ist Klimaschutz : Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern – Klima und Entwicklung www.kfw-entwicklungsbank.de/Download-Center/PDF-Dokumente-Broschüren/2010_FZ-Broschüre_Walschutz_D.pdf



- Lars Schmidt, Kristin Gerber und Pierre L. Ibisch (2011) Ein Rahmen für effektive Waldklimaschutzvorhaben. Germanwatch. Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter: www.germanwatch.org/klima/redd11eff.htm
- Leonardo A. Crippa & Gretchen Gordon (May, 2012) International Law Principles for REDD+: The Rights of Indigenous Peoples and the Legal Obligations of REDD+ Actors. Indian Law Resource Centre
- Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V. (2012): Das Harapan-Regenwaldprojekt auf Sumatra. www.nabu.de/downloads/info_harapan_regenwald.pdf
- OroVerde: Investieren in Waldklimaprojekte unter www.oроверde.de/fileadmin/user_upload/PDF/Wald_und_Klima/Broschuere_Leitlinien_red.pdf
- Rainforest Foundation Norway (2012) Rights-based rainforest protection. Why securing the rights of forest peoples is the right way to save the forest. www.regnskog.no/languages/english/_attachment/35434?_ts=13996420cd0
- Tebtebba Foundation (2010): Indigenous Peoples, Forests & REDD Plus: Sustaining & Enhancing Forests Through Traditional Resource Management. Baguio City, Philippines
- UN General Assembly (A/HRC/12/34). Report of the UN Special Rapporteur on the situation of human rights and fundamental freedoms of indigenous people, James Anaya on PROMOTION AND PROTECTION OF ALL HUMAN RIGHTS, CIVIL, POLITICAL, ECONOMIC, SOCIAL AND CULTURAL RIGHTS, INCLUDING THE RIGHT TO DEVELOPMENT. 15 July 2009 www.converge.org.nz/pma/A-HRC-12-34.pdf
- UNFCCC (FCCC/CP/2010/7/Add.1) Decision 1/CP.16: The Cancun Agreements unter <http://unfccc.int/resource/docs/2010/cop16/eng/07a01.pdf>
- UNREDD/PB8/2012/V/1 UN-REDD Programme Social and Environmental Principles and Criteria UN-REDD PROGRAMME EIGHTH POLICY BOARD MEETING 25-26 March 2012 Asunción, Paraguay unter www.un-redd.org/multiple_benefits_sepc/tabid/54130/default.aspx
- WWF International (2008). Indigenous Peoples and Conservation: WWF Statement of Principles. Gland, Switzerland: WWF International www.conservationgateway.org/Documents/19_Indigenous_Peoples_and_conservation_WWF_Statement.pdf
- Weitere konsultierte Webseiten:
 - www.faststartfinance.org
 - www.deutschklimafinanzierung.de/was-ist-die-deutsche-klimafinanzierung/summen
 - www.wikindigena.org
 - www.conservation-rights.org
 - www.un-redd.org
 - www.redd-monitor.org
 - www.forestpeoples.org
 - www.forestcarbonpartnership.org
 - www.international-climate-initiative.com

FPIC

Allgemein

- Anderson, P., (2011). Free, Prior, and Informed Consent in REDD+: Principles and Approaches for Policy and Project Development. Published by RECOFTC and GIZ. www.recoftc.org/site/uploads/content/pdf/FPICinREDDManual_127.pdf
- BMZ/GIZ (2012): Veranstaltungsdokumentation: Die Umsetzung des ‚Free, Prior and Informed Consent - FPIC, in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Hindernis für die Entwicklung oder Instrument für die Prävention von Konflikten? 05. Juli 2012, GIZ, Eschborn. www.giz.de/Themen/de/dokumente/giz2012-de-Veranstaltungsdokumentation.pdf
- Colchester, Marcus: Free, Prior and Informed Consent. Making FPIC work for forests and peoples. A TFD Publication, Number 11, July 2010. http://environment.yale.edu/tfd/uploads/TFD_FPIC_ResearchPaper_Colchester_lo-res.pdf
- E/C.19/2005/3 UN Permanent Forum on Indigenous Issues. Fourth session, New York, 16-27 May 2005: Item 4 of the provisional agenda: Ongoing priorities and themes : Report of the International Workshop on Methodologies regarding Free, Prior and Informed Consent and Indigenous Peoples (New York, 17-19 January 2005) www.cbd.int/doc/meetings/abs/absgtle-03/information/absgtle-03-inf-03-en.pdf
- GIZ (Hrsg.) (2013) Stärkung indigener Organisationen in Lateinamerika: Das Recht auf vorherige Konsultation: Rechtsnormen, Praxis und Konflikte in Lateinamerika. März 2013 www.giz.de/expertise/downloads/giz2013-de-kivlak-konsultationsrecht-lateinamerika.pdf
- GIZ (2011): CliPAD in brief: Piloting Free, Prior and Informed Consent in Laos. October 2011. GIZ CliPAD-PR-FPIC Briefing.pdf www.unredd.net/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gi...
- Guiding Principles for Free, Prior, and Informed Consent of the Forest Peoples Programme (FPP): www.forestpeoples.org/guiding-principles/free-prior-and-informed-consent-fpic
- Hill, C., Lillywhite, S., and Simon, M., (2010). Guide to Free Prior and Informed Consent, Oxfam Australia. www.culturalsurvival.org/files/guidetofreepriorinformedconsent_0.pdf
- International Alliance of Indigenous and Tribal peoples of the Tropical Forest (IAITPTF) and the Indigenous Peoples' Foundation for Education and Environment (IPF) (2011) Handbook on Free, Prior and Informed Consent For Practical Use by Indigenous Peoples' Communities www.thai-ips.org/Documents/PFIC-handbook-ENG.pdf
- WWF (2011). Free, Prior, Informed Consent and REDD+: Guidelines and Resources. http://assets.worldwildlife.org/publications/363/files/original/14_Free__

Handbücher zu FPIC

- AIPP and IWGIA (2012) Training Manual on Free, Prior and Informed Consent (FPIC) in REDD+ for Indigenous Peoples. <http://ccmin.aippnet.org/ourpublications/article/1041/FPIC-Manual-web2.pdf>
- Edwards, et al, (2012), Putting Free, Prior and Informed Consent into Practice: A Training Manual, RECOFTC (2012). www.recoftc.org/site/resources/Putting-Free-Prior-and-Informed-Consent-into-Practice-in-REDD-Initiatives.php
- IBIS (2013) Guidelines for Implementing the Right of Indigenous Peoples to Free, Prior and Informed Consent. IBIS Denmark, Printed in Bolivia. Heruntergeladen am 18. August 2013 von http://servindi.org/pdf/Guidelines_Implementing_rights_Indigenous_Peoples_FPIC.pdf

UN-REDD zu FPIC

- UN-REDD Programme. Guidelines on Free, Prior and Informed Consent. January 2013. Unter: www.un-redd.org/Launch_of_FPIC_Guidelines/tabid/105976/Default.aspx
- UN-REDD Programme, Report of the Expert Workshop on the UN-REDD Programme draft Guidelines on Free, Prior and Informed Consent, 10 - 11 February 2012, Geneva. www.unredd.net/index.php?option=com_docman&task=cat_view&gid=1459&Itemid=53
- CIEL (2010). FPIC and UN-REDD: Legal and Practical Considerations, prepared for the UN-REDD Programme by the Center for International Environmental Law (CIEL). www.unredd.net/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=1934&Itemid=53
- UN-REDD Programme Free, Prior and Informed Consent for REDD+ in the Asia-Pacific Region: Lessons Learned. November 2012 www.un-redd.org/Newsletter35/AP_Lessons_Learn_on_FPIC/tabid/105811/Default.aspx

Fallstudien zu FPIC

- Federación por la Autodeterminación de los Pueblos Indígenas: Propuesta de protocolo para un Proceso de Consulta y Consentimiento con los Pueblos Indígenas del Paraguay. PNUD, 2011 www.undp.org/content/dam/paraguay/docs/folletopropuestaconsulta.pdf
- Forest Peoples Programme : Free, Prior and Informed Consent and REDD in West Papua. Workshop Summary by Marcus Colchester 24 May 2009. www.forestpeoples.org/sites/fpp/files/publication/2010/08/wpapuareddfpicmay09eng.pdf
- Suruí Carbono, Consentimento Livre, Prévio e Informado Projeto Surui Carbono / Free, Prior and Informed Consent, Surui Carbon Project. ACT Brazil Editions 2010. www.equipe.org.br

- Weitere Fallstudien aus Costa Rica, Malaysia, Panama, den Philippinen und Surinam können von der Webseite von I.P.F. heruntergeladen werden:
www.thai-ips.org/FPIC.html

Literatur Kapitel 5

- Accra Caucus Report (2010): Realising rights, protecting forests: An Alternative Vision for Reducing Deforestation. Case studies from the Accra Caucus June 2010.
www.rainforestfoundationuk.org/files/Accra_Report_English.pdf
- AIPP and IWGIA (2012): Drivers of Deforestation? Facts to be considered regarding the impact of shifting cultivation in Asia.
www.iwgia.org/iwgia_files_publications_files/0576_Drivers_of_deforestation.pdf
- AIPP, IWGIA and NDF (2011) Climate Change, Trees and Livelihood: A Case Study on the Carbon Footprint of a Karen Community in Northern Thailand. www.iwgia.org/iwgia_files_publications_files/0510_Karen_Community_Carbon_Footprint.pdf
- AIPP, IWGIA, IKAP (2009) Shifting Cultivation And Climate Change www.iwgia.org/iwgia_files_publications_files/514_Briefing_paper_shifting_cultivation_final.pdf
- COICA (2012) redd+indígena – Gestión holística de Territorios de Vida Plena.
www.coica.org.ec
- COICA (2012) REDD+ Indígena Amazónico: Implementando experiencias piloto. Quito
- Grazia Borrini-Feyerabend, Nigel Dudley, Barbara Lassen, Neema Pathak and Trevor Sandwith (Draft version July 2012) Governance of Protected Areas: From understanding to action. GIZ, IUCN, CEESP, WCPA ICCA Consortium—with Secretariat of the Convention on Biological Diversity.
www.cbd.int/pa/doc/draft-governance-pa-2012-07-en.pdf
- Greiber, Thomas (Ed.) 2009. Conservation with Justice. A Rights-based Approach. IUCN, Gland, Switzerland. <http://data.iucn.org/dbtw-wpd/edocs/EPLP-071.pdf>
- Holly Shrumm and Harry Jonas (eds), 2012. Biocultural Community Protocols: A Toolkit for Community Facilitators. Natural Justice: Cape Town. [http://naturaljustice.org/wp-content/uploads/pdf/BCP-Toolkit--final-online-version-\(1\).pdf](http://naturaljustice.org/wp-content/uploads/pdf/BCP-Toolkit--final-online-version-(1).pdf)
- IUCN Rights Based Approach to Conservation portal: Implementing a Rights-Based Approach to Conservation in Honduras. Zugriff Dezember 2013 <https://community.iucn.org/rba1/projects/Pages/Implementing%20a%20Rights-Based%20Approach%20to%20Conservation%20in%20Honduras.aspx>
- IUCN Rights Based Approach to Conservation Portal: REDD and Rights in Tanzania unter <https://community.iucn.org/rba1/projects/Pages/REDD%20and%20rights%20in%20Tanzania%20-%20A%20REDD%20pilot%20project%20analysis%20from%20the%20lens%20of%20rights-based%20approaches.aspx> Zugriff Dezember 2013



- Kabir Bavikatte & Harry Jonas (Ed.) 2009: Bio-Cultural Community Protocols. A Community Approach to Ensuring the Integrity of Environmental Law and Policy. UNEP, Natural Justice. www.unep.org/communityprotocols/PDF/communityprotocols.pdf
- Kothari, Ashish with Corrigan, Colleen, Jonas, Harry, Neumann, Aurélie, and Shrumm, Holly. (eds). 2012. Recognising and Supporting Territories and Areas Conserved By Indigenous Peoples And Local Communities: Global Overview and National Case Studies. Secretariat of the Convention on Biological Diversity, ICCA Consortium, Kalpavriksh, and Natural Justice, Montreal, Canada. Technical Series no. 64, 160 pp, www.cbd.int/doc/publications/cbd-ts-64-en.pdf
- MASTA (2012) Protocolo Biocultural del Pueblo Indígena Miskitu. El derecho al consentimiento libre, previo e informado en nuestro territorio de la Mosquitia Hondureña http://naturaljustice.org/wp-content/uploads/pdf/Protocolo_Miskitu.pdf
- Natural Justice (2013): REDD Community Protocols: A Community Approach to Ensuring the Local Integrity of REDD. http://naturaljustice.org/wp-content/uploads/pdf/REDD_community_protocols.pdf
- Nelson A., Chomitz K.M. (2011). Effectiveness of Strict vs. Multiple Use Protected Areas in Reducing Tropical Forest Fires: A Global Analysis Using Matching Methods. www.plosone.org/article/info%3Adoi%2F10.1371%2Fjournal.pone.0022722
- Permanent Forum on Indigenous Issues: Study on shifting cultivation and the socio-cultural integrity of indigenous peoples. 24 Februar 2012. E/C.19/2012/8 www.un.org/esa/socdev/unpfi/documents/2012/session-11-e-c19-2012-8.pdf
- World Rainforest Movement (2004): COMMUNITY FORESTS: equity, use and conservation. June 2004 http://wrm.org.uy/wp-content/uploads/2013/04/Community_Forests_Equity_use_and_conservation.pdf

Fallbeispiele zu den einzelnen rechtsbasierten Ansätzen finden sich u. a. bei:

- > für rechtsbasierte Ansätze:
IUCN Rights-based Approach to Conservation Portal
<https://community.iucn.org/rba1/default.aspx>
- > für traditionelle Forstverwaltung/community forestry management:
www.forestpeoples.org , www.tebtebba.org und www.wrm.org.uy
- > für bio-kulturelle Gemeinschaftsprotokolle: www.community-protocols.org
- > für ICCAs: The Global ICCA Registry unter www.iccaregistry.org
- > für Wanderfeldbau/shifting-cultivation: www.ccm.in.aippnet.org

“46. Elements of a common understanding of free, prior and informed consent:**(i) What**

- Free should imply no coercion, intimidation or manipulation.
- Prior should imply that consent has been sought sufficiently in advance of any authorization or commencement of activities and that respect is shown for time requirements of indigenous consultation/consensus processes.
- Informed should imply that information is provided that covers (at least) the following aspects:
 - a. The nature, size, pace, reversibility and scope of any proposed project or activity;
 - b. The reason(s) for or purpose(s) of the project and/or activity;
 - c. The duration of the above;
 - d. The locality of areas that will be affected;
 - e. A preliminary assessment of the likely economic, social, cultural and environmental impact, including potential risks and fair and equitable Benefits sharing in a context that respects the precautionary principle;
 - f. Personnel likely to be involved in the execution of the proposed project (including indigenous peoples, private sector staff, research institutions, government employees and others);
 - g. Procedures that the project may entail.

- Consent

47. Consultation and participation are crucial components of a consent process. Consultation should be undertaken in good faith. The parties should establish a dialogue allowing them to find appropriate solutions in an atmosphere of mutual respect in good faith, and full and equitable participation. Consultation requires time and an effective system for communicating among interest-holders. Indigenous peoples should be able to participate through their own freely chosen representatives and customary or other institutions. The inclusion of a gender perspective and the participation of indigenous women are essential, as well as participation of children and youth, as appropriate. This process may include the option of withholding consent.

- 48. Consent to any agreement should be interpreted as indigenous peoples have reasonably understood it.

(ii) When

- FPIC should be sought sufficiently in advance of commencement or authorization of activities, taking into account indigenous peoples' own decision-making processes, in phases of assessment, planning, implementation, monitoring, evaluation and closure of a project.

(iii) Who

- Indigenous peoples should specify which representative institutions are entitled to express consent on behalf of the affected peoples or communities. In free, prior and informed consent processes, indigenous peoples, United Nations organizations and Governments should ensure a gender balance and take into account the views of children and youth, as relevant.

(iv) How

- Information should be accurate and in a form that is accessible and understandable, including in a language that the indigenous peoples will fully understand. The format in which information is distributed should take into account the oral traditions of indigenous peoples and their languages. [...]"

Leitfaden für die Analyse von Waldklimaschutzvorhaben: Prinzipien und Orientierungsfragen

PRINZIPIEN

(1) Anerkennung fundamentaler Rechte und Einhaltung von nationalen und internationalen Rechtsstandards und Schutzbestimmungen (safeguards) als Grundvoraussetzung

- 1) Welche völkerrechtlichen Instrumente, Menschenrechtsstandards bzw. Leitlinien, Strategien oder Konzepte der Zusammenarbeit etc. werden explizit als Orientierung und/oder als Grundlage genannt (UNDRIP, ILO Konvention 169, CBD, insbesondere Article 8(j) + 10(c), Akwé:Kon Guidelines, Addis Ababa Guidelines on Sustainable Use; BMZ Menschenrechtskonzept; Konzept zur Zusammenarbeit mit indigenen Völkern in Lateinamerika und der Karibik; BMZ Sektorpapier Wald; institutionseigene Strategien/policies; andere)?
- 2) Gibt es explizite Informationen darüber, ob eine Orientierung und Einhaltung der Partnerregierung/Partnerinstitutionen an oben erwähnten Menschenrechtsstandards als Voraussetzung/Grundlage für die Zusammenarbeit analysiert wurde? Wird die Regierung/Gesetzgebung des Partnerlandes durch das Projekt gegebenenfalls dahingehend gefördert/unterstützt, diese Standards umzusetzen/einzuhalten oder entsprechende Studien zur Kompatibilität der nationalen Gesetzgebung mit int'l völkerrechtlichen Standards durchzuführen?
- 3) Werden die Rechte indigener Völker durch die Projektträger und die Regierung im Partnerland anerkannt, einschließlich ihres Rechts auf Selbstbestimmung und FPIC, ihrer Rechte auf Land, Territorien und Ressourcen sowie ihre Gewohnheitsrechte?
- 4) Wurden die Rechtsinhaber bzgl. Wald, Land, Ressourcen und Kohlenstoff im Projektgebiet bzw. die vom Projekt betroffen sein könnten, identifiziert?
- 5) Wurde ermittelt welche Rechte der betroffenen Rechtsinhaber vom Projekt berührt werden?
- 6) Wurden vor Projektbeginn umfassende Sozial- und Umweltverträglichkeitsstudien mit Beteiligung der potentiell Betroffenen durchgeführt?
- 7) Werden Initiativen bzw. Leitlinien zur Einhaltung sozialer und Umwelt-Schutzbestimmungen (social and environmental safeguards) explizit als Orientierung, Rahmen etc. erwähnt? Wenn ja, welche? >> (UN-REDD SEPC, FCPF SESA oder REDD+SES, CBD Biodiv and Livelihood Safeguards)
- 8) Wenn nicht, gibt es eigene Safeguards oder Standards etc. der durchführenden Organisation und/oder der Partner, die dem Projekt als Leitlinie/n dienen?
- 9) Beinhaltet das Projekt Monitoring-, Beschwerde- und Streitschlichtungsmechanismen für a) Menschenrechtsverletzungen, b) Umweltschäden und c) fehlende Einhaltung von anwendbaren Gesetzen, nationalen und internationalen Standards und safeguards?
- 10) Trägt das Projekt grundsätzlich zu nachhaltiger Entwicklung, dem Respekt und Schutz der Menschenrechte und guter Regierungsführung bei?

(2) Umfassende und wirksame Partizipation in allen Stadien und Prozessen

- 11) Wird „Partizipation“ umschrieben oder definiert? Wenn ja, wie? (als Informationsaustausch, Konsultation, Zusammenarbeit, Gemeinsame Entscheidungsfindung, Empowerment; andere)
- 12) Wie werden die betroffenen Gemeinschaften und ihre Vertreter be-/umschrieben? Als Rechtsträger, stakeholders, gleichwertige Partner, Experten oder eher als „unmündige passive Betroffene/Empfänger von Hilfeleistungen“?
- 13) Wie wurde bestimmt, welche Gemeinschaften von der Maßnahme betroffenen sind oder potentiell betroffen sein könnten?
- 14) Wann und wie fand die erste Kontaktaufnahme mit den (potentiell) betroffenen Gemeinschaften statt?
- 15) In welchen Instanzen, Gremien oder dergleichen des Projekts sind die betroffenen Gemeinschaften vertreten? Werden dabei die den Gemeinschaften eigenen Führungsstrukturen, traditionellen Institutionen, selbstgewählten repräsentativen Vertreter, Entscheidungsfindungsstrukturen etc. berücksichtigt?
- 16) Werden Vertreter der Gemeinschaften in die Entscheidungsprozesse einbezogen und wird ihnen die Möglichkeit gegeben, gemäß ihrer Rechte teilzunehmen und ihre Interessen frei vorzubringen? Wenn ja, wie?
- 17) Werden Vertreter der Gemeinschaften kontinuierlich in alle Projektstadien und -prozesse einbezogen? (Konzeption und Design, Durchführung, Monitoring, Berichterstattung und Evaluierung). Wenn ja, wie wird dies beschrieben?
- 18) Sind Frauen und Männer vertreten und wenn ja, wie ist das zahlenmäßige Verhältnis?
- 19) Bietet das Projekt Arbeitsmöglichkeiten für die lokale Bevölkerung? In welchen Bereichen? (leitende Funktionen, Forstverwaltung, Kartieren, Bestandsaufnahme, Kohlenstoffmessungen, Wald- und Artenschutz etc.)
- 20) Ist indigene Beteiligung an Monitoring, Reporting und Verification (MRV) vorgesehen? Wenn ja, mittels welcher Ansätze und Mechanismen?
- 21) Wurden mögliche Bedürfnisse der Gemeinschaften in Bezug auf die Ausübung ihrer vollen und wirksamen Beteiligung in allen Projektstadien ermittelt?
- 22) Gibt es capacity-building und/oder Training für die Gemeinschaften und/oder werden Ressourcen zur Verfügung gestellt zur Förderung ihrer Beteiligung an Konzeption, Durchführung und Monitoring des Projekts, einschließlich der Beteiligung an Entscheidungsprozessen, Forstverwaltung, technischen Aufgaben etc.?

(3) Einhaltung des Rechts auf Konsultationen und die freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC - free prior and informed consent)

- 23) Wird auf das Recht der betroffenen Gemeinschaften auf FPIC explizit thematisiert? Wenn ja, wie?
- 24) Gibt es im Partnerland rechtliche Vorgaben zum Recht auf FPIC für indigene Völker?
- 25) Wird explizit gesagt, dass das Projekt nicht weiterlaufen würde, falls es keine Zustimmung durch die betroffenen Gemeinschaften gibt?
- 26) Haben Konsultationen mit den (potentiell) betroffenen indigenen und/oder lokalen Gemeinden stattgefunden?
- 27) 27) Wenn ja, wann, wie oft und wo? Wer hat diese durchgeführt?
- 28) Welche und wie viele Vertreter der Gemeinschaften haben daran teilgenommen? (Frauen, Männer, führende Vertreter der Gemeinschaften, Älteste etc.) Wurden diese Vertreter von den Gemeinschaften selbst (aus)-gewählt?
- 29) In welcher Sprache wurden die Konsultationen durchgeführt?
- 30) Welche Informationen wurden den Gemeinschaften zur Verfügung gestellt? Verfügten die Gemeinschaften bereits über Grundkenntnisse bzgl. der Projektthematik (REDD+, Waldschutz etc.) und wenn nicht, wurden entsprechende Informationen zur Verfügung gestellt? Wurden die Gemeinschaften zeitnah, umfassend und kulturell angemessen informiert (bzgl. Projektgebiet, betroffene Waldgebiete, Projektdauer, Auswirkungen auf / Einschränkungen von Zugang und Nutzung des Waldes, Rechte und Pflichten der Gemeinschaften, Maßnahmen, Veränderungen für die Gemeinschaft, Gewinn/benefits für die Projektbetreiber und die Gemeinschaften etc.)
- 31) Welche Fragen etc. wurden bei den Konsultationen besprochen?
- 32) Gibt es Informationen zur Art der Konsultationen (zeitlich knapp begrenzt; mit genügend Zeit; offen und ehrlich; verständlich; technisch u. a.)
- 33) Gibt es einen unabhängigen Bericht über den Prozess der Konsultation/en und der Entscheidungsfindung?
- 34) Hat ein Prozess zur Einholung von FPIC stattgefunden und wenn ja, wird dieser beschrieben? Wie?
- 35) In welchem Stadium des Projekts hat erstmals ein Prozess der Einholung der Meinung/Zustimmung stattgefunden? Wo, mit wem und über welchen Zeitraum?
- 36) In welchen Stadien und zu welchen Entscheidungsfragen wurde die Meinung/Zustimmung eingeholt?

- 37) Wurden Vorgehensweisen/Methoden und Zeitrahmen der Gemeinschaften zur Entscheidungsfindung berücksichtigt und wird den Gemeinschaften somit ihr Recht auf Selbstbestimmung gewährt?
- 38) Wurde jeweils ein Konsens/Mehrheitsbeschluss/Zustimmung erreicht? Wenn ja, wie? Wenn nein, welche Konsequenzen wurden gezogen?
- 39) Gibt/Gab es eine unabhängige Überprüfung des FPIC Prozesses, die sicherstellt, dass dieser wirklich frei von unlauterer Beeinflussung war/ist?

(4) Gewährleistung von Rechten auf Land, Territorien und Ressourcen und deren Nutzung

- 40) Wurden Informationen zu den existierenden Rechten (einschließlich der Gewohnheitsrechte und gemeinschaftlicher Rechte), Regulierungen und Titel über Land, Wald und Ressourcen vor Projektbeginn eingeholt?
- 41) Sind Landrechtstitel oder Landrechte, einschließlich kollektiver Rechte, traditioneller Nutzungsrechte wie Jagd- und Sammelrechte, Gewohnheitsrechte o.ä. im Partnerland legal anerkannt?
- 42) Gibt es in diesem Zusammenhang eventuell ungeklärte Rechtsansprüche von „stakeholders“ bzw. Rechtsträgern?
- 43) Existierten im Projektgebiet Rechts- oder Nutzungskonflikte? Wird dies thematisiert? Wie wird damit umgegangen?
- 44) Gibt es rechtliche Vorgaben bzgl. des Handels oder Besitzes von Kohlenstoff oder anderer Ökosystemleistungen (des Waldes)?
- 45) Hat das Projekt Auswirkungen auf die Besitzverhältnisse oder Nutzungsrechte der betroffenen Gemeinschaften?
- 46) Sind im Rahmen des Projekts Maßnahmen oder Mechanismen vorgesehen, um eventuelle offene rechtliche Fragen oder Ansprüche zu klären oder Konflikte zu lösen? Wenn ja, welche?
- 47) Beinhaltet das Projekt Mechanismen um mögliche Verletzungen von Rechten auf Land, Territorien und Ressourcen aufzuklären, zu beheben, entschädigen oder wiedergutzumachen?
- 48) Trägt das Projekt zu guter Regierungsführung und Verwaltung im Forstsektor des Partnerlandes bei und fördert in diesem Zusammenhang eine Dezentralisierung hin zur Beteiligung von Vertreter der Waldbewohner, die nachhaltige Nutzung von Wäldern sowie entsprechendes Capacity-Building?
- 49) Wurde sichergestellt, dass durch das Projekt keine Umsiedelungen vorgenommen werden müssen?

(5) Erhalt und Förderung von Biodiversität, traditionellen Lebensweisen und nachhaltiger Entwicklung

- 50) Fördert das Projekt die biologische Vielfalt im Gebiet, die nachhaltige Nutzung und den Erhalt der multiplen Ökosystemleistungen des Waldes?
- 51) Wurden die Treiber von Entwaldung zu Projektbeginn untersucht? Mit welchem Ergebnis und welchen Konsequenzen für das Projekt?
- 52) Trägt das Projekt zum Schutz der natürlichen/ursprünglichen Wälder vor Umwandlung der Wälder in Plantagen oder andere Formen der Landnutzung und der Degradierung durch industriellen (oder illegalen) Holzeinschlag bei?
- 53) Bezieht sich oder orientiert sich das Projekt am Ökosystemansatz? Wenn ja, wie wird dies dargestellt?
- 54) Werden traditionelles/lokales/indigenes Wissen und Formen/Praktiken von Waldmanagement/-nutzung/-schutz der indigenen und lokalen Gemeinschaften durch Projektträger anerkannt, gefördert und/oder geschützt?
- 55) Sind traditionelles/lokales/indigenes Wissen und Formen/Praktiken von Waldmanagement/-nutzung/-schutz im Partnerland rechtlich anerkannt und geschützt?
- 56) Setzt man sich für die Stärkung dieses Wissens und Praktiken auf nationaler Ebene (im Projektland) ein? Oder werden traditionelle Praktiken (z. B. shifting cultivation) gar als klimaschädlich und wesentliche Ursachen von Entwaldung kritisiert/verdammt/verboten?
- 57) Werden Kosmvision und das Wissen und die Praktiken ihm Rahmen der Projektkonzeption, „Waldinventur“, Kohlenstoffmessung, Erarbeitung des Nutzungs-, Schutz- und Verwaltungsplans für das vom Projekt betroffene Waldgebiet erwähnt, studiert, berücksichtigt oder zur Grundlage gemacht? Wenn ja, wie? Werden dabei intellektuelle Eigentumsrechte und das Recht auf FPIC der Wissens- und Rechtsträger berücksichtigt?
- 58) Hat das Projekt Auswirkungen auf die traditionellen, kulturellen Praktiken der betroffenen Gemeinschaft/en?
- 59) Hat es Auswirkungen auf kulturell oder physisch bedeutende Gebiete?
- 60) Hat das Projekt positive Auswirkungen auf die Sicherung des Unterhalts der Gemeinschaften gemäß ihrer (kulturellen und wirtschaftlichen) Lebensweise und auf ihr Wohlergehen im umfassenden Sinn?
- 61) Sind kontinuierliches Monitoring und Auswertungen der Auswirkungen des Projekts auf die Lebensweise und den Unterhalt der Gemeinschaften sowie die biologische Vielfalt des betroffenen Waldgebietes und seiner Ökosystemleistungen mit der Beteiligung der Gemeinschaften vorgesehen?
- 62) Trägt das Projekt im umfassenden Sinn (im Sinne der betroffenen Indigenen) zur nachhaltigen Entwicklung bei?

(6) Transparentes und gerechtes Benefitsharing

- 63) Wurden die Gemeinschaften umfassend über mögliche Gewinne sowohl für Projektbetreiber als auch sie selbst und die damit verbundenen Auflagen und Bedingungen informiert?
- 64) Wurden die Gemeinschaften in diesem Zusammenhang auch über ihre Pflichten, eventuelle Risiken und für sie entstehende Kosten informiert?
- 65) Wurde ermittelt, wer die Rechte am Kohlenstoff der betroffenen Waldgebiete inne hat?
- 66) Wurde die Zustimmung (FPIC) der Gemeinschaften eingeholt Bestandteile „ihrer Wälder“ (Kohlenstoff) zu kommerzialisieren, auch wenn sie nicht die Rechte darüber inne haben?
- 67) Wurden transparente, effiziente und gerechte Benefitsharing Mechanismen mit der vollen Beteiligung der Gemeinschaften auf der Basis der vollen Anerkennung ihrer Land- und Nutzungsrechte und Nutzungspraktiken erarbeitet?
- 68) Wurde ein Vertrag/Verträge/Abkommen mit der/den betroffenen Gemeinschaft/en abgeschlossen? Wenn ja, welche Informationen gibt es über den Prozess der Vertragsschließung, die Beteiligten, die Inhalte etc.?
- 69) Sind/waren die Gemeinschaften aktiv an der Ausarbeitung solcher Abkommen, Entscheidungen bzgl. der Art (monetär oder nicht-monetär etc.) und Verteilung von Gewinnen und der Überwachung der Umsetzung der Abkommen beteiligt?

Zusammenfassungen der Fallstudien

Im Rahmen der Recherche wurden acht (8) der 55 betrachteten Projekte für detailliertere Fallstudien ausgewählt. Dabei wurden jeweils 2 Projekte aus den folgenden drei Kategorien gewählt:

- a. Projekte der „REDD-Readiness“ mit Fokus auf Beratung, Erhebung von Basisdaten, REDD-Strategien und Kapazitätsaufbau (Honduras und Mittelamerika).
- b. Projekte zur Förderung von Wald- und Landnutzungsplanung und zur Einrichtung, Erhaltung und Verwaltung von Schutzgebieten, die in vielen Fällen schon einige Zeit bestehen und mitunter nun durch eine „Klima-, Kohlenstoff- bzw. REDD-Komponente“ ergänzt werden (Kamerun und Philippinen).
- c. Projekte nach dem Prinzip der „Zahlungen für Umweltleistungen“ (PES), die auch Aufforstungsprojekte oder vertraglichen Waldschutz beinhalten können (Ecuador und Vietnam).

Weiterhin wurde ein FPIC-Pilotprojekt (Laos) sowie ein Projekt aus dem Privatsektor (DR Kongo) analysiert. Die Projekte sind im Hinblick auf ihre Geschichte, ihren Ansatz und ihre Schwerpunkte unterschiedlich. In Bezug auf die Methodik wurde ebenfalls unterschiedlich vorgegangen: die Fallstudien zu Honduras, Mittelamerika und Vietnam sind Desk-Top Studien, die von Deutschland aus erarbeitet und durch einige Telefoninterviews ergänzt wurden. Die Studien zu den Projekten in Laos und auf den Philippinen wurden von den Philippinen aus, auch im Wesentlichen als Desk-Top Studien, erstellt und durch einige Interviews sowie Kommentare von Projektmitarbeitern und –verantwortlichen ergänzt. Für die Fallstudien zu den Projekten in der Demokratischen Republik Kongo, in Ecuador und Kamerun wurden Recherchen vor Ort, u. a. durch andere NROs, durchgeführt und mit Informationen aus Recherchen im Internet sowie Gesprächen mit Projektverantwortlichen in Deutschland zusammengeführt. Die vollständigen Fallstudien sind in elektronischer Version auf der Webseite des INFOE veröffentlicht.

Auf den nächsten Seiten werden sieben der acht Fallstudien zu den folgenden Projekten zusammengefasst:

- Auswirkungen der Beteiligung eines deutschen Unternehmens auf indigene Völker und lokale Gemeinschaften im Mai-Ndombe REDD+ Projekt in der Demokratischen Republik Kongo
- Herausforderungen in der Umsetzung des Sociobosque Programms in Ecuador
- Freie, vorherige und informierte Zustimmung im nationalen REDD-Vorbereitungsprozess in Honduras
- Entwaldung, REDD und der Takamanda Nationalpark in Kamerun
- FPIC bei REDD: Erste Erfahrungen mit der Umsetzung aus dem CliPAD Projekt in Laos
- Nationale Gesetzgebung und die Durchführung von FPIC im ForClimPanay Projekt auf den Philippinen
- Beteiligung und Rechte indigener und lokaler Gemeinschaften in Aufforstungsmaßnahmen der KfW-Entwicklungsbank seit 1995 in Vietnam

Auswirkungen der Beteiligung eines deutschen Unternehmens auf indigene Völker und lokale Gemeinschaften im Mai-Ndombe REDD+ Projekt²²³

Zusammenfassung

Die Fallstudie zur Beteiligung des deutschen Unternehmens Forest Carbon Group AG (FCG) an einem REDD+ Projekt in der Provinz Mai Ndombe in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) und der Berücksichtigung der Rechte der indigenen und lokalen Gemeinschaften in diesem Projekt, wurde in einer Kooperation zwischen dem INFOE und der englischen NRO Forest Peoples Programme erarbeitet. INFOE führte eine Recherche zur deutschen Beteiligung am Projekt, den Hintergründen und dem Kontext durch, nahm an einem Treffen zwischen einem Batwa Vertreter aus der DRK und der FCG teil und traf sich zu einem weiteren Informationsaustausch mit einem Vertreter der Forest Carbon Group im September 2013. Forest Peoples Programme (FPP) ist seit einigen Jahren in verschiedenen Provinzen der DRK tätig und unterstützt die indigenen und lokalen Waldgemeinschaften bei der Durchsetzung ihrer Rechte, führt capacity-building und andere Maßnahmen durch. Ein Team aus Mitarbeitern von FPP, der kongolesischen NRO CEDEN (Cercle pour la Défense de l'Environnement) und der Ecosystem Restoration Associates Carbon Offsets Ltd (ERA), das kanadische Unternehmen, welches das REDD-Projekt entwickelt hat, reiste im Juli 2013 in das Projektgebiet und führte in drei Gemeinschaften Gespräche und diverse Treffen über einen Zeitraum von fünf Tagen durch. Die Fallstudie stellt die Ergebnisse dieser Recherchen und Gespräche zusammen.

Neue Finanzierungsinitiativen für den Waldschutz, wie die „Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern (REDD+)“, die derzeit verhandelt und entwickelt werden, sind für die waldreiche DR Kongo, deren Bürger zu den ärmsten der Welt gehören, wichtige potentielle Finanzquellen. Die möglichen Vorteile für die lokalen Waldbewohner aus REDD+ Initiativen in der DRK sind beträchtlich, da sie die wichtigsten Nutzer und Hüter der Wälder sind, die durch REDD+ Maßnahmen erhalten werden sollen. Auf Regierungsebene wird derzeit eine nationale REDD-Strategie erarbeitet. Gleichzeitig gibt es bereits eine Reihe von Pilotprojekten, die durch die internationale Zusammenarbeit, den Privatsektor und NROs unterstützt werden. Die in einigen dieser Pilotprojekte vorgeschlagenen Abkommen zur Beteiligung an den Gewinnen, die sich aus den neuen REDD+ Initiativen generieren, könnten dringend benötigte Ressourcen in die ländlichen Gebiete bringen, um langfristige Bemühungen zur Armutsbekämpfung zu unterstützen. Jedoch sind die derzeitigen Regelungen, die eine Beteiligung an den Gewinnen oder kompensatorischen Investitionen ermöglichen sollen, bisher noch durch eine mangelnde Beteiligung von Gemeinden an der Entwicklung der Pläne und dem Fehlen von Informationen auf lokaler Ebene gekennzeichnet. Dies trifft auch auf das von der Forest Carbon Group geförderte „Mai Ndombe Redd-Projekt“ zu, das durch ihre Partner umgesetzt wird.

Die Forest Carbon Group ist ein Unternehmen, das erfahrene Projektentwickler einerseits mit Unternehmen andererseits zusammenbringt, die ihre nicht vermeidbaren Treibhausgasemissionen durch eine Förderung des Walderhalts in anderen Ländern kompensieren möchten. Die kanadische Firma Ecosystem Restoration Associates Carbon Offsets Ltd (ERA)²²⁴, die zu 30 %

>>>>

²²³ Zusammenfassung der Fallstudie von Sabine Schielmann

²²⁴ Seit dem 4. März 2013 hat sich ERA offiziell in Offsetters Climate Solutions Inc. umbenannt. Wir verwenden dennoch weiterhin das Kürzel „ERA“, da dies auch im Projektgebiet benutzt und mit dem Projekt assoziiert wird. Weiterhin hat ERA im Oktober 2013 seine Anteile am Projekt an seinen Partner Wildlife Works verkauft. Wildlife Works Carbon LLC ist somit nun 100 %iger Besitzer der Naturschutzkonzession und Projektträger von Mai Ndombe. Die FCG ist weiterhin der größte Käufer von Zertifikaten und damit größter Einzelgeldgeber des Projekts und wird aus dieser Position heraus auch weiterhin die Umsetzung des Projekts vor Ort begleiten und beeinflussen. Das Projekt wird weiterhin von Jean-Robert Bwangoy Bankanza, dem Leiter von ERA-Kongo, geleitet. Ein Gründungsmitglied und langjähriger Mitarbeiter der FCG ist nunmehr außerdem Mitarbeiter von Wildlife Works womit weitere Kontinuität gewährleistet wird. Quellen: Kommunikation mit Herrn Sahm von der FCG sowie unter www.csrwire.com/press_releases/36359-Wildlife-Works-Acquires-JV-Partner-s-Interest-in-Mai-Ndombe-Congo-Basin-s-First-and-Largest-REDD-Project

in den Händen der Forest Carbon Group als dem größten Aktionär ist, entwickelte gemeinsam mit kongolesischen Partnern das Mai Ndombe REDD+ Projekt, das verschiedene Maßnahmen zum Schutz und der nachhaltigen Nutzung eines 299.645 Hektar großen Waldgebiets sowie die Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen und indigenen Waldbewohner beinhaltet. Über die Zertifizierung des Projekts mit Kohlenstoffstandards und einem weiteren freiwilligen Standard, welcher u. a. auch die sozialen Komponenten des Projekts bewertet, werden Emissionszertifikate generiert, die über die Forest Carbon Group an Unternehmen in Deutschland verkauft werden. Im Fall des Mai Ndombe Projekts kommt das Geld für die Zertifikate von einem hessischen Energieunternehmen, das die Zertifikate nutzt, um seinen Kunden klimaneutrales Erdgas zu verkaufen.²²⁵ Mit dem Erlös aus dem Verkauf der Zertifikate werden die Projektmaßnahmen finanziert. Im Dezember 2012 wurde das Projekt sowohl nach dem Verified Carbon Standard (VCS) als auch dem Standard der Climate, Community and Biodiversity Alliance (CCBS) zertifiziert. Die ersten Zertifikate wurden im Januar 2013 an die Forest Carbon Group verkauft.

Das vom Projekt betroffene Gebiet ist die Heimat von etwas mehr als 50.000 Menschen, die in rund 32 großen und weiteren kleineren Gemeinden / Dörfern in extremer Armut leben und alle auf den Wald für ihren Lebensunterhalt abhängig sind. Die Projektmaßnahmen zielen auf die Verbesserung der Lebensgrundlagen der Gemeinden ab durch eine gerechte Aufteilung der Vorteile aus den Erlösen aus dem Verkauf von Emissionszertifikaten. *„Dazu wurde ein „Local Development Fund“ aufgesetzt, den ein von den Dorfbewohnern ernannter Rat verwaltet. Dieser entscheidet über den Mitteleinsatz – beispielweise war es das dringende Anliegen der Gemeinden, zusätzliche und bessere Schulen zu errichten. Zwei von 19 geplanten Schulen sind bereits fertiggestellt. Im Laufe des Projekts sollen existierende Krankenhäuser saniert und erweitert werden, sowie weitere Vorhaben finanziert werden, durch die Fischerei und Landwirtschaft nachhaltig intensiviert werden.“*²²⁶

Die Gemeinden werden von ERA / FCG als Hüter und Verwalter des Waldes angesehen, die die Entwaldung durch eine Kombination von traditionellen Landnutzungsaktivitäten, Überwachung, Berichterstattung und Evaluierung sowie die Einführung von neuen landwirtschaftlichen Techniken zur nachhaltigen Nutzung der Waldressourcen verhindern werden. Die durchzuführenden Maßnahmen werden von den Gemeinschaften selbst bestimmt, bzw. aus dem Angebot des Projekts ausgewählt. Hierzu wurden lokale Entwicklungskomitees (CLDs) geschaffen, welche die Beratungen und Entscheidungsfindung in den Gemeinschaften leiten. Die Struktur dieser Komitees ist bereits im Forest Code der DR Kongo angelegt und die Komitees werden von den Gemeindegliedern gewählt. Weitere partizipative Maßnahmen beinhalten die Kartierung des Gebietes mit den Clanchefs (Chefs de Terre), um die Gebiete, die die Gemeinschaften für ihren Lebensunterhalt und kulturelle Praktiken benötigen einerseits und die Gebiete, die für den Kohlenstoffhalt nicht genutzt werden, andererseits zu bestimmen.²²⁷

²²⁵ Beim Verbrennen von Erdgas entstehen Emissionen die aber nach der Logik eines Offset—Mechanismus über Waldprojekte ausgeglichen werden können. Bei einem solchen Ausgleich spricht man dann von CO₂-neutral bzw. klimaneutral. Siehe www.forestcarbongroup.de/idee/fragen.html#c39 sowie wie weitere Informationen auf der Webseite von ENTEGA

www.entega.de/produkte-und-service/erdgas/entega-klimaneutrales-erdgas/qx/afmkom2/fx/6421/pid/7654321/?pid=1860076603934323712track/1/

²²⁶ www.forestcarbongroup.de/?id=47

²²⁷ Ibid. Video und http://eraecosystems.com/carbon_projects/community_conservation/ Zugriff im Mai 2013

CCB Verification report: Era and Wildlife Works' Mai Ndombe Redd Project in The Democratic Republic of Congo Verification Period: 14 March, 2011 to 31 October, 2012 REPORT NO. 2012-9749 REVISION NO. 01 https://s3.amazonaws.com/CCBA/Projects/Mai_Ndombe_REDD_Project/CCBFinalVerificationReport-DRC_forClient.pdf

Zentrale Beobachtungen aus den Recherchen und Gesprächen

- Die Gemeinschaften sind offen für Entwicklungsinitiativen, wie dem Mai Ndombe Projekt von ERA, aber sie benötigen eine Bereitstellung von umfassenderen, detaillierteren und verständlicheren Informationen sowie Capacity-building, das ihnen hilft, sich besser zu entscheiden und Einfluss auf ihre eigene Entwicklung zu nehmen. In den drei besuchten Dörfern (*Mpata - Mbalu, Lobeke* und *Keseke*), haben die Gemeinschaften den Wunsch geäußert, mehr über das ERA Projekt und um was es dabei genau geht, zu erfahren. Viele fragen sich immer noch was „REDD“ ist oder „Kohlenstoff“ oder der „Kohlenstoffmarkt“. Ihnen war auch nicht klar, welche Auswirkungen das Projekt auf ihr tägliches Leben haben würde und auf ihre traditionellen Rechte am Wald. Dieser Mangel an Informationen besteht, obwohl alle drei Monate ein Newsletter zum Projekt sowohl in *Lingala* als auch in Französisch erscheint, der in allen Dörfern verteilt wird.
- In den drei besuchten Gemeinden hat ERA zwei Dorfbewohner als „Lokale Animeteure“ eingestellt, die helfen sollen, das Projekt den Dorfbewohnern zu erklären. Das Team stellte fest, dass obwohl dies ein guter Ansatz sei, weil die lokalen Animeteure mit den Dorfbewohnern für einen Zeitraum zusammen leben, dies doch nicht vollständig wirksam ist, weil die Animeteure mehr Weiterbildung brauchen, um ihre Kapazitäten und Fähigkeiten zu stärken .
- Zur Förderung der Eigenverantwortung der Gemeinschaften für das Projekt hat ERA bereits lokale Strukturen geschaffen und die Einrichtung sogenannter ‚Lokaler Entwicklungskomitees‘ (Comitée Locale de Developpement CLD) in acht Dörfern unterstützt. CLDs sind Ausschüsse von bis zu 22 Personen pro Dorf, die als Kommunikationskanäle zwischen den Gemeinden und dem ERA –Projekt fungieren.
- Den Gemeinden ist kein Plan bekannt, wie und wann ERA die CLDs in den übrigen Dörfern aufbauen, trainieren und bezahlen möchte. Laut Informationen der FCG wird in jedem der 32 Dörfer innerhalb von 4 Jahren ein CLD aufgebaut und über die Projektgelder finanziert.
- Während die Recherchen zeigen, dass ein Beteiligungsprozess durchgeführt wird und traditionelle Führer befragt und in die Kartierung des Gebietes involviert werden, so handelt es sich dabei jedoch nicht um eine volle und wirksame Beteiligung und Bereitstellung von umfassenden Informationen in einer für alle Gemeinschaften verständlichen Weise, wie dies für einen angemessenen Prozess zur Einholung der freien, vorherigen und informierten Zustimmung (FPIC) erforderlich ist.
- Bisher gibt es keine Form von Abkommen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung, das von den Gemeinden und / oder ERA formuliert wurde und das klar bestimmt, wie die Gelder aus dem Emissionshandel kanalisiert werden, um lokale Entwicklung zu unterstützen. Die FCG erklärt, dass dieser Prozess seine Zeit braucht und es vorgesehen ist, einen 5-Jahres-Entwicklungsplan zu erarbeiten.
- Es gibt keinen Zeitplan für die Erfüllung der „Versprechungen“ von ERA oder seiner „vertraglichen sozialen Verantwortung gegenüber den Gemeinden“. Das Recherche-Team nahm an mehreren hitzigen Diskussionen in den drei Dörfern zwischen ERA und den Gemeinden teil, in denen es um die Frage ging, wann die versprochene Schule oder das medizinische Zentrum denn gebaut werden.

- Die Teilnahme der Gemeinschaften am Projekt ist freiwillig, was bedeutet, dass jede Gemeinde für sich selbst entscheiden kann, ob sie an dem Projekt teilnehmen möchte oder nicht. Dies scheint zu bedeuten, dass damit ein wiederkehrender FPIC-Prozess der Gemeinschaften nicht weiter nötig ist, da ja die Gemeinschaften mit ihrer Entscheidung zur Teilnahme quasi bereits zugestimmt haben. Damit wird den Anforderungen eines FPIC Prozess, der in gutem Glauben durchgeführt wird, um die Gemeinden zu befähigen eine informierte und selbstbestimmte Entscheidung zu treffen, nicht gerecht. Ohne umfassende Informationen, die nicht nur Informationen über mögliche Vorteile enthalten, sondern den Gemeinschaften auch deutlich machen, wie sich u. a. ihre Lebensweise ändern wird, wie ihre Nutzung des Waldes eingeschränkt oder zumindest verändert wird, können die Gemeinschaften keine „freie“ und „informierte“ Entscheidung treffen, ob sie zustimmen möchten oder nicht.
- Die Gemeinschaften waren sich weder klar über das Ausmaß des Gewinns, den ERA möglicherweise durch den Handel mit Kohlenstoffzertifikaten erreichen könnte noch sind sie sich bewusst, welcher Teil dieses Gewinns ihnen zuteilwerden sollte.²²⁸

Die Arbeit der ERA / FCG ist wichtig für die Region, weil das Projekt helfen kann, notwendige Entwicklungsmaßnahmen zu fördern. Dabei ist es notwendig, dass die Gemeinden gut informiert und angemessen einbezogen werden, denn es gibt eine starke Bereitschaft von Seiten der Gemeinden mit ERA zusammenzuarbeiten. Eine gemeinsame Planung, frühzeitige Absprachen und der Respekt für die eigenen Pläne der Gemeinden sind wichtig, um ihr Vertrauen in

das Projekt und die Arbeit von ERA zu stärken. Abschließend ist es positiv zu bemerken, dass sowohl die FCG als auch ERA offen für einen Dialog mit NGOs und indigenen Organisationen sind, um ihre Arbeitsbeziehung mit den Gemeinden, die Konsultationsprozesse und die Einhaltung der Rechte der Gemeinden weiter zu verbessern. Dies ist auch wichtig damit das Mai Ndombe REDD-Projekt zu den notwendigen Reformen im Forstsektor in der DR Kongo im Hinblick auf Fragen der Governance, Besitzrechte und der effektiven Beteiligung der indigenen und lokalen Gemeinschaften auch in Entscheidungsprozessen einen Beitrag leisten kann.



Das Projektgebiet liegt am Lac Mai Ndombe,
Foto © Forest Carbon Group

²²⁸ In einem Kommentar zur Fallstudie erklären Mitarbeiter von ERA-Kongo, dass ganz klar festgeschrieben ist, welchen Anteil aus dem Verkaufserlös der Zertifikate die Gemeinschaften erhalten, nämlich 0.50US\$ pro Tonne verkauftem Kohlenstoff. Dies sind öffentliche Informationen, die in den „Cahier de Charges“ stehen, von denen die Gemeinden Kopien haben. Bisher wurden ungefähr US\$380,000 für Aktivitäten in und für die Gemeinden ausgegeben, im Bereich Bildung, Gesundheit und Landwirtschaft.

Herausforderungen in der Umsetzung des Socio Bosque Programms²²⁹

Zusammenfassung

Ecuador, ein megadiverses Land mit extensiven Flächen tropischen Regenwaldes, leidet seit Jahrzehnten unter starker Entwaldung durch verschiedene Faktoren. Die Implementierung von Mechanismen, welche zu einem Schutz der Wälder in Ecuador beitragen, ist somit eine große Herausforderung für alle Akteure im Umweltbereich.

Im zweiten Paragraphen des Artikels 74 der neuen Verfassung Ecuadors wird deutlich, dass Ökosystemdienstleistungen erst noch vom Staat reguliert werden müssen, was eine legale Einführung von REDD+ Projekten in Ecuador stark erschwert. Das „Acuerdo Ministerial“ (Ministerialabkommen) des Umweltministeriums No. 033 von April 2013 deklariert Richtlinien und Kontrollmechanismen zu REDD+ ähnlichen Projekten. Generell wird deutlich, dass Ecuador mit einem so genannten nationalen Ansatz arbeiten wird, auch Rechte der indigenen Völker sind in Artikel 4 Punkt 9 erwähnt. Das REDD+ Programm Ecuadors ist Teil des nationalen Plans zur Minderung des Klimawandels, im Rahmen der nationalen Strategie zum Klimawandel. In diesen Bereich fällt auch das nationale Programm „Sociobosque“.

Angesichts der großen Bedeutung des Waldes für den Klimaschutz unterstützt die Bundesregierung durch die KfW-Entwicklungsbank und die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) den Waldschutz in Ecuador im Rahmen eines REDD-Ansatzes mit insgesamt 14 Millionen Euro. Im Mittelpunkt steht das Programm Sociobosque, das im Jahr 2008 auf Initiative Ecuadors begann. Ein wesentliches Ziel der Deutsch-Ecuadorianischen Kooperation ist – ergänzend zum Schutz weiterer Waldflächen – die Erschließung zusätzlicher internationaler Mittel für REDD+, um eine nachhaltige Finanzierung der Aufgaben sicherzustellen.²³⁰

Die Initiative „Programa Sociobosque“ des Umweltministeriums von Ecuador wird zur Verringerung der Entwaldung seit dem Jahr 2008 umgesetzt und hat drei Hauptanliegen: a) den Schutz von Wäldern und anderen natürlichen Ökosystemen: Ziel ist es, in den nächsten 7 Jahren bis zu 4 Millionen Hektar unter Schutz zu stellen; b) eine deutliche Reduzierung der Entwaldung und somit der Emission von Treibhausgasen; und c) eine Verbesserung der Lebensbedingungen der betroffenen ländlichen Bevölkerungsgruppen.

Das Programm besteht aus einem direkten finanziellen Anreiz pro geschütztem Hektar Wald pro Jahr, von bis zu US\$ 30 pro Hektar und Jahr, über einen Zeitraum von 20 Jahren. Der Sociobosque Vertrag wird zwischen dem Umweltministerium und Individuen oder Gemeinden, welche Landtitel besitzen, geschlossen. Eine der Voraussetzungen ist die Erarbeitung eines Investitionsplanes für die zu erhaltenden Fonds. So wird hauptsächlich in Naturschutz, Produktivprojekte, institutionelle Stärkung von indigenen Organisationen, Wohnungsbau, Infrastruktur und Bildung investiert. Derzeit wird das Programm Sociobosque ausschließlich mit öffentlichen Mitteln aus dem Staatshaushalt finanziert. Allerdings wird erwartet, dass zusätzliche Mittel benötigt werden, um die finanzielle Nachhaltigkeit des Programms zu gewährleisten. Diese Mittel

>>>>

²²⁹ Zusammenfassung von Bärbel Henneberger

²³⁰ KfW: Projekt - Waldschutz in Ecuador. Juni 2012 www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Umwelt-und-Klima/Projektbeispiele/Projekt-Waldschutz-in-Ecuador/index.html

könnten aus der internationalen Zusammenarbeit oder dem privaten Sektor, oder der Implementierung von REDD+ Aktivitäten kommen. Es bleibt jedoch unklar, wie genau REDD+ Aktivitäten Zahlungen für Sociobosque generieren und bereitstellen könnten.²³¹

Für die Erarbeitung der Fallstudie wurden im Jahr 2012 ca. 20 Interviews mit Akteuren, Betroffenen und politischen indigenen Führern im Schneeballverfahren geführt. Die Fallstudie bei den Sápara wurde auf ausdrücklichen Wunsch des damaligen Präsidenten der CONFENIAE durchgeführt. Ein direkter Kontakt mit Funktionären des Umweltministeriums kam leider trotz mehrerer Versuche der Kontaktaufnahme nicht zu Stande. Die in der Studie geübte Kritik an der Durchführung von SocioBosque wurde von Mitarbeitern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zurückgewiesen. Momentan befindet man sich im Dialog um strittige Punkte zu klären.



Versammlung der Sápara zum Thema der Erweiterung von Socio Bosque, April 2012. Foto © B. Henneberger

Zentrale Beobachtungen

Umfassende und wirksame Partizipation

- In den verschiedenen Sociobosque Projekten welche in den Territorien der indigenen Völker Ecuadors zu Stande kamen, gibt es oftmals Probleme durch mangelnde Information über das Sociobosque Programm von Seiten des Umweltministeriums. Das Volk der Kichwa aus Guamaní hat seit dem Jahr 2010 ein Sociobosque Projekt. Damals wurde nicht ausreichend über das Programm informiert, denn erst 2012 bekamen die Bewohner einen Bescheid, dass auch 30 Meter zu beiden Seiten eines Flusses zum Sociobosque Gebiet gehören, was ihnen vorher nicht bekannt war.²³²
- Bei der Versammlung der Sápara in Suraka, Pastaza, im April 2012, zeigte sich, dass das Umweltministerium die Sápara von Anfang an nur ungenügend informiert hatte. Der Sociobosque Vertrag und die Karten, welche auf der Versammlung von einer NRO vorge-

²³¹ The Forest Dialogue (2010): Proceso de Preparación para REDD+ en Ecuador. Desafíos desde una visión de múltiples actores. Quito. p.31, 32

²³² Interview mit Romulo Shiguango

stellt wurden, schienenden meisten der Anwesenden vollkommen unbekannt. Ein weiteres Problem ist die Sprache, denn ein Teil der Sápára spricht nicht ausreichend Spanisch, um komplexe Themen wie Sociobosque zu verstehen; Übersetzungen des Sociobosque Vertrag liegen nicht vor.

Einhaltung des Rechts auf Konsultationen und die freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC - free prior and informed consent)

- Das Programm Sociobosque der Ecuadorianischen Regierung ist ein freiwilliges Programm. Niemand wird gezwungen, daran teilzunehmen. Aus diesem Grund werden keine vorherigen, freien und informierten Konsultationen zu grundsätzlichen Fragen der Umsetzung von Sociobosque durchgeführt. Problematisch ist, dass in indigenen Territorien oft die indigenen Führer über die Köpfe der Bewohner hinweg bestimmen und die internen Konsultationsprozesse nicht einhalten. Da es gerade in großen indigenen Territorien an Transportmöglichkeiten und Kommunikation mangelt, wird dringend geraten, wenn nicht eine vorherige, freie und informierte Konsultation, dann wenigstens einen ähnlichen Mechanismus einzurichten, damit das gesamte indigene Volk über Sociobosque informiert ist und darüber entscheiden kann, da es ein Thema ist, welches letztendlich die gesamte Bevölkerung betrifft.
- Eine große Sorge ist die Frage der Flächennutzung des Territoriums im Zusammenhang mit wachsenden Bevölkerungszahlen. Für den Fall, dass Erdölfirmer in das Territorium eindringen, wird es Einschränkungen bei der Landnutzung geben und eine wachsende Bevölkerung benötigt mehr Land für den Anbau von Nahrungsmitteln. Man rechnet mit schweren Konflikten zum Thema der Landnutzung: Sociobosque – Erdöl – Anbau von Nahrung. Eine mögliche Vergrößerung der Fläche von Sociobosque muss unter diesen Umständen gut geplant sein.²³³
- In Gebieten, wo Landnutzungskonflikte voraussagbar sind (wie im Territorium der Sápára) ist es unverantwortlich, auf einer Erweiterung des Gebietes zu bestehen, ohne dass es vorhergehende Studien zur Situation der Landnutzung gäbe. Auch ist ein Sociobosque Vertrag keine Garantie dafür, dass in dem entsprechenden Gebiet nicht doch Erdöl oder Minerale gefördert werden.

Erhalt und Förderung von Biodiversität, traditionellen Lebensweisen und nachhaltiger Entwicklung

- Die bestehende vertragliche Regelung welche derzeit in Ecuador gilt, sind Sociobosque Verträge, erarbeitet durch das Umweltministerium. In ihrer Erarbeitung im Jahr 2008, scheinen sie in großer Eile entwickelt worden zu sein, so dass einige offene Fragen und rechtliche Unklarheiten bestehen. Eine zentrale Frage welche durch den Vertrag nicht ausreichend geklärt wird, ist der Fall einer Zerstörung der Wälder durch staatliche oder private Einrichtungen (zum Beispiel im Falle von Straßenbau, Erdölförderung oder Berg-

>>>>

²³³ Interview mit Bartolo Ushigua vom Volk der Sápára, CONAIE

bau) und die Zuständigkeit der Haftung in diesem Falle. Auch die Zerstörung der Wälder durch eventuelle Naturkatastrophen wird in dem Vertrag nicht thematisiert. Im Falle eines vorzeitigen Ausstiegs aus dem Vertrag müssen die Empfänger der Sociobosque Fonds einen Teil des Geldes an das Umweltministerium zurückzahlen, in folgender Staffelung:

Kategorie	Dauer im Projekt:	Prozentsatz, welcher als Sanktion an das Umweltministerium zurück erstattet werden muss:
1	1 bis 5 Jahre	Rückerstattung von 100 %
2	6 bis 10 Jahre	Rückerstattung von 75 %
3	11 bis 15 Jahre	Rückerstattung von 50 %
4	16 bis 20 Jahre	Rückerstattung von 25 %

Ministerio de Ambiente (2012): Manual operativo unificado. Proyecto Socio Bosque. S.27

Die Unterzeichnung des Vertrages für einen Zeitraum von 20 Jahren ist eine große Verantwortung, insbesondere da sie Entscheidungen über die Landnutzung für die folgenden Generationen beinhaltet. Da viele Basisorganisationen nicht ausreichend organisiert sind und manchmal nicht konsequent in ihrer Entscheidungsfindung sind, gibt es ein Potential für zukünftige Konflikte. Die Tatsache, dass die Verträge automatisch um weitere 20 Jahre verlängert werden, wenn die Erneuerung nicht vorzeitig abgelehnt wird, erschwert diesen Punkt weiterhin. Durch die seit Anfang des Jahres in das Territorium der Sápara eindringenden Erdölfirmer haben sich die Gemeinden zerstritten, daraufhin spaltete sich die Organisation NASE. Der Sociobosque Vertrag wurde von den Sápara schriftlich widerrufen²³⁴.

Transparentes und gerechtes Benefitssharing

- Die Investitionen der Sápara mit den durch Sociobosque erhaltenen Mitteln erfolgt laut einem Haushaltsplan: das Geld wird unter anderem für Versammlungen, Gehälter, Medizin, Flüge von der Provinzhauptstadt ins Territorium, und das Büro der Organisation NASE in Puyo ausgegeben. Jedes Jahr werden die Ausgaben bei einer Versammlung nachgewiesen²³⁵. Es wird deutlich, dass die Investitionen ohne viel Gedanken an nachhaltigen Nutzen geplant werden. Auch bestehen schwere Konflikte zwischen den 23 Gemeinden um die Aufteilung der Gelder.
- Ein weiteres Problem ist die nachhaltige Finanzierung des Sociobosque Programms: Da es staatliche Gelder sind welche Sociobosque finanzieren, ist nicht geklärt wie lange dies noch der Fall sein kann. Das Umweltministerium erwägt anscheinend einen Mechanismus, um Sociobosque durch einen REDD+-Mechanismus zu finanzieren, dies würde mit einem nationalen Ansatz geschehen.

²³⁴ Interview mit Gloria Ushigua

²³⁵ Information von Bartolo Ushigua

Freie, vorherige und informierte Zustimmung im nationalen REDD-Vorbereitungsprozess²³⁶

Zusammenfassung

Eines der Hauptprobleme bei der Erarbeitung und Umsetzung von nationalen REDD-Strategien ist die wachsende Sorge, dass diese Initiativen die Rechte indigener Völker und lokaler Waldbewohner verletzen und einen negativen Einfluss auf ihre Lebensbedingungen haben könnten. Mehrere indigene Organisationen haben klar zum Ausdruck gebracht, dass REDD-Initiativen eine Politik darstellen, die ihre langjährigen Kämpfe für ihre Souveränität und Selbstbestimmung zu unterwandern drohen, wenn sie keine geeigneten Instanzen und Prozesse für angemessene und umfassende Konsultationen und Beteiligung vorsehen/beinhalten.²³⁷ Daher sind die indigenen Organisationen nur bereit, die Umsetzung dieser Initiativen in Erwägung zu ziehen oder gar sich daran zu beteiligen, wenn grundlegende Voraussetzungen geschaffen werden, um ihre Kulturen, Territorien und Autonomie zu schützen.

Im Fall von Honduras wurde der Prozess der nationalen REDD-Vorbereitungs-Strategie von der Regierung mit der Vorlage der „Readiness-Plan Idea Note“ (R-PIN) bei der Forest Carbon Partnership Facility (FCPF unter dem Dach der Weltbank) im Jahr 2009 offiziell eingeleitet. Während die honduranische Regierung, u. a. mit deutscher Förderung, begann Konsultations- und Beteiligungsprozesse mit einigen der indigenen Völker des Landes durchzuführen, wurde gleichzeitig die Entwicklung der nationalen Strategie vorangetrieben, ohne dass hierbei eine der wichtigsten Organisationen, welche die indigenen Völker des Landes vertritt, beteiligt war. Die betroffene CONPAH (Confederación de Pueblos Autóctonos de Honduras - Nationale Konföderation der indigenen Völker von Honduras) hat aus diesem Grund gegenüber der Regierung Anfang des Jahres 2012 formell ihren Widerstand zum Ausdruck gebracht, wodurch der Prozess gestoppt und die Mechanismen für Konsultationen und die Partizipation indigener Völker im Zusammenhang mit REDD+ überdacht und überarbeitet werden mussten.

Die Fallstudie zur Umsetzung des Rechts auf freie, vorherige und informierte Zustimmung im Rahmen des Prozesses der Erarbeitung und Vorbereitung der nationalen REDD-Strategie in Honduras fasst den Prozess der Konsultationen mit indigenen Organisationen sowie die damit verbundenen Hindernisse zusammen. Sie beleuchtet außerdem die parallelen Entwicklungen auf subnationaler und lokaler Ebene. Hier gilt es insbesondere die Entwicklung und Verabschiedung des „Bio-kulturellen Gemeinschaftsprotokolls“ der indigenen Miskitu hervorzuheben, in dem die Berücksichtigung des Rechts auf freie, vorherige und informierte Zustimmung sowie ein Prozess zu seiner Gewährleistung und Umsetzung dargelegt werden. Die dargelegten Schwerpunkte und Schritte fließen sichtbar in die zuletzt eingereichte Version der „Readiness-Preparation-Proposal“ von Honduras an die FCPF ein.²³⁸

Zur Erarbeitung des ersten Entwurfes der Fallstudie Ende 2012 wurden über einen Zeitraum von zwei Monaten, Informationen in den Dokumenten von Honduras für die FCPF gesichtet und zusammengetragen. Außerdem wurden Kontakte per E-Mail zu Vertretern des hondurani-

>>>>

²³⁶ Die Fallstudie wurde von Tatiana Mendoza Salamanca Ende 2012/Anfang 2013 erarbeitet und später aktualisiert. Die vorliegende Zusammenfassung wurde von Sabine Schielmann verfasst.

²³⁷ Siehe beispielsweise International Indigenous Peoples Forum on Climate Change: IIPFCC Policy Paper on Climate Change. Bangkok 2009. Heruntergeladen im Dezember 2013 von www.indigenousclimate.org/index.php?option=com_content&view=article&id=59&Itemid=60&lang=en

²³⁸ Weitere und ausführlichere Informationen zum „bio-kulturellen Gemeinschaftsprotokoll“ der Miskitu finden sich im Kapitel 5 dieser Studie sowie den entsprechenden Referenzdokumenten von MASTA und auf der folgenden Webseite www.community-protocols.org

schen Ministeriums für Naturressourcen und Umwelt (SERNA) der nationalen Waldschutzbehörde (ICF – Instituto Nacional de Conservación Forestal) und der CONPAH geknüpft, die für den Prozess relevante Informationen und Dokumente zur Verfügung stellten. Zusätzlich wurden Telefon-Interviews mit dem Präsidenten der CONPAH durchgeführt, um weitere Informationen zum Prozess des Dialogs und der Konsultation zwischen der Regierung und den Vertretern der indigenen Völker einzuholen. Im Dezember 2013 schließlich wurde die Fallstudie etwas überarbeitet und mit Informationen zu neueren Entwicklungen aktualisiert.

Zentrale Beobachtungen

- Beide Seiten, sowohl Regierungsvertreter als auch Vertreter der CONPAH, erkennen die Bedeutung der Gewährleistung des Rechts auf FPIC der indigenen und afro-honduranischen Völker für die Vorbereitung der nationalen Strategie REDD + an. Sie glauben weiterhin, dass durch den Prozess des Dialogs und der Konsultationen, die im Jahr 2012 durchgeführt wurden, große Fortschritte und Vorteile für das Land erzielt werden konnten. Laut einem Vertreter der SERNA, ist es einer der größten Erfolge, dass „[...] die historische Arbeitsvereinbarung zwischen den beiden Parteien, durch die Schaffung der MIACC [Mesa Nacional Indígena y Afrohondurena sobre Cambio Climático] und die Unterzeichnung der Kompromissvereinbarung zwischen der Regierung und der CONPAH²³⁹, den Weg geebnet hat für die Bereitschaft zur weiteren koordinierten Zusammenarbeit.
- Der Präsident der CONPAH stellt seinerseits fest, dass es ein großer Erfolg für die indigenen Völker ist, dass durch die Schaffung der MIACC, „das Bewusstsein von Regierungsbeamten zu vermehren über die dringende Notwendigkeit, die Rechte indigener Völker, wie sie in der ILO-Konvention Nr.169 und der UN-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker festgeschrieben sind, zu respektieren und im Land umzusetzen.“²⁴⁰
- Der positiven Dynamik und den guten beiderseitigen Absichten zum weiteren konstruktiven Dialog steht der Mangel an personellen und finanziellen Ressourcen gegenüber. So stellt ein Mitarbeiter des ICF fest, dass der Mangel an technisch versierten Mitarbeitern in den beiden relevanten Staatssekretariaten, durch eine dauerhafte logistische, wirtschaftliche und personell qualifizierte Unterstützung behoben werden müsse.²⁴¹ Im Jahr 2012 wurden außerdem nicht ausreichend Ressourcen für den Aufbau und die Arbeit der MIACC bereit gestellt.
- Die Entscheidung, die MIACC zu gründen, könnte von weitreichender Bedeutung für den Prozess der Umsetzung von FPIC in Honduras sein, da MIACC ähnlich der Regierungsinstanz für REDD entwickelt wird - mit einem politischen und einem technischen Komitee. Allerdings ist es wichtig zu beachten, dass die Prozesse der Entstehung, Entwicklung und Reform politischer Organisationen nicht davor gefeit sind in einen institutionellen Formalismus zu verfallen, was mitunter dazu führt, dass so wichtige Aspekte wie die Achtung der Menschenrechte indigener Völker, Gefahr laufen dabei unter zu gehen.

²³⁹ C. Vallejo, 2013. Persönliche Kommunikation mit Tatiana Mendoza Salamanca. Übersetzung Sabine Schielmann

²⁴⁰ Persönliche Kommunikation Ende 2012 mit Tatiana Mendoza Salamanca

²⁴¹ E. Duarte, 2013 Persönliche Kommunikation mit Tatiana Mendoza Salamanca

- Wenngleich sowohl die Regierung als auch die CONPAH den politischen Willen haben, die Prozesse weiter voranzutreiben, erfordern die effektive Beteiligung und angemessene Konsultationsprozesse mit den indigenen Völkern und ihren Vertretern mehr Zeit für die Stärkung, Durchführung und Legitimierung der Prozesse als dies im Rahmen der Fristen unter den FCPF Strukturen möglich ist.²⁴² Folglich könnte die Entwicklung der nationalen REDD-Strategie unter Umständen weitergeführt werden, ohne dass entscheidende indigene Vertreter in wichtige Teile des Prozesses involviert werden. Dies würde immer mehr zur Schaffung von Misstrauen zwischen den relevanten Akteuren führen und den Dialog- und Konsultations-Prozess mit den Vertretern indigener Völker und Organisationen erschweren.²⁴³
- Zur Vermeidung einer wachsenden Kluft zwischen den Interessen und Forderungen der lokalen Gemeinschaften einerseits und den Aktivitäten der indigenen Führer und der Regierungsvertreter auf einer höheren Ebene andererseits, ist es notwendig, Mechanismen zu finden, die beginnen die lokale Ebene und die Basisorganisationen verstärkt einzu-beziehen, denn es ist gerade auf dieser Ebene, wo die Projekte umgesetzt und die deut-lichsten Auswirkungen haben werden. In diesem Sinne könnte der erste Schritt, der im Rahmen des bio-kulturellen Protokolls der Miskitu für den FPIC-Prozess vorgeschlagen wird, ein guter Ausgangspunkt sein. Dies würde bedeuten, die Verbände und repräsen-tativen Organisationen des jeweiligen indigenen Volkes zu kontaktieren, um ihnen den Vorbereitungsplan für die nationale REDD-Strategie zu erklären und herauszufinden, ob sie Interesse an weiteren Informationen haben.
- Für den Fall, dass ein solches Vorgehen der ersten Kontaktaufnahme gewählt wird, um herauszufinden ob Interesse an weiteren Informationen besteht, bleibt die Frage offen, welche Institution in der Lage wäre, umfassende, zeitnahe und objektive Informationen über das Thema REDD + für die indigenen Gemeinschaften und Organisationen bereit-zustellen. Gleichwohl sind sich sowohl die Regierungsvertreter in Honduras als auch die CONPAH darin einig, dass die Anstrengungen zur Förderung und Verbesserung von Kommunikations-Strategien, die auf die Bedürfnisse und Besonderheiten des jeweiligen indigenen Volkes zugeschnitten sind, verstärkt werden müssen, um zu vermeiden, dass sie zu Opfern von falschen Erwartungen werden oder aufgrund mangelhafter Informationen ihre Teilnahme am Prozess verweigern.

²⁴² Im Allgemeinen waren die Beteiligungsprozesse der FCPF bei der Erarbeitung der REDD-Vorbereitungspläne und Strategien nicht sehr effektiv, weil sie keinen starken Fokus auf die Rechte der vom Wald abhängigen Menschen richteten. Die FCPF ist sich der Mängel bewusst und hat versucht die Beteiligungsprozesse zu verbessern. Jedoch sind diese Bemühungen dadurch eingeschränkt, dass man nicht bereit ist, die nationalen Vorbereitungs- und Strategie-Prozesse zu unterbrechen bzw. zu verlangsamen (CABAL, 2010).

²⁴³ Tendenzen in diese Richtung gibt es bereits: So hat der Bürgerliche Rat der völkischen und indigenen Organisationen von Honduras (Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras - COPINH) einen Brief an die FCPF geschickt, nachdem der Entwurf der Readiness Preparation Proposal (R-PP) im Januar 2013 eingereicht wurde. In dem Brief erklärt COPINH, dass sie und andere Gemeinschaften sowie indigene und schwarze Organisationen wie OFRANEH, der CONPAH nicht beitreten und diese ablehnen, wegen Mangel an Transparenz, Repräsentativität und illegitimer Positionen. Sie bestätigen außerdem, dass sie nicht in den REDD-Vorbereitungsprozess involviert sind und dass die Angaben in der R-PP zur MIACC, die von der CONPAH geleitet wird und angeblich verschiedene indigene Organisationen integriert, einschließlich des COPINH und OFRANEH, nicht mit ihnen beraten wurden und falsch sind. Der Brief kann unter folgendem Link gefunden werden <http://hondurasdelegaciones.blogspot.de/2013/02/carta-de-copinh-al-banco-mundial-en.html>

Entwaldung, REDD und der Takamanda Nationalpark²⁴⁴

Zusammenfassung

Die Gründung des Takamanda-Nationalparks im Südwesten Kameruns geht aus der Umwandlung einer ehemaligen kolonialen Wirtschaftswaldreserve hervor und hat primär die Aufgabe, die Biodiversität des dortigen Waldbestandes, der einen hohen Anteil an endemischen Pflanzen und Tieren aufweist, zu schützen. Die Einrichtung des Schutzgebietes muss jedoch in einem weiteren Kontext gesehen werden: Der Park ist Bestandteil eines umfassenden nationalen Forest and Environment Sector Programmes (FESP), das den Wald und seine Ressourcen in den Mittelpunkt einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie mit einem betont partizipativen Ansatz stellt. Die aktive Einbeziehung der lokalen Bevölkerung in jedes Teilprojekt soll dabei

- > durch direkte wirtschaftliche Beteiligung die hohe Armut, vor allem der mehrheitlichen Landbevölkerung, bekämpfen
- > die wirksame Umsetzung der Biodiversitäts- und Klimaschutzziele garantieren
- > durch Dezentralisierung und private Initiative die staatliche Belastung reduzieren
- > den partizipativen Bedingungen und Richtlinien des REDD+ Mechanismus', inklusive dem FPIC Kriterium (freie und vorherige informierte Zustimmung) entsprechen.

Die von der Weltbank in Aussicht gestellten Emissionskompensationen stellen ein zentrales Element der nationalen Entwicklungsstrategie dar. Das entsprechende Strategiepapier (« Readiness Preparation Proposals» oder R-PP) wurde dem Weltbankorgan « Forest Carbon Partnership Facility » im Januar 2013 vorgelegt.

Die Umwandlung der kolonialen Takamanda-Waldreserve in ein Schutzgebiet mit sehr restriktiven Zugangs- und Nutzungsregeln wurde u. a. mit der Aussicht vorgenommen, gemeinsam mit dem nigerianischen Cross-River-Park einen erweiterten, grenzübergreifenden « transfrontier park » zu schaffen. Unmittelbar betroffen von den Einschränkungen und Verboten innerhalb des Parkareals und in den angrenzenden Übergangszonen sind etwa 15.700 Einwohner in 32 Siedlungen, deren Lebensweise kulturell und wirtschaftlich eng mit dem Wald verbunden ist. Der eingeschränkte Zugang und die reduzierte Nutzung von Waldprodukten bedeuten einen spürbaren Einschnitt in diese, ohnehin fragile Lebensweise. Für die Durchsetzung der neuen Nutzungsregeln wurde zwar die Zustimmung der Anwohner eingeholt ; die im Gegenzug versprochenen Maßnahmen wie der Bau von Schulen, die Verbesserung der Verkehrsverbindungen und die Unterstützung bei der Entwicklung alternativer Einkommensquellen sind bis dato nicht oder nur in sehr unbefriedigendem Umfang eingelöst worden.

²⁴⁴ Von Klaus Mantzel, freischaffender Ethnologe

Die von INFOE initiierte und von Forest Peoples Programme (FPP) durchgeführte Recherche vor Ort zur Einhaltung der fundamentalen Rechte indigener Völker und traditioneller Waldnutzer fand unter extrem widrigen Wetter- und Transportbedingungen statt, da die Rundreise zu den betroffenen Gemeinschaften in die Regenzeit fiel und teilweise nur zu Fuß fortgesetzt werden konnte. Trotz der schwierigen Umstände konnte die Delegation einige ausgesuchte Dörfer, davon zwei im Park einliegende, sowie drei in angrenzenden Übergangszonen liegende Gemeinden besuchen und repräsentative Befragungen zu Entscheidungsfreiheit und Partizipation durchführen.

Zentrale Beobachtungen

Diese stichprobenartige Erhebung ergab folgenden Befund: Sechs Jahre nach Gründung des Parks beklagen die Waldnutzer:

- die Unterlassung einer Anerkennung traditioneller Nutzungsrechte im und um das Schutzgebiet (von der Anerkennung territorialer Ansprüche ganz abgesehen): Die Grenzen des Nationalparks entsprächen jenen, die während der Kolonialzeit willkürlich festgelegt wurden. Die Einrichtung gestaffelter Zonen in und um den Park mit unterschiedlichen Nutzungsrechten für die Anlieger sei ebenfalls ohne Rücksprache mit den Waldnutzern erfolgt. Eine Übergangsregelung erlaube ihnen in den nächsten vier Jahren noch einen flexibleren Umgang der Nutzungsregeln und -verbote ; danach erlöschen aber auch diese Ausnahmen, ohne dass die Möglichkeit eines Einspruchs oder einer Anpassung bestehe.
- die völlig unzureichende Partizipation bei der Verwaltung des Parks : Die Bedingungen der Konsultationen, Repräsentationsprozeduren und Auswahlkriterien für Gemeinschaftsvertreter (wie cluster facilitators) seien einseitig vom Forstministerium und seinen Partnerorganisationen, GIZ und WCS, bestimmt worden. Zudem habe das übergreifende Parkgremium, in dem theoretisch auch die lokalen Gemeinschaften vertreten sind und das als Forum für ungeklärte Sachverhalte dienen soll, seit der Gründung des Nationalparks noch nie getagt, d.h. es existiere in der Praxis nicht.
- die unzureichende Berücksichtigung ihrer eigenen Entwicklungsvorstellungen : So bemühe sich zwar das von der GIZ geleitete Entwicklungsbüro in Mamfe, alternative Einkommensquellen zu finden und entsprechende Schulungs- und Finanzierungsprogramme zu veranlassen ; der geforderte Ausbau der Transportwege zur Anbindung an einträglichere Märkte oder Maßnahmen zur allgemeinen Verbesserung des Bildungsniveaus der Gemeinschaftsmitglieder unterblieben ebenso wie die vorgeschlagenen Nachbesserungen Erfolg versprechender Projekte (z. .B. die notwendige finanzielle Ausstattung von landwirtschaftlichen Frauenkooperativen). Initiativen, die aus den Dorfgemeinschaften selbst hervorgehen, würden allenfalls zur Kenntnis genommen, jedoch selten ernsthaft verfolgt oder als unrealisierbar abgetan.

>>>>

- das Ausspielen von individuellen Interessen seitens der Parkbehörden: Durch die Bezahlung von kooperationsbereiten Mitgliedern der Gemeinschaft würden aus ursprünglichen Repräsentanten der Gemeinschaft Mitarbeiter der Verwaltung zur Ausführung von Überwachungs-, bzw. Polizeiaufgaben gegen die eigenen Leute. Die Kooperationsbereitschaft (wie beim Aufstellen von Parkgrenzbefestigungen) sei auch aus dem Grund « käuflich », weil es eben an anderen Einkommensmöglichkeiten fehle.
- den grundsätzlichen Mangel an Wahlmöglichkeiten: Weder bei der Einrichtung des Parks, noch bei der Festlegung seiner Zugangs- und Nutzungsregeln habe es detaillierte Verhandlungen gegeben. Wie bereits erwähnt, sei die Einwilligung der Waldnutzer nur durch nicht eingelöste Versprechungen erzielt worden. In diesem Zusammenhang kann von einer « freien, vorherigen und informierten Zustimmung » zu dem Gesamtprojekt oder auch nur zu Teilen davon keine Rede sein.
- das Fehlen jeglicher Transparenz, was die mögliche Einbindung des Projekts in den REDD+-Mechanismus anbetrifft: Die Befragten gaben an, nie von « REDD » oder einer Beteiligung an irgendwelchen diesbezüglichen finanziellen oder anderen materiellen Zuwendungen unterrichtet worden zu sein.

In einem „Kommentar“ nehmen die KfW, MINFOF (das kamerunische Forstministerium) und die GIZ Stellung zur Fallstudie und versichern, dass sämtliche Maßnahmen erst nach Gewährung langjähriger Übergangszeiten und mit dem vollen Einverständnis der Betroffenen durchgeführt wurden. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Fallstudie aufgrund der begrenzten Mittel und des stichprobenartig Charakters einzelne Detailfragen nicht umfassend genug beantworten konnte. Die offizielle Position, dass es sich bei der Umsetzung des Parkprojektes und seiner Teilelemente um einen noch nicht abgeschlossenen Prozess handele, der deswegen noch nicht abschließend beurteilt werden könne, kann jedoch nicht über die Tatsache hinweg täuschen, dass im Takamanda Nationalpark wesentliche Etappen einer auf gleichwertiger Partnerschaft basierenden Konsensfindung verpasst wurden. Sollte der Nationalpark in das nationale REDD+-Programm eingegliedert werden, müsste nach REDD-Kriterien und gemäß einer Reihe von Konventionen und Deklarationen, die von Kamerun unterschrieben wurden, das Projekt völlig neu ausgehandelt werden.

FPIC bei REDD: Erste Erfahrungen mit der Umsetzung aus dem CliPAD Projekt²⁴⁵

Zusammenfassung

In den letzten Jahren hat sich Laos zunehmend im REDD-Vorbereitungsprozess engagiert und ist so zu einem Land geworden, wo zahlreiche multilaterale und bilaterale Initiativen Ansätze und Strategien testen und eine politische Infrastruktur sowie Kapazitäten in Vorbereitung auf die REDD-Implementierung und die Teilnahme am weltweiten Kohlenstoffmarkt schaffen. 2008 war Laos eines der ersten 14 Länder, die der Forest Carbon Partnership Facility (FCPF) der Weltbank beitraten und ist außerdem eines der acht Pilotländer für das Forestry Investment Program (FIP). Beide Finanzierungsprogramme sind noch nicht operativ, während FCPF jedoch bald beginnen wird.

Das 10-Jahres (2009-2018)-"Climate Protection through Avoided Deforestation / CliPAD"-Programm ist ein bilaterales Programm zwischen der Volksrepublik Laos und Deutschland, das der Walddegradierung begegnen, biologische Vielfalt erhalten und die Lebensbedingungen der Gemeinschaften in den zwei nationalen Schutzgebieten Nam Phui in der Provinz Sayaboury und Nam Et Phou Louey in der Provinz Houaphan verbessern soll. Insgesamt soll es mit der technischen Unterstützung durch die GIZ und finanziert von der KfW die Regierung von Laos unter der Leitung des Wald- und Landwirtschaftsministeriums dabei unterstützen, geeignete Rahmenbedingungen für REDD+ und Pilotprojekte für einen effektiven Waldschutz in nationalen Schutzgebieten zu schaffen. Zu der technischen Unterstützung im Rahmen des CliPAD-Programms gehört auch eine partizipatorische Landnutzungsplanung auf Dorfebene in Nam Phui unter Einbeziehung ökologischer Werte und möglicher Zahlungen für selbige.

Gesetzlicher und gesellschaftlicher Rahmen

Der gesetzliche Hintergrund für FPIC ist noch relativ schwach²⁴⁶, es gibt keine regulatorischen Vorschriften zur Durchführung. Laos hat allerdings für die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker gestimmt, die Bezug auf FPIC nimmt. Grundsätzlich gibt es aber keine speziell auf indigene Völker ausgerichtete Gesetzgebung, weil das Konzept der indigenen Völker wegen der Betonung der nationalen Einheit nicht allgemein anerkannt ist, obwohl Laos ein Staat mit 49 ethnischen Gruppen und über 100 Untergruppen ist. Hierbei dominieren die Lao wirtschaftlich und kulturell, jedoch haben alle ethnischen Gruppen unter dem Gesetz den gleichen Status. Als indigene Völker zu betrachten wären Gruppen aus den Mon-Khmer, Sino-Tibetischen and Hmong-Iu Mien-Sprachfamilien, die insgesamt ein Drittel der Bevölkerung ausmachen.²⁴⁷ Für sie gibt es keine ausgesprochene Landrechtssicherheit unter den bestehenden Gesetzen, welche z.B. mit dem Waldgesetz von 2008 festlegen, dass alle natürlichen Wälder und Ressourcen dem Nationalstaat gehören, der über ihre Nutzung und Ausbeutung entscheidet. Gemeinschaften dürfen dörfliche Wälder nur mit einer entsprechenden Erlaubnis der Distriktbeamten bewirtschaften. Nach dem Landgesetz von 2003 kann Land nur zur Nutzung, Pacht oder per Konzession an Einzelpersonen, Familien oder Organisationen vergeben werden. Jedoch wurde 2007 per Dekret durch die nationale Landverwaltungsbehörde ein gemeinschaft-

>>>>

²⁴⁵ Die Fallstudie wurde von Ann Loreto Tamayo, einer freischaffenden Researcherin von den Philippinen, Ende 2012/ Anfang 2013 erarbeitet und im September 2013 überarbeitet. Sie wurde von Elke Falley-Rothkopf übersetzt und zusammengefasst.

²⁴⁶ Goetze, Katharina, "Lao-German REDD+ Project Pioneers FPIC in Sayaboury Province, Laos," www.forestcarbonasia.org/articles/lao-german-redd-project-pioneers-fpic-in-sayaboury-province-laos/

²⁴⁷ IWGIA. Update Laos 2011

licher oder kollektiver Landrechtstitel eingeführt. Der erste solche wurde 2012 an 5 Dörfer im Sangthong-Distrikt erteilt. Das CliPAD-Programm hat 2011 einen Workshop ermöglicht, um einen Revisionsprozess bezüglich des nationalen Waldgesetzes in Gang zu setzen, der zu der weiteren Vergabe von Landrechten an Gemeinschaften führen könnte.²⁴⁸

Zentrale Beobachtungen

Ein erster FPIC-Prozess im Rahmen des CliPAD-Programms

Eine der ersten Aktivitäten des CliPAD-Programms war die Einholung einer freien, vorherigen und informierten Zustimmung im Nam Phui-Gebiet, um den Schutzvorschriften für Verified Carbon Standard (VCS)- Projekte²⁴⁹ zu entsprechen, die in nationalen Schutzgebieten für den freiwilligen Kohlenstoffmarkt entwickelt werden sollen. Das VCS-System schreibt FPIC nicht ausdrücklich vor, sondern bezieht sich lediglich auf Konsultationen der Gemeinschaften, sodass das CliPAD-Programm hier noch einen Schritt weitergegangen ist hin zu partizipatorischer Planung und Prozessen bei der Bewirtschaftung der Wälder mit verschiedenen Akteuren. Mit einem "learning by doing"-Ansatz auf der Grundlage der RECOFTC-GIZ FPIC-Richtlinien sollen freiwillige FPIC-Richtlinien für Laos entwickelt werden²⁵⁰, deren Entwurf die laotische Regierung noch zustimmen muss.²⁵¹ Die Regierung sieht den Bedarf an Richtlinien, Prinzipien, Vorgehensweisen sowie Kriterien und Indikatoren für FPIC nebst geeignetem Informationsmaterial für die örtliche Bevölkerung, bevor FPIC auf Dorfebene angewandt werden kann.²⁵²

Die FPIC-Konsultation wurde beim CliPAD-Programm vor Projektbeginn in acht Dörfern entlang der Lao-Thai-Grenze im Nam Phui-Schutzgebiet unternommen. CliPAD nahm dazu mit der zivilgesellschaftlichen Organisation "Lao Biodiversity Association" (LBA) externe Konsultoren unter Vertrag, um den FPIC-Prozess durchzuführen. Dazu kamen Konsultoren aus den Gemeinschaften, um der LBA mit Informationen bezüglich der Gebräuche und Traditionen der Gemeinschaften insbesondere hinsichtlich der Nutzung von Ressourcen, Entscheidungsfindungsprozessen und Beschwerdemechanismen zur Seite zu stehen.

Die LBA-Teams machten vier Besuche in jedem Dorf. Als erstes ein Treffen mit dem Dorfgremium, dem informelle Treffen mit der Dorfbevölkerung folgten, wobei so viele Bewohner wie möglich und geschlechterspezifisch ausgewogen versammelt werden sollten. Im Rahmen des letzten Treffens wurden dann der Klimawandel, der REDD-Ansatz, die Rechte der Dorfbevölkerung und Beschwerdemechanismen erläutert. Danach würde die Dorfbevölkerung ihre Entscheidung zum Projekt bekanntgeben.²⁵³

Dieser Prozess entspricht den Grundelementen des Prinzips der freien, vorherigen und informierten Zustimmung. Die Veröffentlichung eines Handbuchs mit den Erfahrungen aus diesem FPIC-Prozess steht noch aus, während andere REDD+ Projektinitiatoren wie SUFORD und Village Focus International nun ebenfalls FPIC anwenden.²⁵⁴ Der FPIC-Prozess wurde auch dadurch gefördert, dass die Regierung die Bedeutung der Teilnahme und Zustimmung lokaler Gemeinschaften für den Erfolg von REDD+ Projekten erkannte.²⁵⁵ Andererseits bedeutet diese Erkenntnis der Notwendigkeit für die Durchführung eines FPIC-Prozesses noch keine prinzipielle Anerkennung der Rechte der Waldbewohner. So könnte FPIC in Laos auch aufgrund der fehlenden nationalen landrechtlichen Rahmenbedingungen auf REDD+-Projekte beschränkt bleiben.

²⁴⁸ LAO PDR, Ministry of Agriculture and Forestry: Annual Review of REDD+ Activities in Lao PDR 2010. Feb 21, 2011 www.theredddesk.org/sites/default/files/resources/pdf/2011/annual-review-of-redd-activities-in-lao-pdr-2010.pdf | ²⁴⁹ Email correspondence from Thongsoune Bounphasaisol, REDD+ National Coordinator, Laos, 7. Feb 2013 | ²⁵⁰ Email-Korrespondenz am 8.9.2013 von Dr Georg Buchholz, Program Director, Sustainable Climate-friendly Management of the Environment and Natural Resources (SusCLiME), Lao PDR. | ²⁵¹ Ibid. | ²⁵² Goetze, Katharina, "Lao-German REDD+ Project Pioneers FPIC in Sayabour Province, Laos," www.forestcarbonasia.org/articles/lao-german-redd-project-pioneers-fpic-in-sayabour-province-laos/ | ²⁵³ Goetze, Katharina, "Lao-German REDD+ Project Pioneers FPIC in Sayabour Province, Laos," | ²⁵⁴ Email-Korrespondenz von Dr Georg Buchholz, Program Director, Sustainable Climate-friendly Management of the Environment and Natural Resources (SusCLiME), Lao PDR | ²⁵⁵ Goetze, Katharina, "Lao-German REDD+ Project Pioneers FPIC in Sayabour Province, Laos"

Nationale Gesetzgebung und die Durchführung von FPIC im ForClimPanay Projekt²⁵⁶

Zusammenfassung

Diese Fallstudie untersucht die Berücksichtigung von FPIC im Wald- und Klimaschutzprojekt *ForClimPanay* (Forest and Climate Protection Project Panay - ForClimPanay), einem bilateralen Entwicklungsprojekt zwischen der GIZ und der philippinischen Regierung, über die Abteilung für Umwelt- und natürliche Ressourcen (Department of Environment and Natural Resources / DENR). Panay ist eine der Hauptinseln der Zentralen Philippinen mit 4 Provinzen. Im Inneren und Hochland dieser 4 Provinzen leben indigene Völker, generell bezeichnet als *Bukidnon*²⁵⁷ oder *Sulod*. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Brandrodungsfeldbau betreibende Gruppen, die heute aber auch längerfristigen Reisanbau zu betreiben suchen, wo es die Topographie ermöglicht, und zum Anbau von ‚cash crops‘ wie Bananen, Kaffee und Wurzelgemüse für Zusatzeinkünfte übergehen. Für den Anbau von Feldfrüchten und den Fischfang werden einfache, traditionelle Geräte verwendet. Die traditionelle Kultur lebt auch noch in der mündlichen Literatur fort, während die jüngeren Generationen dazu tendieren, sich an die Mainstream-Kultur anzupassen.

Informationen für die Studie und ihre Analyse wurden über Internetrecherche und aus dem von der GIZ zur Verfügung gestellten Projektablaufplan GIZ²⁵⁸, aus persönlichen Interviews mit Mitarbeitern des DENR und der Nationalen Kommission zu Indigenen Völkern (National Commission on Indigenous Peoples / NCIP), gewonnen.

Auf den Philippinen ist das Recht auf vorherige, freie und informierte Zustimmung („FPIC“) für indigene Völker gesetzlich verankert. Grundlage dafür war zunächst die Anerkennung angestammter Landrechte im Rahmen der Verfassung der Philippinen von 1987. Ein Jahrzehnt später sieht das Gesetz über die Rechte Indigener Völker (Indigenous Peoples Rights Act / IPRA) u. a. die Demarkierung und Titulierung angestammter Territorien mittels Landrechtsurkunden für Angestammte Gebiete (Certificate of Ancestral Domain Title / CADT) vor. Auf den angestammten Gebieten ist es allen Regierungsinstitutionen und -abteilungen strikt untersagt, jegliche Konzessionen, Lizenzen oder Pacht- und Produktionsverträge ohne die vorherige, freie und informierte Zustimmung durch die indigenen Gemeinschaften zu erteilen. Die indigene Gemeinschaft hat das Vorrecht, ihre Zustimmung zu jedem auf ihrem angestammten Gebiet vorgeschlagenen Projekt oder Aktivität zu erteilen oder zu verweigern. Jedoch ist es seit der Verabschiedung des Gesetzes (IPRA) 1997 bei der Durchführung der FPIC-Prozesse zu Irregularitäten gekommen, die Projekte trotz der Widersprüche von Mitgliedern betroffener Gemeinschaften ermöglicht haben.

Die GIZ muss sich mit ihren Projekten, die sich in Angestammten Gebieten befinden oder mit diesen Überschneidungen haben, innerhalb der Bestimmungen des IPRA und ihrer FPIC-Richtlinien bewegen. Sie hat auf den Philippinen in den letzten Jahrzehnten Projekte durchgeführt, die sich v. a. auf die ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung konzentrieren und in letzter Zeit auf Initiativen zum Klimaschutz, einschließlich REDD-Maßnahmen, mit Förderung

>>>>

²⁵⁶ Die Fallstudie wurde Ende 2012 und Anfang 2013 von der freischaffenden philippinischen Researcherin Ann Loreto Tamayo erarbeitet, im Juli überarbeitet und von Elke Falley-Rothkopf übersetzt und zusammengefasst.

²⁵⁷ National Commission for the Culture and the Arts, Culture Profile, Bukidnon, www.ncca.gov.ph/about-culture-and-arts/e-books/e-book.php?id=42&t=2

²⁵⁸ Anfragen bezüglich sachdienlicher Projektunterlagen wurden an das Büro der GIZ in Manila und an einen Mitarbeiter der GIZ gestellt, jedoch wurden lediglich der Projektablaufplan 2013-2014 und ein Factsheet, die bereits auf der Internetseite der GIZ verfügbar waren, zur Verfügung gestellt. Zusätzliche Informationen konnten später, im Juni 2013, von INFOE von Mitarbeitern der GIZ in Treffen und im Rahmen von E-mail-Korrespondenzen eingeholt werden.

durch die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) ausgedehnt wurden. Diese Projekte wirken auf die nationale Wald- und Landnutzungspolitik ein und arbeiten auf lokaler Ebene mit dem DENR, den lokalen Regierungseinheiten (local government units /LGU) und Gemeinschaften zu Aufforstung, Rehabilitation des Waldes und Waldfeldbausystemen sowie an der Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für die nachhaltige Bewirtschaftung von Berg- und Mangrovenzonen. Alle diese Maßnahmen werden in Zusammenarbeit zwischen der DENR, LGUs und lokalen Gemeinschaften auf der Basis von Vereinbarungen zur gemeinschaftlichen Bewirtschaftung und der Sicherung von Landrechtstiteln durchgeführt. Dies gilt im Prinzip auch für die nachhaltige Bewirtschaftung in Gebieten indigener Völker, während die besondere Situation auf angestammten Gebieten Modifikationen in Anpassung an die Vorschriften des IPRA und seiner Instrumente notwendig machen.²⁵⁹

Das 2010 begonnene ForClimPanay-Projekt ist eines der von der IKI geförderten Projekte auf den zentralen Philippinen²⁶⁰ und wird gemeinsam von GIZ und DENR durchgeführt, wobei es in andere GIZ-Projekte wie das “Forest Policy and REDD+-Project” und das Environment and Rural Development (EnRD)“ Programm integriert ist. Es soll 2014 abgeschlossen sein. Sein Ziel ist der Schutz von 50.000 ha des noch vorhandenen natürlichen Waldes im zentralen Bergmassiv von Panay (Central Panay Mountain Range) mit einer hohen Biodiversität mit endemischen Pflanzen- und Tierarten sowie die nachhaltige Nutzung der natürlichen Rohstoffe in der Waldumgebung. Als Treiber der Entwaldung und Degradierung sind Brandrodung, illegaler Holzeinschlag, Anbau auf Steilhängen und verrottende Biomasse identifiziert worden. Das Projekt hat drei Hauptkomponenten: a) die Formulierung eines Waldnutzungsplans (Forest Land Use Plan / FLUP) integriert in Flächennutzungspläne (FLUP) der LGU, b) Identifizierung und Ausweitung geschützter Gebiete für bedrohte Arten sowie c) die großflächige Wiederaufforstung.

Zentrale Beobachtungen

Anerkennung fundamentaler Rechte der indigenen Völker

Der Projektablaufplan schreibt die aktive Einbindung und Beteiligung der lokalen Regierungsbehörden insbesondere auf der kommunalen Ebene vor, die bei den *barangay*, den Dörfern als kleinster politischer Einheit, mit einem integrativen Ansatz für Ökosystemplanung und -bewirtschaftung beginnt.²⁶¹

Gewährleistung von Rechten auf Land, Territorien und Ressourcen

Auf dem ForClimPanay Projektgebiet gibt es zwei Angestammte Gebiete mit von der NCIP beurkundetem Rechtstitel: eines von mehr als 1.739 ha im Namen einer Panay-Bukidnon-Gemeinschaft mit 2.714 Rechtsträgern²⁶² und ein weiteres von 6.681 ha einer Iraynon-Bukidnon-Gemeinde mit 171 Familien²⁶³. Der Rechtstitel bezieht sich auf das traditionell von einer indigenen Gemeinschaft bewohnte Territorium und schließt alle Landflächen, Wasser und sonstigen Ressourcen darauf mit ein. Er umfasst auch traditionelle Zugangsrechte zu Land für

²⁵⁹ Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Assessment of the Policy/Legal-Regulatory Framework of Community-based Forest Management in the Philippines, January 2013. Veröffentlicht in Manila, Juni 2013. Seite 31

²⁶⁰ Weitere von der IKI finanzierte Projekte auf den Philippinen können unter www.international-climate-initiative.com/en/nc/projects/projects/ eingesehen werden

²⁶¹ See: GIZ, SIMPLE: Sustainable Integrated Management and Planning for Local Government Ecosystems. Page 7 and 40. As 5 of the 18 partner municipalities of ForClimPanay coincide with the area where SIMPLE, the integrated management approach, is being implemented, it is expected that these tools and the participatory focus are also being applied to ForClimPanay and the participating municipalities and barangays. Draft October 2012 accessed unter [www.enrdph.org/docfiles/PD_SIMPLE_Oct%202012_\[web\].pdf](http://www.enrdph.org/docfiles/PD_SIMPLE_Oct%202012_[web].pdf)

²⁶² NCIP 2011 Accomplishment Report unter www.ncip.gov.ph/downloads/category/40-annual-accomplishment-report.html#

²⁶³ Mabaquiao, Pilar S. „NCIP gears for Indigenous People’s Day in Antique.“ PIA, August 03, 2011.

Subsistenzaktivitäten, das nicht mehr ausschließlich von den Bukidnon bewohnt wird.²⁶⁴ Der Rechtstitel wird auf den Namen des indigenen Volkes, der Gemeinde oder ihrer rechtmäßig anerkannten Ältesten oder Führer ausgestellt. Zusätzlich zu den beiden CADTs gibt es noch verschiedene angestammte Gebiete mit beurkundetem Anspruch auf Ausweisung als Angestammtes Gebiet (Certificates of Ancestral Domain Claim / CADC), die gemäß dem im IPRA vorgeschriebenen Prozedere in CADT umgewandelt werden können und für die zwischenzeitlich keine Regierungsinstitution oder Körperschaft Konzessionen, Lizenzen oder Produktionsvereinbarungen erteilen kann.

Der FPIC-Prozess gemäß den NCIP-Richtlinien

Um die Zustimmung einer indigenen Gemeinschaft zu erhalten, hat die NCIP mit ihren bereits 3mal angepassten FPIC- Richtlinien²⁶⁵ einen bestimmten Prozess festgelegt, der u. a. beinhaltet, dass zunächst auf die Einreichung von Dokumenten und Unterlagen durch einen Projektantragsteller das NCIP vor Ort eine Untersuchung des betroffenen Bereichs im Angestammten Gebiet auf die möglichen Auswirkungen desselben und bezüglich der Anzahl der betroffenen Gemeinden folgt. Dann sind zwei FPIC-Konferenzen / Versammlungen bei den Gemeinschaften durchzuführen. Im Rahmen der ersten werden generelle Informationen zu IPRA und FPIC gegeben sowie die Ältesten bzw. Führungspersonlichkeiten sowie die Entscheidungsfindungsprozesse der Gemeinschaft festgestellt. Bei der zweiten Versammlung wird das Projekt vom Antragsteller hinsichtlich des Projektplans, der Kosten und Vorteile für die Gemeinschaft sowie negativer Auswirkungen vorgestellt und mit Experten, anderen Akteuren sowie im Rahmen eines offenen Forums für die Fragen und Belange der Mitglieder der Gemeinschaft diskutiert. Dieser Versammlung folgt die Phase der Entscheidungsfindung in der Gemeinschaft, während derselben sind keine gemeinschaftsfremden Personen – außer NCIP-Personal, das den Prozess dokumentieren soll – zugelassen. Je nach Entscheidung der Gemeinschaft werden entweder von den Repräsentanten der Gemeinschaft die Bedingungen des Vertrags ausgehandelt, der dann der versammelten Gemeinde zur Zustimmung vorgelegt wird, was auf dem Angestammten Gebiet geschehen muss. Oder die Gemeinschaft gibt einen Nicht-Zustimmungsbeschluss heraus.

Die Überarbeitung der Richtlinien 2012 geschah in Reaktion auf Beschwerden über missbräuchliche Ausführung des FPIC-Prozesses²⁶⁶, wie z.B. der Einrichtung neuer Stammesräte, der Verwendung von Anwesenheitslisten zum Nachweis der Zustimmung oder Bestechungsversuche gegenüber Anführern oder Mitgliedern der Gemeinschaft. Eine von der GIZ finanzierte Studie fand wesentliche Verstöße gegen die FPIC-Richtlinien bei einer bedeutenden Zahl von 34 insgesamt untersuchten Fällen heraus, sodass insgesamt höchstens von einer 50 %igen Übereinstimmung mit den Richtlinien gesprochen werden konnte.²⁶⁷

Die Umsetzung der IPRA und der FPIC-Richtlinien muss generell im rechtlichen Kontext der gesamten Philippinen betrachtet werden, v.a. der zahlreichen Bestimmungen zur Wald- und Landnutzung. Mehr als die Hälfte des Landes auf den Philippinen sind Waldgebiete, die Ländereien in öffentlicher Hand darstellen, die dem Staat gehören, der Nutzungs- und Besitzrechte erteilt, um wirtschaftliche Gewinne zu machen und Ökosystemleistungen zu sichern.²⁶⁸ Die

>>>>

²⁶⁴ NCIP. ADSDPP Primer. www.ncip.gov.ph/downloads/category/1-administrative-orders.html?...48

²⁶⁵ Im Folgenden vgl: NCIP Administrative Order No. 3, Series of 2012, The Revised Guidelines on Free And Prior Informed Consent (FPIC) and related Processes of 2012. ao 3 the revised guidelines on fpic and related processes of 2012.pdf unter www.ncip.gov.ph/downloads/category/1-administrative-orders.html?...

²⁶⁶ Interview with Atty John Ray Libiran, NCIP Officer-in-Charge, Technical Management Services Division, Cordillera Administrative Region, Jan 29, 2013.

²⁶⁷ GIZ. Assessing Free and Prior, Informed Consent in the Philippines, A Policy Brief. April 2013

²⁶⁸ GIZ (2013) MOREFORESTS: Management of Resources on Forestlands through Enhanced Sustainable Technologies. Seite 6. Draft of Nov 2012 verfügbar unter [www.enrdp.org/docfiles/FINAL%20NOV%2029_MOREFORESTS_pp1-92_\[web\].pdf](http://www.enrdp.org/docfiles/FINAL%20NOV%2029_MOREFORESTS_pp1-92_[web].pdf)

Landnutzungsplanung steht vor einer Zahl von Schwierigkeiten, wie z. B. der Beteiligung verschiedener Abteilungen und Institutionen, die ihre eigenen Rechte und Richtlinien haben, wozu lange bürokratische Prozesse und sich überlappende Funktionen, Landforderungen und widersprüchliche Land- und Ressourcennutzungsstrategien kommen.²⁶⁹

Im Rahmen der Bemühungen um eine Dezentralisierung der Waldverwaltung wurde 1995 die gemeinschaftsbasierte Waldbewirtschaftung (community based forest management) zur nationalen Strategie der nachhaltigen Waldbewirtschaftung erklärt²⁷⁰ und zwei Landbesitzinstrumente geschaffen, die auch für indigene Gemeinschaften in Angestammten Gebieten zum Tragen kommen: Zum einen Waldbewirtschaftungsvereinbarungen auf Gemeindebasis und zum anderen an Einzelpersonen und Familien erteilte Bewirtschaftungsverträge, die in beiden Fällen für 25 Jahre erteilt werden und um weitere 25 Jahre verlängert werden können.²⁷¹ Während die Gesetze und Regulierungen für die direkte Bewirtschaftung und Besitzrechte für Gemeinschaften und indigene Völker vorteilhaft erscheinen, wird deren Umsetzung im Wesentlichen durch das Fehlen einer in sich stimmigen Landnutzungspolitik und der notwendigen fachlichen Voraussetzungen der Gemeinschaften und der Lokalregierungen behindert. In diesem Bereich sucht die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützend anzusetzen.

Die Implementierung von FPIC beim ForClimPanay-Projekt

Das ForClimPanay-Projekt sah einen Konsultationsprozess und einen Ansatz der "freiwilligen Teilnahme" an der Durchführung und Umsetzung des Projekts und seiner Aktivitäten vor. Dies bezog lokale Gemeinschaften mit ein, die als die Hauptantriebskraft des Projekts betrachtet werden, und stellte sicher, dass "[a]llen Projektmaßnahmen ein partizipativer Planungs- und Abstimmungsprozess vorausgeht, der geleitet wird durch die Wünsche und Vorstellungen der indigenen und nicht-indigenen Bevölkerungsgruppen."²⁷² Der Konsultationsprozess wurde auf zwei Ebenen durchgeführt – auf der kommunalen und der der Gemeinschaft. Daran waren die Projektbetreiber, die technischen Angestellten des Projekts und die Gemeinschaften innerhalb des Projektgebietes beteiligt. Im Rahmen des Ansatzes der freiwilligen Beteiligung war es den Gemeinschaften am Ende der Konsultationen freigestellt, an dem Projekt teilzunehmen, insbesondere an den Aufforstungs- und Feldwaldbauaktivitäten, die den Gemeinschaften zur direkten Einbindung und mit finanzieller Förderung offen standen. Wer teilnahm, musste der GIZ, den betroffenen kommunalen LGU und NCIP eine "community-solicited resolution"²⁷³ überreichen - einen Beschluss der Gemeinschaft, der ausdrücklich ihren Wunsch zur Einbeziehung in das Aufforstungs- und Waldfeldbauprojekt ausdrückt.

Der Ansatz, einen solchen Beschluss von der Gemeinschaft vor der Umsetzung der Wiederaufforstungs- und waldfeldbaulichen Aktivitäten zu erhalten, war offensichtlich von Informationen beeinflusst, die das NCIP-Personal in den anfänglichen, von den LGUs einberufenen Beratungen, verbreitet hatte. Laut diesen Informationen sowie entsprechender Verordnungen kann ein Projekt oder eine Aktivität den vorgeschriebenen FPIC-Prozess umgehen, wenn die Gemein-

²⁶⁹ Ibid. Seite 8

²⁷⁰ Ibid. Seite 8 und 13 und GIZ (2013) Pursuing an Enabling Policy Climate for REDD-Plus Implementation in the Philippines:

²⁷¹ GIZ (2013) Pursuing an Enabling Policy Climate for REDD-Plus Implementation in the Philippines: Review and Analysis of Forest Policy Relating to REDD-Plus. Seite 18.

²⁷² Dr Jürgen Schade (Chief Adviser GIZ EnRD ForClim Project), Stellungnahme zur INFOE Fallstudie zum ForClimPanay Projekt, 10. Juni, 2013

²⁷³ Dr. Jürgen Schade, Antwortmail auf Fragen des INFOE, 24.8.2013

schaft das Projekt selbst durchführt oder die Projektdurchführung ausdrücklich wünscht.²⁷⁴ Ein weiterer wichtiger, zu berücksichtigender Faktor war der Zeitdruck, innerhalb des gegebenen Zeitrahmens zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Die Pflanzphase des Projektes war für 2011-2012 angesetzt und mit einem Gesamtwiederaufforstungsziel von 2.500 ha und einem Pflanzenwachstum von mind. 2 Jahren mussten die Aktivitäten beschleunigt werden, um die Projektziele zu Projektende 2014 zu erreichen. Angesichts des langwierigen Prozesses, den die FPIC-Richtlinien vorschreiben, gingen die LGUs einen Konsultationsprozess ein, der die Einholung von ‚community-solicited resolutions‘ von jenen, die an der Wiederaufforstungskomponente teilnehmen wollten, beinhaltete. Jedoch scheint es, dass die LGUs dies dem regionalen NCIP-Büro nicht formell mitteilten.

Ein großer Teil des Projektgebietes wird von indigenen Völkern bewohnt und IPRA und die FPIC-Richtlinien schreiben vor, dass, wo immer es indigene Bevölkerung gibt, ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung eingeholt werden muss, bevor irgendeine Projektaktivität auf ihrem Gebiet unternommen werden kann. Während die ‚community-solicited resolutions‘, die von den teilnehmenden Gemeinschaften gewünscht wurden, deutlich machen, dass im ForClim Projekt das Bewusstsein um die Anforderungen des FPIC-Prozesses vorhanden war, so mag der Prozess der Konsultation und der Einholung einer solchen Zustimmung einige der Grundprinzipien von FPIC und der Erfordernisse für ‚community-solicited projects‘ im Rahmen der FPIC-Richtlinien nicht in ihrer Gänze widerspiegeln.



Garangan Barangay, Provinz Iloilo, Western Visayas, Philippinen,
Foto © Sine Panayanon

²⁷⁴ Interview mit Melvin Purzuelo, früherer ForClimPanay Project Senior Adviser for Coordination and Planning. Und: NCIP Administrative Order No. 1 Series 2006, Section 31.

Beteiligung und Rechte lokaler und indigener Gemeinschaften in Aufforstungsmaßnahmen der KfW-Entwicklungsbank seit 1995²⁷⁵

Zusammenfassung

Das südostasiatische Vietnam ist etwas kleiner als Deutschland, hat aber ca. 6 Mio. Einwohner mehr. Die Kommunistische Partei regiert straff, Menschenrechtsverletzungen sind international bekannt.²⁷⁶ Seit 1986 gibt es eine Hinwendung zur sozialistischen Marktwirtschaft und seit 2010 beträgt das mittlere jährliche Pro-Kopfeinkommen 1000 US\$. Davon profitieren vor allem die Kinh in den Städten. In Vietnam leben 54 als „ethnische Gruppen oder Minderheiten“ bezeichnete Völker, da die vietnamesische Regierung die Bezeichnung „indigene Völker“ ablehnt. Die *Kinh* bilden mit 86,2 % die größte Gruppe. Zu den größeren indigenen Gruppen zählen die *Tay* mit 1,9 %, die *Thai* mit 1,7 %, die *Muong* mit 1,5 %, die *Khmer* mit 1,4 %, die *Hoa* mit 1,1 %, die *Nung* mit 1,1 % und die *Hmong* mit 1 %. Dreiviertel der 53 ethnischen Minderheiten leben auf dem Lande in extremer Armut.²⁷⁷

Das Klima ist im Norden subtropisch, im Süden tropisch. Die Landschaft wird v. a. durch Delta-Regionen und Gebirge geprägt. Anfang der 1990er Jahre waren nur noch ca. 20 % der Fläche Vietnams mit Wald bedeckt, Ursachen waren insbesondere Krieg und Raubbau. Die Folgen waren vor allem Bodenerosion, karge Berghänge, ein schwer geschädigter Wasserhaushalt und Wassermangel für die Landwirtschaft.²⁷⁸ Hinzu kam, dass die State Forest Enterprises (SFEs) unwirtschaftlich wurden, da kaum noch etwas abgeholzt werden konnte.²⁷⁹

Die Regierung erkannte, dass es so nicht weiter gehen konnte. Es begannen Wiederaufforstungsprojekte mit dem Ziel bis 2015 die Waldflächen mehr als zu verdoppeln. Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützen die KfW Entwicklungsbank und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) das Land dabei mit zahlreichen Initiativen. Das BMZ fördert zurzeit etwa 12 Projekte in Vietnam, das BMU vier Projekte in den Bereichen Waldschutz und nachhaltiges Ressourcenmanagement.²⁸⁰ Seit 1995 wurden mehrere Aufforstungsvorhaben durchgeführt. Sie wurden hier aufgrund ihrer langjährigen Laufzeit und damit einhergehenden Erfahrungen für eine Betrachtung im Rahmen einer Fallstudie ausgewählt. Sie gelten außerdem als international beachtete Vorläufermodelle, deren Erfahrungen u. a. in REDD-Projekte einfließen, obwohl sie keine REDD-Projekte sind. Träger der Aufforstungsprojekte ist das Ministry of Agriculture and Rural Development (MARD), das mit dem Forest Management Board (FMB) die Projekte durchführt.²⁸¹ Die obersten Ziele der KfW-Projekte in Vietnam sind die nachhaltige Erosionsbekämpfung und der Ressourcenschutz durch Aufforstung und nachhaltige Bewirtschaftung durch die ansässigen und am Projekt beteiligten Kleinbauernfamilien. Dazu entwickelte die KfW Entwicklungsbank ein „innovatives und sehr erfolgreiches Programm“.²⁸²

²⁷⁵ Diese Zusammenfassung basiert auf dem Entwurf der Fallstudie von Ursula Nolte und wurde von Sabine Schielmann aktualisiert und erstellt.

²⁷⁶ Expert Meeting on Traditional Forest Related Knowledge and the Implementation of Related International Commitments. Chairperson's Report, San Jose, Costa Rica, December 6 th – 10th 2004 www.un.org/esa/forests/pdf/cli/cli_tfrk-sanjose1204.pdf

²⁷⁷ IWGIA, Indigenous World 2011 p. 304f www.iwgia.org/iwgia_files_publications_files/0454_THE_INDIGENOUS_ORLD-2011_eb.pdf

²⁷⁸ <http://chrislang.org/2001/01/03/deforestation-in-vietnam-laos-and-cambodia/>

²⁷⁹ www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Über-uns/Das-Jahresthema/Jahresthema-2011/Projekte/Grüne-Sparbücher-schützen-den-Wald/index.html

²⁸⁰ GIZ (in Kooperation mit der KfW) 2012: Committed to Biodiversity. Germany's International Cooperation to Implementing the Convention on Biological Diversity for Sustainable Development. S. 59f

²⁸¹ Telefonat mit Carsten Kilian, Senior-Projektmanager, KfW, 5.10.2012

²⁸² www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Umwelt-und-Klima/Projektbeispiele/Programm-Aufforstung-in-Vietnam/index.html

Die Projekt-Idee basiert auf einem Ansatz zur Verteilung von Landtiteln an individuelle Haushalte zur Schaffung von Anreizen für die Aufforstung: Mit dem „Red Book“ werden Landnutzungsrechte für 1-3ha an Haushalte für 50 Jahre überschrieben: *„Als Startkapital erhalten die Bauern Baumsetzlinge, Dünger, Schulungen sowie ein Sparbuch mit dem gesamten Arbeitslohn der ersten drei Jahre.“*²⁸³ Mit der Auflage einer nachhaltigen Wiederaufforstung, Pflege und Nutzung zahlt die KfW jedem Haushalt pro neu bepflanzt Hektar Land einen Betrag von 250 Dollar auf sein Sparbuch.²⁸⁴ *„Das Sparbuch wird verzinst und über einen Zeitraum von acht Jahren in jährlichen Raten an die Bauern ausgezahlt. Das überbrückt die Zeit, bis die Waldnutzung erste Erträge bringt. Der Wald eines Bauern kann nach acht Jahren etwa das 20-fache an Wert gewinnen.“*²⁸⁵ *„Heute haben 100.000 Familien ein solches Sparbuch und 130.000 Hektar Land sind bereits wieder aufgeforstet.“*²⁸⁶

Insgesamt wurden in ca. 20 Provinzen Projekte aufgebaut, 2011 gab es noch 5 laufende Projekte. Bis 2012 wurden 89,4 Mio. € zur Verfügung gestellt, die noch laufenden Projekte haben ein Volumen von rd. 50 Mio. €. Über eine halbe Million Menschen hatten daran Anteil, das entspricht ca. 100.000 Familien. Seit Verabschiedung des Forest Protection and Development Law 2004 können nun auch ganze Gemeinschaften zusammen Landnutzungsrechte und Sparbücher erhalten.²⁸⁷

Grundlage der Erarbeitung der Fallstudie sind Texte auf der KfW-Webseite, zwei öffentlich zugängliche Evaluierungsberichte der KfW zum Projekt sowie zusätzliche Quellen zum Thema.⁸ Weitere klärende Informationen konnten in einem Telefonat mit Herrn Carsten Kilian, Senior Projektleiter der KfW-Entwicklungsbank, sowie einem weiteren Telefongespräch mit Herrn Kilian und Herrn Kraienhorst, Waldexperte bei der KfW, gewonnen werden.²⁸⁸



Thai Frauen in Nordwest-Vietnam, © Christian Erni, IWGIA



²⁸³ Ibid.

²⁸⁴ www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Über-uns/Das-Jahresthema/Jahresthema-2011/Projekte/Grüne-Sparbücher-schützen-den-Wald/index.html

²⁸⁵ Siehe Fußnote 282

²⁸⁶ Siehe Fußnote 284

²⁸⁷ www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Umwelt-und-Klima/Projektbeispiele/Programm-Aufforstung-in-Vietnam/index.html | Telefonat mit Carsten Kilian, Senior-Projektmanager, KfW, 5.10.2012

www.theredddesk.org/sites/default/files/resources/pdf/2010/Benefit_Distribution_system_final_Executive_Summary2.pdf

²⁸⁸ Vietnam – Aufforstung I (Lang Son und Bac Giang) Ex Post-Evaluierungsbericht (Schlussprüfung) 2010 www.kfw-entwicklungsbank.de/Evaluierung/Ergebnisse-und-Publikationen/PDF-Dokumente-R-Z/Vietnam_AufforstungI_2010.pdf

Zentrale Beobachtungen

Anerkennung fundamentaler Rechte

In den Projektberichten und anderen Projektinformationen der KfW finden sich keine Informationen über die konkreten Rechtsstandards, die der Umsetzung des Projekts zu Grunde liegen und es wird nicht auf grundsätzliche Rechtsfragen Bezug genommen. In den knappen KfW-Evaluierungsberichten – über die seit 1995 bestehenden Aufforstungsprojekte sind zwei Evaluierungsberichte von insgesamt 13 Seiten öffentlich zugänglich – werden rechtliche Fragen nur im Zusammenhang mit Landnutzungsrechten thematisiert. Diese von der KfW erstellten Evaluierungsberichte werden drei bis fünf Jahre nach Abschluss der Vorhaben verfasst. An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass die Öffentlichkeitsarbeit zu den Projekten bisher keinen Schwerpunkt bei der KfW darstellt und die Priorität auf der Durchführung der Projekte liegt. Regelmäßige ausführliche Projektberichte werden meist von Consultants erstellt und gehen auch auf Fragen der Berücksichtigung der Rechte und der Einbindung der betroffenen Gemeinschaften ein, neben wirtschaftlichen und ökologischen Aspekten. Da diese Berichte aber das geistige Eigentum der Consultants sind, werden sie meist nicht öffentlich zugänglich gemacht. Durch den Mangel an öffentlichen Berichten zu den Projekten bzw. fehlender Ausführungen zu Rechts- und Partizipationsfragen, entsteht der Eindruck, dass diese auch in der Projektdurchführung keinen Schwerpunkt darstellen. Im Gespräch mit den Verantwortlichen der KfW wurde allerdings versichert, dass dem nicht so sei und die Berichterstattung keineswegs die Praxis vor Ort widerspiegelt. In der Projektpraxis spielen insbesondere Fragen der Partizipation durchaus eine wichtige Rolle und waren von Beginn der Aufforstungsprojekte an fundamentaler Bestandteil der Vorhaben.²⁹⁰

Umfassende und wirksame Partizipation

Im Hinblick auf die Partizipation der Zielgruppe im Rahmen der Projektdurchführung wird bekräftigt, dass diese einen zentralen Aspekt darstellt und die Zielgruppe aktiv an der Planung, Durchführung und Bewirtschaftung der Aufforstungen beteiligt wurde.²⁹¹ Die Aufforstungsprojekte fanden zunächst und in erster Linie im Nordosten von Vietnam, in den Provinzen Lang Son und Bac Giang, statt. In dieser Region bilden arme, kleinbäuerliche Familien den Großteil der Zielgruppe, deren Lebensbedingungen durch die Schaffung eines kleinen Arbeitseinkommens sowie die Sicherung der natürlichen Ressourcenbasis verbessert wurden. Es wird hervorgehoben, dass Frauen gezielt an den Planungs- und Entscheidungsprozessen im Rahmen der Aufforstungen beteiligt wurden.²⁹² Ethnische Minderheiten bildeten keine explizite Zielgruppe, wurden aber dennoch im Rahmen des Projekts beteiligt und begünstigt, insbesondere durch die Vergabe von legalen Landnutzungsrechten, durch die ihre rechtliche Situation in dieser Hinsicht verbessert wurde.²⁹³

In Bezug auf die partizipative Planung der Aufforstungen ist zu bemerken, dass hier der partizipative Ansatz langfristig Nachteile für die Biodiversität und die Nachhaltigkeit der Aufforstungen beinhaltet, da die Bauern Aufforstung mit Kiefernmonokulturen bevorzugten, weil sie diese kannten und an der Harznutzung interessiert waren. In der weiteren Entwicklung des

²⁹⁰ Ibid.

²⁹¹ Vietnam – Aufforstung I (Lang Son und Bac Giang) Ex Post-Evaluierungsbericht (Schlussprüfung) 2010

²⁹² Ibid.

²⁹³ Ibid. S.2

Projekts wurden jedoch zunehmend Mischkulturen eingeführt, wofür im Projekt für die Bauern positive Anreize geschaffen wurden.²⁹⁴

Einhaltung des Rechts auf Konsultationen und die freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC - free prior and informed consent)

In keinem der Projekt-Texte wird die freiwillige, vorherige und informierte Zustimmung erwähnt. Es wird aber in den Telefongesprächen betont, dass FPIC, selbst wenn es nicht explizit genannt wird, von Beginn der Projekte an berücksichtigt wird.²⁹⁵ Dies bedeutet – ähnlich wie im ForClimPanay Projekt auf den Philippinen –, dass die Bauern bzw. Dörfer freiwillig entscheiden, ob sie an dem Projekt und seinen Maßnahmen teilnehmen möchten, nachdem sie entsprechend informiert wurden. Zudem spielt die partizipative Landnutzungsplanung eine entscheidende Rolle im Projekt. Es muss aber deutlich gemacht werden, dass dies aus heutiger Sicht, den Anforderungen für eine angemessene und umfassende Berücksichtigung des Rechts indigener Völker und lokaler Gemeinschaften auf FPIC, insbesondere wie sie in der UN-Erklärung zu den Rechten indigener Völker verankert sind, nicht ausreichend gerecht wird.²⁹⁶

Gewährleistung von Rechten auf Land, Territorien und Ressourcen

Einen wichtigen rechtlichen Aspekt der Projekte „stellt die Vergabe von gesicherten, mit Landtiteln vergleichbaren Landnutzungsrechten [die sogenannten Red Books] im Rahmen der Aufforstungen an insgesamt 12.500 Kleinbauern auf einer Fläche von 15.800 ha dar, [...] Davon haben in erheblichem Umfang insbesondere auch ethnische Minderheiten profitiert. Dies war beispielgebend für die gesamte Politik der Landtitelvergabe nicht nur in den betroffenen Provinzen, sondern in ganz Vietnam.“²⁹⁷ Bei der Vergabe der Landnutzungsrechte wurde außerdem darauf geachtet, dass Frauen als Nutzungsberechtigte und bei der Eröffnung der Sparkonten als gemeinsame Kontoinhaber eingetragen wurden.²⁹⁸

Grundsätzlich ist anzumerken, dass während der ersten 10 Jahre des Projekts nur Individualrechte vergeben werden konnten, da die vietnamesische Gesetzgebung bis 2004 keine gemeinschaftlichen Nutzungsrechte berücksichtigte. Mit der Verabschiedung des Gesetzes zum Schutz und der Entwicklung des Waldes (Forest Protection and Development Law) im Jahr 2004 änderten sich die politischen Gegebenheiten und Gemeinschaften wurden als juristische Personen für die Ressourcenverwaltung anerkannt.²⁹⁹ Von diesem Zeitpunkt an begann die KfW auch Komponenten der gemeinschaftlichen Waldbewirtschaftung (Community Forestry - CF) in die Aufforstungsvorhaben einzubauen. Die Überschreibung von formellen Landrechten hatte das Ziel, Waldschutz mit nachhaltigem kleinmaßstäblichem Holzeinschlag zu verbinden, um sowohl soziale als auch ökonomische Vorteile zu erwirken. Die dörflichen Verwaltungsgremien wurden dabei unterstützt Regelungen zu erarbeiten, welche die Rechte und Pflichten der Dorfbewohner in Bezug auf Nutzung und Bewirtschaftung des Waldes darlegen. Dies beinhaltet u. a. das Recht nicht nur die nicht-forstlichen Waldprodukte zu ernten, sondern auch die Bäume selbst, wenn eine Erhöhung des Holzvolumens und eine Verbesserung des Wertes des Waldes

>>>>

²⁹⁴ Ibid. S.3 sowie Informationen aus Telefongespräch am 4.12.2013

²⁹⁵ Hier ist zu berücksichtigen, dass zu Beginn der Projekte 1995, FPIC als explizites Prinzip der EZ und von Projektdurchführungen noch nicht existierte. FPIC kam erst im Rahmen der Verhandlungen der Konvention über die biologische Vielfalt in die Diskussion und wurde insbesondere mit der Verabschiedung der VN-Erklärung zu den Rechten indigener Völker als fundamentales Menschenrechtsprinzip etabliert.

²⁹⁶ Siehe Ausführungen in Kapitel 2 dieser Studie.

²⁹⁷ Vietnam – Aufforstung I (Lang Son und Bac Giang) Ex Post-Evaluierungsbericht (Schlussprüfung) 2010, S.4

²⁹⁸ Ibid. S.2

²⁹⁹ UN-REDD Design of a REDD Compliant Benefit Distribution System for Viet Nam, January, 2010, S.65 http://vietnam-redd.org/Upload/Download/File/Viet_Nam_REDD_Benefit_Distribution_Study_FINAL_February_2010_4420.pdf

seit der Zuweisung der Rechte nachgewiesen werden konnte. Insgesamt wirkte sich ein solcher Ansatz der gemeinschaftlich ausgeübten und kontrollierten Waldbewirtschaftung positiv auf den Walderhalt und die Reduzierung von illegalem Holzeinschlag sowie auf die rechtlichen und technischen Fähigkeiten der Dorfbewohner aus.³⁰⁰

Erhalt und Förderung von Biodiversität, traditionellen Lebensweisen und nachhaltiger Entwicklung

Seit 1995 wurden durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit über 130.000 ha aufgeforstet, das entspricht ca. 3 % der gesamten Zunahme der Waldflächen in Vietnam. Die Hauptziele des Vorhabens, Ressourcenschutz durch die Verringerung der Erosion, der Erhalt von Bodenfruchtbarkeit und die Verbesserung des Wasserhaushalts wurden prinzipiell erreicht. Während die Aufforstungen zu Beginn meist Plantagen oder Monokultur-Wälder waren, wurden diese zunehmend durch diversifizierte Nutzholzpflanzungen erweitert bzw. ersetzt.³⁰¹ 2007 führte eine stark erhöhte Nachfrage aus China nach schnellwüchsigem Holz zu einer erhöhten Aufforstungsrate mit exotischen Baumarten, insbesondere Akazien. Dies stand im Gegensatz zu den längerfristigen Ansätzen zur Waldbewirtschaftung seitens der Bauern mit traditionellen Arten, wie Kiefern und Nussbäumen, die insbesondere auch zur Nutzung der nicht-forstlichen Waldprodukte für die Bauern von Interesse sind.³⁰² Im Evaluierungsbericht von 2013 heißt es weiterhin: „Aus heutiger Sicht müsste dem Erhalt noch verbliebener naturnaher Waldbestände größeres Gewicht zukommen; angesichts des damals fundamentalen, inzwischen weitgehend beseitigten Engpasses insgesamt mangelnder Waldbedeckung ist die gewählte Konzeption nachvollziehbar, mit der Aufforstung schnell wachsender, z.T. exotischer Baumarten zunächst rasche Resultate zu erzielen.“³⁰³ Eine Diversifizierung mit einheimischen Arten beinhaltet weitere positive Auswirkungen auf die Wasserversorgung in den Dörfern und damit auf die Bewässerung der Reisfelder und trägt vermehrt zum Klimaschutz bei. Diese Aspekte sind für die am an den Vorhaben beteiligten Kleinbauern und –bäuerinnen heute die wesentlichen Vorteile und Anreize der KfW-Aufforstungsvorhaben.

Transparentes und gerechtes Benefitsharing

Red Books können als Sicherheit für Darlehen bei der Bank genutzt werden. Sie können auch verkauft werden, was bedeutet, dass auch die damit verbundenen Landnutzungstitel verkauft werden könnten.³⁰⁴ Jedoch wird von dieser Möglichkeit sehr selten Gebrauch gemacht, so dass dies im Hinblick auf eine langfristige Sicherung von Nutzungsrechten bisher keine nennenswerten negativen Auswirkungen hat. Positiv zu vermerken ist, dass bei den finanziellen Beihilfen auch gezielt Frauen begünstigt wurden. Die Bauern kommen durch die Red Books erstmals in Kontakt zu Banken. Aus ökonomischer Sicht hat das Vorhaben über die Gewährung finanzieller Aufforstungsbeihilfen zu einer Einkommenssteigerung von durchschnittlich 230 EUR pro beteiligten Haushalt über die gesamte Laufzeit geführt.³⁰⁵

Ein sicheres Einkommen, das zum Lebensunterhalt ausreicht, kann durch Aufforstungsmaßnahmen nicht erzielt werden. Dies war auch nicht das Ziel der KfW-Projekte, die in erster Linie auf die Aufforstung ausgerichtet waren und dafür Anreize zur langfristigen Partizipation der

³⁰⁰ Forest Trends Information Brief - Information Brief No 7 February 2013: Small-Scale Illegal Logging in Vietnam: Implications for FLEGT and REDD+. www.forest-trends.org/documents/files/doc_3341.pdf

³⁰¹ Vietnam – Aufforstung I (Lang Son und Bac Giang) Ex Post-Evaluierungsbericht (Schlussprüfung) 2010 und KfW Ex-post-Evaluierung: Kurzbericht VIETNAM: Forstprogramme („FP“) II + III, 2013.

³⁰² Ibid. und www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Umwelt-und-Klima/Projektbeispiele/Programm-Aufforstung-in-Vietnam/index.html

³⁰³ KfW Ex-post-Evaluierung: Kurzbericht VIETNAM: Forstprogramme („FP“) II + III, 2013.

³⁰⁴ Vietnam – Aufforstung I (Lang Son und Bac Giang) Ex Post-Evaluierungsbericht (Schlussprüfung) 2010. S. 4

³⁰⁵ Ibid. S.2

Bauern schaffen wollten. Das Modell der individuellen Landtitelübergabe war im Nordosten Vietnams und da ethnische Minderheiten nicht die Zielgruppe waren, geeignet. Für indigene Gemeinschaften würde dieser Ansatz eher zu einer Verfestigung sozialer Ungleichheiten führen. Im Vergleich dazu bewerten indigene Gemeinschaften Community-Forestry-Management-Maßnahmen im Bereich der Armutsbekämpfung positiver, obwohl die Flächen vor der Aufteilung zur Nutzung im Rahmen von gemeinschaftlicher Waldbewirtschaftung oft von sehr schlechter Qualität waren.³⁰⁶ Die gemeinschaftliche Forstverwaltung wird insbesondere dann positiv bewertet, wenn die Dorfbewohner nicht nur einen unmittelbaren Vorteil aus der Nutzung des Waldes haben, sondern, wenn sie auch an Entscheidungsprozessen beteiligt werden und ihre Beteiligung an Leistungen für den Waldschutz geknüpft ist.³⁰⁷

In einer Evaluierung durch das UN-REDD Programm heißt es, dass die KfW-Projekte durch die Kombination von leistungsorientierten Ex-post Zahlungen mit der Bereitstellung finanzieller Mittel Ex-ante, um die notwendigen Investitionen zu tätigen, sich positiv auswirken; Insbesondere, da hier ein Ratenzahlungsmodell verwendet wird, im Gegensatz zu einem Darlehensmodell. In einem solchen Ratenzahlungsmodell wird vermieden, dass bereits gezahlte Gelder bei Nichteinhaltung von Auflagen zurückgezahlt werden müssen und die Risiken werden gleichmäßiger auf die Waldnutzer, die Bank und die Regierung verteilt.³⁰⁸

³⁰⁶ www.theredddesk.org/sites/default/files/resources/pdf/2012/lessons_learned_un_redd_vn_phase_1_final_1604.pdf

www.recoftc.org/site/Vietnam/, http://www.recoftc.org/site/uploads/content/pdf/FGLG_Vietnam_Final2_54.pdf

³⁰⁷ Forest Trends Information Brief - Information Brief No 7 February 2013: Small-Scale Illegal Logging in Vietnam: Implications for FLEGT and REDD+.

³⁰⁸ UN-REDD Design of a REDD Compliant Benefit Distribution System for Viet Nam, January, 2010, S.51 http://vietnam-redd.org/Upload/Download/File/Viet_Nam_REDD_Benefit_Distribution_Study_FINAL_February_2010_4420.pdf

- CABAL S.A. (2010). Bosques, deforestación y monitoreo de Carbono: Una valoración del Potencial de REDD+ en Mesoamérica. www.prisma.org.sv/uploads/media/Bosques_deforestacion_y_monitoreo_de_carbono-Una_valoracion_del_potencial_de_REDD__en_Mesoamerica.PDF
- CCB Verification report: Era and Wildlife Works' Mai Ndombe Redd Project in The Democratic Republic of Congo Verification Period: 14 March, 2011 to 31 October, 2012 REPORT NO. 2012-9749 REVISION NO. 01 https://s3.amazonaws.com/CCBA/Projects/Mai_Ndombe_REDD_Project/CCBFinalVerificationReportDRC_forClient.pdf
- FGLG Vietnam Policy Brief No.1, April 2008: Community Forest Management for Whom? Learning from Field Experience in Vietnam. www.recoftc.org/site/uploads/content/pdf/FGLG_Vietnam_Final2_54.pdf
- Forest Carbon Group: Mai Ndombe REDD+ Project www.forestcarbongroup.de/?id=47
- Forest Trends Information Brief - Information Brief No 7 February 2013: Small-Scale Illegal Logging in Vietnam: Implications for FLEGT and REDD+. www.forest-trends.org/documents/files/doc_3341.pdf
- GIZ (2012) SIMPLE: Sustainable Integrated Management and Planning for Local Government Ecosystems. Draft from October 2012 retrieved from [www.enrdph.org/docfiles/PD_SIMPLE_Oct%2024_\[web\].pdf](http://www.enrdph.org/docfiles/PD_SIMPLE_Oct%2024_[web].pdf)
- GIZ (2013a) Pursuing an Enabling Policy Climate for REDD-Plus Implementation in the Philippines: Review and Analysis of Forest Policy Relating to REDD-Plus. Downloaded on 13 Aug 2013 from http://climatechange.dnr.gov.ph/index.php?option=com_docman&task=cat_view&gid=17&Itemid=4
- GIZ (2013b) Assessment of the Policy/Legal-Regulatory Framework of Community-based Forest Management in the Philippines, January 2013. Published in Manila, June 2013. Unter: http://climatechange.dnr.gov.ph/index.php?option=com_docman&task=cat_view&gid=17&limitstart=10
- GIZ (2013c) MOREFORESTS: Management of Resources on Forestlands through Enhanced Sustainable Technologies. Draft of Nov 2012 under [www.enrdph.org/docfiles/FINAL%20NOV%2029_MOREFORESTS_pp1-92_\[web\].pdf](http://www.enrdph.org/docfiles/FINAL%20NOV%2029_MOREFORESTS_pp1-92_[web].pdf)
- GIZ Assessing Free and Prior, Informed Consent Implementation in the Philippines, A Policy Brief. April 2013. Herunter zu laden von http://climatechange.dnr.gov.ph/index.php?option=com_docman&task=cat_view&gid=17&limitstart=15
- Goetze, Katharina. "Lao-German REDD+ Project Pioneers FPIC in Sayaboury Province, Laos." www.forestcarbonasia.org/articles/lao-german-redd-project-pioneers-fpic-in-sayaboury-province-laos/
- IWGIA. Update Laos 2011. www.iwgia.org/regions/asia/laos/876-update-2011-laos
- IWGIA: The Indigenous World 2011. www.iwgia.org/iwgia_files_publications_files/0454_THE_INDIGENOUS_ORLD-2011_eb.pdf
- KfW (2013) Ex-post-Evaluierung: Kurzbericht VIETNAM: Forstprogramme („FP“) II + III, 2013.

- KfW (2012) Projekt - Waldschutz in Ecuador. Juni 2012 www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Umwelt-und-Klima/Projektbeispiele/Projekt-Waldschutz-in-Ecuador/index.html
 - KfW (2011): Grüne Sparbücher schützen den Wald. www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Über-uns/Das-Jahresthema/Jahresthema-2011/Projekte/Grüne-Sparbücher-schützen-den-Wald/index.html
- KfW (2011): Programm - Aufforstung in Vietnam. www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Umwelt-und-Klima/Projektbeispiele/Programm-Aufforstung-in-Vietnam/index.html
- KfW: Vietnam – Aufforstung I (Lang Son und Bac Giang) Ex Post-Evaluierungsbericht (Schlussprüfung) 2010. www.kfw-entwicklungsbank.de/Evaluierung/Ergebnisse-und-Publikationen/PDF-Dokumente-R-Z/Vietnam_AufforstungI_2010.pdf
 - Lang, Chris (2001): Deforestation in Vietnam, Laos and Cambodia. Published in Vajpeyi, D.K. (ed.) (2001) Deforestation, Environment, and Sustainable Development: A Comparative Analysis. Praeger: Westport, Connecticut and London, pp. 111–137. <http://chrislang.org/2001/01/03/deforestation-in-vietnam-laos-and-cambodia/>
 - LAO PDR, Ministry of Agriculture and Forestry: Annual Review of REDD+ Activities in Lao PDR 2010. Feb 21, 2011 www.theredddesk.org/sites/default/files/resources/pdf/2011/annual-review-of-redd-activities-in-lao-pdr-2010.pdf
 - Mabaquiao, Pilar S. „NCIP gears for Indigenous People’s Day in Antique.“ PIA, August 03, 2011. archives.pia.gov.ph/?m=1&t=1&id=51250&y=2011&mo...
 - NCIP 2011 Accomplishment Report unter www.ncip.gov.ph/downloads/category/40-annual-accomplishment-report.html#
 - NCIP Administrative Order No. 3, Series of 2012, The Revised Guidelines on Free And Prior Informed Consent (FPIC) and related Processes of 2012. ao 3 the revised guidelines on fpic and related processes of 2012.pdf unter www.ncip.gov.ph/downloads/category/1-administrative-orders.html?...
 - NCIP Administrative Order No.: 01. Series of 2006, The Free and Prior Informed Consent (FPIC) Guidelines of 2006. www.ncip.gov.ph/downloads/.../1-administrative-orders.html?...2006
 - The Forest Dialogue (2010): Proceso de Preparación para REDD+ en Ecuador. Desafíos desde una visión de múltiples actores. Quito.
 - UN-REDD: Design of a REDD Compliant Benefit Distribution System for Vietnam, January, 2010 , S.51 http://vietnam-redd.org/Upload/Download/File/Viet_Nam_REDD_Benefit_Distribution_Study_FINAL_February_2010_4420.pdf
 - UN-REDD: Lessons Learned Viet Nam UN-REDD Programme, Phase 1. June 2012 www.theredddesk.org/sites/default/files/resources/pdf/2012/lessons_learned_un_redd_vn_phase_1_final_1604.pdf

Abkürzungen

ABS	Access and Benefitsharing - Zugang und Vorteilsaufteilung
BCP	Bio-cultural Community Protocol – bio-kulturelles Gemeinschaftsprotokoll
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CBD	Convention on Biological Diversity – Konvention über die biologische Vielfalt
CFM	Community Forest Management – Gemeinschaftliche Waldbewirtschaftung
CBFM	Community Based Forest Management – Gemeinschaftsbasierte Waldbewirtschaftung
COP	Conference of Parties - Vertragsstaatenkonferenz
EMRIP	Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples – Experten Mechanismus der VN zu den Rechten indigener Völker
ESS	Ecosystem Services – Ökosystem(dienst)leistungen
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization – Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der VN
FCPF	Forest Carbon Partnership Facility – Fazilität für Wald-Kohlenstoff Partnerschaft
FPIC	Free, Prior and Informed Consent – Freie, vorherige und informierte Zustimmung
GIS	Geographic Information Systems
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GPS	Globale Positionierungssysteme
GR	Genetische Ressourcen
IATI	International Aid Transparency Initiative - Internationalen Initiative für mehr Transparenz in der Entwicklungshilfe

ICCA	Indigenous and Community Conserved Area – Indigene und gemeinschaftliche geschützte Gebiete
IIRSA	Initiative für die Integration von regionaler Infrastruktur in Süd-Amerika
IFC	International Financial Corporation
IIED	International Institute for Environment and Development
IKI	Internationale Klimaschutzinitiative
ILC	Indigene und lokale Gemeinschaften - Indigenous and Local Communities
ILO	Internationale Arbeitsorganisation - International Labor Organization
IPRA	Indigenous Peoples Rights Act – Philippinisches Gesetz über die Rechte der indigenen Völker
IUCN	International Union for Conservation of Nature and Natural Resources - Internationale Union für die Bewahrung der Natur und natürlicher Ressourcen
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau / KfW Entwicklungsbank
NGO/NRO	Non-Governmental Organization – Nicht-Regierungsorganisation
NTFP	Non-timber Forest Products – Nicht-Holz-Waldprodukte
PES	Payment for Ecosystem Services - Zahlungen für Umweltdienstleistungen
REDD	Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation - Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und der Degradierung von Wäldern
REDD+	Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation plus the conservation and sustainable use of forests and the enhancement of carbon stocks in developing countries - Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern plus die Erhaltung und nachhaltigen Bewirtschaftung von Wäldern und die Verbesserung der forstlichen Kohlenstoffvorräte in Entwicklungsländern
REM	REDD Early Mover , Programm der Bundesregierung
R-PP	Readiness Preparation Proposal - REDD Vorbereitungsplan (im Rahmen der FCPF)



TK	Traditional Knowledge – Traditionelles Wissen
UNDP	United Nations Development Programme – Entwicklungsprogramm der VN
UNDRIP	United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples – VN Erklärung über die Rechte indigener Völker
UNEP	United Nations Environment Programme – Umweltprogramm der VN
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change – UN Klimarahmenkonvention
UN-REDD	United Nations Collaborative Programme on Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation in Developing Countries
VN	Vereinte Nationen
WWF	World Wildlife Fund

STUDIE

Waldschutzvorhaben im Rahmen der Klimapolitik und die Rechte indigener Völker

Deutsche Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen sowie privatwirtschaftliche Unternehmen gehören zu den größten Förderern im internationalen Waldklimaschutz. Gleichzeitig hat sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit seit 2011 explizit einem Menschenrechtsansatz verschrieben, der auch für Akteure außerhalb der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit Orientierung bieten soll. Dieser Menschenrechtsansatz beinhaltet die ausdrückliche Respektierung der Rechte indigener Völker und ihre Einbeziehung in alle Vorhaben, die sie, ihre Gebiete und Lebensweisen betreffen. Nimmt man diese richtungsweisenden Aspekte zusammen, so lässt sich daraus eine besondere Verantwortung deutscher Institutionen für eine wirksame Beteiligung und Anerkennung der Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften im Rahmen von Waldklimaschutzvorhaben ableiten. Anhand der Betrachtung von politischen und rechtlichen Grundvoraussetzungen, von Projektberichten und Programmbeschreibungen und der Zusammenstellung von Erfahrungen aus der Praxis in Bezug auf sechs Prinzipien eines menschenrechtsorientierten, nachhaltigen und effektiven Waldklimaschutzes, wird dargestellt, inwieweit dieser Verantwortung bereits Rechnung getragen wird und wo die Schwierigkeiten und Herausforderungen hierbei liegen.



Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie e.V.

Publikation gefördert durch

Brot
für die Welt

Brot für die Welt –
Evangelischer
Entwicklungsdienst

MISEREOR
IHR HILFSWERK



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN